

DIE BUNDESLÄNDER

Strukturen und Entwicklungen

Ausgabe 2005

Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktion: Susanne Hagenkort-Rieger und Jeannette Nagel

E-Mail: susanne.hagenkort@destatis.de

Tel.: +49 (0) 611 / 75 26 24

Fax: +49 (0) 611 / 75 36 00

Graphische Gestaltung: Michael Neutze

E-Mail: michael.neutze@destatis.de

Tel.: +49 (0) 611 / 75 29 81

Fax: +49 (0) 611 / 75 36 00

Allgemeine Informationen zum Datenangebot des Statistischen Bundesamtes erhalten Sie im Internet unter www.destatis.de oder von unserem Informationsservice:

www.destatis.de/kontakt

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Erschienen im Februar 2006

Preis: EUR 12,80

Bestellnummer: 1010700-05900-1

ISBN: 3-8246-0768-9

Fotorechte Titelbild: © Stiller/Berlin-Motive DSC09190

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage

Part of the Elsevier Group

Postfach 43 43

72774 Reutlingen

Tel.: +49 (0) 70 71 / 93 53 50

Fax: +49 (0) 70 71 / 93 53 35

destatis@s-f-g.com

www.destatis.de/shop

Liebe Leserin, lieber Leser,

Deutschland bietet mit seinen 16 Bundesländern nicht nur landschaftlich ein äußerst attraktives und abwechslungsreiches Bild, sondern ist es auch statistisch gesehen. Das wird besonders deutlich, wenn man nicht nur Nord-Süd- und Ost-West-Vergleiche anstellt, sondern die Strukturen und Entwicklungen in den 16 Ländern im Einzelnen betrachtet. Hätten Sie z. B. gewusst, dass in Baden-Württemberg die Lebenserwartung am höchsten ist oder dass die nordrhein-westfälischen Haushalte am häufigsten ein Handy haben und in Hessen die meisten PCs pro Haushalt stehen? Oder ist Ihnen bekannt, dass Sachsen 2004 das stärkste Wirtschaftswachstum erzielte und Niedersachsen das stärkste Erwerbstätigenwachstum seit der Wiedervereinigung vor 15 Jahren?

Dies alles und vieles mehr können Sie auf den folgenden Seiten über die deutschen Bundesländer erfahren. Dabei stoßen Sie sicher nicht ausschließlich auf Überraschendes, sondern finden vielleicht auch manche Vorstellung bestätigt – so etwa, dass im „Ländle“ tatsächlich am fleißigsten gespart wird.

In einem ersten Teil der Veröffentlichung werden Lebensbedingungen und Infrastrukturen der Bundesländer im Quer- und Längsschnitt statistisch betrachtet, im zweiten Teil deren Wirtschaft und öffentliche Finanzen. Sollten Sie bei dem ein oder anderen Thema an vertiefendem Zahlenmaterial interessiert sein, weise ich Sie darauf hin, dass das Statistische Bundesamt eine ergänzende umfangreiche Tabellensammlung zum Thema Bundesländer in der Datenbank GENESIS-Online im Internet unter www.destatis.de/genesis aufbaut.

Mein herzlicher Dank gilt all meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an dieser Veröffentlichung mitgewirkt haben, und Frank Thalheimer vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, der den Beitrag zur Gesamtwirtschaft verfasst hat. Bedanken möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen in den Statistischen Landesämtern, die uns die Länderdaten zur Verfügung gestellt haben.

Nun lade ich Sie ein, die Vielfalt unserer föderalen Landschaft in Deutschland kennenzulernen.

Ihr



Johann Hahlen

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Vorwort

Teil I: Lebensbedingungen und Infrastruktur

1 Bevölkerung	9
Verteilung der Bevölkerung auf die Bundesländer – Altersstruktur – Wanderungen zwischen den Bundesländern und dem Ausland – Ausländische Bevölkerung – Einbürgerungen – Eheschließungen und Ehescheidungen	
2 Lebensstandard der privaten Haushalte	19
Haushaltsstruktur – Einkommen – Konsumausgaben – Spartätigkeit – Vermögen und Schulden – Verbraucherinsolvenzen – Haus- und Grundbesitz – Wohnfläche – Ausstattung mit Gebrauchsgütern	
3 Soziales	32
Sozialhilfe – Wohngeld – Kinder- und Jugendhilfe	
4 Gesundheit	37
Krankenhäuser – Schwangerschaftsabbrüche – Todesursachen	
5 Bildung	44
Allgemein bildende Schulen – Berufsausbildung – Hochschulen – Ausgaben für Bildung und Forschung – Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsgesetz (BAföG)	
6 Verkehr	52
Straßennetz, Kfz-Bestände und Unfälle – Personenverkehr – Güterverkehr	
7 Umwelt	58
Flächennutzung – Abfallentsorgung – Umweltschutzinvestitionen	

Teil II: Wirtschaft und öffentliche Finanzen

8 Gesamtwirtschaft	65
Bruttoinlandsprodukt – Bruttowertschöpfung – Einkommen der privaten Haushalte	
9 Arbeitsmarkt	77
Erwerbsbeteiligung – Erwerbstätigkeit – Erwerbslosigkeit – Arbeitslosigkeit	
10 Unternehmen	89
Unternehmensbestand – Gründungen – Insolvenzen	
11 Wirtschaftsbereiche	95
Landwirtschaft – Produzierendes Gewerbe – Binnenhandel und Gastgewerbe – Außenhandel – Tourismus – Ausgewählte Dienstleistungen	
12 Öffentliche Finanzen	113
Öffentliche Einnahmen – Öffentliche Ausgaben – Öffentliche Schulden	
Übersichtskarte	6
Ansprechpartner	118

Die Bundesländer



Quelle der Verwaltungsgrenzen: VG 1000, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.

Teil I:

Lebensbedingungen und Infrastruktur

1 Bevölkerung

Statistische Daten zur Entwicklung und Altersstruktur der Bevölkerung sind bedeutend für fast alle Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft. Bevölkerungsstatistische Daten bilden sowohl die Grundlage für politische Entscheidungen auf Bundesebene als auch in Bereichen, in denen die Länder über eigene Gesetzgebungskompetenzen verfügen (etwa im Bildungs- oder Gesundheitswesen), da diese Daten Rückschlüsse auf den kommenden Bildungsbedarf bzw. das Ausmaß zulassen, in dem soziale Sicherungssysteme zukünftig in Anspruch genommen werden.

Verteilung der Bevölkerung auf die Bundesländer

Knapp die Hälfte der Einwohner lebt in Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg

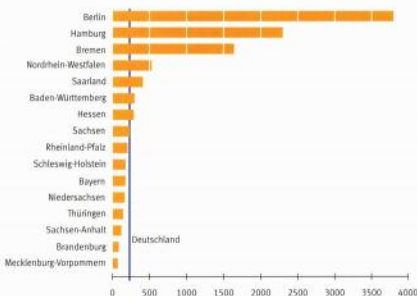
Insgesamt lebten am 31. Dezember 2004 rund 82,5 Mill. Menschen in Deutschland, darunter rund 7,3 Mill. mit ausländischer Staatsangehörigkeit (8,8 %).

Nordrhein-Westfalen war mit über 18 Mill. Einwohnern das mit Abstand bevölkerungsreichste Bundesland, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg mit rund 12,4 bzw. 10,7 Mill. Einwohnern. Die Hälfte (50 %) der Bevölkerung in der Bundesrepublik hatte ihren Wohnsitz in einem dieser drei Flächenländer.

Die Stadtstaaten: Viel Leben auf engem Raum

In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen lebten 2004 überdurchschnittlich viele Menschen auf einem Quadratkilometer. In Berlin waren es 3 800, gefolgt von Hamburg mit rund 2 300 und Bremen (einschließlich Bremerhaven) mit ca. 1 600 Einwohnern auf einem Quadratkilometer. Die drei Stadtstaaten heben sich auf der Dichtekarte (siehe Abb. 1.2) sichtbar vom Umland ab. Zum Vergleich lebten in Nordrhein-Westfalen, dem am dichtesten besiedelten Flächenland der Bundesrepublik, durchschnittlich 530 Menschen auf einem Quadratkilometer, also nicht einmal ein Drittel so viele wie in Bremen.

Abb. 1.1: Einwohner je Quadratkilometer 2004



Auch die industriell geprägten und traditionell bevölkerungsreichen Kreise Nordrhein-Westfalens im Kölner Raum und im Ruhrgebiet zeichnen sich auf der Karte deutlich ab. Weitere Regionen, die aufgrund ihrer Besiedelungsdichte auffallen, sind das Rhein-Main-Gebiet um Frankfurt (im hessischen Süden) sowie der Stuttgarter Raum in Baden-Württemberg.

Regionale Unterschiede

Deutliche regionale Unterschiede in der Bevölkerungsdichte zeigen sich zwischen den Stadt- und Flächenstaaten sowie zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern, die mit Ausnahme von Sachsen hinsichtlich der Bevölkerungsdichte unter dem Bundesdurchschnitt liegen. In Sachsen-Anhalt lebten 2004 122 Einwohner auf einem Quadratkilometer, während Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit durchschnittlich 87 bzw. 74 Einwohnern je Quadratkilometer am dünnsten besiedelt waren.

Altersstruktur

Die Alterspyramiden der einzelnen Bundesländer für das Jahr 2004 (siehe Abb. 1.4) zeigen, wie stark einzelne Altersjahrgänge im jeweiligen Bundesland – getrennt nach Männern und Frauen – prozentual vertreten waren. Die gelben Balken neben den Pyramiden ermöglichen

den Vergleich der Bundesländer hinsichtlich ihrer Einwohnerzahlen.

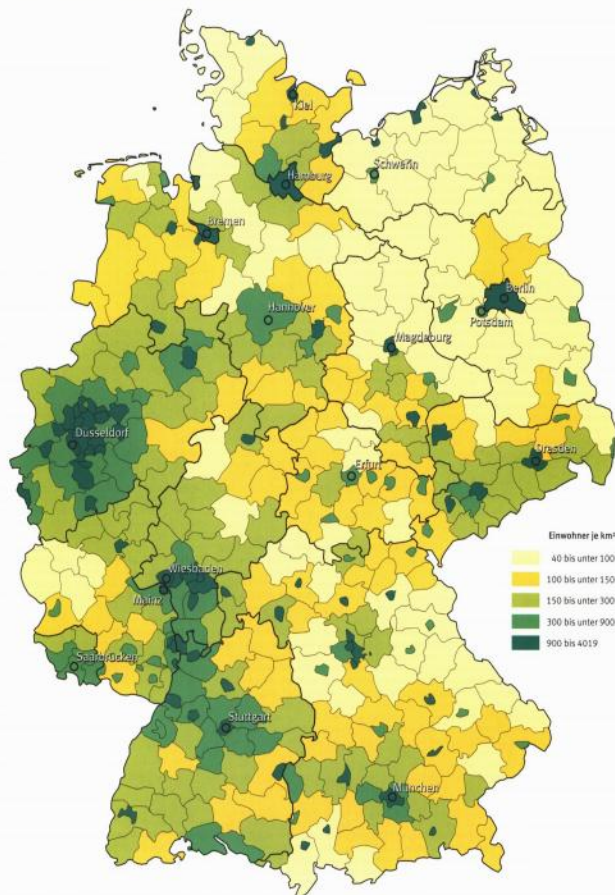
Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Geburtenrate besteht eine enge Wechselbeziehung. In geburtschwachen Jahrgängen gibt es weniger potentielle Mütter, folglich sinkt die Anzahl der geborenen Kinder bei unverändertem Geburtenverhalten nach 25 bis 30 Jahren. Zudem beeinflussen Zu- bzw. Abwan-

Tab. 1.1: Bevölkerungsstand 2004 in Tausend

Nordrhein-Westfalen	18 075
Bayern	12 444
Baden-Württemberg	10 717
Niedersachsen	8 001
Hessen	6 098
Sachsen	4 296
Rheinland-Pfalz	4 061
Berlin	3 388
Schleswig-Holstein	2 829
Brandenburg	2 568
Sachsen-Anhalt	2 494
Thüringen	2 355
Hamburg	1 735
Mecklenburg-Vorpommern	1 720
Saarland	1 056
Bremen	663
Deutschland	82 501

Bevölkerung

Abb. 1.2: Bevölkerungsdichte nach Kreisen am 31.12.2003



Quelle der Verwaltungsgrenzen: VG 1000, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.

Einwohnerdichte und Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich soll Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern abbildern, um gleiche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu wahren. Bundesländer, deren Finanzkraft über der des Bundesdurchschnitts liegt, sind ausgleichs- bzw. zahlungspflichtig. Die Einwohnerdichte spielt im Länderfinanzausgleich eine wichtige Rolle. Bei Bundesländern mit einer extrem hohen oder extrem dünnen Besiedlung wird von einem überdurchschnittlichen Bedarf an finanziellen Mitteln je Einwohner ausgegangen. Der Mehrbedarf der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen resultiert daraus, dass diese für die Bevölkerung aus angrenzenden Regionen zahlreiche Leistungen im sozialen und kulturellen sowie im Bildungsbereich (z. B. als Hochschulstandorte) erbringen. Insbesondere das Auseinanderfallen von Wohn- und Erwerbsbevölkerung wirkt sich negativ auf die Kassen der Stadtstaaten aus. Zahlreiche Pendler aus dem Umland nutzen die städtische Infrastruktur, sind jedoch in den Stadtstaaten nicht steuerpflichtig, da sie ihren Wohnsitz in angrenzenden Bundesländern haben. Zum Ausgleich dieser „strukturellen Andersartigkeit“ wird den Ländern Berlin, Hamburg und Bremen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs ein überdurchschnittlicher Finanzbedarf von 135 % je Einwohner zugesprochen.

Seit Inkrafttreten der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zum 1. Januar 2005, greift die „Einwohnerwertung“ auch bei sehr dünn besiedelten Flächenstaaten. Diese müssen die Infrastruktur und zahlreiche öffentliche Leistungen auf breiter Fläche in Stand halten bzw. anbieten, während die Finanzlast nur auf wenige Einwohner verteilt werden kann. Sehr dünn besiedelten Ländern wird daher ab 2005 ein überdurchschnittlicher Finanzbedarf von 105 % je Einwohner zugestanden.

derungsbewegungen innerhalb Deutschlands und gegenüber dem Ausland sowie die Sterbefälle den Altersaufbau der Bevölkerung in den Ländern.

Zunächst zeigt sich für die Bevölkerungsentwicklung im gesamten Bundesgebiet eine ähnliche Ausgangssituation: Der Einschnitt bei den knapp 60-Jährigen spiegelt den Geburtenrückgang als Folge des 2. Weltkriegs wider. Auch der durch die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre ausgelöste Geburtenrückgang ist noch zu erkennen. Der Frauenüberschuss bei den Älteren geht auf die Verringerung der Männerjahrgänge während des zweiten Weltkrieges und auch auf die höhere Lebenserwartung von Frauen zurück.

Ab Mitte der 1950er bis zum Ende der 1960er Jahre waren in allen Bundesländern relativ hohe Geburtenraten zu verzeichnen. Die starke Besetzung der Jahrgänge der heute Mitte 30- bis Mitte 40-Jährigen ist in fast allen westlichen Industriestaaten zu beobachten.

Bei den nachrückenden Jahrgängen zeigen sich Unterschiede zwischen östlichen und westlichen Flächenländern sowie den Stadtstaaten. Bei den unter 35-Jährigen, die seit Anfang der 1970er Jahre geboren wurden, ist in den westlichen Bundesländern ein tiefer Einschnitt zu beobachten, der bis heute anhält. In den neuen Ländern ist dagegen eine verstärkte Besetzung der Altersjahrgänge erkennbar, die ab Mitte der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre geboren wurden. Die Stadtstaaten

bilden überdurchschnittlich viele Einwohner im Alter von 20 bis 40 Jahren.

Westliche Flächenländer: Von der zerausten Tanne zum Pilz

Der Geburtenrückgang Anfang der 1970er Jahre führte im früheren Bundesgebiet zu einem konstant niedrigen Geburtenniveau, das sich in einer schmalen Basis des Altersaufbaus äußert. Die geburtenschwachen Jahrgänge, die den „Baby-Boomer“ der 1960er Jahre folgen, sind deutlich geringer besetzt. Die Alterspyramide gleicht im oberen Teil der viel zitierten „zerausten Tanne“, die sich durch den Geburtenrückgang seit Anfang der 1970er Jahre zu einem „Pilz“ entwickelt. Die geburtenstarken Jahrgänge wachsen ab 2020 in das Seniorenalter hinein und

bilden den Hut, während die deutlich dünner besetzten nachrückenden Jahrgänge den Stiel des Pilzes bilden.

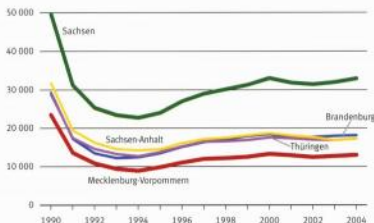
Bei der Betrachtung der Alterspyramiden der westlichen Flächenstaaten ist hinsichtlich der demografischen Entwicklung ein relativ einheitlicher Verlauf festzustellen. Bedingt durch regionale Strukturen sind am Altersaufbau der Bundesländer allerdings auch länderspezifische Charakteristika erkennbar. So liegt die Geburtenziffer des Saarlandes seit Beginn des neuen Jahrtausends deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt der alten Bundesländer.

Mitte der 1970er bis Mitte 1980er Jahre: Geburtenhoch im Osten

Auch in den neuen Bundesländern sind die mittleren und älteren Jahrgänge am stärksten besetzt. Allerdings zeigen sich bei allen Gemeinsamkeiten deutliche Unterschiede gegenüber der Altersstruktur der Bevölkerung in den alten Bundesländern.

Die Geburtenrate pendelte sich nach einem Einbruch Anfang der 1970er Jahre nicht wie im Westen konstant auf einem niedrigen Niveau ein, sondern stieg Mitte der 1970er Jahre bis 1980 wieder deutlich an und verharrte einige Jahre auf relativ hohem Niveau. Dies zeigt sich in den Alterspyramiden in Form einer auffällig starken Besetzung der Jahrgänge der heute etwa 15- bis 25-Jährigen. Zurückzuführen ist dies auf bevölkerungs- und familienpolitische Maßnahmen der damaligen DDR-Regierung. Diese stellte ein umfas-

Abb. 1.3: Lebendgeborene in den neuen Bundesländern (ohne Berlin)



Bevölkerung

sendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und nicht zuletzt finanzielle Beihilfen und Anreize für junge Familien mit Kindern bereit, um dem Rückgang der Geburtenzahlen Anfang der 1970er Jahre entgegenzusteuern. Seit Mitte der 1980er Jahre nahmen die Geburtenzahlen dann wieder etwas ab.

Östliche Flächenländer: Dramatischer Geburtenrückgang nach der Wende

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands ist in den neuen Bundesländern ein dramatischer Rückgang der Geburtenzahlen zu beobachten. Dieser Einbruch wird zurückgeführt auf die tief greifenden Veränderungen zur Wendezeit, die alle Lebensbereiche erfassten und zunächst mit einer starken Verunsicherung der Bevölkerung einhergingen. Auch kam es zu einer Anpassung an westdeutsche Verhaltensweisen. In der ehemaligen DDR waren die Mütter bei der Geburt des ersten Kindes erheblich jünger als im früheren Bundesgebiet. Der Umzug zahlreicher jüngerer Menschen in den Westen Deutschlands verstärkte noch die ohnehin starke Abnahme der Geburten in den neuen Ländern.

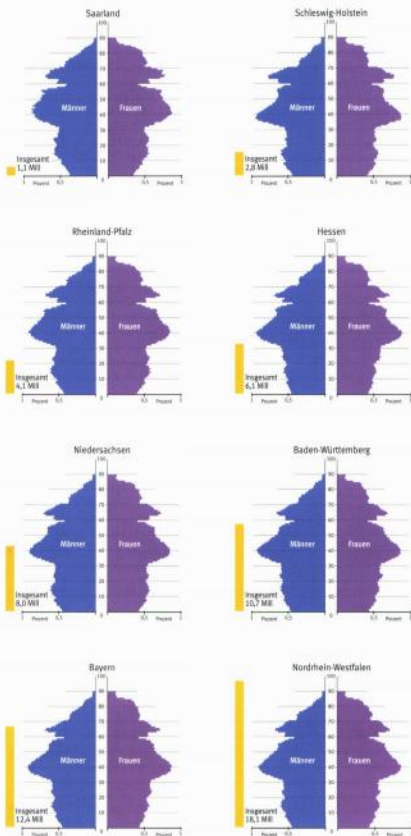
Seit Mitte der 1990er Jahre ist wieder ein Anstieg der Geburtenzahlen festzustellen. Die Geburtenrate der neuen Bundesländer hat sich inzwischen erheblich an diejenige der alten Bundesländer angenähert.

Stadtstaaten: Hoher Anteil an 20- bis 40-Jährigen

Bei der Betrachtung der Stadtstaaten fällt auf, dass die Altersjahrgänge der heute 20- bis 40-jährigen überdurchschnittlich besetzt sind. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Stadtstaaten über vielfältige Bildungsangebote (insbesondere im Hochschulbereich) verfügen. Berlin, Hamburg und Bremen sind im bundesweiten Vergleich bedeutende Hochschulstandorte.

Wie in den neuen Bundesländern lässt die Alterspyramide von Berlin auf einen Rückgang der Geburten nach der Wende schließen. Dieser Rückgang zeigt sich hier allerdings in abgeschwächter Form, da Berlin-Ost und -West nicht getrennt voneinander ausgewiesen werden.

Abb. 1.4: Altersstruktur am 31.12.2004, prozentuale Darstellung



Die Altersklasse „90 Jahre und älter“ ist nicht dargestellt

Lebenserwartung für Neugeborene in Baden-Württemberg am höchsten

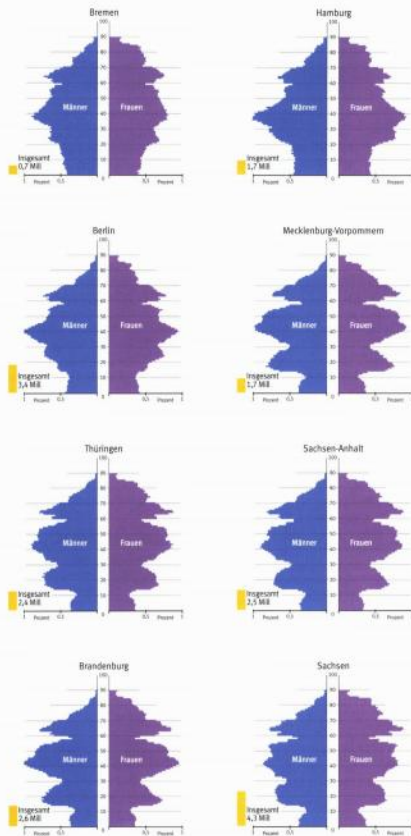
Die Zahl der Sterbefälle hängt von der Größe und der Altersstruktur der Bevölkerung sowie der Lebenserwartung ab. Im Jahr 2004 starben in Deutschland rund 818 000 Menschen, Ende der 1980er Jahre waren es noch etwa 900 000 pro Jahr. Die Altersstruktur der Bevölkerung lässt langfristig eine Zunahme der Sterbefälle erwarten, da stark besetzte Jahrgänge in höheres Alter aufrücken.

Ihrer Bevölkerungsgröße entsprechend gibt es die meisten Sterbefälle in den Ländern Nordrhein-Westfalen (184 000), Bayern (116 000) und Baden-Württemberg (92 000), die wenigsten dagegen in Bremen (7 000) und im Saarland (12 000).

Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in Baden-Württemberg am höchsten. Für neugeborene Jungen betrug sie nach der Sterbetafel 2002/2004 in diesem Bundesland 77,4 und für neugeborene Mädchen 82,6 Jahre. Die niedrigste durchschnittliche Lebenserwartung gab es bei den Jungen in Mecklenburg-Vorpommern (73,8 Jahre) und bei den Mädchen im Saarland (80,4 Jahre). Bei den Jungen ist der Abstand zwischen Minimum und Maximum damit höher als bei den Mädchen.

Während die Einwohner Baden-Württembergs bereits Mitte der 1990er Jahre die höchste Lebenserwartung aufwiesen (neugeborene Jungen 74,5 und neugeborene Mädchen 80,7 Jahre), war sie 1993/1995 in Mecklenburg-Vorpommern für beide Geschlechter am geringsten (Jungen 68,9 Jahre, Mädchen 77,6 Jahre). Mitte der 1990er Jahre war die Spanne zwischen den Bundesländern deutlich größer als heute. Die neuen Länder und Berlin nahmen damals in der Rangfolge der Länder die unteren Plätze ein, von den alten Bundesländern wiesen das Saarland und Bremen die niedrigsten Lebenserwartungen auf.

Seitdem ist die Lebenserwartung in allen Bundesländern angestiegen, besonders ausgeprägt in den neuen. Mecklenburg-Vorpommern hatte die stärkste Zunahme zu verzeichnen (bei Jungen um 4,9 und bei Mädchen um 3,2 Jahre). Damit fiel der Abstand zwischen den Ländern 2002/2004 niedriger aus als noch neun Jahre zuvor.



Bevölkerung

Bei den Jungen hat jetzt Sachsen mit 75,4 Jahren eine höhere Lebenserwartung als Bremen und das Saarland und bei den Mädchen liegt Sachsen mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 81,9 Jahren in der Spitzengruppe. Die anderen neuen Länder befinden sich allerdings weiter im unteren Drittel. Insgesamt hat sich somit eine deutliche Verbesserung der Lebenserwartung in den neuen Ländern und eine weitere Zunahme in den alten Ländern ergeben, die zu geringeren Unterschieden zwischen den Bundesländern führt.

Demografischer Wandel und Generationenvertrag

Im Rahmen der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung geht man davon aus, dass die Anzahl der Geburten im früheren Bundesgebiet zunächst auf niedrigem Niveau bleibt und langfristig sinkt. Für die neuen Länder wird bis 2010 eine allmähliche Annäherung des Geburtenverhaltens an das Niveau des früheren Bundesgebietes angenommen.

Die gegenwärtigen und zukünftig zu erwartenden Wanderungsüberschüsse von Personen aus dem Ausland können die Alterung der Gesellschaft zwar nicht verhindern, tragen jedoch dazu bei, dass die Alterung der Bevölkerung langsamer voranschreitet. Das allgemein relativ niedrige Geburtenniveau wird dazu führen, dass im Jahr 2050 die Jahrgänge bis zum 50. Lebensjahr schwächer besetzt sein werden als die älteren, was neue Herausforderungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit sich bringt.

Angesichts stagnierender und langfristig sinkender Geburtenzahlen sowie dem steigenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft ist in der öffentlichen Diskussion häufig von der Gefährdung des „Generationenvertrages“ die Rede. Dieser basiert darauf, dass die Arbeitnehmer mit ihren Versicherungsbeiträgen die Renten der jeweiligen Rentenbezieher finanzieren. Im Zuge des „demografischen Wandels“, den die Alterspyramiden der Bundesländer verdeutlichen, ändert sich das Verhältnis der Bevölkerungsgruppen, die aktiv am Erwerbsleben teilnehmen, und dem Teil der Bevölkerung, deren Renten von den Erwerbstätigen finanziert wer-

den. Den Personen im erwerbsfähigen Alter stehen in Zukunft immer mehr ältere Menschen, also Rentenempfänger, gegenüber.

Wanderungen zwischen den Bundesländern und dem Ausland

In der Wanderungsstatistik wird zwischen Umzügen innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und den Zu- und Fortzügen von Deutschen oder ausländischen Staatsangehörigen über die Grenzen der Bundesrepublik (Außenwanderung) unterschieden. Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der DDR gelten seit 1990 als Binnenwanderungsfälle.

Bei statistischen Informationen hinsichtlich der Wanderungsbewegungen muss zwischen absoluten Zuzugs- oder Fortzugszahlen und dem Saldo unterschieden werden, den man erhält, indem man die Zu- und Fortzüge gegeneinander aufrechnet.

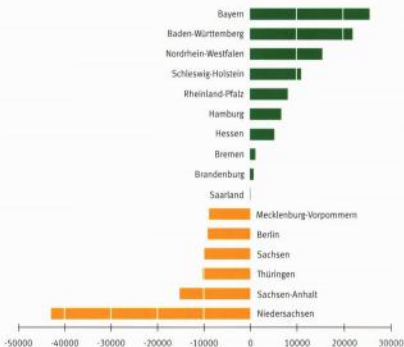
Wanderungen innerhalb Deutschlands

Im Jahr 2004 sind rund 3 737 000 Personen innerhalb Deutschlands in eine andere Gemeinde umgezogen. Die westlichen Flächenländer (außer Niedersachsen) hatten im Jahr 2004 eine positive Binnenwanderungsbilanz zu verzeichnen. Die höchsten innerdeutschen Wanderungsgewinne erzielten Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands werden stark von den Erwerbsmöglichkeiten in den jeweiligen Bundesländern beeinflusst. Diese stellten sich im Jahr 2004 in den drei „Einwanderungsländern“ Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen – gemessen an der Anzahl offener Stellen – im bundesweiten Vergleich am günstigsten dar.

Abwanderung aus den östlichen Bundesländern

Der größte Teil der Abwanderungsverluste entstand in den neuen Ländern durch Fortzüge in das westliche Bundesgebiet. Bevorzugte Ziele waren Bayern und Baden-Württemberg. In der öffentlichen Diskussion ist vielfach von einem regel-

Abb. 1.5: Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) innerhalb Deutschlands 2004



rechten „Abwanderungssog“ aus den neuen Ländern die Rede. Die hohen Binnenwanderungsverluste in Richtung Westen konnten 2004 in den neuen Bundesländern durch die Zuwanderung aus dem Ausland nicht ausgeglichen werden, zum Teil gab es auch Außenwanderungsverluste. Eine Ausnahme im Binnenwanderungsgeschehen stellt im Osten Brandenburg dar, und zwar wegen der großen Zahl von Fortzügen aus Berlin in das brandenburgische Umland.

Niedersachsen: Drehscheibe für Spätaussiedler

Niedersachsen stellt mit seiner negativen innerdeutschen Wanderungsbilanz eine Ausnahme unter den westdeutschen Flächenländern dar.

Das Bundesland verzeichnet seit Mitte der 1990er Jahre einen negativen Saldo hinsichtlich der Zu- und Fortzüge innerhalb Deutschlands. Dieser lag im Jahr 2003 bei einem Überschuss von 51 000 Fortzügen und sank 2004 auf einen Überschuss von 43 000 Fortzügen. Grund hierfür ist ein „Sonderwanderungsstrom“, der von deutschstämmigen Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern und deren Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ausgelöst wird. Sie reisen über das niedersächsische Aufanglager Friedland in die Bundesrepublik ein; anschließend wird der größte Anteil der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler von Niedersachsen aus auf die einzelnen Bundesländer verteilt, was sich in dem auffällig hohen Überschuss der Fortzüge aus Niedersachsen in andere Bundesländer widerspiegelt.

„Raus aufs Land“ – Stadtstaaten geben Bevölkerung an Umland ab

Die Stadtstaaten (insbesondere Hamburg und Berlin) geben Bevölkerung an das angrenzende ländlichere Umland Richtung Schleswig-Holstein und Brandenburg ab. Hamburg verzeichnete in Richtung Schleswig-Holstein einen Überschuss von ca. 3 700 Fortzügen. Der Überschuss der Fortzüge von Berlin in Richtung Brandenburg erreichte im Jahr 2004 rund 11 000 Personen. Dadurch verzeichnete Brandenburg als einziges Land im Osten einen leicht positiven Saldo bei der Binnenwanderung.

Wanderungen zwischen dem Ausland und den Bundesländern

Im Jahr 2004 zogen rund 780 000 Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit über die Bundesgrenze zu und 697 600 Menschen fort. Damit ergab sich für die Bundesrepublik im Jahr 2004 ein Überschuss von insgesamt rund 82 500 Zuzügen. In den meisten Bundesländern ist die Außenwanderungsbilanz positiv. Das heißt, insgesamt sind mehr Personen (deutsche und ausländische) aus dem Ausland in die Bundesländer zugezogen, als diese in Richtung Ausland verlassen haben. Fünf Bundesländer verzeichneten in 2004 eine negative Außenwanderungsbilanz.

Tab. 1.2: Außenwanderungssaldo 2004

Niedersachsen	62 523
Berlin	10 819
Hessen ¹⁾	7 130
Nordrhein-Westfalen	6 347
Rheinland-Pfalz	2 340
Bremen	1 311
Thüringen	347
Mecklenburg-Vorpommern	267
Schleswig-Holstein	181
Brandenburg	66
Bayern	57
Sachsen	-275
Saarland	-664
Sachsen-Anhalt	-1 661
Baden-Württemberg	-1 990
Hamburg	-4 255
Deutschland	82 543

1) Hessen weist methodisch bedingt einen erhöhten Saldo aus.

Den höchsten Außenwanderungssaldo hat Niedersachsen mit einem Überschuss von insgesamt rund 63 000 Zuzügen. Bei mehr als der Hälfte dieser Zugezogenen handelt es sich um deutsche Staatsbürger – vor allem um deutschstämmige Spätaussiedler aus Osteuropa oder den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion –, die zunächst nach Niedersachsen einreisen, bevor ein Großteil von ihnen in andere Bundesländer abwandert.

Darauf folgt Berlin mit einem Überschuss von 11 000 deutschen und ausländischen Personen aus dem Ausland. Die höchsten Verluste bei der Außenwanderung ver-

zeichnet Hamburg (-4 300), gefolgt von Baden-Württemberg (-2 000) und Sachsen-Anhalt (-1 700).

Ausländische Bevölkerung

Ende 2004 lebten in Deutschland knapp 7,3 Mill. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Quelle: Bevölkerungsfortschreibung). Der Anteil an der Bevölkerung im Bundesgebiet lag damit bei 8,8 %. In welchen Regionen Deutschlands ausländische Staatsangehörige ihren Wohnsitz wählen, hängt im Wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen erheblich darunter.

Tab. 1.3: Ausländische Bevölkerung 2004 in Tausend

Nordrhein-Westfalen	1 945
Baden-Württemberg	1 282
Bayern	1 175
Hessen	695
Niedersachsen	536
Berlin	455
Rheinland-Pfalz	312
Hamburg	244
Schleswig-Holstein	151
Sachsen	118
Saarland	89
Bremen	85
Brandenburg	67
Thüringen	48
Sachsen-Anhalt	47
Mecklenburg-Vorpommern	39
Deutschland	7 288

Stadtstaaten haben höchste Ausländeranteile

Die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen verzeichneten 2004 mit 14,1 %, 13,4 % und 12,8 % die höchsten Ausländeranteile. In den westlichen Flächenstaaten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg (12,0 %), Hessen (11,4 %) und Nordrhein-Westfalen

Bevölkerung

Quellen für Angaben zur ausländischen Bevölkerung

Die Angaben zur ausländischen Bevölkerung stammen aus zwei unterschiedlichen Quellen, der Bevölkerungsforschreibung und dem Ausländerzentralregister (AZR).

Die Bevölkerungsforschreibung stellt zwischen den Volkszählungen die einzige Quelle für ein umfassendes Bild der Gesamtbevölkerung in Deutschland sowie deren Untergliederungen und damit auch nach der deutschen und der ausländischen Bevölkerung dar. Die Bevölkerungsforschreibung weist aber nicht alle Merkmale zu Ausländern nach. Für Angaben zur Staatsangehörigkeit, zur Aufenthaltsdauer oder zum Aufenthaltsstatus der Ausländer nutzt die amtliche Statistik z. B. ergänzend Angaben des AZR.

Die Bestandszahlen über Ausländer aus dem AZR und aus der Bevölkerungsforschreibung weichen infolge unterschiedlicher Abgrenzungen voneinander ab. Grundsätzlich sind die Ausländerzahlen aus dem AZR niedriger als diejenigen aus der Bevölkerungsforschreibung, da das AZR lediglich die nicht nur vorübergehend in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer erfasst. Ein unmittelbarer Vergleich der Ergebnisse der aus diesen beiden Quellen nachgewiesenen ausländischen Bevölkerung ist damit nicht möglich.

(10,8%) am höchsten. Mit Abstand die niedrigsten Ausländeranteile hatten die fünf neuen Bundesländer, in denen die entsprechenden Anteile zwischen 1,9% (Sachsen-Anhalt) und 2,8% (Sachsen) lagen.

Die höchsten Ausländerzahlen verzeichneten im Jahr 2004 Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern.

Türkische Staatsangehörige stellen den größten Anteil der Ausländer im Westen und in Berlin

Der größte Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer besaß, gemäß Ausländerzentralregister, die türkische Staatsangehörigkeit, gefolgt von Bürgern und Bürgerinnen aus den Nachbarstaaten

des ehemaligen Jugoslawiens sowie von den polnischen Staatsangehörigen.

Auch in Nordrhein-Westfalen besaß der größte Anteil der ausländischen Staatsangehörigen die türkische Staatsbürgerschaft (32,7%), gefolgt von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern der Nachbarstaaten Jugoslawiens (12,9%). Italienische Staatsbürgerinnen und -bürger bildeten mit einem Anteil von 7,2% die drittgrößte Gruppe der Ausländer und Ausländerinnen in diesem Bundesland.

Türkische Staatsangehörige machten auch in den anderen westlichen Bundesländern und Berlin den mit Abstand größten Anteil an der Gruppe der ausländischen Bevölkerung aus, während in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) russische

Staatsangehörige gewöhnlich die stärkste Gruppe bilden.

Einbürgerungen

Die Zahl der Einbürgerungen erreichte mit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 mit rund 187 000 Fällen bundesweit einen Höhepunkt und ist seitdem kontinuierlich gesunken. Im Jahr 2004 haben insgesamt rund 127 000 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, davon lebten über 4 000 im Ausland. Der mit Abstand größte Anteil der Eingebürgerten war türkischstämmig (35%).

Tab. 1.4: Einbürgerungen von Ausländern 2004

Nordrhein-Westfalen	40 060
Baden-Württemberg	16 068
Hessen	15 027
Bayern	13 225
Niedersachsen	10 998
Rheinland-Pfalz	6 564
Berlin	6 509
Hamburg	4 840
Schleswig-Holstein	4 660
Bremen	2 040
Saarland	1 236
Sachsen	486
Mecklenburg-Vorpommern	396
Sachsen-Anhalt	386
Thüringen	351
Brandenburg	286
Einbürgerungen (im Ausland lebend)	4 021
Deutschland	127 153

Abbildung 1.7 stellt die Entwicklung der Einbürgerungszahlen für diejenigen Bundesländer dar, die 2004 im Ländervergleich die höchsten Einbürgerungszahlen verzeichneten.

Einbürgerungen in den Ländern mit den meisten Ausländern am häufigsten

In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern wurden 2004 die meisten Personen eingebürgert. Diese Bundesländer sind auch diejenigen, in denen die meisten Ausländer leben. Die geringsten Einbürgerungszahlen verzeichneten die östlichen Flächenländer,

Abb. 1.6: Anteil der ausländischen Bevölkerung 2004

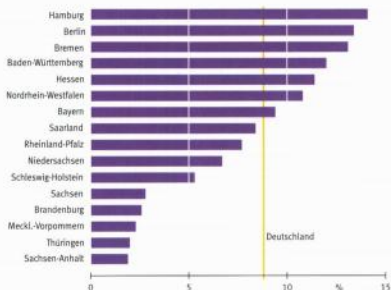
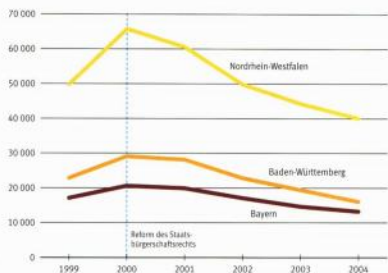


Abb. 1.7: Einbürgerungen von Ausländern in ausgewählten Bundesländern



Wie Abbildung 1.8 außerdem zeigt, konnten in Niedersachsen, Hamburg, Bremen, dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern über die Hälfte der Eingebürgerten ihre alte Staatsbürgerschaft behalten. In Bayern und Baden-Württemberg waren es anteilig die wenigsten: Nur 25 % bzw. 29 % der Eingebürgerten behielten in diesen Bundesländern ihren alten Pass.

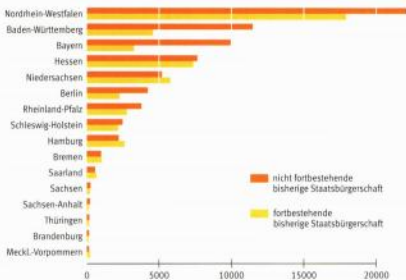
Eheschließungen und Ehescheidungen

Nach der deutschen Wiedervereinigung hat sich die Zahl der Eheschließungen und Ehescheidungen in den im Westen bzw. im Osten Deutschlands liegenden Bundesländern sehr unterschiedlich entwickelt. Im Jahr 1989 lag die Zahl der Eheschließungen in Deutschland zusammen noch bei rund 530 000 Fällen und die Zahl der Ehescheidungen belief sich auf rund 177 000 Fälle. Im Jahr 1990 ergab sich schon ein deutlicher Rückgang und zwar bei den Eheschließungen auf 516 000 Fälle und bei den Scheidungen auf 155 000 Fälle. In den Folgejahren setzte sich diese Entwicklung bundesweit zunächst fort.

Zahl der Eheschließungen in den neuen Ländern 40 % niedriger als 1990

Diese rückläufigen Fallzahlen bei den Eheschließungen und Ehescheidungen wurden dabei stark von der Entwicklung in den neuen Bundesländern beeinflusst. So wurden im Jahr 1991 in den östlichen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) nur noch rund 51 000 Paare getraut (1990 waren es noch 101 900 Paare gewesen)

Abb. 1.8: Einbürgerungen 2004



mit jeweils weniger als 500 Fällen. Angaben über Kinder ausländischer Eltern, die durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, sind in den Daten nicht enthalten.

Seit dem Inkrafttreten der Reform im Jahr 2000 ist die Anzahl der Eingebürgerten, die ihre alte Staatsbürgerschaft behalten, im Bundesgebiet im Vergleich zu den Jahren vor der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts deutlich gestiegen. So lag der Anteil der Eingebürgerten mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit (also doppelter Staatsangehörigkeit nach der Einbürgerung) 1999 – dem Jahr vor der Reform – bei 14 % und stieg mit der Reform stark an. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil im Reformjahr 2000

bei rund 45 % und im Jahr 2004 noch bei rund 44 %.

Das neue Staatsbürgerschaftsrecht

Mit dem Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechts am 1. Januar 2000 haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit vereinfacht. Ausländerinnen und Ausländer können unter bestimmten Voraussetzungen bereits nach acht, statt wie bisher nach 15 Jahren legalen Aufenthalts in der Bundesrepublik die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Für die Einbürgerung sind neben ausreichenden Sprachkenntnissen und ausreichenden Mitteln für den eigenen Lebensunterhalt auch Straflosigkeit und Verfassungstreue Kriterien, die von Einbürgerungswilligen erfüllt werden müssen. Seit der Reform können auch Ausländerinnen und Ausländer, die sich außerhalb der Bundesrepublik aufhalten, eingebürgert werden, wenn sie eine besondere Bindung zu Deutschland nachweisen können. Kinder von Ausländern erwerben seit der Reform unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt und müssen sich dann zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für die deutsche Staatsangehörigkeit oder die ihrer Eltern entscheiden.

Prinzipiell gilt nach dem Staatsangehörigkeitsrecht das Prinzip der Vermeidung von Mehrstaatlichkeit, d. h. die alte Staatsbürgerschaft muss bei der Einbürgerung abgelegt werden. Für ältere Menschen oder politisch Verfolgte gelten jedoch großzügigere Ausnahmeregelungen als vor der Reform, die es ermöglichen, die alte Staatsbürgerschaft zu behalten.

Bevölkerung

und nur knapp 9000 Paare geschieden (1990: knapp 32 000). Bedingt durch die Umbrüche in den wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen und, soweit es die Ehescheidungen betrifft, auch durch die Umstellung auf das bundesdeutsche Scheidungsrecht bewegten sich in den neuen Bundesländern sowohl die Zahl der Eheschließungen als auch der Ehescheidungen in den gesamten 1990er Jahren – verglichen mit den Verhältnissen vor der Wende – auf sehr niedrigem Niveau.

Nach 1991 bzw. 1992 ist in den neuen Bundesländern sowohl für die Eheschließungen als auch für die Ehescheidungen in dem genannten Zeitraum ein Anstieg zu verzeichnen. Bei den Eheschließungen verlief dieser Anstieg allmählich, bei den Ehescheidungen jedoch sprunghaft. Die Zahl der Ehescheidungen erreicht inzwischen wieder etwa das Niveau von 1990, ist damit aber immer noch deutlich niedriger als vor der Wende. Die Zahl der Eheschließungen in den neuen Ländern liegt heute etwa 40 % niedriger als 1990.

In den westlichen Bundesländern (ohne Berlin) sank dagegen die Zahl der Eheschließungen allmählich ausgehend von rund 401 000 Fällen im Jahr 1990 bis auf rund 325 000 Eheschließungen im Jahr 2004. Die Zahl der Ehescheidungen nahm im Westen im Verlauf der 1990er Jahre fast stetig deutlich zu von rund 117 000 Fällen im Jahr 1990 auf rund 174 000 Ehescheidungen im Jahr 2004.

Berlin: Geringste Heirats- und höchste Scheidungshäufigkeit

Im Berichtsjahr 2004 wurden bundesweit rund 396 000 Eheschließungen registriert. Davon entfielen absolut die meisten Eheschließungen (rund 88 000) auf das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen und die wenigsten Eheschließungen auf das kleinste Bundesland Bremen (rund 3 000). Auf 1 000 Einwohner bezogen wies dagegen Schleswig-Holstein im Jahr 2004 mit 6,2 die höchste und Berlin mit 3,7 Eheschließungen die geringste Heirats-häufigkeit auf. Unter den neuen Bundesländern hatte Mecklenburg-Vorpommern mit 5,5 die höchste und Sachsen mit 3,9 Eheschließungen je 1 000 Einwohner die niedrigste Heiratsrate.

Tab. 1.5: Eheschließungen 2004 je 1 000 Einwohner

Schleswig-Holstein	6,2
Mecklenburg-Vorpommern	5,5
Niedersachsen	5,2
Rheinland-Pfalz	5,2
Saarland	5,0
Bayern	4,9
Hessen	4,9
Nordrhein-Westfalen	4,9
Baden-Württemberg	4,8
Bremen	4,4
Brandenburg	4,4
Sachsen-Anhalt	4,3
Thüringen	4,1
Hamburg	3,9
Sachsen	3,9
Berlin	3,7
Deutschland	4,8

Bezogen auf den Jahresvergleich seit 1990 lag die Zahl der Ehescheidungen im Jahr 2004 bundesweit mit 213 700 Fällen fast auf dem Niveau des Rekordjahres 2003 (214 000).

Wird die Zahl der bestehenden Ehen als Bezugsgröße herangezogen, dann wurde für Berlin im Jahr 2004 mit 16,5 Ehescheidungen je 1 000 bestehende Ehen die höchste Scheidungshäufigkeit im Bundesländervergleich gemessen. Die übrigen Stadtstaaten Bremen (14,5 je 1 000 bestehende Ehen) und Hamburg (14,4 je bestehende 1 000 Ehen) folgten mit geringem Abstand. Die östlichen Bundesländer wiesen im Jahr 2004 die geringsten relativen Scheidungshäufigkeiten auf. Für Mecklenburg-Vorpommern ergab sich dabei mit 10,2 Ehescheidungen je 1 000 bestehenden Ehen der höchste und für Sachsen mit 8,8 Ehescheidungen je 1 000 bestehende Ehen der niedrigste Wert unter den neuen Bundesländern.

Abb. 1.9: Eheschließungen in ausgewählten neuen Ländern

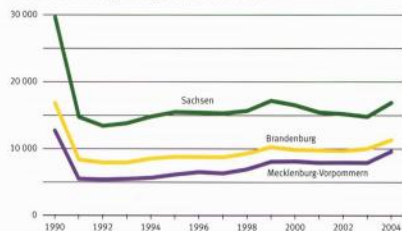
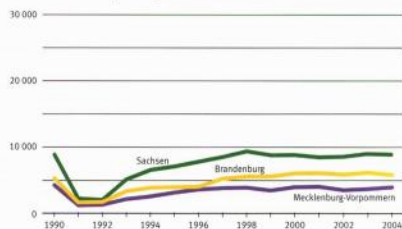


Abb. 1.10: Ehescheidungen in ausgewählten neuen Ländern



2 Lebensstandard der privaten Haushalte

Haushaltsstruktur

Fast die Hälfte aller Haushalte liegt in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg

Nordrhein-Westfalen war mit rund 8,5 Mill. Haushalten im März 2004 das Bundesland mit den meisten privaten Haushalten. An zweiter und dritter Stelle rangierten Bayern (5,7 Mill.) und Baden-Württemberg (4,9 Mill.). Knapp die Hälfte (48,7 %) der rund 39,1 Mill. Privathaushalte in Deutschland war damit diesen drei westlichen Flächenländern zuzuordnen.

Tab. 2.1: Privathaushalte im März 2004 in Tausend

Nordrhein-Westfalen	8 460
Bayern	5 731
Baden-Württemberg	4 891
Niedersachsen	3 764
Hessen	2 849
Sachsen	2 156
Berlin	1 890
Rheinland-Pfalz	1 872
Schleswig-Holstein	1 351
Brandenburg	1 218
Sachsen-Anhalt	1 201
Thüringen	1 118
Hamburg	930
Mecklenburg-Vorpommern	815
Saarland	517
Bremen	358
Deutschland	39 122

Zahl der Haushalte gegenüber 1991 in allen Bundesländern gestiegen

Im März 2004 lag die Zahl der Privathaushalte in allen Bundesländern erheblich über dem Ausgangsniveau vom April 1991. Allerdings fielen die Wachstumsraten äußerst unterschiedlich aus. So ergab sich für Brandenburg als einzigem östlichen Bundesland eine zweistellige Zuwachsrate. Mit 17 % ist Brandenburg zugleich bundesweit dasjenige Land mit der größten Steigerung der Haushaltszahl, gefolgt von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz mit jeweils rund 16 %. Veränderungsdaten im einstelligen Bereich zeigten sich für die Stadtstaaten sowie für

Nordrhein-Westfalen, das Saarland und für die übrigen neuen Länder. Das geringste Wachstum verzeichnete Sachsen-Anhalt mit einem Plus von 0,6 %.

Tab. 2.2: Entwicklung der Zahl der Privathaushalte zwischen April 1991 und März 2004 – in Prozent

Brandenburg	17,2
Niedersachsen	16,1
Rheinland-Pfalz	15,6
Bayern	14,7
Schleswig-Holstein	14,2
Baden-Württemberg	12,6
Hessen	12,0
Mecklenburg-Vorpommern	9,7
Nordrhein-Westfalen	9,4
Berlin	7,8
Hamburg	7,1
Thüringen	6,1
Bremen	5,3
Sachsen	5,2
Saarland	5,1
Sachsen-Anhalt	0,6
Deutschland	11,0

Bevölkerung in Privathaushalten vor allem im Osten zurückgegangen

Während im oben genannten Zeitraum die Zahl der privaten Haushalte in allen Bundesländern gestiegen ist, verringerte sich die Bevölkerung in Privathaushalten insbesondere in den neuen Ländern (Ausnahme: Brandenburg) sowie in Berlin,

Mikrozensus

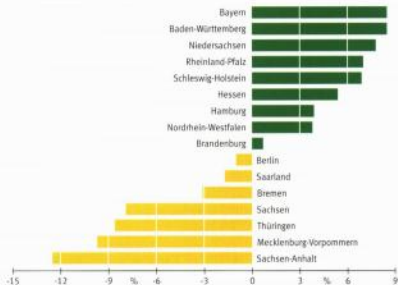
Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. 1 % aller Haushalte in Deutschland sind an dieser Statistik beteiligt. Mit rund 820 000 befragten Personen in 380 000 Haushalten ist der Mikrozensus europaweit die größte jährliche Haushaltsbefragung. Grundgesamtheit der Zufallsstichprobe ist die gesamte Wohnbevölkerung. Die Befragung erfolgt überwiegend persönlich durch einen Interviewer und bezieht alle Personen im Haushalt ein. Bei den Angaben handelt es sich folglich um Selbsteinstufungen durch die Befragten. Die Fragen beziehen sich überwiegend auf die Gegebenheiten in einer festgelegten Berichtswoche im Jahr. Die Mikrozensusergebnisse stellen somit eine Momentaufnahme der Verhältnisse im Frühjahr dar.

Private Haushalte

Als privater Haushalt zählen jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z. B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushalte mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Haupt- und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen) werden mehrfach gezählt (Bevölkerung in Privathaushalten).

Bremen und dem Saarland im Vergleich zu 1991 zum Teil deutlich. In den übrigen Ländern des früheren Bundesgebietes und in Brandenburg lebten im März 2004 dagegen mehr Menschen in Privathaushalten.

Abb. 2.1: Entwicklung der Bevölkerung in Privathaushalten zwischen April 1991 und März 2004 – in Prozent



Haushalte

ten als noch 13 Jahre zuvor. Jedoch nahm die Zahl der Personen in Privathaushalten nicht im gleichen Ausmaß zu wie die Zahl der privaten Haushalte. Daher verringerte sich in allen Bundesländern die durchschnittliche Haushaltsgröße.

Tab. 2.3: Entwicklung der durchschnittlichen Haushaltsgröße zwischen April 1991 und März 2004

	1991	2004	Veränd.
Meckl.-Vorpommern	2,58	2,12	-0,46
Brandenburg	2,46	2,11	-0,35
Thüringen	2,45	2,11	-0,34
Sachsen-Anhalt	2,39	2,08	-0,31
Sachsen	2,31	2,02	-0,29
Rheinland-Pfalz	2,36	2,18	-0,18
Berlin	1,96	1,80	-0,16
Bremen	2,01	1,85	-0,16
Niedersachsen	2,29	2,13	-0,16
Schleswig-Holstein	2,25	2,10	-0,15
Saarland	2,18	2,04	-0,14
Bayern	2,32	2,19	-0,13
Nordrhein-Westfalen	2,25	2,13	-0,12
Hessen	2,27	2,16	-0,11
Hamburg	1,92	1,86	-0,06
Baden-Württemberg	2,27	2,21	-0,06
Deutschland	2,27	2,12	-0,15

Durchschnittliche Haushaltsgröße insbesondere im Osten stark gesunken

Besonders stark verringerte sich die durchschnittliche Haushaltsgröße in den neuen Ländern (ohne Berlin), was auf den Bevölkerungsrückgang und ein vergleichsweise moderates Wachstum der Haushaltszahlen zurückzuführen ist. In diesen Bundesländern ging der Anteil der Haushalte, in denen drei und mehr Personen lebten, zwischen 1991 und 2004 um 11 Prozentpunkte (Sachsen) bis 18 Prozentpunkte (Mecklenburg-Vorpommern) zurück. Gleichzeitig stieg in den neuen Ländern der Anteil der Einpersonenhaushalte mit 8 bis 10 Prozentpunkten überdurchschnittlich. Auch in Brandenburg verringerte sich die durchschnittliche Haushaltsgröße stark, obwohl im Unterschied zu den übrigen neuen Ländern in diesem Bundesland die Bevölkerung in Privathaushalten seit 1991 leicht angestiegen ist. Grund hierfür ist der deutlich höhere Zuwachs der Haushaltszahl.

Höchste durchschnittliche Haushaltsgröße in Baden-Württemberg

Die Haushalte mit der geringsten durchschnittlichen Größe lagen in den Stadtstaaten: in Berlin, Bremen und Hamburg lebten durchschnittlich zwischen 1,80 und 1,86 Personen in einem Haushalt. In den westdeutschen Flächenländern Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg war die Personenzahl eines Haushalts dagegen mit rund 2,2 Personen am höchsten.

In Stadtstaaten lebt die Hälfte der Einwohner alleine

Mit der Zahl der Haushalte veränderte sich auch deren Struktur: So stiegen die Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten in allen Bundeslän-

dem auf Kosten der Anteile der Haushalte, in denen drei und mehr Personen gemeinsam leben und wirtschaften. Dabei haben sich die im April 1991 noch deutlich unterschiedlichen Haushaltsstrukturen der ost- und westdeutschen Bundesländer (ohne die Stadtstaaten) bis zum März 2004 ineinander angeglichen.

Eine Sonderstellung hinsichtlich der Haushaltsgrößenstruktur nehmen die drei Stadtstaaten ein. Während die übrigen Bundesländer einen Anteil an Einpersonenhaushalten von bis zu 39% (Saarland) aufwiesen, lebte in Berlin, Hamburg und Bremen in jeweils knapp der Hälfte der Haushalte lediglich eine Person. Die Anteilswerte für die Mehrpersonenhaushalte lagen hingegen unter denen der west- und ostdeutschen Flächenländer.

Abb. 2.2: Haushaltsgröße im April 1991 in Prozent

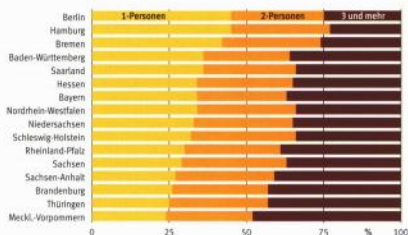
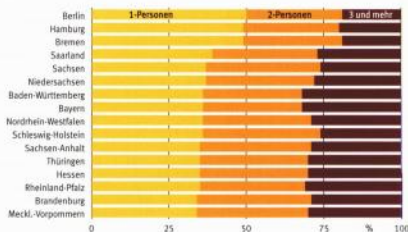


Abb. 2.3: Haushaltsgröße im März 2004 in Prozent



Einkommen

Weiterhin Einkommensschere zwischen West und Ost

Beim Bruttoeinkommen der privaten Haushalte bestehen nicht nur große Unterschiede nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen (z. B. Bildung, Alter, Geschlecht, Anzahl der Haushaltsmitglieder, Haushaltstyp, soziale Stellung usw.), sondern auch in regionaler Hinsicht. Dies zeigt bereits der Vergleich zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern: Einem durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommen von 3 619 Euro im Monat in der 1. Jahreshälfte 2003 im Westen (einschl. Berlin-West) standen 2 734 Euro im Osten Deutschlands (einschl. Berlin-Ost) gegenüber. Dies waren 76 % des Westniveaus. Gegenüber 1998 (75 % des Westniveaus) hat sich die „Einkommensschere“ zwischen West und Ost nicht entscheidend verringert.

Höchste Bruttoeinkommen in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern

Wie der Bundesländervergleich zeigt, weisen die fünf neuen Bundesländer auch in der 1. Hälfte 2003 die niedrigsten Haushaltsbruttoeinkommen auf und lagen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 3 454 Euro im Monat.

Tab. 2.4: Haushaltsbruttoeinkommen im 1. Halbjahr 2003 – Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro

Baden-Württemberg	3 984
Hessen	3 901
Bayern	3 889
Rheinland-Pfalz	3 675
Schleswig-Holstein	3 512
Nordrhein-Westfalen	3 497
Hamburg	3 486
Niedersachsen	3 450
Saarland	3 340
Berlin	3 266
Bremen	2 974
Brandenburg	2 973
Thüringen	2 839
Sachsen-Anhalt	2 778
Mecklenburg-Vorpommern	2 685
Sachsen	2 685
Deutschland	3 454

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie Laufende Wirtschaftsrechnungen

Angaben über den Lebensstandard der Privathaushalte in Deutschland erhält die amtliche Statistik auch aus den regelmäßig durchgeführten Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, die auf freiwilliger Basis erhoben werden. Dazu gehören die jährlich durchgeführten Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) und die im fünfjährigen Turnus durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS).

Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe geben bundesweit rund 65 000 Haushalte nahezu aller sozialen Gruppierungen detailliert Auskunft über ihre Einnahmen und Ausgaben, ihre Vermögensverhältnisse und Ersparnisse, die Ausstattung mit Gebrauchsgütern sowie über Haus- und Grundbesitz und ihre jeweilige Wohnsituation. Ergänzt werden diese Informationen durch Daten zu Einnahmen und Ausgaben der Privathaushalte, die aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen stammen. An diesen beteiligen sich jährlich ca. 6 000 Haushalte (ohne Haushalte von Landwirten und Selbstständigen).

Die Einkommensspanne zwischen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (je 2 685 Euro) und Baden-Württemberg (3 984 Euro), als dem Bundesland mit dem höchsten Bruttoeinkommen, betrug 1 300 Euro im Monat.

Regionale Unterschiede bei den Bruttoeinkommen – insbesondere Abweichungen zwischen West und Ost – werden verursacht durch höhere Erwerbseinkommen sowie eine größere Vermögensbasis als Quelle von Vermögenseinkünften (u. a. Zinsen, Dividenden, Mieteinnahmen) in den westlichen Bundesländern sowie durch höhere Anteile von Arbeitslosen- und Rentnerhaushalten in den neuen Ländern, die relativ niedrige Einkommen aus staatlichen Versorgungssystemen beziehen.

Erwerbseinkommen ist in allen Bundesländern die wichtigste Einkommensquelle

Das Bruttoeinkommen der privaten Haushalte setzt sich aus verschiedenen Einkommenskomponenten zusammen. Die wichtigste Einkommensquelle bildet dabei in der Regel das Einkommen aus Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder. Dies zeigt Abbildung 2.4, denn das Einkommen aus Erwerbstätigkeit umfasste in allen Bundesländern im 1. Halbjahr 2003 einen Anteil von über 50 % des Haushaltsbruttoeinkommens und bildete damit die wichtigste Einkommensquelle. Allerdings bestehen zwischen den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede in den Beiträgen der Erwerbseinkünfte zum gesamten Bruttoeinkommen.

Höchsten Erwerbsanteil am Bruttoeinkommen hat Hamburg

Die höchsten Erwerbsanteile am Bruttoeinkommen verzeichneten die süddeutschen Länder, Hessen und der Stadtstaat Hamburg. Fast zwei Drittel (63,8 %) des gesamten Bruttoeinkommens Hamburger Haushalte stammte aus Einkünften aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit. Auch in Baden-Württemberg mit 61,0 %, Hessen mit 60,1 % und Bayern mit 58,7 % waren die Erwerbsanteile am Bruttoeinkommen überdurchschnittlich hoch. Der Durchschnittswert für alle Haushalte in Deutschland lag in der ersten Hälfte 2003 bei 57,8 %.

In Sachsen-Anhalt dagegen resultierte nur etwa jeder zweite Euro (51,4 %) des Haushaltsbruttoeinkommens aus Erwerbseinkünften. Ähnlich war die Situation der Haushalte in Bremen (51,8 %), im Saarland (52,3 %) sowie in Mecklenburg-Vorpommern (52,6 %).

Jeder dritte Euro des Bruttoeinkommens stammt im Osten aus öffentlichen Transfers

Zunehmende Bedeutung für die Haushaltsbruttoeinkommen haben in den zurückliegenden Jahren die Einnahmen aus öffentlichen Transfers erhalten. Hierbei handelt es sich um sozialstaatliche Leistungen wie Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kinder- und Arbeitslosengeld sowie Arbeitslosen- und Sozialhilfe u. Ä. Rund ein Viertel (25,7 %) des Bruttoeinkommens privater Haushalte in Deutschland entfiel in der ersten Hälfte 2003 auf derartige Leistungen. Deutliche Unterschiede zeigen sich dabei zwischen den neuen und alten Bundesländern: In den neu-

Begriffsdefinitionen

Die **Ausgaben für den Privaten Konsum** werden in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für unterschiedliche Ausgabenbereiche erfasst: „Wohnen, Nahrungsmittel und Bekleidung“ gelten als so genannte Grundbedürfnisbereiche. Darüber hinaus werden Ausgaben für die Bereiche „Verkehr“, „Freizeit, Unterhaltung, Kultur“, „Gesundheitspflege“, „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“, „Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände“, „Nachrichtenübermittlung“, „Bildungswesen“ sowie „andere Waren und Dienstleistungen“ unterschieden. Nicht in den privaten Konsumausgaben enthalten sind die Zahlungen von direkten Steuern, Versicherungen, Übertragungen an andere private Haushalte oder Organisationen sowie die Tilgung und Verzinsung von Krediten. Ebenfalls nicht enthalten sind Käufe von Grundstücken und Gebäuden sowie die Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen.

Zu den **Ausgaben für Nicht-Konsumzwecke** zählen u. a. freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Beiträge für private Krankenversicherungen, Pensions-, Alters- und Sterbekassen sowie Ausgaben für Kraftfahrzeug, Hausrat, Haftpflicht-, Unfall- und weitere Versicherungen. Zu den übrigen Ausgaben gehören ebenfalls Kraftfahrzeug, Hunde-, Erbschaft- bzw. Schenkungssteuer, Zinsen für Kredite und sonstige geleistete Übertragungen (z. B. Geldgeschenke, Unterhaltszahlungen) sind ebenfalls Bestandteil der übrigen Ausgaben sowie eventuell in den Haushaltsbüchern aufgetretene statistische Differenzen. Letztere entstehen, wenn in Einzelfällen bestimmte kleine Beträge nicht eingetragen werden, weil sich z. B. die buchführende Person an diese Ausgabe nicht mehr erinnert, Wechselgeld nicht korrekt zurückgegeben oder Geld unbemerkt verloren wurde. Aber auch Einnahmen können vergessen werden.

Der **Ausstattungsbestand** gibt an, wie viele Ausstattungsgegenstände in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 114 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Handy besitzen. Bei einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand zudem größer als der Ausstattungsgrad. Rechnerisch wird der Ausstattungsbestand ermittelt durch die Anzahl des in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgutes, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Der **Ausstattungsgrad** ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte einen bestimmten Ausstattungsgegenstand besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 73 % Mobiltelefonen, dass 73 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt durch die Anzahl der Haushalte, in denen ein entsprechendes Gebrauchsgut vorhanden ist, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Die **Bruttoersparnis** der privaten Haushalte ergibt sich aus den Ausgaben für die Bildung von Geld- und Sachvermögen (z. B. Einzahlungen auf Sparbücher, Kauf von Aktien und Wertpapieren, Erwerb von Grundstücken bzw. Immobilien) zuzüglich der Rückzahlung von Hypotheken- und Konsumentenkrediten.

Das **Bruttogeldvermögen** privater Haushalte setzt sich aus folgenden Vermögensarten bzw. -komponenten zusammen: Bauspar- und Sparguthaben, sonstige Anlagen bei Banken bzw. Sparkassen, Wertpapiere (u. a. Aktien, Rentenwerte und Aktienfonds u. Ä.), Lebensversicherungsguthaben sowie an Privatpersonen verliehenes Geld.

Das **Bruttoimmobilienvermögen** privater Haushalte setzt sich aus den Verkehrswerten (geschätzte Werte) des jeweiligen Haus- und Grundbesitzes (unbebaute Grundstücke, Ein- und Mehrfamilienhäuser, Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen, Eigentumswohnungen, sonstige Gebäude) zusammen.

Die **Eigentumsquote** beschreibt den Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz an der Gesamtzahl der Haushalte.

In der EVS setzt sich das **Haushaltsbruttoeinkommen** aus folgenden Komponenten zusammen: Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Einkünfte aus unselbständiger und selbständiger Tätigkeit), öffentliche und nichtöffentliche Transferzahlungen, Vermögenseinnahmen sowie Einnahmen aus Untervermietung.

Unter **Haus- und Grundbesitz** wird das gesamte Eigentum an Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen der beteiligten Haushalte verstanden, unabhängig davon, ob diese Immobilien selbst gekauft bzw. erbaut oder durch Schenkung bzw. Erbe erworben wurden oder ob sie selbst genutzt oder vermietet wurden. Des Weiteren sind sowohl im Inland befindliche als auch im Ausland erworbene Immobilien einbezogen. Im Einzelnen umfasst das Haus- und Grundeigentum folgende Immobilienarten: unbebaute Grundstücke (ohne landwirtschaftliche Nutzfläche), Einfamilienhäuser (einschl. Einliegerwohnung), Zweifamilienhäuser, Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen, Eigentumswohnungen (auch Einliegerwohnungen, die als Ferien- oder Zweitwohnungen genutzt werden), sowie sonstige Gebäude (auch Wochenend- und Ferienhäuser, Kleingartenlauben, kombinierte Wohn- und Geschäftsgebäude sowie Betriebsgebäude ohne Nutzung für eigene geschäftliche Zwecke).

Die **Konsumausgaben** der privaten Haushalte rücken erst dann ins rechte Licht, wenn sie zum ausgabefähigen Einkommen ins Verhältnis gesetzt werden. Dieses Verhältnis zwischen Konsumausgaben und ausgabefähigen Einkommen wird als **Konsumquote** bezeichnet. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte werden ermittelt, indem zum Haushaltsnettoeinkommen die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Verkauf von Gebrauchtwagen) sowie die sonstigen Einnahmen (z. B. Lottogewinne, Einnahmen aus der Einlösung von Leergut und Flaschenpfand) addiert werden. Im ausgabefähigen Einkommen nicht enthalten sind Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Vermögen (Sach- und Geldvermögen) sowie aus einer Kreditaufnahme.

Die **Nettoersparnis** der privaten Haushalte resultiert aus der Bruttoersparnis abzüglich der Einnahmen aus der Auflösung von Geld- und Sachvermögen (z. B. Auflösung von Sparkonten, Verkauf von Aktien bzw. Wertpapieren, Veräußerung von Immobilien und Grundstücken) und aus Kreditaufnahmen abzüglich der Zinszahlungen für Baudarlehen und Konsumentenkredite.

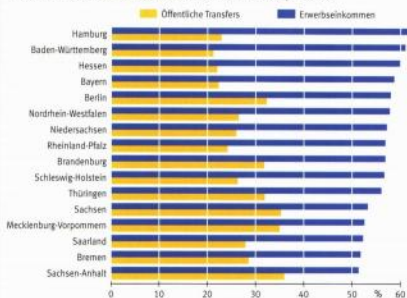
Das **Nettogeldvermögen** privater Haushalte errechnet sich aus dem Bruttogeldvermögen abzüglich der Konsumentenkreditschulden.

Das **Nettoimmobilienvermögen** privater Haushalte errechnet sich aus dem Bruttoimmobilienvermögen abzüglich sämtlicher Hypotheken, Baudarlehen und sonstiger Darlehen zum Erwerb bzw. zur Instandsetzung von Haus- und Grundvermögen.

Die **Sparquote** ist der Anteil der Nettoersparnis am ausgabefähigen Einkommen.

Zur **Wohnfläche** zählen die Flächen von Wohn- und Schlafräumen (auch untervermietete sowie außerhalb des Wohnungsabschlusses befindliche Räume, z. B. Mansarden, wenn sie zu Wohnzwecken genutzt werden), Küchen, Nebenräumen (Bad, Toilette, Flur usw.), Wohnräumen, die auch teilweise oder zeitlich begrenzt gewerblich genutzt werden (z. B. Praxis und Wartezimmer in Arzt- oder Rechtsanwaltswohnungen), Balkonen, Terrassen bzw. Loggien (1/4 der Grundfläche zählt hiervon zur Wohnfläche). Nicht zu berücksichtigen sind Keller, Dachboden- und Wirtschaftsräume, die nicht zu Wohnzwecken genutzt werden.

Abb. 2.4: Beiträge zum Haushaltsbruttoeinkommen im 1. Halbjahr 2003



en Ländern und Berlin-Ost bezogen die Haushalte in der ersten Jahreshälfte 2003 jeden dritten Euro (33,3%) ihres Bruttoeinkommens aus Leistungen der öffentlichen Hand, im früheren Bundesgebiet war es fast jeder vierte Euro (24,4%).

Höchste Transferquote in Sachsen-Anhalt

Demzufolge war der Beitrag öffentlicher Transferleistungen zum Bruttoeinkommen in den einzelnen neuen Ländern und Berlin mit Anteilen von über 30%, zum Teil sogar über 35%, im ersten Halbjahr 2003 am höchsten, wobei in Sachsen-Anhalt, dem Land mit der geringsten Erwerbseinkommensquote, die Transferquote mit 36% am höchsten lag. In den süddeutschen Bundesländern – mit Ausnahme des Saarlands – und in Hamburg bezogen die Haushalte dagegen lediglich zwischen 20% und 25% ihres Bruttoeinkommens aus sozialstaatlichen Leistungssystemen. Baden-Württemberg wies mit 21% die niedrigste öffentliche Transferquote aller 16 Bundesländer auf.

West-Ost-Spanne auch bei Haushaltsnettoeinkommen

Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verfügten die Haushalte in Deutschland im ersten Halbjahr 2003 über ein durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen von 2 771 Euro. Dies waren

knapp 8% mehr als fünf Jahre zuvor, als der Wert bei 2 567 Euro lag.

Die Haushalte in den neuen Ländern hatten mit 2 233 Euro in der ersten Hälfte 2003 ein um rund 660 Euro niedrigeres monatliches Nettoeinkommen als diejenigen in Westdeutschland, wo je Haushalt im Durchschnitt fast 2 900 Euro zur Verfügung standen.

Tab. 2.5: Haushaltsnettoeinkommen im 1. Halbjahr 2003
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro

Baden-Württemberg	3 144
Bayern	3 131
Hessen	3 098
Rheinland-Pfalz	2 949
Schleswig-Holstein	2 827
Nordrhein-Westfalen	2 784
Niedersachsen	2 780
Saarland	2 728
Hamburg	2 712
Berlin	2 577
Bremen	2 470
Brandenburg	2 409
Thüringen	2 303
Sachsen-Anhalt	2 279
Mecklenburg-Vorpommern	2 234
Sachsen	2 206
Deutschland	2 771

Diese West-Ost-Spanne zeigt sich auch bei den einzelnen Bundesländern: In allen fünf neuen Ländern lagen die Haushaltsnettoeinkommen deutlich unter dem

Bundesdurchschnitt von 2 771 Euro. In Sachsen (2 206 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (2 234 Euro) standen den Haushalten die geringsten Einkommen zur Verfügung und selbst in Brandenburg lag das Haushaltsnettoeinkommen mit 2 409 Euro um mehr als 350 Euro unter dem Durchschnittswert aller Haushalte in Deutschland.

Daneben Süd-Nord-Gefälle beim Nettoeinkommen

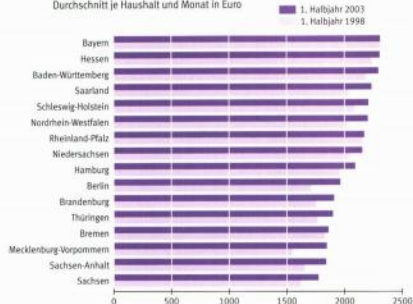
Deutliche Einkommensunterschiede existieren jedoch nicht nur zwischen West und Ost, sondern auch zwischen den alten Bundesländern. So waren die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in den drei Stadtstaaten Bremen (2 470 Euro), Berlin (2 577 Euro) und Hamburg (2 712 Euro) unterdurchschnittlich und um mehrere 100 Euro geringer als in den meisten westlichen Flächenstaaten. Zudem ist ein Süd-Nord-Gefälle im früheren Bundesgebiet unverkennbar. In den nördlichen Bundesländern Niedersachsen (2 780 Euro), Nordrhein-Westfalen (2 784 Euro) und Schleswig-Holstein (2 827 Euro) waren die Nettoeinkommen der Haushalte deutlich niedriger als in den süddeutschen Bundesländern. Am höchsten waren diese in der ersten Hälfte 2003 mit 3 144 Euro in Baden-Württemberg (wo sie um mehr als 350 Euro höher lagen als in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen), Bayern (3 131 Euro) und Hessen (3 098 Euro).

Konsumausgaben

Private Konsumausgaben in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg am höchsten – am niedrigsten in Sachsen

Die durchschnittlichen Konsumausgaben betragen im ersten Halbjahr 2003 je Haushalt in Deutschland 2 126 Euro monatlich. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1998 (2 029 Euro) war das ein Anstieg um 4,8%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost haben die Konsumausgaben mit +7,9% (auf 1 797 Euro) stärker als im früheren Bundesgebiet (+4,1% auf 2 201 Euro) zugenommen. Der Unterschied zwischen West und Ost beträgt somit 404 Euro monatlich. Im Vergleich dazu betrug er 1998 noch 449 Euro.

Abb. 2.5: Private Konsumausgaben im 1. Halbjahr 1998 und im 1. Halbjahr 2003
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro



Wie Abbildung 2.5 zeigt, war die Spanne in den Konsumausgaben zwischen den einzelnen Bundesländern noch größer. In Bayern gaben in der 1. Hälfte 2003 die Haushalte im Durchschnitt 2 311 Euro im Monat für den privaten Konsum aus, in Sachsen waren es 1 774 Euro und damit 537 Euro weniger. Neben dem bereits erwähnten West-Ost-Gefälle zeigt sich auch ein Süd-Nord-Gefälle. Nach Bayern hatten Hessen (2 307 Euro), Baden-Württemberg (2 295 Euro) und das Saarland (2 235 Euro) die höchsten monatlichen Konsumausgaben, während diese in den norddeutschen Bundesländern Bremen (1 861 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (1 861 Euro) vergleichsweise niedrig lagen.

Im Vergleich zu 1998 hatte Mecklenburg-Vorpommern mit 301 Euro den stärksten Anstieg der Konsumausgaben zu verzeichnen, gefolgt von Berlin (257 Euro) und dem Saarland (198 Euro). Demgegenüber blieben die Konsumausgaben in Bayern nahezu konstant – 2 Euro).

Konsumquoten der östlichen Flächenländer und des Saarlands am höchsten

Im ersten Halbjahr 2003 verwendeten die privaten Haushalte in Deutschland durchschnittlich 75,4% ihres ausgabenfähigen Einkommens für den privaten Konsum. Im regionalen Vergleich ist – mit Ausnahme des Saarlandes – ein deutliches Ost-West-Gefälle erkennbar: Die neuen Bundesländer wiesen mit Quoten zwischen 81,7%

(Thüringen) und 78,3% (Brandenburg) die höchsten Konsumquoten auf. Aufgrund relativ niedriger verfügbarer Einkommen mussten die Haushalte in den neuen Ländern größere Teile ihres Einkommens für elementare Konsumbedürfnisse ausgeben, sodass für andere Verwendungszwecke engere Spielräume verbleiben. Die niedrigsten Konsumquoten von durchgängig unter 73% wiesen die süddeutschen Flächenländer auf.

In Bremen wird anteilig am meisten für Grundbedürfnisse wie Wohnen und Nahrungsmittel ausgegeben

Im ersten Halbjahr 2003 wendete ein privater Haushalt durchschnittlich 51,6% seiner gesamten Konsumausgaben zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (Wohnen, Nahrungsmittel, Bekleidung) auf. Den zweitgrößten Ausgabenbereich bildeten die Verkehrsausgaben mit einem Anteil von 14,4% am privaten Konsum gefolgt von den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung, Kultur (11,8%). Für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie Gesundheitspflege gaben die privaten Haushalte 4,3% bzw. 3,7% aus.

Im Einzelländervergleich war die Konsumstruktur identisch, wenn es auch in den einzelnen Ausgabenbereichen größere Spannen in den Anteilswerten gab. Bei den Ausgaben für die Grundbedürfnisse betrug die Spanne 6,5 Prozentpunkte. Während Haushalte in Bremen durchschnittlich 54,5% ihres Konsumbudgets dafür aufwendeten, betrug die Ausgaben in Berlin dafür nur 48%.

Ausgabenanteil für Verkehr in Stadtstaaten am geringsten

Die größten regionalen Unterschiede wiesen die Verkehrsausgaben auf. Hier zeigte sich, dass die Haushalte in den Stadtstaaten wesentlich niedrigere Ausgabenanteile in den Bereich Verkehr steckten als die Haushalte in den Flächenstaaten. Den niedrigsten Anteil setzten die privaten Haushalte in Hamburg mit 10,6% ein, während saarländische Haushalte mit 18,1% einen fast doppelt so hohen Budgetanteil aufbrachten. Die Daten der EVS 2003 zur Ausstattung der Haushalte liefern hierfür eine plausible Erklärung: Offensichtlich nutzten in den Stadtstaaten anteilig mehr Haushalte öffentliche Ver-

Abb. 2.6: Durchschnittliche Konsumquote je Haushalt im 1. Halbjahr 2003



Tab. 2.6: Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003
Anteile in Prozent

	Grundbedürfnisse ¹⁾	Verkehr	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Gastgewerbe ²⁾	Gesundheitspflege	Sonstiges ³⁾
Westliche Flächenländer						
Rheinland-Pfalz	53,1	14,0	10,7	4,5	3,7	14,0
Saarland	52,8	18,1	9,6	3,3	3,0	13,2
Niedersachsen	52,6	12,9	12,1	3,8	3,8	14,8
Nordrhein-Westfalen	52,0	14,0	11,2	4,3	4,0	14,4
Hessen	51,9	13,9	11,5	4,6	3,8	14,4
Schleswig-Holstein	51,7	15,5	11,3	3,8	3,9	13,8
Baden-Württemberg	51,1	14,8	11,9	4,1	3,8	14,3
Bayern	48,7	15,7	11,9	5,3	4,1	14,3
Östliche Flächenländer						
Sachsen-Anhalt	51,7	15,1	12,9	3,5	2,2	14,6
Brandenburg	51,4	14,7	12,9	3,4	2,6	14,9
Thüringen	50,8	15,2	13,1	4,0	2,6	14,4
Mecklenburg-Vorpommern	50,5	16,5	12,1	3,0	2,6	15,2
Sachsen	50,2	15,6	14,1	4,2	2,5	13,5
Stadtstaaten						
Bremen	54,5	11,2	12,5	4,6	3,0	14,2
Hamburg	52,3	10,6	13,1	5,5	3,6	14,8
Berlin	48,0	12,4	14,3	5,6	5,2	14,5
Deutschland	51,6	14,4	11,8	4,3	3,7	14,3

1) Wohnen, Nahrungsmittel, Bekleidung.

2) Beherbergungs- und Gaststättenleistungen.

3) „Innenausrüstung, Haushaltsgeräte und -gegenstände“, „Nachrichtensübermittlung“, „Bildungswesen“ sowie „andere Waren und Dienstleistungen“.

kehrsmittel, während der Individualverkehr (allen voran der Pkw-Verkehr) mit den höheren Anschaffungs- und Betriebskosten eines eigenen Fahrzeugs in den Flächenstaaten eine größere Rolle spielte. Auf 100 Haushalte in den Stadtstaaten kamen durchschnittlich weniger als 72 Pkws. In den Flächenstaaten lagen dagegen die entsprechenden Ausstattungsbestände bei durchschnittlich mehr als 90 bzw. zum Teil mehr als 100 Pkws je 100 Haushalte.

Berliner und Sachsen geben am meisten für Kultur aus

Auch bei den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur gab es deutliche Unterschiede zwischen Stadt- und Flächenstaaten sowie alten und neuen Bundesländern. Hier lagen die neuen Länder sowie die Stadtstaaten mit Anteilswerten von 12,1% (Mecklenburg-Vorpommern) bis 14,3% (Berlin) auf den vorderen Plät-

zen. Unter den alten Bundesländern war der Ausgabenanteil für Freizeit, Unterhaltung und Kultur mit 9,6% im Saarland am niedrigsten.

Berliner auch an erster Stelle bei Ausgabenanteilen für Hotels, Restaurants und Gesundheitspflege

Für Beherbergungs- und Gaststättenleistungen gaben Haushalte in Berlin (5,6%) und Hamburg (5,5%) anteilig am meisten Geld aus, während die Haushalte in den ostdeutschen Bundesländern mit Werten von 3,5% (Sachsen-Anhalt) bis 3,0% (Mecklenburg-Vorpommern) die geringsten Anteile am Konsumbudget für diese Dienstleistungen aufbrachten.

Große regionale Unterschiede konnten auch bei der Höhe der Ausgaben für die Gesundheitspflege festgestellt werden. Berliner Haushalte lagen hier an erster Stelle mit durchschnittlich 5,2% ihrer

Konsumausgaben, gefolgt von den Haushalten der alten Bundesländer mit Anteilswerten von 4,1% (Bayern) bis 3,0% (Bremen und Saarland). Die Haushalte in den neuen Ländern gaben durchschnittlich weniger als 2,7% ihres Konsumbudgets für die Gesundheit aus.

Haushalte in den neuen Bundesländern gaben für Nicht-Konsumzwecke am wenigsten aus

Neben ihren Ausgaben für Konsumzwecke leisten die privaten Haushalte weitere Ausgaben wie z. B. freiwillige und private Versicherungsbeiträge, verschiedene Steuern, Zinszahlungen für Kredite sowie Unterhaltszahlungen an andere Haushalte. Diese Zahlungen werden als Ausgaben für Nicht-Konsumzwecke bzw. so genannte übrige Ausgaben erfasst.

Die Ausgaben für Nicht-Konsumzwecke beliefen sich im ersten Halbjahr 2003 auf 372 Euro monatlich je Haushalt. Die Haushalte in den neuen Bundesländern gaben mit durchschnittlich 210 Euro (in Thüringen) bis 314 Euro (in Mecklenburg-Vorpommern) für diesen Bereich am wenigsten aus. Hingegen lagen die Haushalte in Bayern mit durchschnittlich 469 Euro monatlich an der Spitze.

Tab. 2.7: Ausgaben für Nicht-Konsumzwecke im 1. Halbjahr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro

	1998	2003
Bayern	342	469
Baden-Württemberg	334	441
Hessen	332	426
Schleswig-Holstein	292	417
Berlin	211	392
Rheinland-Pfalz	273	380
Bremen	297	374
Niedersachsen	326	368
Hamburg	193	363
Nordrhein-Westfalen	285	357
Saarland	260	323
Mecklenburg-Vorpommern	226	314
Brandenburg	225	287
Sachsen	197	279
Sachsen-Anhalt	169	212
Thüringen	153	210
Deutschland	285	372

Im Vergleich zu den Konsumausgaben und den Ersparnissen wuchsen die Aufwendungen für Nicht-Konsumzwecke im

Haushalte

Zeitraum von 1998 bis 2003 am stärksten. Im Durchschnitt erhöhten sie sich von 285 Euro auf 372 Euro je Haushalt und damit um 31%. In den neuen Bundesländern lag diese Zunahme mit 35% noch darüber.

Spartätigkeit

Haushalte in Baden-Württemberg sparten am fleißigsten

Die privaten Haushalte verwenden ihr ausgabefähiges Einkommen nicht nur für Konsumzwecke und die Begleichung von Steuern, Versicherungen und sonstigen Ausgaben, sondern legen einen Teil ihres Einkommens in der Regel zurück. Wie die Zahlen der EVS 2003 zeigen, ist die Spartätigkeit der privaten Haushalte in Deutschland in regionaler Hinsicht sehr differenziert. Im Durchschnitt sparten die Haushalte in Deutschland im ersten Halbjahr 2003 monatlich 322 Euro netto und damit nominal rund 6% mehr als vor fünf Jahren (303 Euro je Haushalt und Monat).

Haushalte in Westdeutschland legten netto durchschnittlich 347 Euro im Monat zurück, in Ostdeutschland waren es mit 214 Euro deutlich weniger. Die höchste Sparleistung wiesen in der ersten Hälfte 2003 die Baden-Württemberger auf. Sie sparten im Durchschnitt 460 Euro netto im Monat und damit mehr als das Vierfache des Betrages, den die Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern (112 Euro) auf die hohe Kante legten. Auch in den anderen süddeutschen Bundesländern (Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern) wurde überdurchschnittlich gespart. In diesen Ländern lagen die monatlichen Nettoersparnisse in der ersten Hälfte 2003 bei mehr als 400 Euro. Das Süd-Nord-Gefälle wird daran ersichtlich, dass in Niedersachsen als dem „spareifrigsten“ der Nordländer im Vergleich dazu nur 305 Euro netto monatlich zurückgelegt wurden. In allen Nordländern lag die monatliche Sparsumme privater Haushalte unter dem Bundesdurchschnitt, ebenfalls die der Haushalte in den neuen Bundesländern, die mit Ausnahme Sachsen-Anhalts (276 Euro netto im Monat) alle deutlich weniger als 250 Euro im Monat ansparten.

Abb. 2.7: Nettoersparnis im 1. Halbjahr 2003 und im 1. Halbjahr 1998
Durchschnitt je Haushalt und Monat in Euro

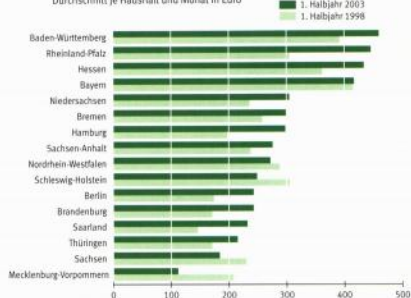


Abb. 2.8: Durchschnittliche Sparquote der privaten Haushalte im 1. Halbjahr 2003



Höchste Sparquote in den süddeutschen Bundesländern

Die Sparquote lag in der ersten Hälfte 2003 bundesweit bei 11,4%. Fünf Jahre zuvor hatte sie 11,6% betragen und ist demzufolge geringfügig gesunken. Wie bereits aufgrund der beschriebenen geringen Sparbeträge zu erwarten, waren die Sparquoten in den neuen Ländern deutlich niedriger als im Westen Deutschlands. Die niedrigste Sparquote wiesen in der ersten Jahreshälfte 2003 die Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern auf, hier wurden knapp 5% des ausgabefähigen Einkommens für Sparzwecke verwendet. In allen anderen neuen Ländern lagen die Sparquoten bei Werten von 10% und darunter mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt,

das mit 11,9% als einziges ostdeutsches Land eine überdurchschnittliche Sparquote aufwies. Auch in Saarland, in Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sparten die Haushalte weniger als 10% ihres verfügbaren Einkommens. Weit überdurchschnittliche Sparquoten von 13%, zum Teil sogar mehr als 14%, hatten die Haushalte in Süddeutschland: Rheinland-Pfalz (14,9%), Baden-Württemberg (14,4%), Hessen (13,7%) und Bayern (13,0%). Aufgrund des relativ hohen Nettoeinkommens verbleiben den Haushalten in den südlichen Bundesländern nach Tätigkeit ihrer Konsumausgaben und aller übrigen Aufwendungen größere finanzielle Spielräume, um Geld auf die „hohe Kante“ zu legen.

Vermögen und Schulden

Geldvermögen in den östlichen Ländern deutlich niedriger als in den westlichen

Im Durchschnitt verfügten die Privathaushalte in Deutschland nach den Ergebnissen der EVS 2003 über ein Bruttogeldvermögen von 40 300 Euro. Allerdings gibt es hierbei große regionale Disparitäten. Mit einem Bruttogeldvermögen je Haushalt von 53 600 Euro bzw. 53 500 Euro lagen Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze. Die Haushalte in diesen beiden Bundesländern verfügten über fast das Dreifache an Geldvermögen als beispielsweise die Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern (18 500 Euro). Insgesamt gesehen ist der Vermögensaufbau in den neuen Ländern deutlich geringer als in den alten Ländern. Die fünf neuen Länder befinden sich im regionalen Vergleich ausnahmslos am Ende der Geldvermögensskala. Unter den neuen Ländern war das Bruttogeldvermögen 2003 mit je knapp 25 000 Euro in Brandenburg und Sachsen am höchsten. Dagegen wiesen die Haushalte in allen westlichen Bundesländern mit Ausnahme von Bremen (26 500 Euro) Bruttogeldvermögen von durchschnittlich mehr als 30 000 Euro auf.

Vergleichsweise homogener stellt sich die jeweilige Höhe der Konsumentenkreditschulden je Haushalt im Ländervergleich dar. Hier liegt die Spannweite zwischen 1 000 Euro (Bremen, Sachsen) und 1 900 Euro (Berlin). Aufgrund des relativ geringen Ausmaßes der über alle Haushalte bestehenden Konsumentenkreditschulden spiegelt sich die beschriebene regionale Rangfolge bei den Bruttogeldvermögen auch bei den jeweiligen Nettogeldvermögen im Ländervergleich wider. Die höchsten Nettogeldvermögen hatten 2003 mit jeweils 52 400 Euro die Haushalte in Bayern und Baden-Württemberg, die niedrigsten Nettogeldvermögen von unter 20 000 Euro wiesen die Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern (17 100 Euro) und Sachsen-Anhalt (19 900 Euro) auf.

Tab. 2.8: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte 2003 – Durchschnitt je Haushalt in 1 000 Euro

	Bruttogeldvermögen	Konsumentenkreditschulden	Nettogeldvermögen
Bayern	53,6	1,2	52,4
Baden-Württemberg	53,5	1,1	52,4
Hessen	47,6	1,5	46,2
Rheinland-Pfalz	41,2	1,5	39,8
Schleswig-Holstein	38,5	1,7	36,8
Nordrhein-Westfalen	38,0	1,3	36,7
Hamburg	36,9	1,7	35,1
Niedersachsen	35,5	1,6	33,9
Saarland	31,2	1,8	29,4
Berlin	30,4	1,9	28,5
Bremen	26,5	(1,0)	25,6
Sachsen	24,8	1,0	23,8
Brandenburg	25,1	1,6	23,5
Thüringen	24,6	1,4	23,2
Sachsen-Anhalt	21,1	1,2	19,9
Meckl.-Vorpommern	18,5	1,4	17,1
Deutschland	40,3	1,4	38,9

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

Immobilienvermögen in Berlin am geringsten

Im Durchschnitt betrug das Bruttoimmobilienvermögen privater Haushalte in Deutschland 2003 knapp 110 000 Euro. Abzüglich einer durchschnittlichen Summe von Hypotheken- und Baudarlehens-

schulden von 25 600 Euro stand damit im Mittel je Haushalt ein Nettovermögen an Haus- und Grundbesitz von 84 100 Euro zur Verfügung.

Korrespondierend mit einer sehr niedrigen Wohneigentümerquote war das durchschnittliche Bruttovermögen an Haus- und Grundbesitz von Berliner Haushalten mit 37 400 Euro am geringsten, gefolgt von den Haushalten aus den neuen Ländern. Demgegenüber wiesen die Haushalte in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz sowie Schleswig-Holstein deutlich überdurchschnittliche Bruttoimmobilienvermögen auf. In Bayern (163 800 Euro) und Baden-Württemberg (159 900 Euro) überstieg das vorhandene Bruttoimmobilienvermögen die entsprechenden Werte von Berlin und den neuen Ländern um ein Drei- bis Vierfaches.

Zwar waren auch die Belastungen mit Hypotheken und Baudarlehen in den Bundesländern, in denen die Haushalte hohe Bruttoimmobilienvermögen aufwiesen, deutlich größer als in den neuen Ländern und Berlin, dies hatte jedoch keinen Einfluss auf die regionale Verteilung des Nettoimmobilienbesitzes. Mit einem Nettoimmobilienvermögen von 132 600 Euro lagen die Haushalte in Bayern an der Spitze und damit um fast 50 000 Euro über dem Durchschnitt aller Haushalte in

Tab. 2.9: Durchschnittliches Immobilienvermögen, Hypotheken- und Baudarlehensschulden sowie Eigentümerquote 2003

	Bruttoimmobilienvermögen	Hypotheken- und Baudarlehensschulden	Nettoimmobilienvermögen	Eigentümerquote
	in 1 000 Euro je Haushalt			Anteil in %
Bayern	163,8	31,2	132,6	56,8
Baden-Württemberg	159,9	36,4	123,5	59,8
Hessen	147,7	32,3	115,4	53,1
Rheinland-Pfalz	119,7	27,4	92,3	62,0
Schleswig-Holstein	113,1	31,1	82,0	51,2
Niedersachsen	99,0	24,9	74,1	52,8
Nordrhein-Westfalen	96,9	23,4	73,5	44,6
Saarland	94,4	20,2	74,2	65,7
Hamburg	80,7	25,6	55,1	27,8
Bremen	72,9	18,9	54,0	44,6
Brandenburg	57,6	17,7	39,9	43,4
Sachsen-Anhalt	53,5	14,9	38,6	40,8
Thüringen	50,9	14,6	36,3	47,6
Sachsen	47,5	15,0	32,5	37,4
Mecklenburg-Vorpommern	43,6	15,3	28,3	35,6
Berlin	37,4	(10,1)	27,3	21,9
Deutschland	109,7	25,6	84,1	48,8

() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

Haushalte

Deutschland (84 100 Euro), gefolgt von den Haushalten in Baden-Württemberg (123 500 Euro) und den Haushalten in Hessen (115 400 Euro). Weniger als ein Viertel dieser Summen wiesen dagegen die Haushalte in Berlin (27 300 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (28 300 Euro) netto an Immobilienbesitz auf.

Verbraucherinsolvenzen

Verbraucherinsolvenzen haben sich seit 2001 verdreifacht

Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland von insgesamt 39,1 Mill. Haushalten rund 3 Mill. Haushalte überschuldet sind und ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Das Insolvenzrecht bietet diesen Haushalten die Möglichkeit, ein Verbraucherinsolvenzverfahren zu beantragen, um auf diese Weise eine Einigung mit den Gläubigern zu erreichen und am Ende Schuldenfreiheit zu erlangen. Seit 1999 wird dieses Angebot immer häufiger in Anspruch genommen. Doch erst seitdem die Verfahrenskosten durch die Staatskasse gestundet werden können, stieg die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sprunghaft an. Im Jahr 2004 wurden knapp 50 000 Verbraucherinsolvenzen registriert, etwa dreimal so viele wie vor Einführung der Stundung im Jahr 2001.

In Bremen und im Saarland sind Verbraucher mit Abstand am häufigsten insolvent

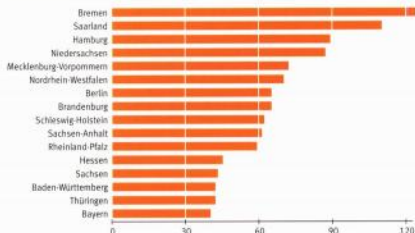
In den neuen Ländern (ohne Berlin) haben, gemessen an den Bevölkerungszahlen, weniger Verbraucher einen Insolvenzantrag gestellt als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). So kamen in den fünf neuen Ländern im Jahr 2004 auf 100 000 Einwohner 54 Verbraucherinsolvenzen, im

Verbraucherinsolvenzen

Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 können auch Privatpersonen mit Hilfe eines vereinfachten Insolvenzverfahrens eine Regulierung ihrer Schulden betreiben. Solche Verfahren werden als Verbraucherinsolvenzen bezeichnet. Die Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens ist Voraussetzung dafür, dass die Schuldner nach 6-jähriger Wohlverhaltensphase, in der sie den pfändbaren Teil ihres Einkommens an die Gläubiger abführen, Restschuldbefreiung erlangen.

Ein privater Schuldner kann ein Insolvenzverfahren beantragen, wenn eine außergerichtliche Einigung zwischen Gläubigern und Schuldner nicht zustande kommt und auch ein dem Gericht vorgelegter Schuldenbereinigungsplan von den Gläubigern nicht angenommen wird. Voraussetzung für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ist jedoch, dass ein Schuldner die Verfahrenskosten bezahlen kann. Ist er nicht dazu in der Lage, können diese Kosten auch von der Staatskasse gestundet werden.

Abb. 2.9: Verbraucherinsolvenzen 2004 – je 100 000 Einwohner



früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren es dagegen 60.

Die geringste Zahl an Verbraucherinsolvenzen wird aus Bayern gemeldet: Bezogen auf 100 000 Einwohner gab es 2004 in diesem Bundesland nur 40 Verbraucherinsolvenzen. Neben Bayern war die Zahl der Verbraucherinsolvenzen in Baden-Württemberg und Thüringen mit jeweils 42 Fällen am niedrigsten. Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 100 000 Einwohner wurden mit 124 Insolvenzfällen in Bremen verzeichnet. Das waren dreimal so viele wie in Bayern.

Die überschuldeten Haushalte müssen durch geeignete Personen oder Stellen – in der Regel sind dies Schuldnerberatungsstellen – begleitet werden. Diese Schuldnerberatungsstellen müssen u. a. bescheinigen, dass zuvor eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern erfolglos war. Die regionale Verteilung muss daher nicht zwingend auf soziale Brennpunkte hindeuten. Hohe oder niedrige Insolvenzhäufigkeiten können vielmehr auch auf eine mehr oder weniger gute Ausstattung von Regionen mit Beratungs-

stellen zurückzuführen sein. Auch eine schlechte Personalausstattung der Beratungsstellen kann für lange Wartezeiten der Schuldner und damit niedrige Insolvenzhäufigkeiten verantwortlich sein.

Haus- und Grundbesitz

Eigentümerquote im Saarland und in Rheinland-Pfalz am höchsten

Zu Beginn des Jahres 2003 konnte nahezu jeder zweite Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland (48,8%) Haus- und Grundbesitz sein Eigen nennen. Im früheren Bundesgebiet lag die Eigentümerquote mit 51,1% etwas über dem Durchschnitt, während sie sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit nur 39,2% erheblich unter dem Durchschnitt befand (siehe Tab. 2.9).

Im Bundesländervergleich wiesen zu Beginn des Jahres 2003 die Haushalte in den süddeutschen Bundesländern Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen die höchsten Eigentümeranteile auf. Hier besaßen zwischen 65,7% (Saarland) und 53,1% (Hessen) der Haushalte Haus- und Grundbesitz. Ein eindeutiges Süd-Nord-Gefälle ist jedoch nicht erkennbar, denn mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein folgten zwei norddeutsche Bundesländer mit 52,8 bzw. 51,2% Eigentümerquote. Das Schlusslicht mit den niedrigsten Eigentümerquoten von 21,9 und 27,8% bildeten die Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

Wohnfläche

Durchschnittliche Wohnfläche im Osten 20 % geringer als im Westen

Nach den Ergebnissen der EVS 2003 standen den privaten Haushalten in Deutschland Anfang 2003 durchschnittlich 91,6 m² Wohnfläche zur Verfügung. Dies waren 3,4 % mehr Fläche als fünf Jahre zuvor (1998: 88,6 m²). Im früheren Bundesgebiet stieg die Wohnfläche von 92,3 m² im Jahr 1998 auf 95,0 m² in 2003 bzw. um knapp 3 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost nahm die Wohnfläche im gleichen Zeitraum um 6,5 % zu (von 72,3 m² auf 77,0 m²). Damit lag die für die neuen Länder und Berlin-Ost im Januar 2003 ermittelte durchschnittliche Wohnfläche um nahezu 20 % unter der Wohnfläche westdeutscher Haushalte. Die Differenz zwischen Ost und West hat allerdings seit 1998 etwas abgenommen.

Tab. 2.10: Durchschnittl. Wohnfläche 2003 je Haushalt in m²

	1998	2003
Rheinland-Pfalz	103,1	105,8
Saarland	106,3	105,2
Bayern	98,7	100,5
Baden-Württemberg	95,0	100,4
Niedersachsen	96,5	98,3
Hessen	95,6	97,9
Schleswig-Holstein	87,4	93,5
Nordrhein-Westfalen	86,9	89,1
Thüringen	75,6	82,1
Brandenburg	76,1	80,8
Sachsen-Anhalt	74,2	79,7
Bremen	81,7	79,3
Mecklenburg-Vorpommern	70,2	75,1
Sachsen	70,5	74,6
Hamburg	70,1	74,0
Berlin	70,0	71,2
Deutschland	88,6	91,6

Wie Ergebnisse der EVS 2003 zeigen, war die verfügbare Wohnfläche in Haushalten, die in ihrem Eigentum wohnen, Anfang 2003 durchschnittlich um rund 50 m² größer als in Mieterhaushalten. Die süddeutschen Haushalte, die bereits bei den Wohneigentümerquoten an der Spitze standen, lagen deshalb auch bei den Wohnflächen mit durchschnittlich 105,8 m² (Rheinland-Pfalz) bis 100,4 m² (Baden-Württemberg) auf den vordersten Plätzen. Unter dem Bundesdurchschnitt

dagegen lagen alle neuen Bundesländer mit Werten zwischen 82,1 m² (Thüringen) und 74,6 m² (Sachsen). In den Stadtstaaten Berlin (71,2 m²) und Hamburg (74,0 m²) war die Wohnfläche dagegen am geringsten im Vergleich zu allen Bundesländern.

Ausstattung mit Gebrauchsgütern

Im Rahmen der EVS wird traditionell die Ausstattung mit einer Vielzahl von Gebrauchsgütern mit längerer Nutzungsdauer erfasst. Dies bietet wichtige Erkenntnisse über die materielle Versorgung der privaten Haushalte in zentralen Lebensbereichen. Zu den erfassten Ausstattungsgütern zählen u. a. Geräte der Nachrichtenübermittlung und Personalcomputer (PCs) sowie Personenkraftwagen. Veröffentlicht werden sowohl der Ausstattungsgrad wie auch der Ausstattungsbestand der Haushalte mit dem jeweiligen Gebrauchsgut.

Haushalte in Stadtstaaten besitzen seltener ein Auto als in Flächenländern

76,9 % der privaten Haushalte in Deutschland besaßen am 1. Januar 2003 mindestens einen Personenkraftwagen (Pkw). Der Ausstattungsgrad für Pkw's ist damit gegenüber 1998 (75,1 %) weiter angestiegen. Dieser Zuwachs ist in den letzten fünf Jahren sowohl für das frühere Bundes-

gebiet als auch für die neuen Länder und Berlin-Ost zu beobachten. Zwischen 1998 und 2003 nahm die Ausstattung mit Pkw's in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 70,6 auf 71,9 % und im früheren Bundesgebiet von 76,2 auf 78 % zu.

Haushalte in den Stadtstaaten besitzen deutlich seltener ein Auto als Haushalte in den Flächenländern: In Bremen, Berlin und Hamburg besaßen weniger als 61 % der Haushalte einen Pkw. Bei guter Infrastruktur, insbesondere einem gut ausgebauten Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln, verzichten viele Haushalte in diesen Bundesländern offensichtlich auf ein Auto. Haushalte in den Flächenländern verfügten zu mehr als 70 % über ein Auto. Aufgrund weiterer Entfernungen ist der Pkw-Besitz hier zum Teil unumgänglich, allein um den täglichen Weg zum Arbeitsplatz zurücklegen zu können.

Im Vergleich der Flächenländer untereinander zeigt sich, dass über 80 % der Haushalte in den süddeutschen Bundesländern ein Auto hatten. Rheinland-Pfalz lag mit 84,1 % an der Spitze, gefolgt von Baden-Württemberg (83,7 %), dem Saarland (82,5 %), Hessen (81,8 %) und Bayern (81,6 %). Die Haushalte in den übrigen Bundesländer befanden sich mit einem Ausstattungsgrad zwischen 70 und 80 % im Mittelfeld.

Tab. 2.11: Ausstattung privater Haushalte mit Pkw's

	Ausstattungsgrad		Ausstattungsbestand	
	1998	2003	1998	2003
Rheinland-Pfalz	80,3	84,1	108,5	118,5
Baden-Württemberg	80,0	83,7	104,7	115,3
Saarland	80,0	82,5	107,1	114,3
Hessen	78,7	81,8	104,4	110,2
Bayern	81,0	81,6	108,3	112,3
Brandenburg	74,7	78,1	97,5	104,4
Schleswig-Holstein	74,2	77,6	92,1	100,5
Niedersachsen	76,3	76,8	98,4	100,9
Thüringen	71,9	76,2	95,3	103,3
Nordrhein-Westfalen	75,1	75,4	94,6	97,8
Sachsen	71,9	72,3	96,6	98,5
Mecklenburg-Vorpommern	71,9	71,1	90,8	92,8
Sachsen-Anhalt	70,0	70,6	89,6	95,6
Hamburg	55,7	60,5	63,8	71,0
Berlin	55,2	57,6	62,2	63,7
Bremen	60,0	57,2	67,5	66,8
Deutschland	75,1	76,9	97,0	102,0

Auf 100 private Haushalte in Deutschland kamen Anfang 2003 102 Pkws. Die Spanne reichte dabei von 64 Pkws in den Berliner Privathaushalten bis zu rund doppelt so hohen Werten in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die regionalen Besonderheiten sind analog zum Ausstattungsgrad. Generell existieren in allen Bundesländern Haushalte, die mehr als einen Pkw besitzen.

Nahezu drei Viertel aller Haushalte besitzen ein Handy

In den privaten Haushalten in Deutschland nahm die Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in den zurückliegenden Jahren deutlich zu. Die Ergebnisse des Einführungsinterviews der EVS lassen jedoch erkennen, dass die privaten Haushalte unterschiedlich an den neuen Technologien partizipieren.

Die Nutzung von Mobiltelefonen steckte 1998 noch in den Anfängen. Lediglich jeder neunte Haushalt (11 %) war damals im Besitz eines eigenen Handys. Dies hat sich bis zum Jahr 2003 grundlegend gewandelt. Zwischen 1998 und 2003 erhöhte sich die Zahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone von 4,5 Mill. auf 43,3 Mill. Anfang 1998 besaßen nur 11,2 % der Haushalte ein Mobiltelefon, während Anfang 2003 72,5 % der Haushalte in Deutschland ein Handy hatten. Zwischen West (72,9 %) und Ost (70,1 %) war das Ausstattungsgefälle gering, d. h. diese Technologie hat sich in ostdeutschen Haushalten nahezu genauso etabliert wie in westdeutschen. In regionaler Hinsicht sind keine Besonderheiten bzw. keine unterschiedlichen Verbreitungsmuster zu erkennen.

Der technologische Wandel im Bereich der Telekommunikation (weg vom Festnetztelefon hin zum Mobiltelefon) wird anhand der Entwicklung der Ausstattungsbestände besonders deutlich. 1998 gab es mit 110 Festnetztelefonen je 100 Haushalte fast die neunfache Anzahl gegenüber Mobiltelefonen (12 Geräte je 100 Haushalte). Anfang 2003 kamen auf durchschnittlich 121 Festnetztelefone je 100 Haushalte 114 Handys. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es in den Privathaushalten bereits geringfügig mehr Mobil- (111 Han-

Tab. 2.12: Ausstattung privater Haushalte mit Mobiltelefonen

	Ausstattungsgrad		Ausstattungsbestand	
	1998	2003	1998	2003
Nordrhein-Westfalen	12,2	76,3	13,4	120,3
Rheinland-Pfalz	11,7	74,2	12,6	120,9
Niedersachsen	11,1	73,9	12,0	117,8
Brandenburg	12,2	73,6	12,7	119,4
Schleswig-Holstein	12,0	73,4	13,2	117,1
Hessen	11,9	73,0	13,0	116,9
Bayern	11,1	72,4	12,0	112,4
Mecklenburg-Vorpommern	11,3	71,9	12,2	114,1
Sachsen-Anhalt	11,2	70,5	12,2	113,4
Saarland	(9,3)	70,4	(9,8)	110,2
Hamburg	11,4	69,8	12,2	104,4
Baden-Württemberg	9,6	69,1	10,5	109,9
Berlin	13,4	68,4	14,3	104,3
Thüringen	9,9	68,2	10,4	110,8
Sachsen	9,7	67,7	10,3	104,2
Bremen	(7,5)	67,6	(7,6)	93,8
Deutschland	11,2	72,5	12,2	114,2

() = Ausgabewert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

Tab. 2.13: Ausstattung privater Haushalte mit PCs

	Ausstattungsgrad		Ausstattungsbestand	
	1998	2003	1998	2003
Hessen	41,2	64,3	49,5	93,0
Bayern	39,3	63,9	47,0	88,5
Baden-Württemberg	40,2	63,8	46,7	90,1
Schleswig-Holstein	38,7	63,0	48,0	88,9
Niedersachsen	39,0	62,3	46,2	85,8
Nordrhein-Westfalen	40,8	61,6	49,0	86,7
Hamburg	41,8	62,2	50,1	84,9
Rheinland-Pfalz	39,2	61,2	46,6	85,1
Berlin	40,9	60,5	48,3	81,7
Brandenburg	34,0	59,5	38,5	77,8
Thüringen	36,4	59,5	40,3	77,4
Bremen	34,5	57,4	41,2	77,8
Saarland	37,5	55,7	43,6	76,3
Sachsen-Anhalt	31,4	54,7	35,2	70,8
Sachsen	32,5	54,3	36,0	70,1
Mecklenburg-Vorpommern	29,0	53,1	32,6	68,7
Deutschland	38,7	61,4	45,7	84,9

ds je 100 Haushalte) als Festnetztelefone (108 Telefone je 100 Haushalte).

In Hessen gibt es die meisten Computer pro Haushalt

Seit 1998 hat sich auch die Ausstattung privater Haushalte mit PCs und Internetanschlüssen dynamisch entwickelt. So stieg die Zahl der PCs in Privathaushalten von 16,8 Mill. im Jahr 1998 auf 32,2 Mill. im Jahr 2003. Nachdem Anfang 1998 38,7 %

der Haushalte in Deutschland über einen PC verfügten, waren es am 1. Januar 2003 61,4 %. Stark steigende Ausstattungsgrade mit PCs lassen sich sowohl für West- als auch für Ostdeutschland nachweisen. Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich der Ausstattungsgrad mit PCs zwischen 1998 und 2003 von 39,9 % auf 62,4 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost stieg der Anteil der Haushalte mit mindestens einem PC von rund einem Drittel (33,9 %) 1998 auf 57,2 % in 2003.

Das West-Ost-Gefälle im Ausstattungsgrad bestätigt sich bei genauerer regionaler Betrachtung: Die neuen Bundesländer einschließlich Berlin-Ost wiesen durchgängig Ausstattungsgrade unter 60% auf. Während die alten Bundesländer – mit Ausnahme des Saarlandes (55,7%) und Bremen (57,4%) – mit ihren Ausstattungsgraden darüber lagen. An der Spitze stand Hessen (64,3%) gefolgt von Bayern (63,9%) und Baden-Württemberg (63,8%).

Ebenso dynamisch wie der Ausstattungsgrad hat sich der Ausstattungsbestand mit PCs entwickelt. Einem Bestand von 85 PCs je 100 Haushalte Anfang 2003 ging eine nur halb so große Ausstattung in 1998 voraus. Der Vergleich von Ausstattungsbestand zu Ausstattungsgrad zeigt grundsätzlich eine Mehrfachausstattung mit PCs an: Jeder Haushalt mit PC besitzt durchschnittlich 1,4 PCs. Anschaulich formuliert sind das sieben PCs je fünf Haushalte.

Haushalte in Sachsen-Anhalt am seltensten und in Hessen am häufigsten mit Internet ausgestattet

Noch deutlicher war im Zeitvergleich die Entwicklung des Zugangs privater Haushalte zum Internet. Nachdem es 1998 in Privathaushalten rund 3,1 Mill. Internetanschlüsse gab, versechsfachte sich deren Zahl bis Anfang 2003 auf 18,2 Mill. 1998 hatten 8,1% der Haushalte in Deutschland Internetanschluss, Anfang 2003 wa-

Tab. 2.14: Ausstattung privater Haushalte mit Internetanschluss

	Ausstattungsgrad		Ausstattungsbestand	
	1998	2003	1998	2003
Hessen	8,5	49,8	8,9	53,1
Baden-Württemberg	8,5	49,1	8,8	51,8
Bayern	8,8	48,8	9,2	50,1
Hamburg	11,2	48,5	12,2	51,2
Schleswig-Holstein	7,5	47,2	7,7	50,5
Nordrhein-Westfalen	9,6	47,1	10,0	48,3
Berlin	10,4	46,0	10,6	48,3
Niedersachsen	8,0	46,0	8,4	47,7
Rheinland-Pfalz	7,6	45,7	7,8	48,3
Thüringen	4,8	43,3	4,9	45,3
Brandenburg	5,1	43,4	5,1	42,9
Saarland	(6,1)	39,2	(6,9)	41,4
Sachsen	4,9	38,4	5,1	39,7
Bremen	(6,2)	37,5	(6,4)	39,3
Mecklenburg-Vorpommern	(3,8)	37,1	(3,8)	38,9
Sachsen-Anhalt	5,2	36,5	5,3	37,6
Deutschland	8,1	46,0	8,4	47,9

() = Auswertwert eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der Haushaltszahl (25 bis unter 100 Haushalte) statistisch relativ unsicher ist.

ren es 46,0%. Auch hier zeigte sich für Ost- und Westdeutschland eine ähnlich dynamische Entwicklung. Im Westen stieg der Anteil der Haushalte mit Internetzugang von 8,8% (1998) auf 47,3% (2003), in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 5,2 auf 40,7% und lag damit niedriger als im früheren Bundesgebiet.

Im Bundesländervergleich reichte die Spanne der Ausstattungsgrade mit Internetzugang 2003 von 36,5% in Sachsen-Anhalt bis zu 49,8% in Hessen. Nach

Hessen waren die Ausstattungsgrade in Baden-Württemberg (49,1%) und Bayern (48,8%) am höchsten. Ansonsten zeigten sich keine länderspezifischen Besonderheiten.

Im Unterschied zur Ausstattung der Haushalte mit Personenkraftwagen, Mobiltelefonen und PCs zeigte ein Ausstattungsbestand von 47,9% Anfang 2003, dass bei den Internetanschlüssen kaum Mehrfachausstattungen existierten; hier überwog die Einfachausstattung der Haushalte.

3 Soziales

Sozialhilfe

Zum Jahresende 2003 erhielten in Deutschland insgesamt 2,81 Mill. Personen in 1,42 Mill. Haushalten Sozialhilfe im engeren Sinne, d. h. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Mit Abstand höchste Sozialhilfequoten in den Stadtstaaten

2,12 Mill. Sozialhilfeempfänger lebten Ende 2003 im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West), 426 000 in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) und 261 000 in Berlin. Die Sozialhilfequote ist damit im Westen mit 3,2% nach wie vor leicht höher als im Osten (3,1%), allerdings haben sich die Quoten in den letzten Jahren immer mehr angeglichen.

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) ist ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar, das heißt relativ hohe Sozialhilfequoten im Norden und in der Mitte Deutschlands, niedrige Quoten im Süden (mit Ausnahme des Saarlandes). So wurden zum Jahresende 2003 die höchsten Quoten in den drei Stadtstaaten Bremen (9,2%), Berlin (7,7%) und Hamburg

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, in Not geratenen Bürgern ohne ausreichende anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen nachrangig zur Deckung des individuellen Bedarfs mit dem Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe gewährt. Nachrangig bedeutet dabei, dass die Sozialhilfe als „Netz unter dem sozialen Netz“ nur dann eingreift, wenn die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen, oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erbracht wird.

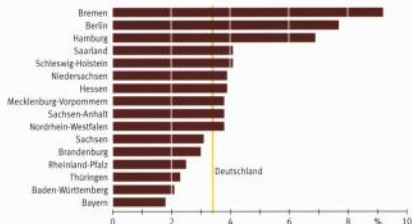
Je nach Art der vorliegenden Notlage unterscheidet man in der Sozialhilfe verschiedene Hilfearten: Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Empfänger der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (so genannte „Sozialhilfe im engeren Sinne“) bilden zugleich den Personenkreis, der im Blickpunkt der Armutsdiskussion steht. Die Empfänger und Empfängerinnen von Sozialhilfe im engeren Sinne werden im Text kurz „Sozialhilfeempfänger“ genannt.

In außergewöhnlichen Notsituationen, z. B. bei gesundheitlichen oder sozialen Beeinträchtigungen, werden spezielle Hilfen gewährt, insbesondere kommen die „Hilfe zur Pflege“, die „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ oder die „Hilfe bei Krankheit“ in Betracht.

Die Sozialhilfequote drückt den Anteil der Hilfebezieher an einer bestimmten Bevölkerungsgruppe in Prozent aus.

Mit Einführung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) sowie des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) zum 1. Januar 2005 ergeben sich für das Sozialhilferecht sowie für die amtliche Sozialhilfestatistik weitreichende Änderungen. Seitdem erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger, die grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem neu geschaffenen SGB II (vor allem das Arbeitslosengeld II). Folglich wurde der überwiegende Teil der Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne (d. h. Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst.

Abb. 3.1: Sozialhilfequote 2003



(6,9%) ermittelt. Die höchsten Sozialhilfequoten innerhalb der Flächenländer verzeichneten Schleswig-Holstein und das Saarland (jeweils 4,1%) sowie Hessen und Niedersachsen (jeweils 3,9%), während sich für Bayern mit 1,8% und Baden-Württemberg mit 2,1% relativ niedrige Quoten ergaben. Hohe Sozialhilfequoten können auf verschiedene Faktoren zurückgehen, so z. B. Arbeitslosigkeit, Haushaltsgröße und -struktur oder Miethöhe.

In den neuen Ländern wiesen Ende 2003 Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit je 3,8% die höchsten Sozialhilfe-

quoten auf, Thüringen mit 2,3% die niedrigste.

Im Vergleich zum Jahr 2002 stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Deutschland um 2,0% an. Während in den alten Bundesländern (ohne Berlin) die Gesamtzahl der Empfänger gegenüber 2002 nur um 1,2% stieg, war in den neuen Ländern (ohne Berlin) im selben Zeitraum ein deutlich stärkerer Anstieg festzustellen (+4,9%).

Frauen beanspruchen häufiger Sozialhilfe als Männer

Frauen beanspruchen mit einer Quote von 3,7% relativ häufiger Sozialhilfe als Männer (3,1%). In den alten Bundesländern (ohne Berlin) bezogen Frauen mit 3,5% etwas häufiger Sozialhilfe als Frauen in den östlichen Flächenländern (3,3%). Die höchsten Sozialhilfequoten von Frauen sind – wie bei der allgemeinen Sozialhilfequote – in den Stadtstaaten zu verzeichnen: So lag die Sozialhilfequote für Frauen in Bremen Ende 2003 bei 9,8%, in Berlin bei 7,8% und in Hamburg bei 7,1%. Die niedrigste Sozialhilfequote der Frauen verzeichnete dagegen Bayern mit 2,0%.

Zwei Fünftel aller Sozialhilfebezieher sind Kinder

Kinder werden dann zu Sozialhilfeempfängern, wenn Personen, in deren Haushalt die Kinder leben, den Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln (v. a. aus Einkommen und Vermögen) bestreiten können. So bezogen zum Jahresende 2003 knapp 1,1 Mill. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Sozialhilfe, das sind 38% der Emp-

Tab. 3.1: Sozialhilfequoten 2003

	Sozialhilfequote					„Kinder unter 18 Jahre“
	Ins-gesamt	Männer	Frauen	Deutsche	Nicht-deutsche	
Bremen	9,2	8,5	9,8	7,6	20,0	21,1
Berlin	7,7	7,6	7,8	6,4	16,0	17,4
Hamburg	6,9	6,6	7,1	5,8	13,1	14,8
Saarland	4,1	3,6	4,6	3,6	8,9	9,1
Schleswig-Holstein	4,1	3,8	4,4	3,7	10,7	8,6
Hessen	3,9	3,6	4,2	3,0	11,0	8,0
Niedersachsen	3,9	3,5	4,3	3,4	11,2	8,2
Mecklenburg-Vorpommern	3,8	3,6	4,0	3,6	12,0	8,5
Nordrhein-Westfalen	3,8	3,4	4,2	3,2	8,5	7,8
Sachsen-Anhalt	3,8	3,6	3,9	3,6	12,9	9,6
Sachsen	3,1	2,9	3,3	2,9	9,0	8,0
Brandenburg	3,0	2,8	3,1	2,9	6,5	6,7
Rheinland-Pfalz	2,5	2,2	2,9	2,2	6,1	5,2
Thüringen	2,3	2,2	2,5	2,3	5,9	6,2
Baden-Württemberg	2,1	1,9	2,4	1,8	4,8	4,3
Bayern	1,8	1,6	2,0	1,5	4,8	3,5
Deutschland	3,4	3,1	3,7	2,9	8,4	7,2

fänger insgesamt. Gut die Hälfte dieser Kinder (54 %) lebte in Haushalten von allein erziehenden Frauen.

Das führt zu hohen Sozialhilfequoten bei Kindern: Während am Jahresende 2003 insgesamt 3,4 % der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, waren es bei den unter 18-Jährigen mit 7,2 % mehr als doppelt so viele. Insgesamt liegt die Sozialhilfequote der Kinder über dem Gesamtdurchschnitt und ist umso höher, je jünger die Kinder sind. Im Gegensatz hierzu liegt die Sozialhilfequote der älteren Menschen deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt, und zwar umso mehr, je älter die Personen sind.

Jedes fünfte Kind in Bremen erhält Sozialhilfe, in Bayern nur jedes 28.

Ende 2003 waren 7,2 % der Kinder in Deutschland sozialhilfebedürftig. Das „Sozialhilferisiko“ ist für die im Osten lebenden Kinder (7,8 %) etwas höher als für Kinder im Westen (6,6 %).

In der Regel verhalten sich die länderspezifischen Sozialhilfequoten der Kinder wie die allgemeinen Sozialhilfequoten: In den Ländern, in denen die allgemeine Sozialhilfequote relativ hoch ist, ist auch die Sozialhilfequote der Kinder hoch und umgekehrt. Folglich wies Bremen (21,1 %) die

mit Abstand höchste Sozialhilfequote der Kinder auf, d. h. jedes fünfte Kind in diesem Staat erhält Sozialhilfe. In Bayern war die Quote mit 3,5 % am niedrigsten, hier erhält lediglich jedes 28. Kind diese Hilfeart.

Ein Fünftel der Sozialhilfeempfänger sind ausländische Staatsangehörige

Unter den Sozialhilfeempfängern waren Ende 2003 bundesweit 2,19 Mill. Deutsche und 617 000 Ausländerinnen und Auslän-

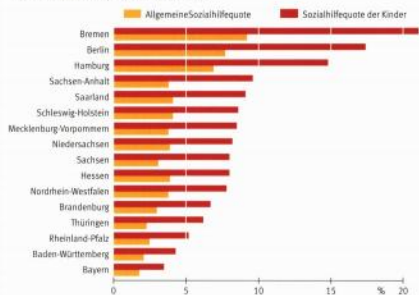
der. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an allen Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen in Deutschland lag Ende 2003 bei 22 %.

Ausländische Staatsangehörige weisen mit 8,4 % eine deutlich höhere Bezugsquote als Deutsche (2,9 %) auf. Zum Jahresende 2003 bezogen 8,4 % der in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen Sozialhilfe im engeren Sinne. Das „Sozialhilferisiko“ für die im Osten lebenden Ausländer ist dabei etwas höher als in Westdeutschland: Während im Westen die Sozialhilfequote der Ausländer bei 7,9 % lag, betrug sie im Osten 9,0 %.

Höchste Ausländer-Sozialhilfequote in Bremen und Berlin

Bremen wies am Jahresende 2003 mit 20,0 % die höchste Ausländer-Sozialhilfequote in Deutschland auf, d. h. in diesem Staat war jeder fünfte ausländische Staatsbürger auf Sozialhilfe angewiesen. Die niedrigsten Ausländer-Sozialhilfequoten waren in Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils 4,8 % zu verzeichnen; in beiden Ländern war also lediglich nur etwa jeder 20. ausländische Staatsbürger sozialhilfebedürftig.

Abb. 3.2: Sozialhilfequote der Kinder 2003



Wohngeld

Wohngeld

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete oder die Belastung für einen angemessen großen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Haushalts überfordert.

Zum Jahresende 2003 bezogen rund 3,4 Mill. der insgesamt 39,1 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, das entspricht 8,7% aller privaten Haushalte. Bei der Wohngeldförderung ist deutlich ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Während im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin) 8,0% der privaten Haushalte zum Jahresende 2003 Wohngeld bezogen, waren das in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 12,4%. In den alten Bundesländern (einschl. Berlin) gab es vor allem in den Nordländern und in den drei Stadtstaaten überdurchschnittlich viele Wohngeldempfänger.

In Mecklenburg-Vorpommern fast jeder sechste Privathaushalt auf Wohngeld angewiesen

Die höchsten Wohngeld-Bezugsquoten wurden zum Jahresende 2003 in Mecklenburg-Vorpommern (16,0%) sowie in den Stadtstaaten Bremen (14,7%) und Berlin (13,7%) festgestellt. Die geringsten Bezugsquoten wurden dagegen in Bayern (5,1%) sowie in Baden-Württemberg (5,4%) und Hessen (5,6%) ermittelt. Somit war in Mecklenburg-Vorpommern fast jeder sechste Privathaushalt auf staatliche Wohngeldleistungen angewiesen, in Bayern jedoch nur jeder 20. Haushalt.

Abb. 3.3: Wohngeldempfehlungen Haushalte 2003

Anteil an den Privathaushalten in Prozent

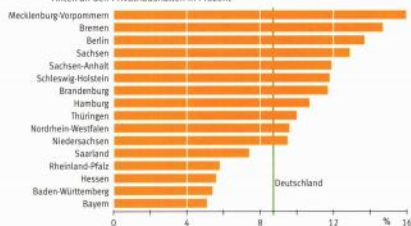
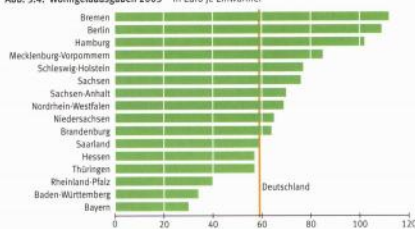


Abb. 3.4: Wohngeldausgaben 2003 – in Euro je Einwohner



Wohngeldausgaben pro Kopf in Bremen viermal so hoch wie in Bayern

Die Gesamtausgaben für Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2003 in Deutschland auf knapp 4,9 Mrd. Euro. Je Einwohner Deutschlands wurden im Jahr 2003 durchschnittlich 59 Euro für Wohngeld aufgebracht. In den Ländern mit den höchsten Wohngeld-Bezugsquoten wurden im Jahr 2003 auch die höchsten Wohngeldausgaben je Einwohner festgestellt und umgekehrt.

Die höchsten Wohngeldausgaben je Einwohner waren in den Stadtstaaten Bremen (112 Euro), Berlin (109 Euro) sowie Hamburg (102 Euro) zu verzeichnen. Unter den Flächenländern wies Mecklenburg-Vorpommern mit 85 Euro die höchsten Ausgaben je Einwohner auf. Dagegen waren die Ausgaben für Wohngeld in Bayern (30 Euro je Einwohner), Baden-Württemberg (34 Euro) und Rheinland-Pfalz (40 Euro) deutlich niedriger. Damit waren

im Jahr 2003 die Wohngeldausgaben pro Kopf in Bremen fast viermal so hoch wie in Bayern.

Kinder- und Jugendhilfe

Mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz hat der Gesetzgeber zum 1. Januar 1991 die Kinder- und Jugendhilfe neu geordnet. Konkret schlägt sich dies darin nieder, dass Hilfen innerhalb der Familie gegenüber der Unterbringung außerhalb der Familie als Maßnahme der Kinder- und Jugendhilfe bevorzugt werden (sollten). Inwieweit diese Absicht tatsächlich umgesetzt wird, wird in diesem Abschnitt anhand der Daten über die bestehenden und begonnenen erzieherischen Hilfen überprüft.

Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe richten sich an „junge Menschen“, d. h. Personen, die jünger als 27 Jahre sind. Im Jahr 2004 umfasste die für die Kinder- und Jugendhilfe in Frage kommende Zielgruppe der jungen Menschen 23,6 Mill. Personen, das waren 29% der bundesdeutschen Bevölkerung. Dabei werden drei Altersgruppen unterschieden: Kinder im Alter von 0 bis 13 Jahren, Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren und junge Volljährige von 18 bis 26 Jahren.

Bestehende Hilfen: Nur in Baden-Württemberg beinahe gleich viele familienunterstützende wie familienersetzende Maßnahmen

Ende 2000 wurden in Deutschland rund 61 000 bestehende familienunterstützende Hilfen für Kinder und Jugendliche

Erzieherische Hilfe

Erzieherische Hilfen als Leistungen der Jugendämter für Eltern und Kinder sind im Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) geregelt. Sie können unterteilt werden in familienunterstützende (ambulante) Hilfe und familienersetzende Hilfe. Letztere ist mit einer stationären Unterbringung des jungen Menschen außerhalb des Elternhauses verbunden. Die verschiedenen Hilfearten stellen im Gesamtsystem der erzieherischen Hilfe unterschiedliche Ansätze dar, um unterschiedlichen Problemlagen und Lebenssituationen die passende Unterstützung zu bieten.

Zu den **familienunterstützenden** (ambulanten) Hilfen werden Erziehungsberatung, Einzelbetreuung junger Menschen (Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand oder Betreuungshelfer, soziale Gruppenarbeit) und sozialpädagogische Familienhilfe sowie Erziehung in einer Tagesgruppe gerechnet.

Zu den **familienersetzenden** (stationären) Hilfsmaßnahmen zählen Vollzeitpflege in einer anderen Familie und Heimerziehung bzw. Unterbringung in einer sonstigen betreuten Wohnform.

Intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung wird ein eigenständiges Profil zwischen ambulanter und stationärer Hilfe zugewiesen.

Daten zur Kinder- und Jugendhilfe

Für familienersetzende Hilfen liegen seit 1991 jährliche Angaben zu den im Laufe des betrachteten Jahres *begonnenen* und *beendeten* Hilfen sowie in fünfjährlichem Abstand Angaben zu den am Jahresende bestehenden Hilfen vor.

Seit dem Jahr 2002 werden in der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik auch Daten zu den *begonnenen familienunterstützenden* (ambulanten) Hilfen ausgewiesen. Bis dahin wurden nur Daten für am Ende eines Jahres *bestehende* und während des Jahres *beendete* familienunterstützende Hilfen ausgewertet. Für die familienunterstützende „Erziehungsberatung“ liegen weiterhin nur Angaben zu den im Laufe eines Jahres *beendeten* Hilfen vor. Die Erziehungsberatung ist daher nicht eingeschlossen, wenn im vorliegenden Text von bestehenden oder begonnenen familienunterstützenden Hilfen die Rede ist.

Zu Beginn dieses Abschnitts werden die bestehenden erzieherischen Hilfen untersucht. Dabei wird auf Daten für das Jahr 2000 zurückgegriffen, da zum 31. Dezember 2000 die jüngste Erhebung über die bestehenden familienersetzenden Hilfen (Vollzeitpflege in einer anderen Familie, Heimerziehung und sonstige betreute Wohnform) durchgeführt wurde. Die in den nachfolgenden Jahren durchgeführte Fortschreibung des Datenbestands bei diesen Hilfearten ist fehlerbehaftet und insoweit leider für diese Untersuchung nicht zu verwenden.

festgestellt, bei den familienersetzenden Hilfen waren es dagegen etwa 103 000 bestehende Hilfen. Damit gab es 68 % mehr familienersetzende als familienunterstützende Hilfen.

Ein beinahe ausgeglichenes Verhältnis zwischen familienunterstützenden und familienersetzenden Hilfen findet sich einzig in Baden-Württemberg. In diesem Bundesland entfielen auf eine familienersetzende Unterbringung 0,9 familienunterstützende Hilfen. Das schlechteste Verhältnis weist dagegen Bremen auf: In dem Stadtstaat bestanden am Ende 2000 mehr als zwei familienersetzende Hilfen je familienunterstützende Hilfe (Verhältnis 1:0,4).

Unterschiede bei dem Verhältnis von familienunterstützenden und familienersetzenden Hilfen zwischen den alten und den neuen Ländern waren nicht festzustellen. In beiden Regionen entsprach das Verhältnis dem Bundesdurchschnitt von 0,6.

Auf der Basis dieser Ergebnisse ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die In-

tention des Gesetzgebers, familienunterstützende Hilfen gegenüber familienersetzenden Hilfen zu bevorzugen, in der Praxis in keinem Bundesland umgesetzt werden konnte.

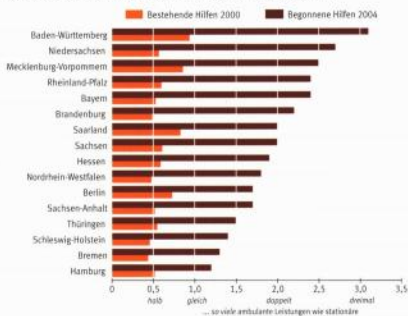
Begonnene Hilfen: Mehr als drei familienunterstützende Hilfen je -ersetzende Hilfe in Baden-Württemberg

Bei der Betrachtung der Ergebnisse zu den begonnenen Hilfen im Jahr 2004 ist die Situation gerade auf den Kopf gestellt und die Praxis der Hilfegewährung in den Jugendämtern erscheint in einem völlig neuen Licht.

In Deutschland begannen im Jahr 2004 insgesamt knapp 76 000 familienunterstützende Hilfen für Minderjährige, stationär untergebracht wurden knapp 36 000 Kinder und Jugendliche. Damit wurden mehr als doppelt so viele Kinder und Jugendliche durch eine begonnene familienunterstützende Hilfe erreicht, wie außerhalb der Familien in Vollzeitpflege und Heimerziehung bzw. in einer sonstigen betreuten Wohnform untergebracht wurden (Verhältnis 2,1).

Allerdings stellt sich das Verhältnis von familienunterstützenden Hilfen und familienersetzenden Unterbringungen auf Länderebene 2004 ebenfalls differenziert dar: In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen wurden etwa gleich viele Kinder und Jugendliche außerhalb der Familie untergebracht, wie durch familienunterstützende Hilfen erreicht wurden. Das Verhältnis von begonnenen familienunterstützenden zu familienersetzenden Hilfen belief sich in Hamburg auf 1,2 und in Bremen auf 1,3.

Abb. 3.5: Verhältnis familienunterstützender zu familienersetzenden Hilfen



Bei den zum Jahresende 2000 bestehenden Hilfen war in diesen beiden Stadtstaaten ein deutliches Übergewicht der familienersetzenden Hilfen festgestellt worden.

Etwa um die Hälfte mehr familienunterstützende als familienersetzende Hilfen haben in Schleswig-Holstein (Verhältnis 1,4), Thüringen (1,5), Berlin und Sachsen-Anhalt (je 1,7) begonnen. Rund doppelt so hoch wie die Zahl der familienersetzenden Hilfen war die Zahl der familienunterstützenden Hilfen in Nordrhein-Westfalen (1,8), in Hessen (1,9), in Sachsen und im Saarland (je 2,0) sowie in Brandenburg (2,2). Rund zweieinhalb Mal so viele familienunterstützende wie familienersetzende Hilfen begannen 2004 in Rheinland-Pfalz und Bayern (je 2,4), in Mecklenburg-Vorpommern (2,5) und Niedersachsen (2,7). In Baden-Württemberg begannen sogar mehr als drei familienunterstützende Hilfen je familienersetzender Hilfe.

Die unterschiedliche Häufigkeit einzelner Hilfearten in den Ländern hängt u. a. davon ab, dass belastende Lebenssituationen für Kinder und Eltern regional nicht gleich verteilt sind. Arbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld II und Sozialhilfebezug, insbesondere von Minderjährigen (vgl. Abschnitt 3.1 zur Sozialhilfe), sind in einigen Ländern – vor allem den Stadtstaaten – häufiger anzutreffen. Auch Trennung, Scheidung und daraus resultierende Situationen des allein Erziehens sind nicht in allen Ländern gleich zahlreich.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass keiner dieser Gründe zwingend einen Bedarf an erzieherischer Hilfe verursacht. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und allein Erziehende können ihre Kinder auch ohne vom Jugendamt vermittelte professionelle pädagogische Unterstützung erziehen. Sozioökonomische Belastungen stellen zwar wichtige Gründe in dem vielschichtigen Faktorenbündel dar, das zur Inanspruchnahme von erzieherischer Hilfe führt, aber sie sind nicht die einzigen.

Hinsichtlich der Häufigkeit einzelner Hilfearten kommt hinzu, dass unterschiedliche Wahrnehmungsweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern bei der Gewährung von erzieherischer Hilfe eine Rolle spielen. Bei durchaus ähnlich gelagerten Problemsituationen können unterschiedliche Hilfeentscheidungen getroffen werden.

Grundsätzlich bleibt jedoch festzuhalten, dass in allen Ländern die Intention des Gesetzgebers verwirklicht wird, familienunterstützende Hilfen gegenüber den familienersetzenden Hilfen zu stärken. Die Daten zu den begonnenen Hilfen zeigen dies.

Gründe für die Unterschiede zwischen bestehenden und begonnenen Hilfen

Wie kommt es nun zu so unterschiedlichen Ergebnissen und Schlussfolgerungen, je nachdem, welche Zahlen man in der Auswertung heranzieht?

Zum einen beeinflusst die deutlich stärkere Zunahme der familienunterstützenden Hilfen das Verhältnis von familienunterstützenden und familienersetzenden Hilfen. Wird beispielsweise die familienunterstützende „Erziehung in einer Tagesgruppe“ betrachtet, so hat sich die Zahl der begonnenen Hilfen deutschlandweit von 3900 im Jahr 1991 auf 8000 im Jahr 2004 gut verdoppelt (+ 105%). Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der familienersetzenden Hilfen gesunken bzw. nur geringfügig gestiegen: Zum Beispiel sind die begonnenen Vollzeitpflegen in einer anderen Familie für Kinder und Jugendliche von 11 200 auf 10 500 zurückgegangen (- 6%) und die Zahl der begonnenen Heimerziehungen und sonstigen betreuten Wohnformen hat sich nur leicht erhöht (von 22 360 im Jahr 1991 auf 24 970 im Jahr 2004; + 12%).

Hinzu kommt ein weiterer, nicht zu unterschätzender Effekt: Familienunterstützende Hilfen dauern im Durchschnitt wesentlich kürzer als Hilfen, die mit einer stationären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb des Eltern-

hauses verbunden sind. So wurde die familienunterstützende Hilfe „Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand“ im Jahr 2004 durchschnittlich nach 13 Monaten beendet, ein Betreuungshelfer war im Schnitt rund 10 Monate im Einsatz und eine Teilnahme an „sozialer Gruppenarbeit“ wurde nach 9 Monaten beendet. Am längsten unter den familienunterstützenden Hilfen dauerte die „Erziehung in einer Tagesgruppe“: Sie wurde im Durchschnitt 24 Monate in Anspruch genommen.

Deutlich anders stellt sich die Situation bei den familienersetzenden (stationären) Hilfen dar. Die im Jahr 2004 beendeten „Vollzeitpflegen in einer anderen Familie“ hatten im Schnitt 50 Monate gedauert und „Heimerziehungen“ bzw. „Unterbringungen in einer sonstigen betreuten Wohnform“ waren nach 27 Monaten beendet.

Weil familienersetzende Hilfen länger andauern als familienunterstützende, tauchen erstere häufiger in einer Bestandszählung zum Jahresende auf als familienunterstützende Hilfen, die zum Teil in weniger als einem Jahr beendet werden können. Auch von daher erklärt es sich, dass die familienersetzenden Hilfen bei einer Betrachtung der am Jahresende andauernden Hilfen die familienunterstützenden Hilfen überwiegen.

Ein realistischeres Bild der Hilfelagerung für Kinder und Jugendliche durch die Jugendämter liefern somit die Daten zu den begonnenen familienunterstützenden Hilfen. Sie zeigen, dass offensichtlich zahlreichen Problemen, mit denen sich junge Menschen und deren Eltern um professionelle pädagogische Hilfe und Unterstützung an das Jugendamt wenden, mit einer familienunterstützenden Hilfe begegnet werden kann. Eine stationäre Unterbringung außerhalb des Elternhauses – sei es in Vollzeitpflege in einer anderen Familie, sei es in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform – wird im Bundesdurchschnitt nur in einem von drei Fällen für notwendig erachtet.

4 Gesundheit

Krankenhäuser

Schleswig-Holstein verfügt über die höchste Krankenhausedichte

2003 standen in Deutschland durchschnittlich 2,7 Krankenhäuser je 100 000 Einwohner zur Verfügung. Regional gab es deutliche Unterschiede: In Schleswig-Holstein standen für die Versorgung von 100 000 Einwohnern durchschnittlich 3,7 Krankenhäuser zur Verfügung. In Brandenburg kamen dagegen auf 100 000 Einwohner nur 1,9 Krankenhäuser. Die westdeutschen Bundesländer (einschl. Berlin) wiesen eine durchschnittlich höhere Krankenhausedichte auf: Während in Ostdeutschland durchschnittlich 2,0 Krankenhäuser je 100 000 Einwohner zur Verfügung standen, waren es in Westdeutschland 2,8 Einrichtungen. Die unterschiedliche Krankenhausedichte ist unter anderem in der Krankenhausgröße begründet, da größere Einrichtungen mehr Patienten versorgen können als kleine.

Tab. 4.1: Krankenhäuser 2003 je 100 000 Einwohner

Schleswig-Holstein	3,7
Bayern	3,2
Baden-Württemberg	3,0
Hessen	2,9
Niedersachsen	2,6
Hamburg	2,6
Nordrhein-Westfalen	2,5
Rheinland-Pfalz	2,5
Saarland	2,4
Bremen	2,3
Sachsen-Anhalt	2,1
Thüringen	2,1
Berlin	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	2,0
Sachsen	2,0
Brandenburg	1,9
Deutschland	2,7

Größere Krankenhäuser im Osten

Im Jahr 2003 verfügte ein Krankenhaus in Deutschland über durchschnittlich 247 Betten. Hinsichtlich der Durchschnittsgröße gab es in Deutschland ein deutliches Ost-West-Gefälle: In Ostdeutschland (ohne Berlin) gab es mit durchschnittlich 329

Krankenhausstatistik

Die Ergebnisse der Krankenhausstatistik bilden die Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder und sie dienen als Planungsgrundlage für die an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Länder. Die Erhebung liefert wichtige Informationen über das Volumen und die Struktur der Leistungsnachfrage in der stationären Versorgung und von Krankheitshäufigkeiten. Sie dient damit auch der epidemiologischen Forschung und trägt zur Information der Bevölkerung bei. Zur stationären Versorgung standen im Jahr 2003 in Deutschland 2 197 Krankenhäuser zur Verfügung. Die Krankenhausstatistik bildet das Leistungsgeschehen dieser Einrichtungen ab und ist als jährliche Vollerhebung konzipiert. Das heißt, sämtliche Krankeneinrichtungen werden in der Krankenhausstatistik erfasst und nicht nur eine Teilmenge.

Betten deutlich größere Einrichtungen als im Westen Deutschlands (235 Betten). Lediglich Bremen wies mit durchschnittlich 392 Betten sogar eine höhere Krankenhausgröße als die ostdeutschen Einrichtungen auf. Gemessen an ihrer Durchschnittsgröße zählen die Krankenhäuser Schleswig-Holsteins zu den kleinsten (159 Betten je Krankenhaus).

Tab. 4.2: Durchschnittliche Bettenzahl pro Krankenhaus 2003

Bremen	392
Thüringen	345
Sachsen	335
Sachsen-Anhalt	328
Brandenburg	320
Mecklenburg-Vorpommern	308
Berlin	304
Nordrhein-Westfalen	289
Saarland	284
Hamburg	271
Rheinland-Pfalz	254
Niedersachsen	226
Hessen	212
Bayern	206
Baden-Württemberg	198
Schleswig-Holstein	159
Deutschland	247

Anteil privater Einrichtungen in Berlin am höchsten

In Deutschland war der Anteil der Krankenhäuser in privater Trägerschaft in Berlin im Jahr 2003 am höchsten. Mit 42 % lag der Anteil in der Hauptstadt deutlich über dem Bundesdurchschnitt (25 %). Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen befanden sich dagegen nur 9 % der Einrichtungen in privater Trägerschaft. Hier dominierten mit einem Anteil von fast 72 % freigemeinnützige Einrichtungen die Krankenhauslandschaft. Als „freigemeinnützig“ bezeichnet man Einrichtungen, die von Trägern der kirchlichen und freien Wohlfahrtspflege, Kir-

chengemeinden, Stiftungen oder Vereinen unterhalten werden.

Tab. 4.3: Krankenhäuser in privater Trägerschaft 2003

	Kranken-	davon
	häuser	privat
	insg.	in %
Berlin	69	42,0
Schleswig-Holstein	103	39,8
Sachsen	87	33,3
Hamburg	45	33,3
Thüringen	49	32,7
Meckl.-Vorpommern	35	31,4
Baden-Württemberg	320	31,3
Hessen	179	29,1
Bayern	398	28,9
Niedersachsen	208	28,8
Sachsen-Anhalt	53	18,9
Rheinland-Pfalz	102	17,6
Brandenburg	49	14,3
Bremen	15	13,3
Nordrhein-Westfalen	459	8,7
Saarland	26	-
Deutschland	2197	24,8

Zwischen Träger- und Größenstruktur eines Krankenhauses besteht ein deutlicher Zusammenhang. Sehr große Einrichtungen (z. B. Universitätskliniken) sind meist in öffentlicher Hand, kleine Einrichtungen werden überwiegend privat geführt. Während 2003 ein privates Krankenhaus durchschnittlich 99 Betten vorhielt, waren es in einem öffentlichen Krankenhaus durchschnittlich 365 Betten. Dazwischen lagen die freigemeinnützigen Krankenhäuser, die durchschnittlich 231 Betten vorhielten.

In Thüringen steht jedes dritte Krankenhausbett in einer privaten Einrichtung

Zwischen den Bundesländern variiert die Bettenverteilung auf die unterschiedlichen Krankenhaussträger deutlich. Mit rund 36 % wies Thüringen den höchsten Anteil privater Krankenhausbetten auf: Jedes dritte Krankenhausbett in diesem

Bundesland steht in einer privaten Einrichtung. Demgegenüber war nur knapp jedes fünfzigste Krankenhausbett in Nordrhein-Westfalen in privater Trägerschaft. Im Bundesdurchschnitt stand jedes zehnte Bett in einem privaten Krankenhaus.

Tab. 4.4: Krankenhausbetten in privater Trägerschaft 2003

	insgesamt	davon privat in %
Thüringen	16 917	35,7
Meckl.-Vorpommern	10 772	24,7
Sachsen	29 156	23,9
Schleswig-Holstein	16 370	23,0
Brandenburg	15 664	15,2
Berlin	20 991	11,4
Hessen	37 952	11,4
Niedersachsen	47 077	11,1
Bayern	82 078	10,4
Sachsen-Anhalt	17 378	9,9
Baden-Württemberg	63 364	7,9
Hamburg	12 197	6,8
Rheinland-Pfalz	25 875	6,4
Bremen	5 881	2,1
Nordrhein-Westfalen	132 834	1,8
Saarland	7 395	-
Deutschland	541 901	10,0

Jedes vierte Krankenhausbett steht in Nordrhein-Westfalen

Insgesamt standen 2003 rund 542 000 Betten in deutschen Krankenhäusern. Erwartungsgemäß verfügte das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 133 000 Krankenhausbetten über die meisten Betten: Rund jedes vierte in Deutschland existierende Krankenhausbett steht in diesem Bundesland.

Höchste Bettendichte in Bremen

Bezogen auf die Bettendichte lag Nordrhein-Westfalen damit an zweiter Stelle: Je 100 000 Einwohner hielt Nordrhein-Westfalen 735 Betten vor. Die höchste Bettendichte wies Bremen mit 887 Betten je 100 000 Einwohner auf. Dies ist u. a. darin begründet, dass Stadtstaaten in der Regel eine Mitversorgungsfunktion für die angrenzenden Flächenstaaten haben. Aus diesem Grund wies Schleswig-Holstein mit 581 Betten je 100 000 Einwohner die niedrigste Bettendichte in Deutschland auf und auch in Niedersachsen war die

Bettendichte sehr gering (589 Betten je 100 000 Einwohner).

Lediglich in Thüringen und Sachsen steigende Bettendichte

Der allgemeine Bettenabbau setzt sich fort. Lediglich in Thüringen (+ 0,4 %) und Sachsen (+ 0,3 %) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr die Bettendichte je 100 000 Einwohner. Im langfristigen Vergleich verzeichnete Berlin den höchsten Rückgang: Gegenüber 1993 lag die Bettendichte 42 % unter derjenigen von 2003.

Tab. 4.5: Krankenhausbetten 2003 je 100 000 Einwohner

Bremen	887
Nordrhein-Westfalen	735
Thüringen	710
Hamburg	704
Saarland	696
Sachsen-Anhalt	685
Sachsen	673
Bayern	662
Rheinland-Pfalz	638
Hessen	623
Mecklenburg-Vorpommern	620
Berlin	619
Brandenburg	608
Baden-Württemberg	593
Niedersachsen	589
Schleswig-Holstein	581
Deutschland	657

Stadtstaaten verfügen über die meisten Ärzte je Krankenhaus

Die Ausstattung mit ärztlichem Personal war im Jahr 2003 in den Krankenhäusern der Stadtstaaten am höchsten. Umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit lag die Ärztezahlin Berlin, Bremen und Hamburg weit über dem Bundesdurchschnitt von 52 Ärzten je Krankenhaus. In Berliner Krankenhäusern praktizierten durchschnittlich 95 Ärzte je Einrichtung, in Bremen waren es 94 und in Hamburg 78 Ärzte. Die geringste Ärzteausstattung wies Schleswig-Holstein mit durchschnittlich 36 Ärzten je Krankenhaus auf.

Um auszudrücken, wie gut ein Krankenhaus in Abhängigkeit von seiner Größe mit Ärzten ausgestattet ist, werden die vollstationären Berechnungs- und Belegungstage eines Krankenhauses ins Verhältnis gesetzt zur Anzahl des ärztlichen

Dienstes. Die ermittelte Kennzahl besagt, wie viele Behandlungstage eine Vollkraft (d. h. umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit) im Berichtsjahr pro Kalendertag durchschnittlich zu erbringen hatte. Für jeden vollstationären Behandlungstag, den ein Patient in der Einrichtung verbringt, wird auch ein Bett belegt. Deshalb zeigt Tabelle 4.6 die Anzahl der durchschnittlich zu betreuenden belegten Betten je Vollkraft des Jahres 2003 für den ärztlichen Dienst. Im Bundesdurchschnitt hatte eine Vollkraft im ärztlichen Dienst pro Kalendertag durchschnittlich 3,7 belegte Betten zu versorgen.

Die Anzahl der zu versorgenden Betten variierte zwischen den Bundesländern. Eine ärztliche Vollkraft in Brandenburg versorgte mit durchschnittlich 4,3 belegten Betten pro Tag die meisten Betten. In den Stadtstaaten versorgte der ärztliche Dienst mit 2,6 Betten in Berlin und Hamburg und 3,1 Betten in Bremen die wenigsten Betten pro Kalendertag.

Tab. 4.6: Anzahl der durchschnittlich zu betreuenden belegten Betten je Vollkraft im ärztlichen Dienst pro Kalendertag 2003

Brandenburg	4,3
Thüringen	4,2
Sachsen	4,2
Niedersachsen	4,1
Sachsen-Anhalt	4,0
Rheinland-Pfalz	3,9
Nordrhein-Westfalen	3,9
Hessen	3,8
Saarland	3,7
Bayern	3,7
Schleswig-Holstein	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	3,4
Baden-Württemberg	3,3
Bremen	3,1
Hamburg	2,6
Berlin	2,6
Deutschland	3,7

Erstmals leichter Fallrückgang seit 1994

Im Jahr 2003 wurden in den Krankenhäusern 17,3 Mill. Patientinnen und Patienten aus der vollstationären Krankenhausbehandlung entlassen. Erstmals seit 1994 ist damit ein leichter Fallrückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, und zwar um 0,3 %.

Erwartungsgemäß wurden die meisten Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen behandelt, da in diesem Bundesland absolut betrachtet die meisten Krankenhäuser stehen und auch die meisten Krankenhausbetten vorhanden sind. Mit 4,1 Mill. Fällen wurde fast ein Viertel aller Patientinnen und Patienten Deutschlands in diesem Bundesland vollstationär behandelt.

Saarländer am häufigsten vollstationär behandelt

Bezogen auf die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes wurden die Saarländer am häufigsten vollstationär behandelt: Je 100 000 Einwohner waren es 24 100 Patientinnen und Patienten. Am seltensten waren Patientinnen und Patienten aus Baden-Württemberg (18 100) und Hamburg (18 300) in vollstationärer Behandlung.

Häufigster Grund für Krankenhausaufenthalt sind Krankheiten des Kreislaufsystems

Mit über 2,7 Mill. Fällen führten – wie in den Vorjahren – Krankheiten des Kreislaufsystems am häufigsten zu einem Krankenhausaufenthalt. Bezogen auf 100 000 Einwohner kamen die meisten Patientinnen und Patienten, die aufgrund dieser Erkrankungen in vollstationärer Behandlung waren, aus dem Saarland (4 666 Patientinnen und Patienten je 100 000 Einwohner). Die geringste Quote wiesen Patienten aus Baden-Württemberg mit 2 724

Patientinnen und Patienten je 100 000 Einwohner auf.

Überdurchschnittlich viele Krankenhausaufenthalte wegen Neubildungen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg

Zweithäufigster Grund für einen Krankenhausaufenthalt waren Neubildungen mit insgesamt 1,9 Mill. Fällen. Davon waren rund ein Viertel gut- und drei Viertel bösartig. Bezogen auf 100 000 Einwohner trat diese Erkrankung in den neuen Bundesländern am häufigsten auf: Am meisten in Sachsen-Anhalt mit 3 024 Fällen je 100 000 Einwohner und in Brandenburg mit 2 916 Fällen je 100 000 Einwohner. Der Bundesdurchschnitt lag bei 2 323 Patientinnen und Patienten je 100 000 Einwohner. Die niedrigste Quote wiesen Hamburg mit 1 906 Patientinnen je 100 000 Einwohner und Baden-Württemberg mit 1 963 Behandelten je 100 000 Einwohner auf.

Dritthäufigster Grund für einen Krankenhausaufenthalt waren Krankheiten des Verdauungssystems mit 1,8 Mill. Behandlungsfällen. Auch diese Erkrankung führte mit 2 483 Patientinnen und Patienten je 100 000 Einwohnern am häufigsten bei den Saarländern zu einer vollstationären Behandlung, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 2 417 Fällen je 100 000 Einwohner.

In Bremen wird am häufigsten entbunden

Im Jahr 2003 wurden in Deutschland knapp 688 000 Frauen im Krankenhaus entbunden. Bezogen auf 100 000 Einwohner fanden in Bremen die meisten

Entbindungen statt: Von 100 000 Frauen im gebärfähigen Alter (zwischen 12 und 55 Jahren) wurden in diesem Stadtstaat im Durchschnitt 4 033 Frauen entbunden. Das sind 44 % mehr als im Bundesdurchschnitt, der bei 2 799 entbundenen Frauen lag. Hamburg lag mit durchschnittlich 3 431 entbundenen Frauen je 100 000 Gebärfähigen an zweiter Stelle im Bundesländervergleich und lag damit noch weit über dem Bundesdurchschnitt. Am geringsten war die Zahl der Entbindungen in den ostdeutschen Bundesländern: Am niedrigsten war sie in Brandenburg (1 926 von 100 000 Frauen), Sachsen-Anhalt (2 186 je 100 000 Frauen) und Thüringen (2 222 je 100 000 Frauen).

Tab. 4.7: Entbindungen 2003
je 100 000 Frauen
im Alter von 12 bis 55 Jahren

Bremen	4 033
Hamburg	3 431
Baden-Württemberg	2 960
Bayern	2 952
Nordrhein-Westfalen	2 899
Hessen	2 876
Niedersachsen	2 832
Berlin	2 822
Schleswig-Holstein	2 711
Rheinland-Pfalz	2 689
Saarland	2 580
Sachsen	2 524
Mecklenburg-Vorpommern	2 311
Thüringen	2 222
Sachsen-Anhalt	2 186
Brandenburg	1 926
Deutschland	2 799

Kaiserschnitte in Ostdeutschland weit seltener als im Bundesdurchschnitt

Rund ein Viertel aller Entbindungen im Jahr 2003 wurden in Deutschland per Kaiserschnitt durchgeführt. Dabei lag in den ostdeutschen Bundesländern und in Berlin die Anzahl der Entbindungen per Kaiserschnitt weit unter dem Bundesdurchschnitt. Lediglich 19 % der Frauen aus Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden auf diese Weise entbunden. Das Saarland wies mit 31 % den höchsten Anteil an Kaiserschnittentbindungen auf. In Hessen und Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Kaiserschnittentbindungen mit jeweils rund 28 % noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Abb. 4.1: Krankenhauspatienten mit Krankheiten des Kreislaufsystems 2003
je 100 000 Einwohner

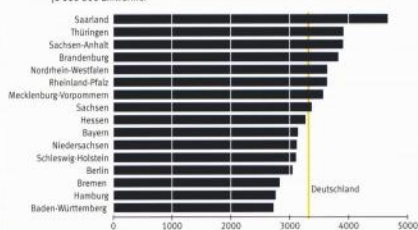
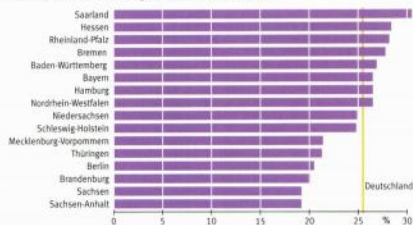


Abb. 4.2: Anteil der Entbindungen durch Kaiserschnitt 2003



Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahr 2004 wurden knapp 129 700 Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland gemeldet. Knapp 129 200 Eingriffe ließen in Deutschland lebende Frauen vornehmen, in rund 500 Fällen hatten die Schwangeren ihren ständigen Wohnsitz im Ausland. Im Folgenden werden nur die in Deutschland lebenden Frauen berücksichtigt.

Schwangerschaftsabbruchstatistik

Die Schwangerschaftsabbruchstatistik wird in Deutschland vierteljährlich auf der Grundlage des „Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten“ durchgeführt. Die Ergebnisse geben einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland und informieren über ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen. Damit werden wichtige Angaben im Zusammenhang mit den Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen sowie über Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens zur Verfügung gestellt.

Auskunftspflichtig sind im Rahmen der Schwangerschaftsabbruchstatistik die Inhaber der Arztpraxen und die Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden bzw. werden sollen.

In den Stadtstaaten höchste Quote der Schwangerschaftsabbrüche

Die meisten Schwangerschaftsabbrüche ließen Frauen aus Nordrhein-Westfalen vornehmen (26 100 Abbrüche), die geringste Anzahl hatten mit 1 400 Fällen im Saarland lebende Frauen zu verzeichnen.

Der Vergleich der absoluten Zahlen ist jedoch nicht aussagekräftig, da die Ge-

samtzahl der in den einzelnen Ländern lebenden Frauen sehr unterschiedlich ist. In internationalen Vergleichen wird als Referenzgruppe die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 45 Jahren herangezogen. Diesem Abschnitt soll jedoch die Altersgruppe der Frauen von 10 bis 55 Jahren zu Grunde gelegt werden, da im Rahmen der Schwangerschaftsabbruchstatistik Fälle zu Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren gemeldet werden.

Im Jahr 2004 gab es in Deutschland durchschnittlich 53 Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 Frauen der Altersgruppe von 10 bis 55 Jahren. Die mit Abstand höchsten Quoten wiesen die Stadtstaaten auf, wobei in Berlin die höchste Quote von 105 je 10 000 Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren zu verzeichnen war. Ebenfalls über dem bundesdeutschen Durchschnitt lagen die neuen Bundesländer und Hessen. Die geringste Quote wurde für Rheinland-Pfalz mit 39 Schwangerschaftsabbrüchen

je 10 000 Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren ausgewiesen, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg mit 43 bzw. 44 Abbrüchen.

Quote der Schwangerschaftsabbrüche lediger Frauen in Bremen und Berlin am höchsten

Von allen Frauen, die 2004 einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, war die Hälfte (50,4%) zum Zeitpunkt des Eingriffs ledig, verheiratet waren 43,9% und geschieden waren gut 5%, während der Anteil der verwitweten Frauen mit unter einem halben Prozent eher zu vernachlässigen ist. Da sich die Verteilung der Familienstände innerhalb der Referenzgruppe der 10- bis 55-jährigen Frauen mit 45,1% Ledigen, 45,6% Verheirateten, 7,9% Geschiedenen und 1,4% Verwitweten strukturell anders darstellt, soll durch eine entsprechende Quotenberechnung dieser demografische Effekt nivelliert werden. Für ledige Frauen liegt die Quote bundesweit dann bei 59 je 10 000 Frauen der Referenzgruppe, für Verheiratete ergibt sich ein Wert von 51, für Geschiedene beträgt die Quote 36 und für Verwitwete 15 je 10 000 Frauen der Referenzgruppe.

In den einzelnen Bundesländern zeigen sich wieder strukturelle Unterschiede: So kamen in Bremen auf 10 000 ledige Frauen 110 Schwangerschaftsabbrüche, in Rheinland-Pfalz waren es 44.

Auch bei den verheirateten Frauen liegen die Stadtstaaten nach dem Wegfall der demografischen Komponente vorn: Berlin hatte 2004 eine Quote von 121 zu ver-

Abb. 4.3: Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland lebender Frauen 2004 je 10 000 Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren

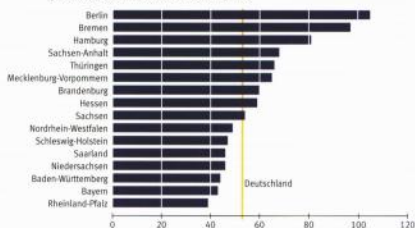
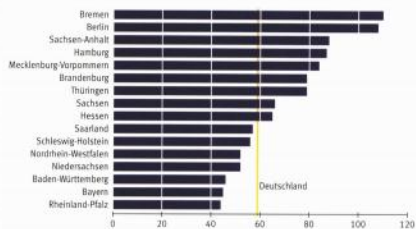


Abb. 4.4: Schwangerschaftsabbrüche lediger Frauen 2004
je 10 000 ledige Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren



Tab. 4.8: Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl der vorangegangenen Lebendgeborenen 2004 – in Prozent

	Davon Frauen (mit) ... Lebendgeborenen				
	ohne	1	2	3	4 und mehr
Hamburg	49,6	24,6	18,5	5,4	1,8
Bremen	44,9	24,4	20,8	6,7	3,2
Schleswig-Holstein	43,6	23,2	23,1	7,0	3,1
Hessen	43,3	25,5	21,8	7,0	2,4
Berlin	42,6	28,6	20,4	5,9	2,5
Baden-Württemberg	41,8	22,6	24,7	8,3	2,7
Bayern	41,5	24,5	23,6	8,0	2,4
Nordrhein-Westfalen	41,2	24,3	22,7	8,2	3,5
Niedersachsen	41,2	24,3	24,2	7,4	2,9
Saarland	39,8	25,1	24,2	8,3	2,6
Rheinland-Pfalz	38,2	26,0	24,5	8,3	3,0
Brandenburg	35,3	32,1	25,1	5,5	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	34,8	31,1	25,6	6,0	2,4
Sachsen	33,8	31,8	25,7	6,5	2,2
Sachsen-Anhalt	30,9	36,4	24,5	5,8	2,3
Thüringen	30,5	33,3	27,9	6,2	2,0
Deutschland	40,4	26,2	23,4	7,3	2,7

zeichnen, in Hamburg waren es 89 und in Bremen 85 Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 verheiratete Frauen der Referenzgruppe. Die geringste Quote bei den verheirateten Frauen war mit 37 wieder in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen.

Hamburg: Fast die Hälfte der Frauen zum Zeitpunkt des Abbruchs kinderlos

Auch bei der Anzahl der vor dem Schwangerschaftsabbruch zur Welt gebrachten Kinder gibt es regionale Unterschiede. Insgesamt hatten im Jahr 2004 40,4 % aller Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, vorher noch keine Lebendgeburt. In allen neuen Ländern sowie in Rheinland-Pfalz und im Saar-

land fallen diese Anteile geringer aus. In diesen Ländern hatten also mehr Frauen bereits mindestens ein Kind geboren, als sie sich zu dem Schwangerschaftsabbruch entschlossen. Demgegenüber liegen die Anteile im Westen höher: In den alten Bundesländern wird häufiger eine Schwangerschaft abgebrochen, wenn noch kein Kind geboren wurde. In Hamburg war fast die Hälfte (49,6 %) aller Frauen zum Zeitpunkt des Eingriffs kinderlos.

Jede zehnte Frau in Rheinland-Pfalz geht für Schwangerschaftsabbruch ins Saarland

Die meisten Schwangerschaftsabbrüche (95,2 %) wurden im Wohnland der betroffenen Frauen durchgeführt. In den meisten Bundesländern lag dieser Anteil sogar noch über dem Durchschnitt, mit 99,4 % wird für Berlin der höchste Wert ausgewiesen. Am geringsten war der Anteil der Frauen, die den Abbruch in ihrem Wohnland durchführen ließen, in Rheinland-Pfalz (76,8 %), Niedersachsen (86,4 %), Brandenburg (88,7 %) und in Schleswig-Holstein (91,9 %). Von den in Rheinland-Pfalz lebenden Frauen ließen 23,2 % den Schwangerschaftsabbruch außerhalb ihres Wohnlandes durchführen (11,2 % im Saarland, 5,2 % in Hessen). In Niedersachsen lebende Frauen ließen zu 10,8 % den Schwangerschaftsabbruch in Bremen vornehmen, 9,8 % der Frauen in Brandenburg gingen für den Eingriff nach Berlin und 7,4 % der Frauen aus Schleswig-Holstein ließen den Eingriff in Hamburg vornehmen.

Abb. 4.5: Ort des Schwangerschaftsabbruchs 2004



Todesursachen

Im Jahr 2003 starben in Deutschland rund 854 000 Menschen. Bezogen auf 100 000 Einwohner waren das 862 Gestorbene je 100 000 Einwohner (alterstandardisierter Wert).

Die Haupttodesursachen des Jahres 2003 waren in Deutschland Krankheiten des Kreislaufsystems und bösartige Neubildungen (Krebs). An Herzkreislauferkrankungen verstarben 397 000 Menschen, dies entspricht einem alterstandardisierten Wert von 384 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern.

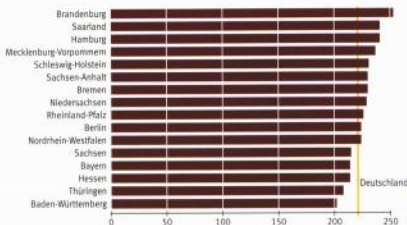
Todesursache Kreislauferkrankung am häufigsten in den neuen Ländern

Bezogen auf die Bundesländer zeigen die alterstandardisierten Werte, dass in den neuen Bundesländern die meisten Personen je 100 000 Einwohner an Kreislauferkrankungen verstarben: In Sachsen-Anhalt waren es 470 Menschen je 100 000 Einwohner und in Thüringen 462 (alterstandardisierte Werte). In den Stadtstaaten und in Baden-Württemberg verstarben dagegen die wenigsten Personen je 100 000 Einwohner an dieser Erkrankung, wenn die alterstandardisierten Werte herangezogen werden: In Hamburg waren es mit 302 Gestorbenen je 100 000 Einwohner bundesweit die wenigsten Personen.

Tab. 4.9: Ausgewählte Todesursachen 2003 je 100 000 Einwohner (alterstandardisierte Werte)

	Krankheiten des Kreislaufsystems	Bösartige Neubildungen (Krebs)	Unfälle	Vorsätzliche Selbstbeschädigung
Sachsen-Anhalt	470	230	28	13
Thüringen	462	208	32	15
Brandenburg	439	253	27	15
Mecklenburg-Vorpommern	430	237	33	11
Sachsen	424	215	26	16
Nordrhein-Westfalen	415	224	13	10
Saarland	410	241	21	12
Rheinland-Pfalz	386	226	19	14
Niedersachsen	376	229	30	13
Bayern	371	214	23	14
Schleswig-Holstein	370	231	20	15
Hessen	356	214	26	12
Bremen	355	230	13	16
Baden-Württemberg	330	202	23	13
Berlin	323	224	14	14
Hamburg	302	241	24	13
Deutschland	384	221	22	13

Abb. 4.6: Todesursache „Bösartige Neubildungen“ (Krebs) 2003 – je 100 000 Einwohner



Bezogen auf 100 000 Einwohner sterben in Baden-Württemberg die wenigsten Menschen an Krebs

Die zweithäufigste Todesursache im Jahr 2003 waren Krebserkrankungen. An diesem Leiden verstarben rund 209 000 Menschen, was im Bundesdurchschnitt alterstandardisiert 221 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern entspricht.

Bei den Krebserkrankungen war die Streuung der alterstandardisierten Sterbeziffern zwischen den Bundesländern geringer als bei Kreislauferkrankungen und sie zeigen auch keine Unterschiede zwischen West und Ost. Mit 253 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern liegt Brandenburg

an der Spitze, gefolgt vom Saarland und von Hamburg mit je 241 Gestorbenen. Die niedrigsten alterstandardisierten Sterbeziffern finden sich in Baden-Württemberg (202 Gestorbene je 100 000 Einwohner), Thüringen (208) und Hessen (214).

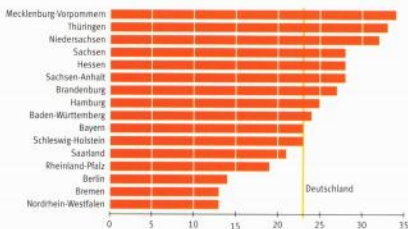
Quote der Unfalltoten in Nordrhein-Westfalen am niedrigsten

Unfälle und vorsätzliche Selbstbeschädigung sind weniger häufige Todesursachen als Kreislauf- und Krebserkrankungen. Im Jahr 2003 verstarben in Deutschland 22 Personen je 100 000 Einwohner aufgrund eines Unfalls und 13 Personen je 100 000 Einwohner an vorsätzlicher Selbstbeschädigung.

Bezogen auf die Bundesländer zeigen die alterstandardisierten Sterbeziffern für Unfälle kein einheitliches Bild: In Mecklenburg-Vorpommern starben mit 33 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern am meisten Menschen an dieser Todesursache, gefolgt von Thüringen (32 Gestorbenen) und Niedersachsen (30 Gestorbenen), in Nordrhein-Westfalen dagegen mit 13 Gestorbenen je 100 000 Einwohner am wenigsten.

Hauptunfallart war in allen Bundesländern der Verkehrsunfall und in etwa entsprechen diese Werte den Angaben in Abbildung 6.1 zu den Getöteten im Straßenverkehr (Kapitel „Verkehr“): In Mecklenburg-Vorpommern starben im Jahr 2004 bezogen auf 1 Mill. Einwohner die meisten Menschen im Straßenverkehr, in Thüringen und Niedersachsen immerhin überdurchschnittlich viele. Nordrhein-

Abb. 4.7: Todesursache „Unfälle“ 2003 – je 100 000 Einwohner



Altersstandardisierung

Mit Standardisierung ist ein Rechenverfahren gemeint. Es wird angewandt, um vergleichbare Zahlenangaben für strukturell unterschiedliche Bezugsmengen zu erhalten. So wird z. B. eine Altersstandardisierung durchgeführt, um Strukturunterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich des Altersaufbaus ihrer Bevölkerung zu berücksichtigen. Aber auch hinsichtlich des Geschlechts können Daten standardisiert werden.

Rechnerisch wird eine Standardisierung wie folgt durchgeführt: Der erste Schritt der Altersstandardisierung ist zunächst die Berechnung der altersspezifischen Rate. Betrachtet wird die Anzahl Gestorbener in einer Region nach Altersgruppen. Die altersspezifische Rate ergibt sich dann, indem man die Anzahl der Gestorbenen einer Altersgruppe durch die mittlere Bevölkerung in dieser Altersgruppe teilt und das ganze mit 100 000 multipliziert (Rate je 100 000). Im Anschluss kann die altersstandardisierte Rate errechnet werden. Diese ist die mit den Anteilswerten der Altersklassen in der Standardbevölkerung gewichtete Summe der altersspezifischen Sterberaten der untersuchten Bevölkerung. Die Daten dieses Abschnitts sind mit der Standardbevölkerung Deutschlands von 1987 standardisiert.

Todesursachenstatistik

Die Todesursachenstatistik erfasst für jeden Sterbefall in Deutschland das so genannte Grundleiden der Gestorbenen. Dies ist diejenige Krankheit oder Verletzung, die die Ursache aller Folgeerkrankungen war und die schließlich zum Tode führte. Verstirbt eine Person z. B. an einem Herz-Kreislauf-Versagen, das durch eine Lungenembolie ausgelöst wurde, welche wiederum eine Folge von Lungenkrebs war, so wird Lungenkrebs als Todesursache statistisch erfasst.

Die Todesursachenstatistik ist neben der Krankenhausdiagnosestatistik die einzige Vollerhebung über das Krankheitsgeschehen in Deutschland.

Westfalen liegt dagegen mit den Stadtstaaten am unteren Ende der Skala.

Selbstmordrate in Bremen und Sachsen am höchsten

Die Werte für die vorsätzliche Selbstbeschädigung schwanken zwischen den Ländern. Am häufigsten war diese Todesursache in Bremen und Sachsen mit jeweils 16 Gestorbenen je 100 000 Einwohner. Der niedrigste Wert lag dagegen in Nordrhein-Westfalen mit 10 Gestorbenen je 100 000 Einwohner.

5 Bildung

In Deutschland richten sich Verantwortung und Zuständigkeit für das Bildungswesen nach dem föderativen System. Wichtige Entscheidungen über Struktur und Inhalte des Bildungssystems werden von Bund und Ländern, teilweise aber auch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffen. Letztere sind an Entscheidungen zum dualen System der Berufsausbildung beteiligt, das eine praktische betriebliche Ausbildung mit einer theoretischen Ausbildung an einer Teilzeit-Berufsschule verbindet. In erster Linie sind die Bundesländer für das Bildungssystem zuständig, und zwar für die Schulausbildung, Hochschulausbildung und Weiterbildung.

Insgesamt 9,6 Mill. Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2004/2005 die allgemein bildenden Schulen. Von den 2,8 Mill. Schülerinnen und Schülern an beruflichen Schulen nahmen im gleichen Zeitraum 1,6 Mill. junge Menschen an einer Berufsausbildung im dualen System teil. An den deutschen Hochschulen waren im Wintersemester 2004/2005 2 Mill. Studierende eingeschrieben.

Allgemein bildende Schulen

Schulpflicht in Deutschland

In Deutschland beginnt die Schulpflicht in der Regel für Kinder, die bis zum 30. Juni ihr sechstes Lebensjahr vollendet haben. Die Dauer der Schulpflicht beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeit-schuljahre. Die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, wird außer durch die Geburtenentwicklung auch durch Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung (z. B. durch den Zu- oder Wegzug ausländischer Kinder) beeinflusst.

Verstärkt vorzeitige Einschulungen

Kinder in Deutschland sind deutlich später schulpflichtig als in den meisten anderen europäischen Staaten. In den letzten Jahren haben deshalb die Kultusbehörden die Möglichkeiten für eine vorzeitige Einschulung erweitert. Diese wurden von vielen Eltern verstärkt genutzt: Der Anteil der vorzeitig eingeschulenen ABC-Schützen hat sich seit 1995 nahezu verdreifacht: von rund 2,5 auf fast 7,8 % im Jahr 2003.

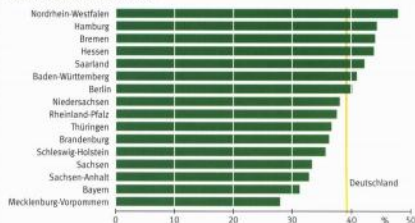
Vorzeitige Einschulungen häufiger in den westlichen Bundesländern – mit Abstand am häufigsten in Bremen

Dabei gab es deutliche regionale Unterschiede: Während 2003 in den östlichen Flächenländern nur sehr wenige Kinder (3,1 %) vorzeitig ihre Schullaufbahn begannen, lag der Anteil in den westlichen Ländern mit rund 8,4 % deutlich höher. Dabei waren die Anteile an vorzeitig eingeschulenen Mädchen und Jungen mit 17,5 % und 11,4 % in Bremen und Hessen am höchsten. In Schleswig-Holstein (6,3 %) und Rheinland-Pfalz (5,9 %) wurden Kinder dagegen seltener vorzeitig eingeschult.

Tab. 5.1: Vorzeitige Einschulungen 2003
In Prozent

Bremen	17,5
Hessen	11,4
Hamburg	10,9
Baden-Württemberg	9,9
Bayern	9,0
Berlin	8,9
Saarland	8,2
Niedersachsen	7,5
Nordrhein-Westfalen	6,8
Brandenburg	6,5
Schleswig-Holstein	6,3
Rheinland-Pfalz	5,9
Mecklenburg-Vorpommern	2,7
Sachsen-Anhalt	2,5
Sachsen	2,3
Thüringen	1,8
Deutschland	7,8

Abb. 5.1: Abiturientenquote 2003



Ein Fünftel mehr Abiturienten als 1995

Im Jahr 2003 gab es mit rund 369 000 ein Fünftel mehr Abiturientinnen und Abiturienten (Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife oder Fachhochschulreife) als 1995. Diese Zunahme hat nicht nur demographische Ursachen, auch der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten an der gleichaltrigen Bevölkerung (Abiturientenquote) erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 35,8 auf 39,2 %. Von den Abiturientinnen und Abiturienten erwarben 30,8 % die Fachhochschulreife und sind somit berechtigt, ein Studium an einer Fachhochschule aufzunehmen. 69,2 % der Abiturientinnen und Abiturienten des Jahres 2003 erreichten die allgemeine Hochschulreife.

Rund zwei Drittel aller Abiturientinnen und Abiturienten erwarben ihren Abschluss an allgemein bildenden Schulen (zumeist Gymnasien) und ein Drittel an beruflichen Schulen (Fachgymnasien, Fachoberschulen oder Berufsfachschulen).

Mecklenburg-Vorpommern und Bayern haben die niedrigste Abiturientenquote

Die höchsten Abiturientenquoten verzeichnete im Jahr 2003 Nordrhein-Westfalen mit 48,0 %, gefolgt von Hamburg (44,4 %), Bremen (44,1 %) und Hessen (43,9 %). Die niedrigsten Quoten wurden für Mecklenburg-Vorpommern (28,0 %) und Bayern (31,3 %) ermittelt. In den neuen Ländern (ohne Berlin) war die Abiturientenquote mit 33,7 % deutlich niedriger als in den alten Ländern (40,7 %). In Berlin lag sie bei 40,2 %.

Abb. 5.2: Berufsausbildung im Schuljahr 2003/04



Die vergleichsweise hohe Abiturientenquote der Stadtstaaten beruht zum Teil darauf, dass darin die Abiturienten und Abiturientinnen des Umlandes einbezogen sind, die in den Stadtstaaten weiterführende Schulen besuchen. Im Übrigen ist die Abiturientenquote das Ergebnis der Bildungspolitik der einzelnen Länder.

Nur in Baden-Württemberg ist die Abiturientenquote von Schülern höher als die von Schülerinnen

In allgemein bildenden Schulen sind Mädchen und junge Frauen seit Mitte der 1990er Jahre erfolgreicher als ihre männlichen Mitschüler. Im Jahr 2003 betrug der Anteil der Abiturientinnen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung 42,3%. Hingegen konnten nur 36,4% der männlichen gleichaltrigen Wohnbevölkerung einen Abiturabschluss vorweisen. Dieser Unterschied zwischen jungen Frauen und Männern existiert in allen Bundesländern, mit Ausnahme Baden-Württembergs. Im südwestlichsten Bundesland Deutschlands übertraf im Jahr 2003 die Abiturientenquote der Männer mit 42,1% diejenige der Frauen (39,9%). Besonders groß ist der Unterschied zwischen jungen Frauen und Männern in den neuen Ländern: In diesem Teil Deutschlands besitzen nur 28,2% der männlichen, jedoch 39,7% der weiblichen gleichaltrigen Wohnbevölkerung das Abitur. Dagegen waren es in den westlichen Bundesländern 38,6% der jungen Männer sowie 42,9% der jungen Frauen.

Berufsausbildung

Berufsausbildung

Unter Berufsausbildung wird hier vor allem die duale Berufsausbildung (praktische Ausbildung im Betrieb und theoretische in Berufsschulen) verstanden. Daneben werden junge Leute auch in rein schulischen Berufsausbildungen in Schulen des Gesundheitswesens sowie in Berufsfachschulen ausgebildet.

Da die Hochschulbildung nicht zur Berufsausbildung im engeren Sinne zählt, wird auf diese Ausbildungsform in einem separaten Abschnitt dieses Kapitels eingegangen.

Zahl der Ausbildungsanfänger im Dualen System ging zurück

Nach Abschluss der allgemein bildenden Schule beginnen knapp zwei Drittel der Jugendlichen eine Berufsausbildung im dualen System. Voraussetzung hierfür ist, dass ausreichend viele Ausbildungsplätze angeboten werden. Nach 1995 war – mit Ausnahme der Jahre 2000 und 2001 – die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen jeweils größer als das Angebot. So sank die Zahl der Ausbildungsanfängerinnen und Ausbildungsanfänger im Dualen System zwischen 1995 und 2003 um 2,4% (14 000) auf 564 000, obwohl in demselben Zeitraum die Zahl der Absolventinnen und Absolventen allgemein bildender Schulen um rund 11% auf 947 000 stieg. Gleichzeitig verstärkte sich der Zu-

strom junger Menschen in eine rein schulische Berufsausbildung (+ 51,9%) auf 176 000. Zum größten Teil handelt es sich dabei um Berufsausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen (z. B. Krankenschwester/Krankenpfleger, Altenpfleger/-in). Zudem begannen zahlreiche junge Menschen eine rein schulische Ausbildung in Berufen des Dualen Systems: Ihre Zahl hat sich zwischen 1995 und 2003 von 4 600 auf 13 500 nahezu verdreifacht.

Trotz staatlicher Förderung in den neuen Ländern weniger Berufsausbildungen im Dualen System als im früheren Bundesgebiet

In den neuen Ländern (ohne Berlin) erfolgten 70,9% der 150 000 Berufsausbildungen im Dualen System und in Berlin waren es 74,3% (von 28 000) im Schuljahr 2003/04. Obwohl im Osten rund jede vierte derartige Ausbildung staatlich gefördert wurde, befanden sich damit weniger Ausbildungsanfängerinnen und Ausbildungsanfänger in einer Berufsausbildung des Dualen Systems als im früheren Bundesgebiet (77,7%). Ausbildungen in Berufen des Dualen Systems in rein schulischer Form, die insbesondere zur Kompensierung von mangelnden Ausbildungsplätzen im dualen System angeboten werden, durchliefen in den westlichen Bundesländern nur 1% der Ausbildungsanfängerinnen und Ausbildungsanfänger gegenüber 3,6% in den östlichen Flächenländern und 9,3% in Berlin.

Hochschulen

Im Wintersemester 2003/2004 waren insgesamt mehr als 2 Mill. Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben, davon rund die Hälfte in den bevölkerungsreichsten Flächenländern Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg.

Tab. 5.2: Studierende und Studienanfänger 2003 – in Tausend

	Studierende ¹⁾	Studienanfänger ²⁾
Nordrhein-Westfalen	532	82
Bayern	245	52
Baden-Württemberg	231	54
Hessen	178	31
Niedersachsen	152	31
Berlin	144	23
Sachsen	103	22
Rheinland-Pfalz	96	18
Hamburg	71	13
Thüringen	49	9
Sachsen-Anhalt	49	11
Schleswig-Holstein	45	8
Brandenburg	40	8
Bremen	34	6
Meckl.-Vorpommern	32	7
Saarland	19	4
Deutschland	2 019	377

1) Studierende im jeweiligen Wintersemester.

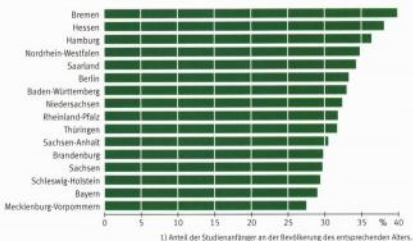
2) Studienanfänger (1. Hochschulsemester) im jeweiligen Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

Im Studienjahr 2003 (Sommer- und darauf folgendes Wintersemester 2003) schrieben sich 377 400 Studienanfängerinnen und Studienanfänger ein. Damit lag die Studienanfängerquote, also der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Alters, bei 32,5 %.

Mecklenburg-Vorpommern und Bayern bringen am wenigsten Studienanfängerinnen und Studienanfänger hervor

Zwischen einzelnen Bundesländern zeigten sich im Hinblick auf die Studienanfängerquoten deutliche Unterschiede: Anteilig an der Bevölkerung des entsprechenden Alters gab es im Studienjahr 2003 am meisten Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Bremen (39,9 %) und Hessen (38,1 %) und am wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern (27,5 %) und Bayern (29,0 %). Bayern brachte damit unter den bevölkerungsreichen Flächen-

Abb. 5.3: Studienanfängerquoten 2003 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung¹⁾



Studienanfängerquote nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Ein Studierender, der in Hessen seine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat und in Bayern ein Hochschulstudium beginnt, fließt als Studienanfänger für das Land Hessen in die Statistik ein. Bezeichnet wird dies als „Studienanfängerquote nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung“. Mit dieser Quote wird ermittelt, wie viele Studienanfängerinnen und Studienanfänger ein Bundesland hervorgebracht hat.

ländern nicht nur die wenigsten Abiturientinnen und Abiturienten, sondern auch die wenigsten Studienanfängerinnen und Studienanfänger hervor.

In den Stadtstaaten war der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger mit einer Quote von 35,0 % vergleichsweise höher als in den Flächenstaaten mit 32,2 %.

Studierende in den größten Flächenländern sind am „sesshaftesten“

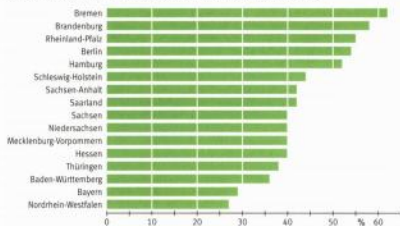
Bei der Wahl des Studienortes spielte die regionale Nähe eine bedeutende Rolle: Die Mehrheit der Studierenden (62 %) des Studienjahres 2003 hatte bereits die Hochschulzugangsberechtigung im Bundesland des Studienortes erworben. Die Länder mit den höchsten Anteilen an „sesshaften“ Studierenden waren Nordrhein-Westfalen (73 %), Bayern (71 %) und Baden-Württemberg (64 %).

Zuwanderungsanteile in Stadtstaaten sowie in Rheinland-Pfalz und Brandenburg am höchsten

Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg und die Flächenländer Brandenburg und Rheinland-Pfalz verzeichneten überdurchschnittlich hohe „Importquoten“, d. h. hier waren die Anteile der Studierenden, die ihren Hochschulzugang in einem anderen Bundesland (oder im Ausland) erworben hatten, am höchsten.

Die Haupteinzugsgebiete von Hochschulstandorten mit hohen Anteilen an zugewanderten Studierenden waren angrenzende Bundesländer. Rund 30 % (10 000) der Studierenden, die in Bremen eingeschrieben waren, hatten den Hochschulzugang im benachbarten Niedersachsen erworben. Der größte Teil (10 % oder 14 100) der Studierenden an Berliner Hochschulen kam aus dem benachbarten Brandenburg. Umgekehrt war Berlin ebenfalls Haupteinzugsgebiet für Brandenburg, rund 21 % bzw. 8 300 der Studierenden kamen aus der Bundeshauptstadt. Damit nahmen mehr Studierende aus Brandenburg Bildungsleistungen in Berlin in Anspruch als umgekehrt. Hamburger Hochschulen zogen mehrheitlich Studierende aus Schleswig-Holstein (13 % oder 9 500) und Niedersachsen (11 % oder 8 000 Studierende) an, während in Rheinland-Pfalz jeder siebte Studierende den Hochschulzugang im benachbarten Hessen erworben hatte, was einem Anteil von 15 % (14 400)

Abb. 5.4: „Importquoten“ von Studierenden und Studienanfängern 2003



an der Gesamtzahl der Studierenden in Rheinland-Pfalz entsprach.

Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen sind „Wanderungsgewinner“ von Studierenden

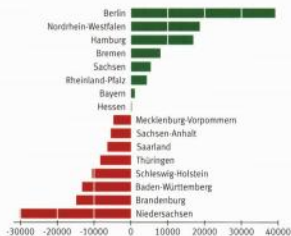
Der Wanderungssaldo bringt das Mengenverhältnis zwischen ab- und zuwandernden Studierenden zum Ausdruck. Er ist bei einem „Importüberschuss“ positiv, bei einem „Exportüberschuss“ negativ. Anhand der Wanderungsbilanz wird deutlich, ob ein Land mehr Studierende aus anderen Bundesländern mit Bildungsleistungen im Hochschulbereich versorgt, als es an andere Bundesländer abgibt und umgekehrt. Niedrige Importanteile (siehe Abb. 5.4) können bei stark „bindenden“ Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen mit einem positiven Wanderungssaldo einhergehen (siehe Abb. 5.5), da die Anzahl der abwandernden Studierenden geringer ist als die Anzahl der Zuwandernden.

Neben Nordrhein-Westfalen verzeichneten die Stadtstaaten vergleichsweise hohe Zuwanderungsgewinne aus anderen Bundesländern. Bundesländer mit einer negativen Wanderungsbilanz waren Niedersachsen, Brandenburg, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Thüringen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Bezieht

man in die Berechnung der Wanderungsbilanz diejenigen Studierenden mit ein, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben (dabei handelte es sich vorwiegend um Studierende ausländischer Herkunft), erreichen Hessen und Bayern noch deutlich höhere Wanderungsgewinne und Baden-Württemberg einen positiven Wanderungssaldo.

Sachsen war das einzige neue Bundesland, das aufgrund des relativ niedrigen Anteils an abwandernden Studierenden und der Zuwanderung insbesondere aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg über eine positive Wanderungsbilanz verfügte. Insgesamt wanderten aus den neuen Bundesländern deutlich mehr Studierende in das frühere Bundesgebiet ab als umgekehrt: Während rund 28 % (77 900) der Studierenden, die ihren Hochschulzugang in den neuen Bundes-

Abb. 5.5: Wanderungssaldo Studierender im Wintersemester 2003/2004



ländern erworben hatten, an Hochschulen im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-Ost) immatrikuliert waren, schrieben sich umgekehrt nur 3 % (49 900) in den neuen Bundesländern ein.

Ausgaben für Bildung und Forschung

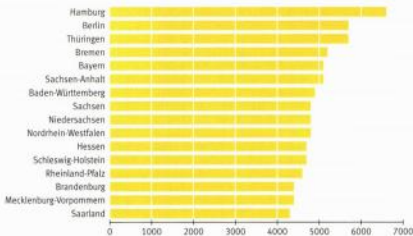
Die Träger der Schulen und Hochschulen in Deutschland investieren pro Jahr beträchtliche Gelder in die Ausbildung. Für einen Vergleich der Bundesländer werden die Ausgaben von Schulen und Hochschulen durch die Zahl der Schülerinnen und Schüler bzw. der Studierenden im jeweiligen Land geteilt. Unterschiede in den absoluten Ausgaben, die auf Größenunterschiede der Bundesländer zurückgehen, werden dadurch ausgeschaltet. Da die Ausgaben der öffentlichen und privaten Träger je nach Schulart bzw. Hochschulart unterschiedlich hoch ausfallen, werden die Daten auch in einer Gliederung nach Schularten bzw. Hochschularten dargestellt.

Ausgaben für öffentliche Schulen in Hamburg am höchsten

Die öffentlichen Haushalte gaben im Jahr 2002 durchschnittlich 4 600 Euro für die Ausbildung einer Schülerin oder eines Schülers an öffentlichen Schulen aus. Am höchsten waren die Ausgaben für eine Schülerin bzw. einen Schüler einer öffentlichen Schule in Hamburg (6 000 Euro), Berlin (5 200 Euro) und Thüringen (5 000 Euro) (siehe Abb. 5.6). Die niedrigsten Ausgaben hatten Mecklenburg-Vorpommern (3 900 Euro) sowie Brandenburg (4 000 Euro) und das Saarland (4 100 Euro).

In allgemein bildenden Schulen lagen die Ausgaben bei 4 900 Euro je Schülerin bzw. Schüler für das Jahr 2002. Bezogen auf die Bundesländer zeigen die Ausgaben für allgemein bildende Schulen eine ähnliche Struktur wie die der öffentlichen Schulen insgesamt: Hamburg (6 600 Euro), Thüringen und Berlin (jeweils 5 700 Euro) hatten die höchsten Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler; im Saarland (4 300 Euro), in Brandenburg (4 400 Euro) und in Mecklenburg-Vorpommern (ebenfalls 4 400 Euro) waren die Kosten pro Schülerin bzw. Schüler dagegen am niedrigsten.

Abb. 5.6: Ausgaben je Schüler bzw. Schülerin einer öffentlichen Schule 2002 – in Euro



Innerhalb der allgemein bildenden Schulen variierten die Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler von 3 900 Euro an Grundschulen über 5 300 Euro an Gymnasien bis zu 11 500 Euro an Sonderschulen. Die verhältnismäßig hohen Ausgaben bei Sonderschulen resultieren vor allem aus einer höheren Lehrer-Schüler-Relation.

Tab. 5.3: Ausgaben je Schülerin/Schüler einer öffentlichen Schule 2002 in Euro

	Allgemein-bildende Schulen	Berufliche Schulen
Hamburg	6600	4400
Berlin	5700	3300
Thüringen	5700	3200
Bremen	5200	3300
Bayern	5100	3200
Sachsen-Anhalt	5100	2800
Baden-Württemberg	4900	4000
Sachsen	4800	2700
Niedersachsen	4800	3400
Nordrhein-Westfalen	4800	3200
Hessen	4700	3400
Schleswig-Holstein	4700	3400
Rheinland-Pfalz	4600	3200
Brandenburg	4400	2300
Meckl.-Vorpommern	4400	2400
Saarland	4300	3300
Deutschland	4900	3300

Für eine Schülerin bzw. einen Schüler einer beruflichen Schule gaben die öffentlichen Haushalte 2002 mit 3 300 Euro deutlich weniger aus als für eine Schülerin bzw. einen Schüler einer allgemein bildenden Schule. Auch für berufliche Schulen wurden die höchsten Ausgaben für Hamburg (4 400 Euro je Schülerin bzw.

Schüler) festgestellt und die niedrigsten für Brandenburg (2 300 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (2 400 Euro).

Die vergleichsweise niedrigen Aufwendungen von 2 100 Euro je Schülerin bzw. Schüler bei den Berufsschulen im Dualen System sind vor allem durch den Teilzeitunterricht bedingt. Nimmt man den betrieblichen Teil ihrer Ausbildung hinzu, ergeben sich Ausgaben in Höhe von 10 300 Euro je Berufsschüler. Damit ist die Ausbildung eines Schülers im Rahmen des Dualen Systems jährlich teurer als die eines Studierenden an einer Hochschule.

Ausgaben für Bildungspersonal der öffentlichen Schulen in den Stadtstaaten am höchsten

In allen Ländern stellen die Personalausgaben die dominierende Ausgabenkomponente dar. Sie betragen im Jahr 2002 in den neuen Ländern durchschnittlich 3 600 Euro und in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes 3 700 Euro je Schülerin bzw. Schüler. Die Personalausgaben der Stadtstaaten waren mit 4 600 Euro je Schülerin bzw. Schüler am höchsten.

Bei dem Vergleich der Bildungsausgaben der Bundesländer ist zu beachten, dass die Schulstruktur und das Unterrichtsangebot zwischen den Ländern differieren. So gibt es z. B. Unterschiede in der Schulstruktur, der Ganztagsbetreuung an Grundschulen, den Betreuungsrelationen, aber auch Ungleichheiten in der Besoldungsstruktur und hinsichtlich der Lehrmittelfreiheit.

Laufender Zuschussbedarf pro Studierenden an Hessens Hochschulen am niedrigsten

Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben im Jahr 2003 für Personal, laufende Sachmittel und Investitionen insgesamt 30,6 Mrd. Euro aus. Betrachtet man den laufenden Zuschussbedarf durch den Träger (so genannte laufende Grundmittel), so ergibt sich folgendes Bild: Im Jahr 2003 betrug die laufenden Grundmittel an deutschen Hochschulen durchschnittlich 7 280 Euro pro Studierenden.

Besonders hoch waren die durchschnittlichen Ausgaben (laufende Grundmittel) je Studierenden in Niedersachsen und im Saarland (jeweils 9 260 Euro). Den niedrigsten Zuschussbedarf verzeichneten die Hochschulen in Hessen (5 650 Euro pro Studierenden), gefolgt von denjenigen in Bremen (5 750 Euro), Brandenburg (5 850 Euro) sowie Rheinland-Pfalz (5 910 Euro).

Diese Unterschiede entstehen u. a. aufgrund der unterschiedlichen Fächerstruktur an den Hochschulen in den einzelnen Bundesländern. Je nach Fächergruppe variieren die Ausgaben zum Teil sehr deutlich: Für einen Medizinstudenten waren die laufenden Grundmittel für das Jahr 2003 mit 29 860 Euro am höchsten. Für einen Studierenden eines ingenieurwissenschaftlichen Studienfaches waren

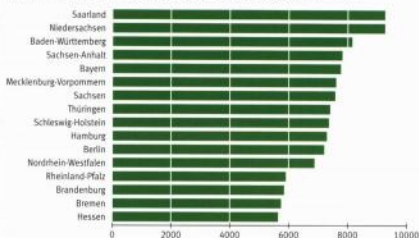
Bildungsfinanzierung

Die Ausgaben öffentlicher und privater Bildungseinrichtungen in Deutschland setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen.

Finanziert werden diese Ausgaben einerseits durch die Finanzausstattung, die die Hochschulen von Seiten des Trägers erhalten (so genannte Grundmittel), und andererseits durch Einnahmen aus ihrer Verwaltungstätigkeit sowie aus dem Einwerben von Drittmitteln (z. B. über Forschungsaufträge).

Die **laufenden Grundmittel** umfassen diejenigen Finanzmittel, die der Einrichtung vom Träger zur Verfügung gestellt werden. Ermittelt werden die laufenden Grundmittel, indem von den laufenden Ausgaben (Personalausgaben, laufende Sachausgaben) die Verwaltungseinnahmen und die Drittmittel-einnahmen abgezogen werden. Die (stark schwankenden) Investitionsausgaben bleiben dabei unberücksichtigt.

Abb. 5.7: Laufende Grundmittel je Studierenden einer Hochschule 2003 – in Euro



demgegenüber 5 340 Euro an laufenden Grundmitteln aufzuwenden. Mit 2 020 Euro vergleichsweise niedrig war der laufende Zuschussbedarf für einen Studierenden in der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“.

Auf die Fächergruppe „Humanmedizin“ (einschließlich zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken) entfallen fast 46 % aller Ausgaben an deutschen Hochschulen. Der Anteil der eingeschriebenen Studierenden in „Humanmedizin“ betrug dagegen im Wintersemester 2003/2004 nur 4,7 %. In den Fächergruppen „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ sowie „Sprach- und Kulturwissenschaften“ waren demgegenüber weit über die Hälfte (54 %) aller Studierenden eingeschrieben, während ihr Anteil an den Gesamtausgaben lediglich 10,3 % betrug.

Brandenburgs Universitäten haben die geringsten und die niedersächsischen die höchsten Ausgaben je Studierenden

Werden die Hochschulen nach Universitäten und Fachhochschulen unterschieden, so lag der Zuschussbedarf bei Universitäten mit 8 240 Euro für jeden Studierenden deutlich höher als an Fachhochschulen (4 320 Euro). Betrachtet man die Universitäten (einschließlich Pädagogische und Theologische Hochschulen) gesondert, so zeigt sich, dass die

laufenden Grundmittel je Studierenden an den Universitäten in Niedersachsen (11 150 Euro), im Saarland (10 520 Euro) und in Schleswig-Holstein (10 130 Euro) am höchsten sind. Die niedrigsten laufenden Grundmittel je Studierenden konnten demgegenüber die Universitäten in Brandenburg (5 840 Euro) und Bremen (6 700 Euro) verzeichnen. Ähnliche Unterschiede zeigen sich auch in Bezug auf die Fachhochschulen.

Tab. 5.4: Laufende Grundmittel je Studierenden 2003 in Euro

	Fachhochschulen	Universitäten ¹⁾
Niedersachsen	5 120	11 150
Saarland	4 430	10 520
Schleswig-Holstein	3 470	10 130
Baden-Württemberg	4 660	9 520
Sachsen-Anhalt	4 290	9 510
Bayern	3 740	9 270
Hamburg	3 260	8 700
Thüringen	4 350	8 380
Meckl.-Vorpommern	5 230	8 300
Sachsen	5 160	8 220
Berlin	4 060	7 830
Nordrhein-Westfalen	4 900	7 310
Rheinland-Pfalz	4 150	6 720
Bremen	3 380	6 700
Hessen	3 240	6 560
Brandenburg	4 220	5 840
Deutschland	4 320	8 240

1) Einschl. Pädagogische und Theologische Hochschulen.

Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung durchzuführen.

Die Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler wird nur an auswärts untergebrachte Personen, für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab der 10. Klasse und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, geleistet.

„Schüler-BAföG“ gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen, von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt sowie von Berufsfachschul- und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem zumindest zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierten Abschluss (z. B. als staatlich geprüfter Techniker) vermitteln. Im Schulbereich wird die Ausbildungsförderung vollständig als Zuschuss gewährt.

„Studierenden-BAföG“ wird für den Besuch von höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt; es wird in der Regel je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 beim Besuch der zuletzt genannten Ausbildungsstellen anstelle von Zuschuss und unverzinslichem Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, so z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer.

Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wurde ab dem 1. Januar 1991 auch in den neuen Ländern geleistet. Wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten galten dort zunächst niedrigere Bedarfssätze. Aufgrund steigender Einkommen wurden jedoch Jahr für Jahr weniger junge Menschen in den neuen Ländern gefördert. Mit der BAföG-Reform zum 1. April 2001 gelten für den Besuch von Ausbildungsstellen in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost die gleichen Bedarfssätze wie im früheren Bundesgebiet. Über diese Vereinheitlichung hinaus wurden die Bedarfssätze deutschlandweit heraufgesetzt. Infolge der Reform stieg die Anzahl der BAföG-Empfänger wieder an.

Steigende BAföG-Empfängerzahlen vor allem seit der BAföG-Reform 2001

1991 – im ersten Jahr mit gesamtdeutschen BAföG-Daten – erhielten 873 000 junge Menschen eine Förderung. Davon entfielen auf das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin) 614 000, auf die neuen Länder 199 000 und auf das Land Berlin 60 000 BAföG-Empfänger. Bis 1997 ging die Zahl der BAföG-Empfänger auf 535 000 (- 39%) zurück: Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) auf 387 000 (- 37%), in den neuen Ländern auf 116 000 (- 42%) und in Berlin auf 32 000 (- 47%) Personen. Bis zum Jahr 2004 stieg die Zahl der geförderten Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden in Deutschland wiederum auf 810 000 an (gegenüber 1997 + 51%). Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug der Anstieg 41% (+ 157 310), darunter in Bremen 48%, in Hamburg 52%, in Hessen 41%, in Niedersachsen 42%, in Rheinland-Pfalz 46% und in Schleswig-Holstein 58%. In den neuen Ländern wurden 86% (+ 99 959), darunter in Brandenburg 122%, und in Berlin 54% junge Menschen mehr gefördert. In den neuen Ländern war ab 1997 ein stärkerer Anstieg der Schülerförderung, insbesondere beim Besuch der Berufsfachschulen, zu verzeichnen.

In den Stadtstaaten ist der Studierendenanteil unter den BAföG-Empfängern am höchsten

Von den BAföG-Empfängern waren 1991 rund 30% aller Geförderten Schülerinnen bzw. Schüler und 70% Studierende. Im

Tab. 5.5: BAföG-Empfänger 2004

	Schüler/-innen	Studierende	Insgesamt
Nordrhein-Westfalen	55 411	101 263	156 674
Bayern	42 231	60 685	102 916
Sachsen	35 431	43 428	78 859
Baden-Württemberg	22 823	53 178	76 001
Niedersachsen	27 839	46 586	74 425
Berlin	15 095	33 824	48 919
Hessen	11 650	31 210	42 860
Thüringen	19 449	19 354	38 803
Sachsen-Anhalt	18 690	18 663	37 353
Brandenburg	21 321	12 083	33 404
Rheinland-Pfalz	10 306	22 529	32 835
Mecklenburg-Vorpommern	14 473	13 299	27 770
Schleswig-Holstein	8 416	12 436	20 852
Hamburg	4 845	14 203	19 048
Bremen	2 509	9 330	11 839
Saarland	1 847	5 186	7 033
Deutschland	312 334	497 257	809 591

früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug die entsprechenden Anteile 26 bzw. 74%, in den neuen Ländern 47 bzw. 53% und in Berlin 18 bzw. 82%. Ein vergleichsweise hoher Studierendenanteil wurde auch in den Stadtstaaten Hamburg (89%) und Bremen (85%) ermittelt.

Bis zum Jahr 2004 stieg der Anteil der Schülerinnen und Schüler bundesweit auf rund 39%. Im früheren Bundesgebiet stieg er auf 35%, in den neuen Ländern auf 51% und in Berlin auf 31%. Der Studierendenanteil ging im gleichen Zeit-

raum in Deutschland auf 61% zurück, im früheren Bundesgebiet auf 65%, in den neuen Ländern auf 49% und in Berlin auf 69%.

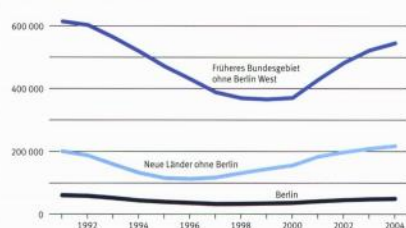
Ein wesentlicher Grund für die Verschiebung der Anteile Schüler/Studierende im Zeitraum von 1991 bis 2004 ist auf einen Anstieg der Empfänger von Schüler-BAföG im Bereich der Berufsfachschulen zurück zu führen.

Durchschnittlicher Förderungsbetrag in den östlichen Flächenländern am niedrigsten

Im Jahr 2004 betrug der durchschnittliche Förderungsbetrag pro Person und Monat in Deutschland 347 Euro. Alle neuen Länder sowie Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland liegen unter diesem Durchschnittsbetrag. Die übrigen Bundesländer weisen einen höheren Durchschnittsbetrag aus.

Die durchschnittlichen Förderungsbeträge in den neuen Ländern fallen geringer aus als im früheren Bundesgebiet, weil in den neuen Ländern der Schüleranteil an den Geförderten mit 51% wesentlich höher liegt als mit 34% im früheren Bundesgebiet. Die Bedarfssätze und somit auch die Leistungen, die Schülerinnen

Abb. 5.8: Geförderte 1991 bis 2004



und Schüler erhalten, sind geringer als die der Studierenden. Da rund zwei Drittel aller Geförderten im früheren Bundesgebiet Studierende sind, gegenüber knapp der Hälfte in den neuen Ländern, kommt es zu unterschiedlichen durchschnittlichen Förderungsbeträgen.

Unter den Flächenländern war der Förderungsbetrag mit 364 Euro in Hessen am höchsten. Die Durchschnittsbeträge der Stadtstaaten fallen naturgemäß noch höher aus. Sie betragen 400 Euro in Bremen, 391 Euro in Hamburg und 381 Euro in Berlin.

Abb. 5.9: Durchschnittlicher Förderbetrag 2004 pro Person und Monat – in Euro



6 Verkehr

Straßennetz, Kfz-Bestände und Unfälle

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft von zentraler Bedeutung. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht dabei vor allem die Straßennetzinfrastruktur. Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) hatte in Deutschland Anfang 2004 eine Länge von etwa 231 400 km, darunter 12 000 km Autobahnen.

Bayern hat das längste, Rheinland-Pfalz das dichteste Straßennetz

Das längste Straßennetz weist Bayern auf, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg. Im Verhältnis zur Landesfläche hat allerdings Rheinland-Pfalz das dichteste Straßennetz des überörtlichen Verkehrs mit 932 km Straßen je 1 000 Quadratkilometer Fläche, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit einem Wert von 872 km.

Tab. 6.1: Straßennetze 2004
in Kilometern

Bayern	41 769
Nordrhein-Westfalen	29 734
Niedersachsen	28 186
Baden-Württemberg	27 432
Rheinland-Pfalz	18 491
Hessen	16 304
Sachsen	13 547
Brandenburg	12 523
Sachsen-Anhalt	10 864
Thüringen	10 256
Schleswig-Holstein	9 868
Mecklenburg-Vorpommern	9 866
Saarland	2 037
Berlin	249
Hamburg	201
Bremen	94
Deutschland	231 420

Seit einigen Jahren konzentrieren sich Straßenbaumaßnahmen vor allem auf die Erhaltung und den Ausbau des vorhandenen Netzes (z. B. Ortsumgehungen oder dritte Spuren auf Autobahnen). In den letzten fünf Jahren seit 1999 ist das überörtliche

Straßennetz „nur“ um 755 km gewachsen (+ 0,3%). Zugänge (z. B. Neubauten) gab es vor allem in Hessen (+ 364 km), Mecklenburg-Vorpommern (+ 165 km) und Nordrhein-Westfalen (+ 144 km).

Pkw-Bestand in den letzten zehn Jahren nur in Berlin und Bremen nahezu konstant, ansonsten starkes Wachstum

Anfang 2004 waren in Deutschland 54,1 Mill. Kraftfahrzeuge (Pkw, Lkws, Omnibusse, Motorräder und andere Kfz) zugelassen.

Das seit vielen Jahren ungebrochene Wachstum hielt auch im Jahr 2004 an und führte zu einem neuen Höchststand des Kfz-Bestandes (+ 19% gegenüber 1994). Auf 1 000 in Deutschland lebende Personen kommen statistisch betrachtet 655 Kraftfahrzeuge.

Die größte Kfz-Gruppe bilden mit 45 Mill. Fahrzeugen und einem Anteil von 83% am Kfz-Bestand die Pkw. Bereits seit 1996 finden – rein rechnerisch – alle Einwohner Deutschlands auf den Vordersitzen aller Pkws Platz. Die meisten Pkws sind in Nordrhein-Westfalen (9,7 Mill.) und in Bayern (7,2 Mill.), die wenigsten in Bremen (0,3 Mill.) zugelassen.

Tab. 6.2: Pkw-Bestand und Pkw-Dichte 2004

	Pkw	
	insgesamt	je 1 000 Einwohner
Saarland	634 792	596
Rheinland-Pfalz	2 376 656	586
Hessen	3 548 806	583
Bayern	7 195 111	581
Baden-Württemberg	6 083 702	571
Niedersachsen	4 440 092	556
Schleswig-Holstein	1 552 152	551
Brandenburg	1 407 645	545
Nordrhein-Westfalen	9 664 439	535
Thüringen	1 275 159	533
Sachsen	2 281 719	525
Sachsen-Anhalt	1 312 060	515
Meckl.-Vorpommern	891 044	511
Hamburg	836 001	484
Bremen	292 399	442
Berlin	1 226 299	361
Deutschland	45 022 926	545

In fast allen Bundesländern ist der Pkw-Bestand seit 1994 Jahr für Jahr angewachsen, lediglich in den Stadtstaaten Ham-

burg, Berlin und Bremen waren in einigen Jahren auch Rückgänge zu verzeichnen. Im Zehnjahres-Vergleich blieb der Pkw-Bestand nur in Berlin (+ 1,9%) und Bremen (+ 1,5%) nahezu konstant, während er in allen anderen Bundesländern um mindestens 10% und in Deutschland insgesamt sogar um 15% über dem Wert von vor 10 Jahren lag.

Pkw-Dichte im Saarland am höchsten

Die höchste Pkw-Dichte wies mit 596 Pkw je 1 000 Einwohner das Saarland auf, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 586 Pkw je 1 000 Einwohner. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg mit ihren gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehrssystemen befanden sich am anderen Ende der Skala: Hier entfielen jeweils weniger als 500 Pkw auf 1 000 Einwohner.

Zahl der Straßenverkehrstoten auf historischem Tiefstand

Eine negative Folge des Verkehrs ist die hohe Zahl an Personen, die jährlich verletzt oder getötet werden. Mit Abstand die meisten Getöteten und Verletzten gab es bei Straßenverkehrsunfällen: Im Jahr 2004 sind bei rund 339 000 Unfällen mit Personenschaden (- 4,3% gegenüber dem Vorjahr) 446 000 Personen verunglückt (- 4,9%). Davon wurden knapp 440 000 Personen verletzt (- 4,8%) und 5 842 Menschen getötet (- 11,7%). Die Zahl der Verkehrstoten – war seit Einführung der Statistik im Jahre 1953 – noch nie so niedrig wie 2004.

Bis auf Schleswig-Holstein und Hamburg nahm die Zahl der Verkehrstoten in allen Bundesländern im Jahr 2004 ab. Erfreulich ist dabei vor allem, dass in den neuen Ländern bei der Zahl der Verkehrstoten ein weiterer Rückgang ermittelt werden konnte und sich damit die seit 1992 anhaltende positive Entwicklung fortsetzte. Im Vergleich zu 2003 sank die Zahl der Verkehrstoten in Mecklenburg-Vorpommern um 28%, in Thüringen um 23%, in Brandenburg um 15%, in Sachsen-Anhalt um 14% und in Sachsen um 9%.

Tab. 6.3: Unfälle, Verunglückte und Getötete im Straßenverkehr 2004

	Unfälle		darunter:	
	Insgesamt	Verunglückte	Getötete	Verunglückte
	Anzahl			
	je 1 Mill. Einwohner			
Mecklenburg-Vorpommern	59 660	9 820	206	5 669
Brandenburg	86 771	13 135	280	5 102
Sachsen-Anhalt	85 743	13 425	261	5 321
Thüringen	60 514	12 451	278	5 247
Niedersachsen	189 597	44 945	740	5 623
Bayern	336 444	78 453	1 112	6 315
Schleswig-Holstein	60 441	16 731	212	5 926
Sachsen	126 840	20 603	320	4 768
Rheinland-Pfalz	122 420	22 860	292	5 632
Saarland	28 827	6 729	76	6 340
Hessen	129 688	34 093	428	5 599
Baden-Württemberg	223 354	54 675	697	5 113
Nordrhein-Westfalen	552 424	86 438	865	4 781
Hamburg	55 711	11 260	48	6 493
Berlin	124 514	16 599	70	4 899
Bremen	18 741	3 751	7	5 657
Deutschland	2 261 689	445 968	5 842	5 404

Die meisten Verkehrstoten bezogen auf die Einwohnerzahl hat Mecklenburg-Vorpommern

Bezogen auf die Einwohnerzahlen wurden die meisten Verkehrsteilnehmer in den letzten Jahren allerdings – trotz eines absoluten Rückgangs – immer noch in Mecklenburg-Vorpommern getötet. Je 1 Mill. Einwohner kamen 2004 hier 119 Personen ums Leben und damit wesentlich mehr als im Bundesdurchschnitt (71). Weit über dem Durchschnitt lagen auch die Werte in Brandenburg mit 109 und Sachsen-Anhalt mit 103, weit darunter in den Stadtstaaten Hamburg (28), Berlin (21) und Bremen (11).

Personenverkehr

Der Pkw ist das vorherrschende Verkehrsmittel im Personenverkehr in Deutschland. In den letzten Jahren waren mit Pkws und Motorrädern fast 60 Mrd. Personen unterwegs; sie stellten damit 85 % der insgesamt beförderten Verkehrsteilnehmer. Die übrigen 15 % der Fahrgäste wurden in öffentlichen Verkehrsmitteln befördert.

Von den 10,4 Mrd. Fahrgästen des öffentlichen Personenverkehrs mit Bussen und Bahnen entfällt die weit überwiegende Mehrzahl auf den Nahverkehr. Mit Verkehrsmitteln des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) fuhr im Jahr 2004 rund 10,2 Mrd.

Fahrgäste. Dabei benutzten 2,0 Mrd. Fahrgäste die Eisenbahn, 3,4 Mrd. Fahrgäste fuhren mit Straßenbahnen (einschließlich Stadt-, U-Bahnen, Hochbahnen) und 5,4 Mrd. Personen benutzten einen Bus.

Nahverkehrsunternehmen Nordrhein-Westfalens und Bayerns beförderten die meisten Fahrgäste

Die meisten Fahrgäste im Nahverkehr fuhren 2004 mit Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen (2,3 Mrd.), gefolgt von Unternehmen aus Bayern (1,4 Mrd.). Die wenigstens Fahrgäste wurden von saarländischen Unternehmen befördert (100 Mill. Fahrgäste).

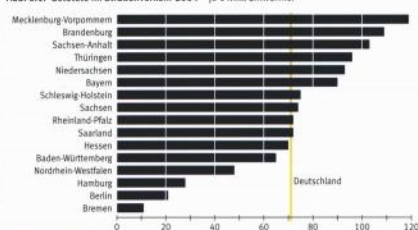
Tab. 6.4: Fahrgäste im ÖPNV 2004 in Mill.

Nordrhein-Westfalen	2 293
Bayern	1 381
Hessen	1 244
Berlin	1 225
Baden-Württemberg	1 064
Niedersachsen	550
Hamburg	530
Sachsen	464
Rheinland-Pfalz	281
Schleswig-Holstein	246
Sachsen-Anhalt	194
Thüringen	181
Brandenburg	146
Bremen	140
Mecklenburg-Vorpommern	122
Saarland	101
Deutschland	10 161

Im Jahr 2004 wurden durchschnittlich 120 Fahrten je Einwohner im öffentlichen Nahverkehr unternommen. Dabei wurde besonders intensiv das Nahverkehrsangebot der Unternehmen der Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit jeweils mehr als 300 Fahrten je Einwohner genutzt. Die geringste Fahrtenhäufigkeit je Einwohner ergab sich für Unternehmen Brandenburgs und Niedersachsens mit Werten von ca. 60. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Verkehrsunternehmen der Stadtstaaten auch davon profitieren, dass Fahrgäste aus den umliegenden Bundesländern ihre Verkehrsmittel nutzen.

Im Fernverkehr beförderte die Eisenbahn im Jahr 2004 115 Mill. Fahrgäste, durchschnittlich legte ein Fahrgast dabei 280 km zurück. Den Fernverkehr mit Linienbussen

Abb. 6.1: Getötete im Straßenverkehr 2004 – je 1 Mill. Einwohner



Begriffsdefinitionen

Die **Beförderungsleistung** berücksichtigt neben der Beförderungsmenge auch die zurückgelegte Entfernung. Sie ist das Produkt aus der Beförderungsmenge und der (i. d. R. nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit Tonnenkilometer (tkm). Werden in einem Lkw z. B. 15 t über eine Entfernung von 200 km befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Die **Beförderungsmenge** (in Tonnen) gibt an, wie viele Güter transportiert wurden. Bei dieser Messgröße werden – im Gegensatz zum Güterumschlag – innerdeutsche Transporte nur einmal berücksichtigt und Durchgangsverkehre von einem ausländischen Staat in einen anderen ausländischen Staat einbezogen.

Die Zahl der **Fahrgäste** spiegelt in der Verkehrsstatistik die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Unternimmt also eine Person mehrere Fahrten, so erhöht sich die Anzahl der statistisch erfassten „beförderten Personen“ entsprechend. Ihre Zahl wird z. B. anhand der verkauften Fahrscheine oder anhand von Verkehrszählungen ermittelt. Da Fahrgäste im Verlauf einer Fahrt zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln des öffentlichen Verkehrs umsteigen können, ist die Addition der dargestellten Fahrten nach Verkehrsmitteln höher als die Gesamtzahl der Fahrgäste.

Als **Güterumschlag** wird die Summe aus Einladungen und Ausladungen von Gütern bezeichnet. Ein Transport innerhalb Deutschlands wird damit sowohl am Einladeort als auch am Ausladeort, also zweifach, gezählt. Transporte zwischen Deutschland und dem Ausland werden in den deutschen Angaben nur einmal berücksichtigt. Durchgangsverkehre durch Deutschland von einem ausländischen Staat in einen anderen ausländischen Staat werden in Deutschland nicht gezählt. Der Güterumschlag ist somit eine „raum- (punkt- oder flächen-) bezogene“ Darstellung. Eine derartige Abgrenzung ist zum Beispiel bei länderbezogenen Auswertungen sinnvoll.

Ein Transport in Deutschland von 15 t von Hamburg nach Niedersachsen ergibt somit einen Güterumschlag in Hamburg von 15 t, einen Güterumschlag in Niedersachsen von 15 t und einen Güterumschlag in Deutschland von 30 t, jedoch eine Beförderungsmenge von 15 t.

Im **Luftverkehr** werden für die 23 wichtigsten deutschen Flughäfen (Flughäfen mit mehr als 150 000 Fluggästen im Jahr) als Einsteiger alle Passagiere nachgewiesen, die am Berichtsflygfeld zugestiegen sind, ohne Unterscheidung, ob sie am Berichtsflygfeld originär eingestiegen sind oder dort nur umgestiegen sind. Als Aussteiger werden alle Passagiere nachgewiesen, die am Berichtsflygfeld ausgestiegen sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie am Berichtsflygfeld verblieben oder dort nur umsteiegen.

Für **Modal Split** Untersuchungen, d. h. für die Darstellung der Anteile der einzelnen Verkehrsträger am Gesamtverkehr, werden vor allem die Beförderungsleistungen genutzt, da diese das Verkehrsgeschehen am umfassendsten abbilden. Anteilsberechnungen auf der Basis des Güterumschlages sind dagegen nicht üblich.

Zum **öffentlichen Nahverkehr** (ÖPNV) zählen Verkehre mit Bussen und Straßenbahnen, in denen Fahrgäste im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr befördert werden. Im Zweifelsfall gilt die Fahrgastbeförderung als Nahverkehr, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reiseweite 50 km oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt. Auch der Eisenbahnverkehr, der von bestimmten Zugkategorien (z. B. S-Bahn, Regionalbahn) abgewickelt wird, gehört zum öffentlichen Nahverkehr.

Verunglückte, Getötete und Verletzte in der Straßenverkehrsunfallstatistik: Als Verunglückte zählen diejenigen Personen, die bei einem Unfall verletzt oder getötet wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

nutzten 8 Mill., den Fernverkehr mit Reisebussen 68 Mill. Fahrgäste.

Frankfurt größter deutscher Flughafen

Der Luftverkehr befindet sich seit vielen Jahren in einem stetigen Aufwärtstrend, der nur in den Jahren 2001 und 2002 aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 unterbrochen wurde.

Im Jahr 2004 stieg die Zahl der Ein- und Aussteiger auf den wichtigsten deutschen

Flughäfen gegenüber 2003 um 8 % auf 157 Mill. Personen an. Dabei hat der Flughafen Frankfurt am Main als bedeutendes internationales Drehkreuz 50,7 Mill. Fluggäste im Jahr 2004 abgefertigt. Dies entspricht einem Anteil von 32 % an allen auf deutschen Flughäfen abgefertigten Personen in diesem Jahr. Im Vergleich dazu lag der Anteil des Münchener Flughafens bei 17 % und am Düsseldorfer Flughafen wurde der drittgrößte Anteil aller Fluggäste abgefertigt (10 %). Die Anteile der Flug-

häfen Berlin-Tegel und Hamburg lagen bei 7 % bzw. 6 %.

Tab. 6.5: Personenerbringung auf Flughäfen 2004 – in Tausend (ein- und aussteigende Passagiere)

Frankfurt/Main	50 703
München	26 603
Düsseldorf	15 093
Berlin-Tegel	10 976
Hamburg	9 765
Stuttgart	8 651
Köln/Bonn	8 252
Hannover	5 123
Nürnberg	3 549
Berlin-Schönefeld	3 294
Hahn	2 738
übrige Großflughäfen	11 907
Deutschland	156 653

Güterverkehr

Vor rund hundert Jahren – im Jahr 1896 – wurde der erste speziell für Güterbeförderungen konstruierte Lastkraftwagen zugelassen. Heute dominiert der Lkw im Fernverkehr und ist im Nahverkehr nahezu konkurrenzlos, u. a. aufgrund seiner zeitlichen und räumlichen Flexibilität. Im Jahr 2004 wurden 77 % aller beförderten Güter im Straßenverkehr befördert. Bei der Transportleistung in Tonnenkilometern, bei der sich die höheren Transportweiten der Eisenbahn und der Binnenschifffahrt zu deren Gunsten auswirken, waren es 70 %.

Ein Fünftel aller Gütertransporte auf der Straße wurde in Nordrhein-Westfalen umgeschlagen

Ein- und ausländische Lkws transportierten im Jahr 2004 in Deutschland rund 3 Mrd. t und erbrachten dabei eine Beförderungsleistung von 380 Mrd. tkm. Auf deutsche Lkws entfiel dabei eine Beförderungsmenge von 2,75 Mrd. t. Da davon 95 % innerhalb Deutschlands befördert und sowohl be- als auch entladen wurden, liegt der Güterumschlag dieser Lkw-Transporte in Deutschland mit 5,4 Mrd. t fast doppelt so hoch wie die Beförderungsmenge. Rund ein Fünftel (21 %) aller mit deutschen Lkws umgeschlagen Güter wurde in Nordrhein-Westfalen ein- bzw. ausgeladen, gefolgt von Bayern mit einem Anteil von 16 % und Baden-Württemberg mit 12 %.

Tab. 6.6: Güterumschlag auf der Straße
2004 – in Tausend Tonnen

Nordrhein-Westfalen	1 119 385
Bayern	879 443
Baden-Württemberg	622 629
Niedersachsen	516 483
Sachsen	336 488
Hessen	319 229
Rheinland-Pfalz	295 705
Sachsen-Anhalt	251 287
Brandenburg	227 074
Thüringen	203 142
Schleswig-Holstein	162 450
Mecklenburg-Vorpommern	140 913
Hamburg	104 868
Saarland	69 116
Berlin	66 667
Bremen	57 727
Deutschland	5 372 606

Die höchsten Wachstumsraten des Güterumschlags im Straßenverkehr wiesen im Jahr 2004 im Vorjahresvergleich allerdings die eher kleineren Länder Hamburg (+ 11,1 %) und das Saarland (+ 6,8 %) auf. Die stärksten Rückgänge verzeichneten dagegen Brandenburg (- 7,0 %), Berlin (- 6,3 %) und Thüringen (- 5,6 %), die vor allem zurückzuführen sind auf gesunkene Baustofftransporte in diesen Ländern.

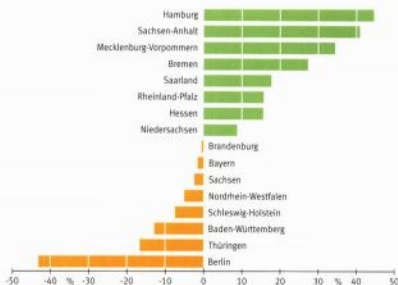
Fast ein Drittel aller Gütertransporte auf der Schiene wurde in Nordrhein-Westfalen umgeschlagen

Zum Jahresende 2003 hatte das Schienennetz der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs eine Betriebsstreckenlänge von rund 41 500 km. Davon wurden über 90 % auch für den Güterverkehr genutzt.

Im Jahr 2004 entfielen auf die Eisenbahn 16 % der in Deutschland erbrachten Beförderungsleistung (Binnenschifffahrt: 12 %); sie ist damit der zweitwichtigste Güterverkehrsträger.

Im Jahr 2004 stieg der Umschlag im Eisenbahngüterverkehr auf 497,6 Mill. t und damit auf den höchsten Wert seit 1999. Bedeutendste Umschlagsländer waren Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 30 % weit vor Niedersachsen mit 9,9 %, Bayern mit 9,2 %, Sachsen-Anhalt mit 8,6 % und dem Saarland mit 7,1 %.

Abb. 6.2: Veränderung des Güterumschlags auf der Schiene 1999 bis 2004



Tab. 6.7: Güterumschlag mit der Bahn
2004 – in Tausend Tonnen

Nordrhein-Westfalen	149 580
Niedersachsen	49 406
Bayern	45 771
Sachsen-Anhalt	42 796
Saarland	35 293
Hamburg	31 636
Baden-Württemberg	27 488
Brandenburg	27 053
Sachsen	18 598
Hessen	17 906
Rheinland-Pfalz	13 447
Bremen	12 303
Mecklenburg-Vorpommern	10 169
Thüringen	7 030
Schleswig-Holstein	5 706
Berlin	3 381
Deutschland	497 563

Eine Ursache für den hohen Anteil des Eisenbahngüterverkehrs in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ist, dass die Bahn für den Güterumschlag nicht nur im Fernverkehr, sondern vor allem in Ländern mit bedeutenden Kohle- und Stahlstandorten auch über relativ kurze Entfernungen genutzt wird. Vom gesamten Güterumschlag Nordrhein-Westfalens von 150 Mill. t sind 100 Mill. t auf Transporte innerhalb dieses Bundeslandes zurückzuführen. Auch im Saarland lag der entsprechende Anteil mit 23 Mill. t von 35 Mill. t sehr hoch.

Im mittelfristigen Vergleich mit 1999 zeigen sich in der Untergliederung nach Bundesländern stark unterschiedliche Entwicklungen: Wesentlich höhere Güterumschläge als 1999 wiesen Hamburg (+ 45 % gegenüber 1999), Sachsen-Anhalt (+ 41 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+ 34 %) auf, wesentlich niedrigere Güterumschläge dagegen vor allem Berlin (- 43 %; zurückzuführen u. a. auf den Abschluss der großen Regierungsbaumaßnahmen), Thüringen (- 17 %) und Baden-Württemberg (- 13 %).

Zwei Drittel aller Güterumschläge der Binnenschifffahrt erfolgen am Rhein und seinen Nebenflüssen

In Deutschland weist das Binnenwasserstraßennetz eine Gesamtlänge von knapp 7 500 km auf und verbindet nahezu alle größeren Ballungsräume miteinander. Die Binnenschifffahrt spielt damit als relativ umweltfreundlicher Verkehrsträger eine wichtige Rolle bei der Entlastung des Straßenverkehrs. Insgesamt hat im Jahr 2004 der Güterumschlag in der Binnenschifffahrt wieder zugenommen: Wurden 2003 aufgrund der durch Niedrigwasserstände bedingten Schifffahrtseinschränkungen nur 252,5 Mill. t verzeichnet, so waren es 2004 267,4 Mill. t, was einem Anstieg um 6 % entspricht.

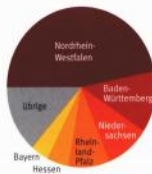
Tab. 6.8: Güterumschlag der Binnenschifffahrt 2004
in Tausend Tonnen

Nordrhein-Westfalen	125 357
Baden-Württemberg	33 096
Niedersachsen	25 775
Rheinland-Pfalz	23 912
Hessen	12 671
Bayern	10 550
Hamburg	8 987
Sachsen-Anhalt	6 983
Bremen	5 997
Brandenburg	4 052
Schleswig-Holstein	3 846
Saarland	3 151
Berlin	2 833
Sachsen	156
Mecklenburg-Vorpommern	8
Thüringen	-
Deutschland	267 374

Die meisten Güter werden in Häfen im Rheingebiet (Rhein sowie Saar, Mosel, Main und Neckar) ein- und ausgeladen, auf das im Jahr 2004 mit 174 Mill. t rund zwei Drittel aller Güterumschläge entfielen. Der weitaus größte deutsche Binnenhafen ist Duisburg; nahezu jede fünfte Tonne, die in der Binnenschifffahrt ein- oder ausgeladen wird, berührt Duisburgs Kais.

Mit seinen 623 km Länge in Deutschland ist der Rhein für die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg der wichtigste Strom: Etwas weniger als die Hälfte (47 %) aller Güterumschläge der Binnenschifffahrt im Jahr 2004 erfolgte in den Häfen Nordrhein-Westfalens, gefolgt von Baden-Württemberg mit einem Anteil von 12 %. In den letzten beiden

Abb. 6.3: Güterumschlag der Binnenschifffahrt 2004



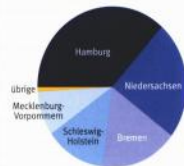
Jahren konnte sich Niedersachsen, das am Schiffsverkehr auf der Elbe, dem Mittellandkanal und der Weser partizipiert, auf Rang drei vorarbeiten (9,6 %) und damit Rheinland-Pfalz (8,9 %) knapp überholen.

Mehr als ein Drittel aller Seegüter in Hamburg umgeschlagen

Der Seeverkehr wächst seit vielen Jahren und profitiert vom Wachstum der Weltwirtschaft und von einer sich intensivierenden weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit. So erhöhte sich von 1992 bis 2004 der Güterumschlag von über See beförderten Gütern in deutschen Häfen um insgesamt fast 50 % auf knapp 272 Mill. t.

Die bedeutendsten deutschen Seehäfen sind Hamburg, Bremen/Bremerhaven, Wilhelmshaven in Niedersachsen, Lübeck (Schleswig-Holstein) sowie Rostock (Mecklenburg-Vorpommern). Nach Bundesländern wurden in Hamburg mehr als ein Drittel (37 %) aller Seegüter umgeschlagen, gefolgt von Niedersachsen (24 %) und Bremen (17 %).

Abb. 6.4: Güterumschlag der Seeschifffahrt 2004



Hamburg und Bremerhaven sind die wichtigsten Containerhäfen Deutschlands

Von der positiven Gesamtentwicklung des Güterumschlags profitierten in den letzten Jahren vor allem Hamburg (+ 29 % Wachstum von 2000 bis 2004) und Bremen (+ 16 %). Dies liegt insbesondere an den weltweit wachsenden Containertransporten, die auch das Wachstum des Seegüterumschlags in Deutschland entscheidend mittragen und vor allem in den beiden weitaus bedeutendsten Containerhäfen Deutschlands Hamburg und Bremerhaven umgeschlagen werden. Auch die niedersächsischen Häfen konnten sich im mittelfristigen Vergleich recht gut behaupten (5,4 % höherer Güterumschlag im Jahr 2004 als im Jahr 2000). Dagegen stagniert in den letzten Jahren der Güterumschlag in Schleswig-Holstein, und die Häfen Mecklenburg-Vorpommerns mussten sogar seit ihrem bisher höchsten Wert im Jahr 2000 in allen Folgejahren Rückgänge hinnehmen.

Am Frankfurter Flughafen wird fast dreimal soviel Fracht verladen wie in Köln/Bonn

Bei der Beförderung von Fracht liegen die Vorteile des Flugzeuges insbesondere im schnellen Transport über weite Strecken, allerdings können nur relativ geringe Mengen befördert werden, so dass insgesamt nur 0,1 % aller beförderten Güter auf den Luftverkehr entfallen.

Die Luftfracht wächst seit vielen Jahren stetig, nur im Jahr 2001 waren Rückgänge zu verzeichnen. An Fracht wurden im Jahr 2004 auf den 23 wichtigsten deutschen Flughäfen 2,7 Mill. t und damit 15 % mehr als im Vorjahr ein- und ausgeladen. In der Luftfracht erreichte Frankfurt mit

1,7 Mill. t einen noch höheren Verkehrsanteil als in der Passagierluftfahrt; ca. zwei Drittel (63 %) aller in Deutschland an Bord von Flugzeugen verladene Güter wurden dort umgeschlagen, gefolgt von Köln/Bonn mit 611 500 t (Anteil: 23 %) und mit weitem Abstand München mit 171 100 t (Anteil: 6,3 %). Allerdings verliert Frankfurt in diesem boomenden Markt Anteile an die anderen beiden genannten Flughäfen, da diese stärkeres Wachstum als Frankfurt aufweisen: So stieg der Frachturnschlag in Köln/Bonn vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2004 um 46 % und in München um 37 %, während Frankfurts Luftfrachturnschlag auf seinem bereits sehr hohen Niveau „nur“ um 9 % zunehmen konnte.

Tab. 6.9: Frachtabfertigung auf Flughäfen 2004 – in Tausend Tonnen (Ein- und Ausladungen)

Frankfurt/Main	1 712,8
Köln/Bonn	611,5
München	171,1
Hahn	66,1
Düsseldorf	55,9
Hamburg	25,0
Stuttgart	17,3
Berlin-Schönefeld	12,5
Berlin-Tegel	12,0
Nürnberg	10,9
Hannover	5,3
Übrige Großflughäfen	11,7
Deutschland	2 712,2

7 Umwelt

Flächennutzung

Die Nutzung der Bodenfläche stellt einen wesentlichen Bereich der Umweltnutzung durch den Menschen dar. Insbesondere der stetige Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland wird zunehmend zum Problem, da die Bodenfläche ein knappes, nicht vermehbares Gut ist. Bei ihrer Nutzung für Siedlungs- und Verkehrszwecke können sich zudem negative Folgen für den Wasserhaushalt, die Artenvielfalt oder das Mikroklima ergeben.

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den Stadtstaaten am höchsten

Unter den Bundesländern ist in Bayern der Umfang der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 7 551 km² am größten. Dies erscheint auf den ersten Blick plausibel, da es sich bei Bayern auch um das flächenmäßig größte Land handelt.

Tab. 7.1: Bodenfläche 2004
in km²

Bayern	70 552
Niedersachsen	47 618
Baden-Württemberg	35 752
Nordrhein-Westfalen	34 083
Brandenburg	29 477
Mecklenburg-Vorpommern	23 174
Hessen	21 115
Sachsen-Anhalt	20 445
Rheinland-Pfalz	19 854
Sachsen	18 414
Thüringen	16 172
Schleswig-Holstein ¹⁾	15 763
Saarland	2 570
Berlin	892
Hamburg	755
Bremen	404
Deutschland	357 041

¹⁾ Bodenfläche 2001.

Die Größe eines Landes ist jedoch nur ein Faktor für den Umfang seiner Siedlungs- und Verkehrsfläche. Dies wird deutlich, wenn man jeweils den prozentualen Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche betrachtet. Die Spitzenstellung der Stadtstaaten, angeführt

Flächenerhebung

Die Flächenangaben beruhen auf der Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster der Länder. Eine umfassende Flächenerhebung (bundeseinheitlich mindestens 17 Bodennutzungsarten) findet für Deutschland in seinen heutigen Grenzen seit 1993 alle vier Jahre statt. Die letzte Erhebung wurde im Jahr 2001 durchgeführt, deshalb sind die Daten zur Landwirtschafts- und Waldfläche dieses Kapitels auf diesem Aktualitätsstand. Seit 2002 wird zudem jährlich die Siedlungs- und Verkehrsfläche (fünf Bodennutzungsarten) erhoben. Erhebungstichtag ist jeweils der 31.12. des Vorjahres.

Erhebungseinheiten sind die Gemeinden, d. h. deren Bodenflächen stellen die kleinsten Gebietseinheiten dar, zu denen Angaben über die dort anzutreffenden Nutzungsarten existieren. Bezogen auf die Gemeindeflächen lassen sich damit auch summarische Aussagen über die Zu- oder Abnahme bestimmter Flächennutzungsarten machen. Nicht möglich sind allerdings Aussagen darüber, welche Nutzungsart sich zu Lasten welcher anderen verändert hat.

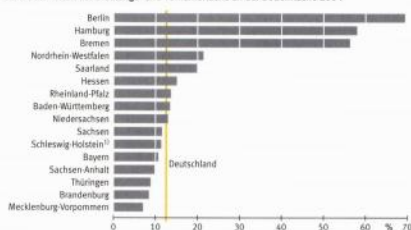
Die Ergebnisse der Flächenerhebung und der Landwirtschaftsstatistik (siehe Kapitel 11, Abschnitt Landwirtschaft) weichen aufgrund unterschiedlicher Begriffsdefinitionen und Erfassungsgrenzen voneinander ab. Landwirtschaftliche Betriebe werden z. B. nur dann in die Landwirtschaftsstatistik einbezogen, wenn die von ihnen bewirtschaftete Fläche einen bestimmten Mindestumfang besitzt. Bei der Flächenerhebung gibt es dagegen keine Erfassungsgrenze.

von Berlin mit einem Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil von 69,4 %, ist verständlich. Unter den Flächenstaaten fällt Bayern jedoch mit einem Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil von 10,7 % weit zurück und liegt damit sogar unter dem Bundesdurchschnitt von 12,6 %. Ansonsten reicht die Spannweite der Siedlungs- und Verkehrsflächenanteile von 21,4 % im städtisch geprägten Nordrhein-Westfalen bis zu 7,1 % im eher ländlich strukturierten Mecklenburg-Vorpommern.

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hessen am weitesten gestiegen

Vergleicht man die Anteile der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche in den Jahren 1993 und 2004, so zeigt sich folgendes Bild: Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche ist in dem betreffenden Zeitraum in allen Ländern gestiegen. In Bremen wuchs der Anteil mit 2,8 Prozentpunkten von 53,5 % auf 56,3 % am stärksten. In Deutschland

Abb. 7.1: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche 2004



¹⁾ Berechnung auf Grundlage der geschätzten Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Versiegelte Fläche

„Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen. Dazu zählen z. B. alle Grünflächen im Umfeld von Gebäuden, Kleingärten sowie Sport- und Grünanlagen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus den Bodennutzungsarten „Gebäude- und Freifläche“, „Betriebsfläche (ohne Abbauland)“, „Erholungsfläche“, „Verkehrsfläche“ und „Friedhof“ zusammen. Aktuelle Schätzungen zufolge schwankt der Versiegelungsgrad der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland zwischen 35 % und 63 %.

insgesamt stieg er um 1,3 Prozentpunkte, in Hessen, das am Ende der Skala liegt, lediglich um 0,9 Prozentpunkte.

Tab. 7.2: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche in Prozent

	1993	2004
Bremen	53,5	56,3
Hamburg	55,8	58,0
Nordrhein-Westfalen	19,6	21,4
Sachsen-Anhalt	8,0	9,8
Sachsen	9,9	11,6
Bayern	9,3	10,7
Berlin	68,0	69,4
Mecklenburg-Vorpommern	5,8	7,1
Niedersachsen	11,7	13,0
Baden-Württemberg	12,3	13,5
Brandenburg	7,4	8,5
Thüringen	7,9	8,9
Rheinland-Pfalz	12,6	13,7
Saarland	18,9	19,9
Schleswig-Holstein	10,5	11,4 ¹⁾
Hessen	14,2	15,1
Deutschland	11,3	12,6

1) Berechnung auf Grundlage der geschätzten Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Alle 11 Minuten wird die Fläche eines Fußballfeldes für Siedlungs- und Verkehrszwecke „verbraucht“

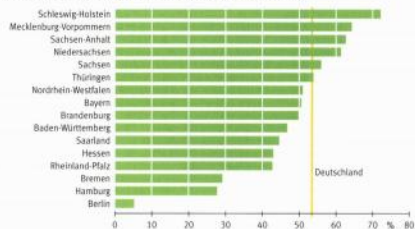
Die Beobachtung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke spielt eine wichtige Rolle in der im Jahr 2002 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung: Ein wichtiges Ziel dieser Strategie ist, die durchschnittliche tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von derzeit noch 93 ha/Tag auf 30 ha/Tag im Jahr 2020 zu reduzieren.

Zur Veranschaulichung der derzeitigen Flächeninanspruchnahme in Deutschland kann als „Maßeinheit“ die Größe eines Fußballfeldes herangezogen werden. Setzt man diese z. B. mit 0,7 ha (100 m x 70 m) an, so werden in Deutschland derzeit täglich 133 Fußballfelder oder alle 11 Minuten ein Fußballfeld für Siedlungs- und Verkehrszwecke „verbraucht“.

Schleswig-Holstein besitzt den größten Anteil Landwirtschaftsfläche

Betrachtet man die Landwirtschaftsfläche, so liegt auch hier Bayern mit einem Flächenumfang von 35 713 km² an erster

Abb. 7.2: Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Bodenfläche 2001



Stelle unter den Ländern. Beim Blick auf die prozentualen Anteile der Landwirtschaftsfläche an der Bodenfläche zeigen sich jedoch wieder landestypische Besonderheiten. Der bayerische Landwirtschaftsflächenanteil von 50,6% liegt unter dem Bundesdurchschnitt von 53,5%. Der relative Umfang der Landwirtschaftsflächen ist in Schleswig-Holstein mit 72,2% am höchsten. Nordrhein-Westfalen liegt mit 51,0% nahezu gleichauf mit Bayern. Unter den Flächenstaaten ist in Rheinland-Pfalz mit 42,8% der geringste Landwirtschaftsflächenanteil anzutreffen. Unter den Stadtstaaten gilt dies mit 5,3% für Berlin.

Tab. 7.3: Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Landesfläche in Prozent

	1993	2001
Bremen	31,3	29,2
Bayern	52,3	50,6
Nordrhein-Westfalen	52,6	51,0
Berlin	6,7	5,3
Schleswig-Holstein	73,5	72,2
Hamburg	29,1	27,8
Baden-Württemberg	48,1	46,8
Niedersachsen	62,7	61,4
Sachsen	57,0	56,0
Rheinland-Pfalz	43,8	42,8
Sachsen-Anhalt	63,6	62,7
Hessen	43,8	43,0
Saarland	45,5	44,6
Thüringen	54,5	53,9
Mecklenburg-Vorpommern	64,8	64,3
Brandenburg	50,2	49,9
Deutschland	54,7	53,5

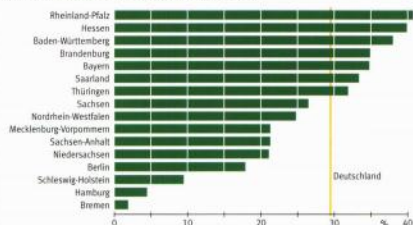
Vergleicht man die Anteile der Landwirtschaftsfläche an der Landesfläche in den Jahren 1993 und 2001, so wird deutlich, dass der Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Bodenfläche in allen Ländern zurückgegangen ist. In Deutschland insgesamt nahm er um 1,2 Prozentpunkte von 54,7% auf 53,5% ab. Der größte Rückgang ist mit 2,1 Prozentpunkten in Bremen, der geringste mit 0,3 Prozentpunkten in Brandenburg zu verzeichnen.

Waldanteil in Berlin doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein

Auch im Hinblick auf den absoluten Umfang der Waldflächen rangiert Bayern mit 24 536 km² an erster Stelle unter den Bundesländern. Wo ist jedoch das Landschaftsbild Deutschlands am meisten durch Wald geprägt? Der Blick auf die relativen Waldanteile an der Bodenfläche weist hier Rheinland-Pfalz mit 40,8% als Spitzenreiter aus, gefolgt von Hessen mit 39,9% (siehe Abb. 7.3). Im Bundesdurchschnitt liegt der Waldanteil bei 29,5%. Unter den Flächenstaaten rangiert Schleswig-Holstein mit 9,5% am Ende der Skala. Beachtlich ist, dass in Berlin mit 17,9% ein fast doppelt so hoher Waldanteil anzutreffen ist. Am Ende der Spanne liegt mit 1,9% Bremen.

Der Anteil der Waldfläche an der Bodenfläche ist in den Jahren 1993 und 2001 in allen Ländern leicht gestiegen, wenn dies auch bei Angabe nur einer Nachkommastelle bei einigen Ländern zahlenmäßig nicht erkennbar ist (siehe Tab. 7.4). In Berlin wuchs der Anteil mit 0,4 Prozentpunk-

Abb. 7.3: Anteil der Waldfläche an der Bodenfläche 2001



ten von 17,5% auf 17,9% am stärksten. In Deutschland insgesamt erhöhte sich der Waldflächenanteil um 0,2 Prozentpunkte, im Saarland, das am Ende der Skala liegt, blieb er bei geringfügiger Erhöhung nahezu konstant.

Von umweltpolitischer Bedeutung ist jedoch in erster Linie die eingangs dargestellte Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die Aufgabe, das Nach-

haltigkeitsziel der Bundesregierung zu erreichen, stellt eine große Herausforderung dar. Denn „es gibt kaum ein Handlungsfeld, bei dem das komplexe Gefüge von ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen so sichtbar wird wie im Bereich des Umgangs mit der begrenzten Ressource Boden und der Siedlungsentwicklung“, wie es in der Nachhaltigkeitsstrategie heißt.

Tab. 7.4: Anteil der Waldfläche an der Landesfläche in Prozent

	1993	2001
Berlin	17,5	17,9
Baden-Württemberg	37,6	38,0
Schleswig-Holstein	9,2	9,5
Bayern	34,5	34,8
Niedersachsen	20,8	21,1
Rheinland-Pfalz	40,5	40,8
Brandenburg	34,7	34,9
Hessen	39,8	39,9
Sachsen	26,4	26,5
Sachsen-Anhalt	21,2	21,3
Bremen	1,9	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	21,2	21,3
Hamburg	4,5	4,5
Thüringen	31,8	31,9
Nordrhein-Westfalen	24,7	24,8
Saarland	33,4	33,4
Deutschland	29,3	29,5

Abfallentsorgung

Die meisten Abfallentsorgungsanlagen stehen in Bayern

Nach den Ergebnissen von 2003 wurden im Bundesgebiet knapp 90 Mill. Tonnen Abfälle von den fast 5 000 Entsorgungsanlagen beseitigt oder behandelt. Die meisten Entsorgungsanlagen stehen mit mehr als 1 600 in Bayern, in weitem Abstand gefolgt von den Ländern Baden-Württemberg (721 Anlagen), Nordrhein-Westfalen (411), Niedersachsen (382), Brandenburg (237) und Hessen (230). In den Stadtstaaten war die Anzahl der Abfallentsorgungsanlagen am geringsten.

Tab. 7.5: Abfallentsorgungsanlagen 2003

	Anzahl	behandelte Abfallmenge in Tonnen
Bayern	1 611	13 051 429
Baden-Württemberg	721	10 318 592
Nordrhein-Westfalen	411	24 911 445
Niedersachsen	382	9 043 213
Brandenburg	237	5 683 600
Hessen	230	3 810 175
Sachsen	198	3 609 451
Sachsen-Anhalt	191	5 319 473
Rheinland-Pfalz	170	2 771 292
Thüringen	163	2 204 906
Meckl.-Vorpommern	114	1 772 931
Schleswig-Holstein	110	2 241 800
Saarland	92	1 628 501
Hamburg	33	1 622 257
Bremen	16	863 106
Berlin	13	567 805
Deutschland	4 722	89 419 976

Höchste Abfallmenge in Nordrhein-Westfalen

Die absolute Höhe der Abfallmengen korrespondiert nicht mit der Anzahl der Anlagen, weil u. a. die Kapazitäten der Anlagen sowie die Strukturen der Gemeinden hier eine Rolle spielen. Die höchste Abfallmenge fiel mit fast 25 Mill. Tonnen vielmehr in Nordrhein-Westfalen an, gefolgt von Bayern (13,1 Mill. Tonnen) und Baden-Württemberg (10,3 Mill. Tonnen). Am niedrigsten war die Abfallmenge in den

Abfallstatistik

Die Abfallstatistik in Deutschland setzt sich aus mehreren Erhebungen zusammen, die die Abfallwirtschaft aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten: Es werden die betriebliche Eigenentsorgung und die Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft erfragt und ausgewertet. Zusätzlich existieren Erhebungen über die Einsammlung von Verpackungen sowie über das Recycling spezieller Abfallarten wie Glas, Papier, Bauschutt usw. Ferner werden Behördenangaben über transportierte besonders überwachungsbedürftige Abfälle ausgewertet. In diesem Beitrag werden nur die Daten betrachtet, die die Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft betreffen.

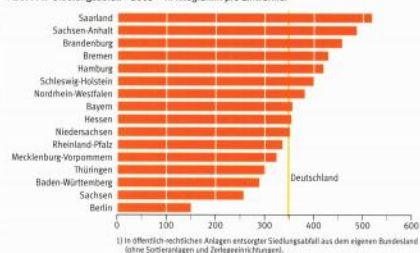
Bei der Interpretation dieser Daten ist zu beachten, dass es unterschiedliche Arten von Abfallentsorgungsanlagen gibt und Abfälle zum Teil mehrstufig behandelt werden. Einige Abfallentsorgungsanlagen seien hier genannt: Deponien; thermische-, chemisch-physikalische-, mechanisch-biologische- und biologische Behandlungsanlagen; Schredderanlagen; Bodenbehandlungsanlagen. Abfälle werden an jeder dieser Abfallbehandlungsanlagen statistisch erfasst. Das bedeutet, dass die Abfallmengen im Output der Vorbehandlung, wie z. B. der Sortierung, den Input von anderen Abfallbeseitigungsanlagen, wie z. B. von Deponien oder der Abfallverbrennung, bilden können. Abfälle, die mehrere Stufen der Behandlung durchlaufen, bevor sie abgelagert oder verbrannt werden, können also Doppelerfassungen verursachen.

Stadtstaaten, im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern.

Nimmt man den Siedlungsabfall, der in den Ländern entsorgt wurde, in denen er auch entstanden ist, und bringt diese Mengen in Relation zur Bevölkerungszahl, dann haben – gemessen am Bundesdurchschnitt von 348 kg pro Einwohner – die Bundesländer Saarland, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Bremen die

höchsten Pro-Kopf-Zahlen, während bei den Bundesländern Berlin, Sachsen und Baden-Württemberg die Mengen am geringsten sind. Dieses Ergebnis hängt ganz entscheidend von der Organisation der Müllentsorgung in den Ländern ab. So werden z. B. in den Anlagen der Entsorgungswirtschaft von Brandenburg insgesamt knapp 800 kg Siedlungsabfall pro Einwohner entsorgt, aber nur gut 500 kg davon auch in Brandenburg erzeugt.

Abb. 7.4: Siedlungsabfall¹⁾ 2003 – in Kilogramm pro Einwohner



Siedlungsabfall

Zu den Siedlungsabfällen zählen Haushaltsabfälle und sonstige Siedlungsabfälle. Die Haushaltsabfälle setzen sich zusammen aus dem über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelten Hausmüll, dem Sperrmüll, den kompostierbaren Abfällen aus der Biotonne, den biologisch abbaubaren Garten- und Parkabfällen, sowie den getrennt gesammelten Fraktionen (Glas, Papier, Kunststoffe, Elektroabfälle und sonstige Abfälle).

Die sonstigen Siedlungsabfälle umfassen hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (welche nicht über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt werden), nicht biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle, Marktabfälle und Straßenreinigungsabfälle. Die größten Mengen an Siedlungsabfall verarbeiten die Anlagen der Entsorgungswirtschaft.

Umweltschutzinvestitionen

Anteil der Investitionen für den Umweltschutz in Sachsen-Anhalt am höchsten

Nach den Ergebnissen dieser Erhebung wurden im Jahr 2003 knapp 1,4 Mrd. Euro von den 3 936 Betrieben des Produzierenden Gewerbes (ohne Energie- und Wasserversorgung sowie Baugewerbe) in den Umweltschutz investiert. Gemessen an den gesamten Investitionen dieser Betriebe sind das 2,8%. Dabei wurden in Nordrhein-Westfalen mit 300 Mill. Euro etwa ein Viertel der gesamten Umweltschutzinvestitionen getätigt, gefolgt von Bayern (226 Mill. Euro), Baden-Württemberg (218 Mill. Euro), Rheinland-Pfalz (130 Mill. Euro) und Niedersachsen (112 Mill. Euro). Betrachtet man hingegen den Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Investitionen der Betriebe insgesamt, so ergibt sich ein anderes Bild: Sachsen-Anhalt liegt dann mit 9,0% vorne, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 6,1%, Brandenburg (5,4%), Hamburg (3,5%) und Nordrhein-Westfalen (3,4%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass größere Umweltschutz-Investitionen von einzelnen Großunternehmern in einem Jahr bis zum

Landesergebnis durchschlagen können. Sind diese Umweltmaßnahmen aber abgeschlossen, kann im nächsten Jahr das Land ein deutlich anderes Ergebnis aufweisen.

Tab. 7.6: Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen 2003

	Anzahl	Investitionen	Anteil an
		für den Umweltschutz	den gesamten Investitionen
		in Mill. Euro	in %
Sachsen-Anhalt	124	126	9,0
Rheinland-Pfalz	205	130	6,1
Brandenburg	62	37	5,4
Hamburg	43	36	3,5
Nordrhein-Westf.	930	300	3,4
Bayern	460	226	2,5
Baden-Württemberg	916	218	2,4
Hessen	301	65	2,4
Niedersachsen	311	112	2,2
Thüringen	156	22	2,2
Schleswig-Holstein	65	12	1,8
Saarland	63	22	1,5
Bremen	14	7	1,4
Berlin	67	11	1,3
Sachsen	202	33	1,2
Meckl.-Vorpomm.	17	2	0,6
Deutschland	3 936	1 359	2,8

Erhebung der Umweltschutzinvestitionen

Die Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz wird seit 1975 durchgeführt und ist damit die älteste umweltökonomische Statistik in der Bundesrepublik. Zu den Umweltschutzinvestitionen zählen hier alle Zugänge an Sachanlagen, deren Hauptzweck der Schutz der Produktionstätigkeit vor schädlichen Einflüssen auf die Umwelt ist. Dies können Sachanlagen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen sein, die bei der Produktionstätigkeit entstehen (produktionsbezogene Maßnahmen), oder Investitionen zur Herstellung von Erzeugnissen, bei deren Ge- oder Verbrauch die Umwelt geringer belastet wird (produktbezogene Maßnahmen).

Bei den produktionsbezogenen Maßnahmen gibt es zwei typische Fälle, nämlich die so genannten additiven (oder vor- bzw. nachgeschalteten oder end-of-pipe) Investitionen und die integrierten (oder vorsorgenden oder clean technologies) Investitionen. Bei den additiven Maßnahmen handelt es sich um separate, vom übrigen Produktionsprozess getrennte Anlagen. Sie können z. B. der Entsorgung von Abfällen (z. B. Verbrennungsanlagen), dem Schutz von Gewässern (z. B. Kläranlagen), der Lärmekämpfung (z. B. Lärmschutzwände) oder der Luftreinhaltung (z. B. Abluftfilter) dienen. Die integrierten Maßnahmen sind dagegen immer ein nicht klar isolierbarer Teil einer größeren Anlage. Beispielsweise gehört die Kreislaufführung von Stoffen und von Kühlwasser oder die Nutzung von Wärme, die bei Produktionsprozessen entsteht (z. B. mittels Wärmetauscher) zu diesen Maßnahmen.

Aufgrund einer neuen EU-Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik erhebt das Statistische Bundesamt ab dem Berichtsjahr 2003 neben den additiven auch die integrierten Umweltschutzinvestitionen.

Die Umweltschutzinvestitionen haben in den letzten Jahren bundesweit stetig abgenommen. Neben einer insgesamt geringeren Wirtschaftskraft und der damit auch im Umweltschutz einhergehenden verminderten Investitionstätigkeit liegt eine Ursache darin, dass der Trend in Richtung eines vorsorgenden Umweltschutzes unverändert anhält. Dieser Technologiewechsel weg von additiven, nachsorgenden Umwelttechniken hin zu integrierten Umwelttechniken, bei denen Produktionsprozesse von vornherein derart gestaltet werden, dass eine Vielzahl von Emissionen gar nicht erst entstehen, wurde bisher in der Umweltstatistik nicht adäquat abgebildet. Mit der Aufnahme des Merkmals der integrierten Umweltschutzinvestitionen in die Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe schließt die Umweltstatistik diese Informationslücke.

Teil II:

Wirtschaft und öffentliche Finanzen

8 Gesamtwirtschaft

Kommt die deutsche Wirtschaft wieder in Schwung? Behält sie den in 2004 eingeschlagenen Wachstumskurs bei oder verliert die Konjunktur 2005 wie in den Jahren zuvor erneut an Fahrt? Von welchen Bundesländern gingen 2004 die stärksten wirtschaftlichen Impulse aus, wo hinkt die Konjunktur hinterher? Nach drei schwachen Jahren in Folge sind dies gegenwärtig wichtige Fragen für Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

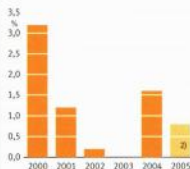
Vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt stehen aktuelle Daten zur Höhe des Wirtschaftswachstums in Deutschland und den einzelnen Bundesländern gemeinhin im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Höheres Wachstum wird im Allgemeinen auch mit einem Plus an Arbeitsplätzen verbunden.

Bruttoinlandsprodukt

Konjunktur Deutschlands – Wende zum Besseren?

Im Zuge der überaus starken weltwirtschaftlichen Dynamik im vergangenen Jahr ist auch die deutsche Wirtschaft wieder angesprungen. 2004 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr real, d. h. preisbereinigt, um 1,6% und erreichte damit nach der wirtschaftlichen Stagnation im Jahr zuvor und dem marginalen Plus von 0,2% in 2002 den stärksten Anstieg seit dem Jahr 2000 (+3,2%). Aus Sicht der Wirtschaftsforscher setzt sich der

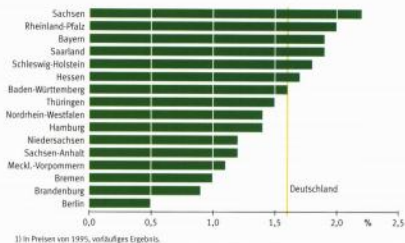
Abb. 8.1: Die Konjunktur in Deutschland¹⁾



1) Preisbereinigt, Kettenindex.

2) IHW u. a., „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2005“.

Abb. 8.2: Wirtschaftswachstum in den Bundesländern
Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts¹⁾ 2004 gegenüber 2003



1) in Preisen von 1995, vorläufiges Ergebnis.

konjunkturelle Aufwärtstrend jedoch voraussichtlich nur abgeschwächt fort. Aufgrund etwas nachlassender Impulse vom Ausland und weiterhin nur schwachen binnenwirtschaftlichen Kräften haben die sechs führenden Wirtschaftsinstitute in ihrem Herbstgutachten die Wachstumsprognose für Deutschland im laufenden Jahr halbiert und erwarten für 2005 lediglich noch ein Plus von 0,8%.

Regionale Stärken und Schwächen

Welche Länder lagen 2004 vorn? Der Wert für das Wirtschaftswachstum in Deutschland insgesamt verbirgt die kon-

junkturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen. Ein Vergleich der Veränderungsdaten des Bruttoinlandsprodukts der Bundesländer offenbart regionale Stärken und Schwächen.

Entsprechend der Wirtschaftsentwicklung in ganz Deutschland zeigte sich 2004 in allen Bundesländern eine mehr oder minder starke konjunkturelle Belebung. Zwischen den alten Ländern, die 2004 mit 1,6% einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe des Bundesdurchschnitts aufwiesen, und den neuen Ländern mit 1,5% Wirtschaftswachstum (jeweils ohne Berlin) bestand vergangenes Jahr nur ein

Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in Deutschland

Regionalergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach Bundesländern sowie – für zentrale Indikatoren, wie u. a. das Bruttoinlandsprodukt – auch auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR d L) berechnet. Mitglieder im Arbeitskreis sind die Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt und als Vertreter des Deutschen Städtetags das Bürgeramt Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt a. M. Jedes Mitglied rechnet für alle 16 Bundesländer ein VGR-Aggregat bzw. einen Wirtschaftsbereich auf der Basis gleicher Datenquellen und identischer Verfahren. Diese Aufgabenteilung stellt sicher, dass die Länderergebnisse voll vergleichbar sind. Die EU-weit einheitliche Methodik der regionalen VGR nach dem „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995“ (ESVG 95) sichert zudem vergleichbare VGR-Ergebnisse für die Staaten und Regionen Europas.

Als das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung auf regionaler Ebene ergeben die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ein quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in unserem Land und sind als solches unverzichtbar für gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunkturprognosen. Die regionalen VGR-Aggregate bilden damit eine wesentliche Grundlage politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen sowohl auf Bundes- und Länderebene als auch im europäischen Kontext. Beispielsweise richtet sich im Rahmen der gemeinsamen Kohäsionspolitik der Europäischen Kommission die Vergabe von Fördermitteln der EU-Strukturfonds für Regionen mit Entwicklungsrückstand nach der Höhe des auf die Zahl der jeweiligen Einwohner bezogenen regionalen Bruttoinlandsprodukts.

Die Berechnungen der regionalen VGR umfassen die Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Wohl am gebräuchlichsten, als Ausgangsgröße für Konjunkturanalysen und Wachstumsprognosen, ist das BIP selbst. Weitere zentrale VGR-Aggregate wie die Bruttowertschöpfung (BWS), das Arbeitnehmerentgelt und die Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen ermöglichen umfassende Produktivitäts- und Strukturanalysen auf Ebene der Bundesländer.

Gesamtwirtschaft

Das „BIP“ – zentrale Größe der Gesamtwirtschaft

Als Messgröße für das Wirtschaftswachstum dient allgemein die Veränderungsrate des „realen“, d. h. von Preiseinflüssen bereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr. Das BIP ist insofern zentraler Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung und konjunkturelle Lage eines Landes. Es spiegelt den wirtschaftlichen Gesamtwert der innerhalb eines Kalenderjahres erstellten Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft bzw. einer Region abzüglich der als Vorleistung eingesetzten Güter wider und stellt damit eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar.

Das BIP umfasst – regional differenziert – die Aktivitäten aller Wirtschaftsbereiche von der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handwerk und dem Handel, dem Transportgewerbe, den Banken und Versicherungen bis hin zum Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

marginaler Unterschied. Einige Länder erzielten indessen eine deutlich bessere Wirtschaftsleistung als der Bund, während in manchen Regionen die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts deutlich hinter der allgemeinen Entwicklung zurück blieb.

Sachsen im Länderranking von

An die Spitze des Wachstums setzte sich im vergangenen Jahr ein ostdeutsches Bundesland. Nach den vorläufigen Regionalwerten des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2004, die Ende März 2005 vom

„Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR d L) vorgelegt wurden, führte Sachsen mit 2,2% realem Wirtschaftswachstum das Bundesländerranking an, dicht gefolgt von Rheinland-Pfalz ebenfalls mit einer zwei vor dem Komma.

Zu den wachstumsstärkeren Ländern, die nur knapp unter der 2%-Marke blieben, gehörten neben Bayern und dem Saarland mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von jeweils 1,9% noch Schleswig-Holstein mit +1,8%. Hessen, Baden-Württemberg und Thüringen sowie Nordrhein-Westfalen und Hamburg lagen mit Wachstumsraten zwischen 1,7% und 1,4% im Mittelfeld.

Wachstum – Süd-Nord-Gefälle

Beim Wirtschaftswachstum zeichnet sich in Deutschland ein deutliches Süd-Nord-Gefälle ab. Vor allem der Norden scheint sich von der Wirtschaftsflaute der vergangenen Jahre noch nicht erholt zu haben. Mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 0,5% bis knapp über 1% vertiefte die Wirtschaftsentwicklung in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen deutlich ungünstiger als in Deutschland insgesamt. Diese Länder konnten offenbar nur schwach von der konjunkturellen Belebung im Jahr 2004 profitieren.

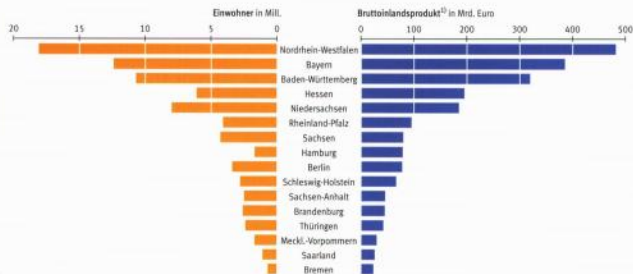
Drei Länder stellen gut die Hälfte des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts

Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes wie auch ökonomische Vergleiche zwischen Ländern und Regionen werden häufig am BIP, der Einwohnerzahl und den Erwerbstätigen festgemacht. So zählt Deutschland im Kreis der EU-Mitgliedstaaten sowohl nach der Bevölkerung als auch nach der Höhe des BIP vor Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien zu den vier größten Ländern Europas. Mit mehr als der Hälfte (57%) der rund 457 Mill. Einwohner der EU-25 erwirtschafteten diese vier Staaten 2004 zusammen gut zwei Drittel (67%) des gesamten Bruttoinlandsprodukts aller EU-Länder.

Auch unter den Bundesländern wiesen die nach der Zahl der Einwohner größten Länder Nordrhein-Westfalen (18 Mill.), Bayern (12 Mill.) und Baden-Württemberg (knapp 11 Mill.) im Jahr 2004 die höchste Wirtschaftsleistung auf. Der Wert der in diesen drei Ländern insgesamt erstellten Waren und Dienstleistungen belief sich 2004 auf knapp 1 190 Mrd. Euro, mehr als die Hälfte (55%) des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts.

Noch ein Größenvergleich: Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen entsprach die Wirtschaftsleistung allein des Landes Nordrhein-Westfalen 2004 mit über 481 Mrd. Euro gut einem Fünftel des Bundeswertes

Abb. 8.3: Bevölkerung und Wirtschaftsleistung 2004



1) in jeweiligen Preisen, vorläufiges Ergebnis.

VGR-Revision 2005

Warum stimmt das BIP für Deutschland (derzeit) nicht mit der Summe des Bruttoinlandsprodukts der 16 Bundesländer überein?

2005 wurden die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfassend revidiert und den verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften sowie dem internationalen Standard der Preis- und Volumensmessung angeglichen. Die wesentlichen Neuerungen sind:

- Einführung der Vorjahrespreisbasis (bisher in Preisen eines festen Basisjahres) und Verkettung,
- neue Deflationierungs- und Preismessmethoden (u. a. Hedonik),
- neue Berechnung und Aufteilung der Bankdienstleistungen (FISIM).

Die Daten der regionalen VGR sind noch nicht an die neuen Berechnungskonzepte nach nationalem (und europäischem) Standard angepasst. Erste Ergebnisse der VGR-Revision 2005 für Bundesländer werden im Februar 2006 für die Jahre ab 1991 veröffentlicht.

oder in etwa der Wirtschaftsleistung aller neuen Bundesländer zusammen, zuzüglich der Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen sowie des Landes Schleswig-Holstein.

Wirtschaftskraft – West-Ost-Gefälle

Ein aussagefähiger Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Wirtschaftskraft verschieden großer Länder oder Regionen mit unterschiedlich großer Wirtschaftsleistung wird erst ermöglicht, wenn man die Absolutwerte des regionalen Bruttoinlandsprodukts auf die jeweilige Bevölkerungszahl bzw. auf die Erwerbstätigen der Region bezieht. Betrachtet man z. B. die Wirtschaftsleistung je Einwohner der Bundesländer, ergibt sich ein ganz anderes Bild. An der Spitze liegt dann der Stadtstaat Hamburg, gefolgt von Bremen und Hessen.

Innerhalb Deutschlands bewegt sich in 2004 das nominale BIP je Einwohner eines Bundeslandes in einer Spanne von 65 % bis zu 172 % im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt. Hier ist also ein ausgeprägtes Regionalgefälle der wirtschaftlichen Leistung zu beobachten. Insbesondere zwischen Ost und West bestehen unübersehbare Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftskraft.

Tab. 8.1: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2004 in jeweiligen Preisen (Euro), vorläufiges Ergebnis

Hamburg	45 360
Bremen	35 590
Hessen	32 060
Bayern	30 990
Baden-Württemberg	29 840
Nordrhein-Westfalen	26 640
Saarland	24 610
Schleswig-Holstein	23 540
Rheinland-Pfalz	23 510
Niedersachsen	23 110
Berlin	22 990
Sachsen	18 540
Sachsen-Anhalt	18 250
Thüringen	17 870
Brandenburg	17 530
Mecklenburg-Vorpommern	17 260
Deutschland	26 390

Die Aussagekraft der Kenngröße „BIP je Einwohner“ für wirtschaftliche Regionalvergleiche wird allerdings dadurch relativiert, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung in manchen Regionen durch die Pendlerströme auf ein Niveau erhöht wird, das maßgeblich über der von der ansässigen Erwerbsbevölkerung erstellten Wirtschaftsleistung liegt. In Regionen mit hohem Einpendlerüberhang, wie z. B. Hamburg oder Bremen, wird das BIP je Einwohner somit überschätzt.

Dieser Effekt der Berufspendler auf die Höhe der regionalen Wirtschaftsleistung

„Pendlerproblem“ bei regionalen Wirtschaftsvergleichen

Bei der Gegenüberstellung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner unterschiedlicher Regionen ist zu berücksichtigen, dass die Höhe des Bruttoinlandsprodukts in einigen Regionen durch Pendler erheblich beeinflusst sein kann. Das BIP misst nämlich die innerhalb einer Region erbrachte wirtschaftliche Leistung unabhängig davon, ob sie von der hier ansässigen Erwerbsbevölkerung oder von Berufspendlern erbracht wurde. Als Bezugsgröße des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf ist daher die Erwerbstätigenzahl am Arbeitsort besser geeignet als die Einwohnerzahl.

Insbesondere wirtschaftliche Zentren wie Hamburg und Bremen können so ein vergleichsweise hohes regionales BIP je Einwohner aufweisen, während es in den umliegenden Regionen, in denen die Pendler wohnen, unterschätzt wird.

zeigt sich deutlich beim Vergleich des auf die Zahl der Einwohner bezogenen Bruttoinlandsprodukts mit dem BIP je Erwerbstätigen. Die Differenzen der Wirtschaftskraft zwischen den Ländern werden beim BIP je Erwerbstätigen auf eine Spanne von 74 % bis 134 % des Deutschlandwertes reduziert (siehe Abb. 8.4 auf der nächsten Seite).

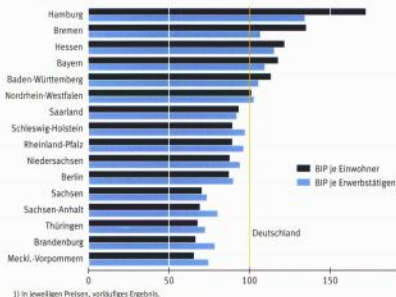
Beim BIP-pro-Kopf liegt Hamburg vorn

Fünf Länder wiesen 2004 eine deutlich höhere Wirtschaftsleistung pro Kopf auf als der Durchschnitt Deutschlands. In Baden-Württemberg überstieg das nominale BIP je Einwohner mit gut 29 800 Euro den Bundesdurchschnitt von knapp 26 400 Euro um rund 13 %. Bayern lag knapp 18 % und Hessen rund 22 % über dem Bundeswert. Am höchsten war das BIP je Einwohner in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Bremen belegte mit 35 600 Euro Platz zwei und lag 35 % über dem deutschen Durchschnitt. Mit großem Abstand an der Spitze lag Hamburg als moderne Dienstleistungsmetropole. Hier wurde 2004 ein BIP von fast 45 400 Euro je Einwohner erwirtschaftet, 72 % mehr als im Bundesdurchschnitt.

Hamburg und Bremen mit hohem Einpendlerüberhang

Bezieht man die in Hamburg erstellte Wirtschaftsleistung statt auf die Wohnbevölkerung auf die dort beschäftigten Erwerbstätigen, verringert sich der „Vorsprung“ der Hansestadt beträchtlich (siehe Abb. 8.4). Mit einem im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt um 34 % höheren BIP je Erwerbstätigen liegt Hamburg aber auch bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität im Bundesländer-ranking vorn. Die große Anteilendifferenz zwischen den beiden Kennziffern BIP je Einwohner (172 %) bzw. BIP je Erwerbstätigen (134 %) weist auf die starke Bedeutung der von den Berufspendlern erbrachten Wirtschaftsleistung hin. Eine ähnliche Situation herrscht in Bremen. Aber auch in Hessen mit der Bankenmetropole Frankfurt sowie in Bayern und Baden-Württemberg mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland gibt es einen starken Einpendlerüberhang.

Abb. 8.4: Regionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft
Bruttoinlandsprodukt¹⁾ je Einwohner bzw. je Erwerbstätigen 2004 gegenüber Deutschland = 100



Ostländer verringern ihren Produktivitätsabstand

Im Osten dagegen war die Wirtschaftskraft 2004, gemessen am nominalen BIP je Einwohner, auch aufgrund der hohen Auspendlerzahlen, um ein gutes Drittel niedriger als im Westen. Sachsen erreichte gut 70 % des gesamtdeutschen Durchschnitts. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, ohne ausgeprägte Industriestandorte, befanden sich am Ende der Rangliste. Bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, dem BIP je Erwerbstätigen, schnitten die fünf neuen Länder etwas besser ab. Zwar lagen sie 2004 auch hier noch etwa ein Viertel unter dem Westniveau, seit 1991 konnte die Ostwirtschaft ihren Abstand zum gesamtdeutschen Produktivitätsniveau jedoch maßgeblich verringern.

Die Rahmenbedingungen in den neuen und alten Bundesländern haben sich in weiten Teilen angeglichen, insbesondere hinsichtlich der Infrastruktur; bei den Lebensverhältnissen in Ost und West bestehen jedoch immer noch große Unterschiede:

- Beispiel Arbeitsmarkt: Mit einer Arbeitslosenquote von über 18 % im Mai 2005 war die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern nahezu doppelt so hoch wie im Westen.

- Beispiel Löhne und Gehälter: 2004 lagen die Ostverdienste noch knapp ein Viertel unter dem Westniveau.

Milliardenhilfe – Regionalförderung der EU

Mit dem Ziel, regionale Disparitäten zu verringern, unterstützt die Europäische Union (EU) im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik Regionen mit Entwicklungsrückstand und strukturellen Schwierigkeiten. Im Zeitraum 2000 bis 2006 verfügen die Beihilfefonds immerhin über einen Haus-

halt von insgesamt 213 Mrd. Euro. Etwa 150 Mrd. Euro, davon gut 23 Mrd. Euro für Deutschland, dienen der Unterstützung so genannter Ziel 1-Regionen, d. h. Regionen, deren Pro-Kopf-Einkommen unter 75 % des EU-Durchschnitts liegt. Im Förderzeitraum 2000 bis 2006 decken die Ziel 1-Programme in Deutschland im Allgemeinen die fünf neuen Länder ab.

BIP-pro-Kopf als Verteilungsmaßstab für EU-Fördermittel

Maßgebliche Verteilungsgrundlage der EU-Strukturfördermittel ist das regionale BIP pro Kopf. Dieses wird zum Ausgleich von Preisniveau- bzw. Kaufkraftunterschieden zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die in den Wechselkursen nicht zum Ausdruck kommen, in so genannte Kaufkraftstandards (KKS) umgerechnet.

Nach den aktuellen Daten von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, zum regionalen BIP 2002 in den 254 so genannten NUTS-2-Regionen – in Deutschland Regierungsbezirke und die Stadtstaaten – der nun 25 EU-Mitgliedstaaten reicht die Spannweite von 6760 KKS je Einwohner bzw. 32 % des Durchschnitts der EU-25 (21 170 KKS) in der polnischen Region Lubelskie bis zu 66 760 KKS (315 %) in der britischen Hauptstadtregion Inner-London. Das in der Finanzmetropole London erwirtschaftete regionale BIP – bezogen auf die Wohnbevölkerung – dürfte allerdings durch eine

Abb. 8.5: Produktivitätsgefälle in Deutschland
Bruttoinlandsprodukt¹⁾ je Erwerbstätigen 1991 und 2004 gegenüber Deutschland in %

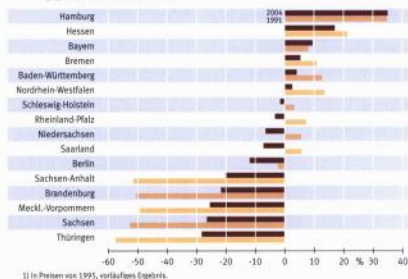
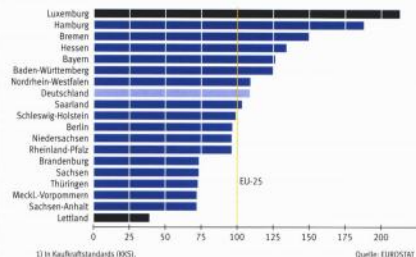


Abb. 8.6: Wirtschaftskraft in Deutschland und der Europäischen Union
Bruttoinlandsprodukt¹⁾ je Einwohner 2002
gegenüber EU-25 = 100



sehr große Anzahl an Berufseinpendlern gegenüber den umliegenden Gebieten, aber auch gegenüber den übrigen EU-Regionen beträchtlich überhöht sein.

Auf Ebene der Mitgliedstaaten weist Lettland mit 39% der EU-25 das niedrigste BIP je Einwohner auf, Deutschland liegt mit 23 012 KKS (109%) etwas über dem EU-Durchschnitt und das Großherzogtum Luxemburg belegt mit 213% den Spitzenplatz. Unter den 20 Regionen mit dem höchsten BIP je Einwohner liegt Hamburg als größtes Dienstleistungszentrum Norddeutschlands mit 39 766 KKS (188%) auf Rang 4 sowie Bremen (150%) auf Rang 16. Wie London weisen jedoch auch Luxemburg, Hamburg und Bremen als wirtschaftliche Zentren einen hohen Einzelerwerb auf.

Neue Länder: Ziel 1-Regionen der EU-Strukturförderung

Jede vierte Region der EU lag 2002 unter der Marke von 75% des EU-25-Durchschnitts. Von diesen insgesamt 64 wirtschaftsschwächeren NUTS-2-Regionen befanden sich sechs in Deutschland, alle in den neuen Bundesländern. Das niedrigste BIP pro Kopf wies hierunter der Regierungsbezirk Dessau in Sachsen-Anhalt mit knapp 14 100 KKS (66,5%) auf. Insgesamt lagen alle fünf neuen Bundesländer mit ihrem jeweiligen Landeswert des Pro-Kopf-Einkommens 2002 unter der 75%-Marke des EU-25-Durchschnitts. Auch nach der Erweiterung von 15 auf 25 Mit-

gliedstaaten, wodurch sich die Entwicklungsabstände in der EU annähernd verdoppelt haben, wären für viele Regionen in den fünf neuen Ländern demnach weiterhin die Förderkriterien der Ziel 1-Strukturprogramme der EU erfüllt.

Das BIP – Maß für „Maastricht“

Wird es Deutschland 2005 gelingen, sein Haushaltsdefizit unter die „3%-Marke“ zu drücken? Oder droht ein „blauer Brief“ aus Brüssel mit unter Umständen milliardenschweren Sanktionen?

Mit den „Maastricht-Kriterien“ des EU-Währungsvertrages haben sich die Mitgliedstaaten der EU eine strenge Haushaltsdisziplin auferlegt. Nach den im Protokoll des EU-Stabilitätspaktes genannten Referenzwerten darf das jährliche Staatsdefizit nicht höher als 3% der Wirtschaftsleistung sein und beim Schuldenstand ist eine Obergrenze von 60% des Bruttoinlandsprodukts festgelegt.

Die „3%-Defizitschwelle“

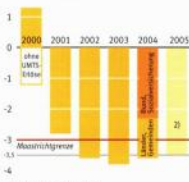
Dem BIP kommt eine zentrale Rolle bei den „Maastricht-Kriterien“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU zu. Demnach darf das jährliche Staatsdefizit in den Mitgliedstaaten der EU 3% des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen und die öffentliche Gesamtverschuldung höchstens bei 60% des Bruttoinlandsprodukts liegen. Ein überhöhtes Defizit berechtigt die EU-Kommission dazu, gegen ein Land ein Defizitverfahren zu eröffnen.

Staatsdefizit erneut über der „3%-Schwelle“?

Die Haushaltslage Deutschlands blieb im vergangenen Jahr angespannt. Die Staatsausgaben wurden zwar eingeschränkt, doch die Einnahmen waren ebenfalls rückläufig. Nach vorläufigen Berechnungen wurde 2004 ein Finanzierungsdefizit des Staates in Höhe von rund 80 Mrd. Euro verzeichnet, nach einem Defizit von 81 Mrd. Euro im Vorjahr. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen waren das in 2004 3,6%. Die Defizitquote für Deutschland lag damit 2004 neuerlich über der im EU-Währungsvertrag gezogenen Grenze.

Nach dem Herbstgutachten zur Wirtschaftslage Deutschlands der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zeichnet sich für 2005 nur ein leichter Rückgang der Defizitquote auf 3,5% ab. Deutschland hätte dann zum vierten Mal in Folge die „3%-Latte“ gerissen.

Abb. 8.7: Staatsdefizit in Deutschland
Finanzierungssaldo in % des Bruttoinlandsprodukts¹⁾



Auf Länder und Gemeinden entfallen gut ein Drittel des Staatsdefizits

Die Länder und ihre Kommunen tragen allerdings zu einem nicht unerheblichen Teil zur Verschuldung des Gesamtstaates bei. Zwar entfiel auf den Bund mit rund 51 Mrd. Euro der Löwenanteil am Staatsdefizit 2004, mit etwa 28,5 Mrd. Euro waren die Länder und Gemeinden aber auch zu gut einem Drittel am Haushaltsdefizit Deutschlands beteiligt. Die Sozialversicherung hatte mit -0,6 Mrd. Euro insgesamt einen nahezu ausgeglichenen Finanzierungssaldo, nach Defiziten von jeweils

Gesamtwirtschaft

rund 7 Mrd. Euro in 2002 und 2003. Nach Angaben von Eurostat wies Deutschland Ende 2004 eine Staatsverschuldung in Höhe von rund 66 % des Bruttoinlandsprodukts auf und überschritt damit ebenfalls die „Maastrichtgrenze“ für den Schuldenstand (60 %).

Bruttowertschöpfung

Wie der Abschnitt zum Bruttoinlandsprodukt zeigt, ist die deutsche Konjunktur im vergangenen Jahr wieder angesprungen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde 2004 ein reales Wirtschaftswachstum von 1,6 % verzeichnet. Welche Wirtschaftsbereiche trugen zur Konjunkturbelebung bei, eher das Produzierende Gewerbe oder die Dienstleister? Und wie entwickelt sich die Wirtschaftsstruktur auf regionaler Ebene? Auch diese Fragen stehen im Zentrum des Interesses.

Der Anteil der einzelnen Wirtschaftsbereiche am BIP wird beschrieben durch deren Bruttowertschöpfung (BWS). Sie entspricht der innerhalb einer abgegrenzten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche, umfasst grundsätzlich alle erzeugten Waren und Dienstleistungen und wird rechnerisch aus der Differenz der Produktionswerte und der eingesetzten Vorleistungen ermittelt.

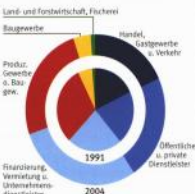
Tab. 8.2: Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland 2004 (in jeweiligen Preisen, Mrd. Euro)

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	21,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	500,3
Baugewerbe	80,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	361,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	581,4
Öffentliche und private Dienstleister	450,0
Bruttowertschöpfung insgesamt	1 994,8
+ Gütersteuer abzgl. Gütersubventionen	212,4
= Bruttoinlandsprodukt	2 207,2

Die Bruttowertschöpfung zeigt die Bedeutung der Wirtschaftsbereiche

Die nach Wirtschaftsbereichen differenzierte BWS der Bundesländer bringt die wirtschaftlich und gebietsmäßig unterschiedlich große Bedeutung der einzelnen Bereiche zum Ausdruck und ist somit eine wichtige Kenngröße für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zur Analyse der regionalen Wirtschaftsentwicklung und ihrer strukturellen Veränderungen.

Abb. 8.8: Anteile an der Bruttowertschöpfung¹⁾ in Deutschland



1) In jeweiligen Preisen.

Dienstleister stellen 70 % der Bruttowertschöpfung

Dienstleister stellen in allen Bundesländern mit mehr oder minder deutlichem Abstand den größten Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung.

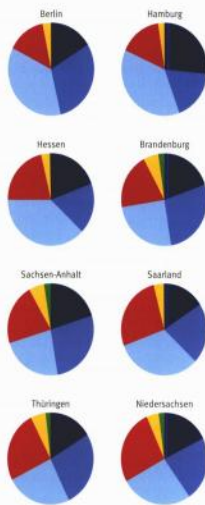
2004 erreichte der Dienstleistungssektor – im Einzelnen die Bereiche „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“, „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie die „öffentlichen und privaten Dienstleister“ – nominal mit insgesamt 1 392,6 Mrd. Euro in Deutschland einen Wertschöpfungsanteil von rund 70 %, gegenüber etwa 62 % im Jahr 1991. Seine wirtschaftliche Bedeutung hat sich in diesem Zeitraum kontinuierlich erhöht.

In Deutschland hat das Produzierende Gewerbe in etwa in dem Maß an Bedeutung verloren, wie die Dienstleistungsbereiche dazu gewonnen haben. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der BWS Deutschlands betrug 1991 noch gut 36 % und ging bis 2004 auf rund 29 % zurück. Entsprechend stark, um fast 8 Prozentpunkte, ist in diesem Zeitraum der Dienstleistungsanteil gestiegen.

Berlin und Hamburg mit höchster Dienstleistungsquote

Auf Länderebene variieren die Dienstleistungsanteile an der BWS von lediglich etwa 62 % in Baden-Württemberg als starkem Industriestandort bis zu 82,5 % in Berlin, dicht gefolgt von Hamburg mit knapp 82 %. Unter den Flächenländern sind Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hessen am stärksten dienstleistungsorientiert. Gut drei Viertel ihrer gesamten Wirtschaftsleistung stammen aus den Dienstleistungsbereichen. In Hessen sind insbesondere der Bankensektor und die Unternehmensdienstleister stark vertreten, die 2004 über die Hälfte zur gesamten Wertschöpfung der Dienstleister beitragen bzw. fast 38 % zur BWS aller Wirtschaftsbereiche des Landes beisteuern.

Abb. 8.9: Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen

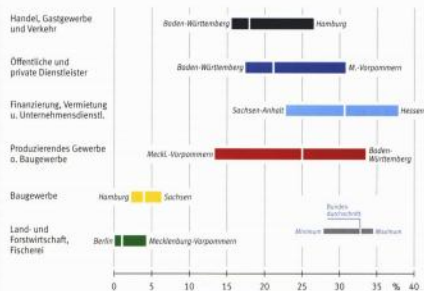


Legende siehe Abb. 8.8.

0,1 bis 38% – „Kühe“ in Berlin bis „Banken“ in Hessen

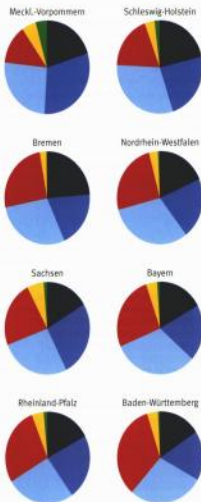
Gemessen am Wertschöpfungsbeitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche lassen sich erhebliche Divergenzen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung beobachten. Die mit Abstand geringsten BWS-Anteile, vor allem in den Stadtstaaten, wies 2004 die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei aus. Sie differierten in einer Bandbreite von lediglich 0,1 bis knapp 0,3% in Berlin, Bremen und Hamburg bis hin zu 4,3% in Mecklenburg-Vorpommern. Nur geringe strukturelle Unterschiede zwischen den Bundesländern bestanden im Baugewerbe. Mit einem Anteil von rund 2 bis 3% an der BWS in den Stadtstaaten, bis 6,3% in Sachsen betrug der Abstand zwischen den niedrigsten und höchsten Werten des Wertschöpfungsbeitrags hier, wie auch in

Abb. 8.10: Regionale Divergenzen der Wirtschaftsstruktur 2004
Anteile der Wirtschaftsbereiche an der BWS¹⁾ insgesamt in %



1) Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen.

nach Wirtschaftsbereichen - 2004



der Landwirtschaft, nur etwa 4 Prozentpunkte.

Industrieland Baden-Württemberg

Die größte Spanne beim Anteil an der Bruttowertschöpfung, mit gut 21 Prozentpunkten Differenz zwischen den Ländern, wies 2004 der größte Bereich des Produzierenden Gewerbes auf – das Verarbeitende Gewerbe. Wenig Industrie gibt es demnach in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, mit einem Wertschöpfungsbeitrag des Verarbeitenden Gewerbes von lediglich rund 11%. Den höchsten Industrieanteil an der BWS mit annähernd 32% hat dagegen Baden-Württemberg, gefolgt vom Saarland sowie von Rheinland-Pfalz und Bayern, deren Industrieunternehmen etwa ein Viertel zur gesamten Wirtschaftsleistung beisteuern.

Wirtschaftsstruktur Ost-West

Entsprechend den jeweiligen Standortfaktoren und der historischen Entwicklung hat sich die Wirtschaftsstruktur in Deutschland regional und von Land zu Land ganz unterschiedlich ausgebildet. Zwischen den alten und neuen Bundesländern bestehen dabei zum Teil deutliche strukturelle Unterschiede.

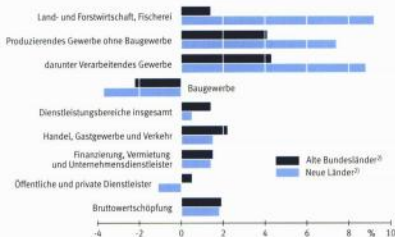
So haben im früheren Bundesgebiet vor allem die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister

sowie das Verarbeitende Gewerbe eine wesentlich größere wirtschaftliche Bedeutung als in den neuen Ländern. Im Westen stellten diese beiden Wirtschaftsbereiche 2004 über die Hälfte (55%) der gesamten Wertschöpfung, der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister allein knapp ein Drittel. Im Osten kam dieser Bereich auf rund ein Viertel an der BWS und die beiden Bereiche zusammen lediglich auf einen Wertschöpfungsanteil von rund 43%, d.h. 12 Prozentpunkte weniger (jeweils ohne Berlin). Das Verarbeitende Gewerbe wies einen BWS-Anteil von 17,5% aus, gegenüber knapp 24% im früheren Bundesgebiet.

Entwicklung 2004 – Verarbeitendes Gewerbe setzt Wachstumsimpulse

Alle Wirtschaftsbereiche trugen 2004 zur wirtschaftlichen Belebung in Deutschland bei, nur das Baugewerbe nicht (siehe Abb. 8.11 auf der nächsten Seite). Den größten Anstieg der Bruttowertschöpfung mit einem Plus von real 4,6% verzeichnete, nach Rückgängen in den beiden Vorjahren, das Verarbeitende Gewerbe, wobei die Wachstumsrate durch das geringere Vorjahresniveau etwas begünstigt wird. Die kräftigsten Wachstumsimpulse setzten hier vor allem die neuen Länder. Im Osten entwickelte sich die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe mit +8,8% wesentlich dynamischer als

Abb. 8.11: Bruttowertschöpfung 2004 "West-Ost" im Vergleich Veränderung der BWS¹⁾ 2004 gegenüber dem Vorjahr in %



1) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995.
2) jeweils ohne Berlin.

im früheren Bundesgebiet mit +4,3 % (jeweils ohne Berlin).

Im Baugewerbe setzte sich der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Abwärtstrend mit -2,7 % etwas verlangsamt fort. Dabei hat die Baubranche im Osten offensichtlich mit noch größeren Problemen zu kämpfen als im Westen. Der Rückgang der BWS gegenüber dem Vorjahr war im Ostbaugewerbe mit -3,7 % zwar erheblich schwächer ausgefallen als noch in den Jahren zuvor, aber erneut deutlich stärker als im Durchschnitt der alten Bundesländer (-2,2 %). Erneut positiv beigetragen zur Konjunkturerholung in Deutschland haben in 2004 dagegen die Dienstleistungsbereiche. Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister konnte sein Ergebnis um 2,4 % verbessern. Im zusammengefassten Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr war die Zunahme um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr vor allem auf den starken Anstieg der BWS im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+3,8 %) zurückzuführen. In den neuen Ländern fiel der Zuwachs in diesen beiden Bereichen jeweils etwas geringer aus als im früheren Bundesgebiet. Bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern ergab sich nur ein marginales Plus von 0,3 %, das allein auf die Steigerung in den alten Bundesländern zurückging. In den neuen Ländern war hier ein Rückgang der BWS in 2004 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Mit einem BWS-Anstieg um 9,2 % in den neuen Ländern wies der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei 2004 ein deutliches Wachstum aus. Allerdings hat der Agrarsektor nominal auch in den neuen Ländern (ohne Berlin) lediglich noch einen Anteil von rund 2,2 % an der Gesamtwirtschaft und in Deutschland insgesamt sogar nur noch von knapp 1,1 %.

Einkommen der privaten Haushalte

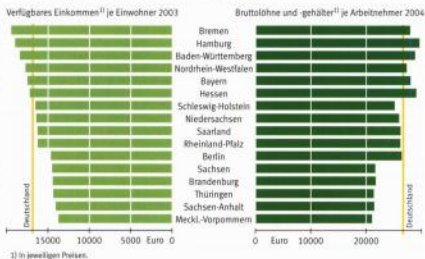
Über wie viel Einkommen verfügen die privaten Haushalte in Deutschland? Wie hoch sind die regionalen Einkommensdisparitäten? Kommt es bei den Löhnen und

Gehältern zur Angleichung der neuen an die alten Bundesländer? Wie stark greift der Staat in die Einkommensumverteilung ein? Gesamtwirtschaftliche Fragestellungen wie diese lassen sich mit den Ergebnissen der regionalen VGR beantworten. So umfasst die Entstehungsrechnung der VGR, neben dem BIP und der BWS als den wohl bekanntesten Indikatoren, auch die sich im Produktionsprozess ergebende Entlohnung der Arbeit, das so genannte Arbeitnehmerentgelt. Es setzt sich zusammen aus den Bruttoöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt stellt somit nicht nur eine Einkommensgröße dar, sondern ist auch ein wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kostenfaktor. Die Entwicklung und Höhe der Lohnkosten – das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer – ist insbesondere im regionalen Vergleich von großem Interesse und wesentliche Grundlage politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen, wie z. B. der Standortwahl von Unternehmungen.

Einkommen und Löhne – West-Ost-Gefälle

Die in einer Volkswirtschaft erzielten Einkommen werden in der Verteilungsrechnung der VGR ermittelt. Zentrale Größen sind das Primäreinkommen der privaten Haushalte, welches sämtliche Einkünfte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen berücksichtigt, sowie das verfügbare Einkommen, in welchem zudem die Maßnahmen der Umverteilung enthalten sind. In

Abb. 8.12: Regionale Einkommens- und Lohnsdisparitäten



1) in jeweiligen Preisen.

Begriffsdefinitionen

Das **Arbeitnehmerentgelt**, die Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den innerhalb eines Wirtschaftsgabietes beschäftigten Arbeitnehmern aus den Arbeits- oder Dienstverhältnissen zufließen sind.

Die **Bruttolöhne und -gehälter** enthalten die Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmer (vor Abzug von Lohnsteuer und Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer) sowie Sachleistungen, die den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

Das **Primäreinkommen** der privaten Haushalte umfasst das empfangene Arbeitnehmerentgelt, das Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, den Betriebsüberschuss aus Vermietung, Verpachtung und selbst genutztem Wohneigentum sowie Einkommen aus Vermögen.

Das **verfügbare Einkommen** ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen, abzüglich Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträgen und sonstigen Transfers, die die privaten Haushalte leisten.

weit überwiegendem Umfang sind dies empfangene monetäre Sozialleistungen u. a. der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie der Sozialhilfe, aber auch die geleisteten Transfers der privaten Haushalte, insbesondere direkte Steuern. Das verfügbare Einkommen stellt damit einen besonders aussagefähigen Indikator für den „monetären Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen letztendlich für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht.

Ostlöhne erreichen knapp 78 % des Westniveaus

Die im Durchschnitt der Wirtschaft Deutschlands je Arbeitnehmer gezahlten Bruttolöhne und -gehälter betragen im Jahr 2004 rund 26 680 Euro. Sie lagen damit nur leicht (+ 40 Euro) über dem Vorjahreswert. Das Lohnniveau im Osten war auch 2004 noch deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet. Mit durchschnittlich rund 21 500 Euro je Arbeitnehmer erreichten die neuen Länder vergangenes Jahr einen Angleichungsstand der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter an das Westlohniveau (27 650 Euro) von knapp 78 % und an den Bundesdurchschnitt von rund 81 %.

Die höchsten Durchschnittslöhne und -gehälter wurden 2004 in Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg gezahlt. Mit gut 28 800 bis zu 29 650 Euro lagen die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter in diesen drei Ländern um 8 bis gut 11 % über dem Bundesdurchschnitt. Am niedrigsten waren die je Arbeitnehmer gezahlten Löhne und Gehälter mit durchschnittlich nur knapp 21 100 Euro in Meck-

lenburg-Vorpommern, knapp 8 600 Euro geringer als in Hamburg.

Geringster Angleichungsstand im Verarbeitenden Gewerbe

Die Differenzen in der Höhe der durchschnittlich gezahlten Bruttolöhne und -gehälter zwischen den Bundesländern erklären sich großteils aus den regionalen Unterschieden der Wirtschaftsstruktur und den zum Teil erheblichen Lohnspannen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Bundesweit mit Abstand die höchsten Durchschnittslöhne zahlte 2004 das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe): Hier wurde mit durchschnittlich gut 34 800 Euro je Arbeitnehmer mehr als doppelt so viel gezahlt wie in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, die mit knapp unter 17 000 Euro die niedrigsten Pro-Kopf-Löhne aufwies. Auch in den Wirtschaftsbereichen Handel, Gastge-

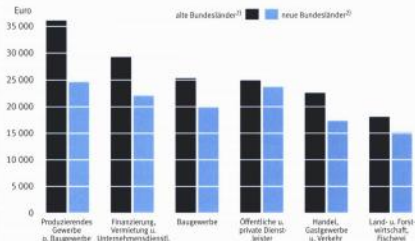
werbe und Verkehr sowie im Baugewerbe erreichten die Bruttolöhne und -gehälter im Durchschnitt nur rund zwei Drittel des im Produzierenden Gewerbe gezahlten Lohnniveaus.

Den geringsten Angleichungsstand der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter im Osten an den Bundesdurchschnitt wies das in den neuen Ländern vor allem durch kleine und mittelgroße Betriebe geprägte Verarbeitende Gewerbe aus: Hier wurden 2004 durchschnittlich rund 24 600 Euro je Arbeitnehmer gezahlt, knapp 70 % des Bundeswertes bzw. nur gut zwei Drittel der Westlöhne.

Lohnkosten Ost gut ein Fünftel geringer

In Deutschland erreichte das gezahlte Arbeitnehmerentgelt 2004 einen Gesamtwert von gut 1 133 Mrd. Euro und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr (+ 0,1 %) nahezu unverändert. Bezogen auf die Zahl der insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer (34,1 Mio.) ergeben sich durchschnittliche Lohnkosten in Höhe von knapp 33 200 Euro pro Kopf. Demgegenüber betragen die Lohnkosten im Durchschnitt der fünf neuen Länder lediglich 26 740 Euro je Arbeitnehmer und waren damit 2004 rund ein Fünftel geringer als der bundesdeutsche Durchschnittswert. Aus Sicht der Wirtschaft bleibt der Standort Ost diesbezüglich unverändert vorteilhaft.

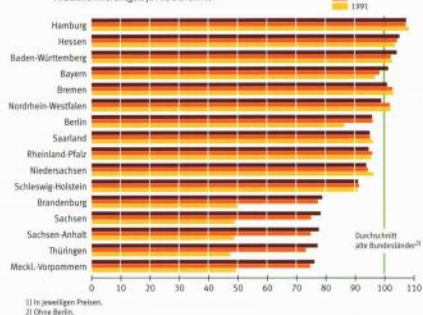
Abb. 8.13: Lohnniveau West/Ost nach Wirtschaftsbereichen
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer^{1) 2004}



1) In jeweiligen Preisen.
2) Ohne Berlin.

Gesamtwirtschaft

Abb. 8.14: Lohnkostenvergleich 2004 gegenüber 1995 und 1991
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer¹⁾



In den vergangenen Jahren ist der Lohnkostenvorteil der neuen Bundesländer gegenüber dem früheren Bundesgebiet jedoch deutlich geschrumpft, wenngleich sich die Annäherung des Lohnkostenniveaus Ost-West seit Mitte der neunziger Jahre erheblich verlangsamt hat: Wurde 1991 in den Ostländern noch nicht einmal die Hälfte der Westlöhne gezahlt, verringerte sich der Lohnabstand bis 1995 auf etwa ein Viertel des in den alten Ländern (jeweils ohne Berlin) gezahlten Durchschnittsentgeltes. Seit Ende der neunziger Jahre stagniert der Angleichungsprozess jedoch und die Lohnkostendifferenz der neuen Länder hat sich in etwa bei einem Fünftel zu den Durchschnittswerten des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer im Westen eingependelt.

Länder mit Einpendlerüberschuss haben per Saldo 33 Mrd. Euro Einkommensabfluss

Die Arbeitnehmerentgelte können sowohl für den Arbeitsort als auch für den Wohnort nachgewiesen werden. Die gesamtwirtschaftliche Betrachtung wechselt dabei von der Produktions- und Kostenseite zur Frage, was den Arbeitnehmern unabhängig von ihrem Arbeitsort an Einkommen aus ihren Arbeits- bzw. Dienstverhältnissen zufließt. Für eine bestimmte Region ergibt sich der Unterschied zwischen beiden Größen aus den Pendlerströmen, also den

Arbeitnehmern, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten. Das Arbeitnehmerentgelt ist somit Schnittstelle der Entstehungs- und Verteilungsrechnung der VGR.

Wie bereits beim Vergleich des BIP je Einwohner (Wohnort) mit dem BIP je Erwerbstätigen (Arbeitsort) gezeigt, weisen vor allem die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Hessen und die süddeutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern durch ihren hohen Einpendlerüberschuss eine vergleichsweise hohe regionale Wirtschaftsleistung auf. Umgekehrt fließt ein Teil der hier – durch die

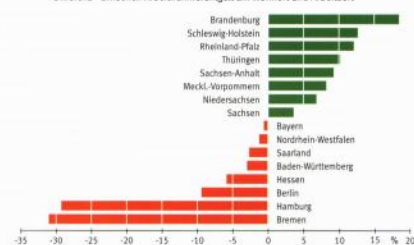
Pendler – entstandenen Einkommen in andere Bundesländer bzw. in das Ausland ab. Per Saldo den höchsten Einkommensabfluss zeigen unter den Flächenländern Hessen und Baden-Württemberg: Während die in Hessen insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer 2003 ein Arbeitnehmerentgelt in Höhe von knapp 96 Mrd. Euro empfangen, bezogen die dort wohnhaften Arbeitnehmer nur rund 90,4 Mrd. Euro, d. h. gut 5,6 Mrd. Euro oder 5,9 % sind abgeflossen. Aus Baden-Württemberg flossen 2003 über 5 Mrd. Euro (3%) ab. Mit Abstand die höchsten „Einkommensverluste“ wiesen jedoch die Stadtstaaten auf: in Bremen und Hamburg flossen mit rund 14 Mrd. Euro etwa 30 % des insgesamt gezahlten Arbeitnehmerentgelts in das Umland ab; in Berlin waren es mit 4,2 Mrd. Euro über 9%.

„Gewinner“, d. h. Länder mit einem Einkommenszufluss, waren demgegenüber die neuen Bundesländer, allen voran Brandenburg mit rund 5,6 Mrd. Euro Plus bzw. fast 19 % des empfangenen Arbeitnehmerentgelts. Aber auch verschiedene Länder im früheren Bundesgebiet wie Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen konnten „hinzugewinnen“.

Vermögenseinkommen wachsen rasant

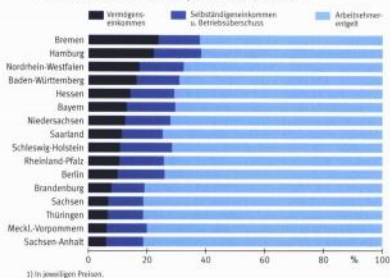
Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte ist das empfangene Arbeitnehmerentgelt. Mit insgesamt gut 1 132 Mrd. Euro hatte es 2003 in Deutschland ei-

Abb. 8.15: Einkommensalden der Pendlerströme 2003
Differenz¹⁾ zwischen Arbeitnehmerentgelt am Wohnort und Arbeitsort



1) Bezogen auf das jeweilige Arbeitnehmerentgelt in %.

Abb. 8.16: Einkommensstruktur nach Bundesländern
Anteile am Primäreinkommen der privaten Haushalte 2003¹⁾



nen Anteil am Primäreinkommen von rund 71 %. Aus Vermögen (220 Mrd. Euro) sowie den Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit und dem Betriebsüberschuss eigen genutzten Wohneigentums (241 Mrd. Euro) stammten jeweils etwa ein Siebtel des Einkommens.

Während das von den privaten Haushalten empfangene Arbeitnehmerentgelt im Zeitraum 1995 bis 2003 nominal um knapp 14 % gewachsen ist, verzeichneten die Vermögenseinkommen einen Zuwachs um gut 63 %. Sie konnten damit ihren Anteil am Primäreinkommen um etwa 4 Prozentpunkte auf knapp 14 % erhöhen. Die Selbstständigeneinkommen (einschließlich Betriebsüberschuss) indessen sind mit weniger als 8 % vergleichsweise schwach gestiegen. Insgesamt erzielten die privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2003 ein Primäreinkommen in Höhe von 1 593 Mrd. Euro, nominal + 18 % gegenüber 1995.

Im Westen doppelt so viel Einkommen aus Vermögen

Hinsichtlich der Einkommensstruktur bestehen deutliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. Die privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet beziehen einen wesentlich höheren Anteil ihres Einkommens aus Vermögen. Mit insgesamt knapp 208 Mrd. Euro bzw. fast 15 % war der Anteil der Vermögenseinkommen am Primäreinkommen im Durch-

schnitt der Westländer (einschl. Berlin) im Jahr 2003 mehr als doppelt so hoch wie im Osten (ohne Berlin) mit gut 12,5 Mrd. Euro bzw. knapp 7 %. In den alten Ländern verlief die Entwicklung der Vermögenseinkommen 2003 gegenüber 1995 mit einem Zuwachs von nominal annähernd 70 % in den letzten Jahren besonders rasant, verglichen mit „lediglich“ rund 28 % Zuwachs in den neuen Ländern.

Nicht ganz so hoch ist der Unterschied beim Anteil des Selbstständigeneinkommens (einschließlich Betriebsüberschuss) zwischen West und Ost. Im früheren Bun-

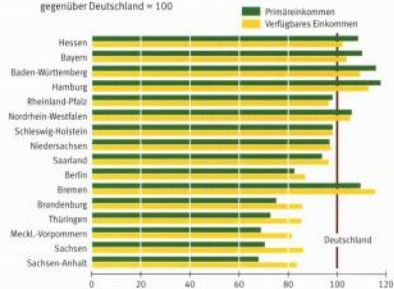
desgebiet bezogen die privaten Haushalte 2003 über ein Siebtel (15,5 %) ihres Einkommens aus selbstständiger Tätigkeit, in den neuen Ländern (ohne Berlin) waren es weniger als ein Achtel (12,2 %).

West-Länder – gut ein Siebtel des Primäreinkommens wird unverteilt

Das aus der Umverteilungsrechnung resultierende verfügbare Einkommen der privaten Haushalte dient, wie bereits oben erwähnt, zur Messung des „monetären Wohlstands“ der Bevölkerung eines Wirtschaftsgebietes. Es ist, vereinfacht ausgedrückt, der Teil des Primäreinkommens, der den privaten Haushalten nach der staatlichen Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben sowie Renten, Arbeitslosen- und Sozialhilfe und anderen Transfers zur freien Verwendung verbleibt, d. h. für Konsumzwecke oder zum Sparen. Das verfügbare Einkommen eignet sich daher besonders für Regionalvergleiche des je Einwohner erzielten Einkommens und für Fragen der Einkommensverteilung.

Nach den Umverteilungsmaßnahmen des Staates (einschließlich der Sozialversicherung) verblieben 2003 in einigen Ländern im früheren Bundesgebiet lediglich noch gut vier Fünftel des Primäreinkommens der privaten Haushalte als verfügbares Einkommen. Im Einzelnen waren dies Hessen (82,1 %), Bayern und Baden-Württemberg (jeweils 82,3 %). Im Durchschnitt der al-

Abb. 8.17: Einkommensumverteilung zwischen den Ländern
Einkommen¹⁾ der privaten Haushalte je Einwohner 2003 gegenüber Deutschland = 100



ten Länder (ohne Berlin) wurden 2003 gut 15 % des Primäreinkommens umverteilt. In der Summe wurde den privaten Haushalten dieser Länder durch Steuern und Sozialabgaben mehr als eineinhalbmal so viel an Einkommen entzogen wie über Sozialtransfers wieder zugeführt. Über die Finanzierung öffentlicher Staatsaufgaben, wie z. B. dem Bildungs- oder Gesundheitswesen, fließt ein Teil zwar an die privaten Haushalte dieser Länder zurück, der Großteil kommt jedoch u. a. über den Länderfinanzausgleich und als Umverteilung innerhalb der Sozialversicherungssysteme anderen Bundesländern zugute. So zeigen die Ergebnisse der Verteilungsrechnung der regionalen VGR den Umfang der über die Sozialtransfers laufenden Einkommensumverteilung zwischen den West- und Ostländern wie auch zwischen den alten Ländern untereinander.

2003 knapp 24 Mrd. Euro West-Ost-Transfer an Sozialleistungen

Im Durchschnitt der fünf neuen Länder überstiegen die von den privaten Haushalten 2003 empfangenen Sozialtransfers die insgesamt geleisteten Steuern und Abgaben, so dass hier die verfügbaren Einkommen sogar höher ausfielen (+ 4,1 %) als die Primäreinkommen. Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern kommt es folglich im Rahmen der Solidargemeinschaft zu einer nicht unerheblichen Einkommensumverteilung.

Aber auch einige Länder im früheren Bundesgebiet profitieren von den Umverteilungseffekten. Allen voran Bremen, das sich beim Vergleich des Primäreinkommens mit dem verfügbaren Einkommen je Einwohner 2003 von knapp 110 % des bundesdeutschen Durchschnitts auf über 115 % verbessern konnte. Ebenfalls deutlich günstiger stellt sich die Einkommenssituation nach der Umverteilung im Saarland und in Berlin dar sowie in geringerem Umfang noch in Niedersachsen.

Die Umverteilung zwischen den Ländern im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern, bezogen auf die innerhalb der Sozialversicherungsmaßnahmen laufenden Einkommensstransfers, belief sich im Jahr 2003 auf knapp 24 Mrd. Euro. Um diesen Betrag übertrafen die von den privaten Haushalten in den neuen Ländern insgesamt empfangenen Sozialleistungen die Summe der von ihnen geleisteten Sozialbeiträge, wohingegen in den alten Ländern (ohne Berlin) 2003 gut 20 Mrd. Euro mehr an Sozialbeiträgen geleistet als empfangen wurden.

Durch die Umverteilungseffekte kommt es zu einer deutlichen regionalen Angleichung der Einkommensdisparitäten insbesondere zwischen den neuen und alten Bundesländern. Erreichten die fünf neuen Länder beim Primäreinkommen je Einwohner 2003 lediglich etwa zwei Drittel des Westniveaus, näherten sie sich beim verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen doch

auf gut vier Fünftel (81,8 %) an die alten Bundesländer an.

Pro-Kopf-Einkommen – Bremen und Hamburg vorn

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland erreichte 2003 insgesamt fast 1 390 Mrd. Euro, nominal 1,2 % mehr als ein Jahr zuvor. Angesichts der im Jahresdurchschnitt 2003 um 1,1 % gestiegenen Verbraucherpreise verblieb real jedoch kaum ein Einkommenszuwachs. Umgerechnet auf jeden Einwohner Deutschlands belief sich das pro Kopf verfügbare Einkommen auf durchschnittlich 16 800 Euro. Im Ranking aller Bundesländer lagen die Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit knapp 19 500 Euro bzw. rund 19 000 Euro verfügbarem Einkommen je Einwohner auf den Plätzen 1 und 2, dicht gefolgt von Baden-Württemberg mit gut 18 400 Euro auf dem dritten Platz (siehe Abb. 8.12 auf Seite 64). Die Bevölkerung in diesen drei Ländern verfügt damit um ein knapp 10 bis zu 16 % höheres Pro-Kopf-Einkommen als im Bundesdurchschnitt. Am Ende der Einkommensskala lagen die fünf neuen Länder. Mit einem durchschnittlich verfügbaren Einkommen von rund 14 300 Euro je Einwohner lagen sie 2003 gut 15 % unter dem gesamtdeutschen Wert und annähernd ein Fünftel unter dem Einkommensniveau der Westländer ohne Berlin.

9 Arbeitsmarkt

Wie viele Menschen wollen arbeiten? Wie viele davon sind tatsächlich erwerbstätig? Wie sieht es mit Minijobs und Teilzeitarbeit aus? Wo ist die Arbeitslosigkeit am höchsten? Und sind eher Männer oder Frauen davon betroffen? Dies sind nur einige der Fragen, denen sich das folgende Kapitel widmet.

Erwerbsbeteiligung

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind vor allem von der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) zu erwarten. Diese Bevölkerungsgruppe markiert eine obere Grenze für das gesamtwirtschaftliche Arbeitskräftepotential. Mit Ausnahme von Brandenburg hat das Arbeitskräftepotential in allen ostdeutschen Bundesländern seit der Wiedervereinigung infolge von Wanderungsverlusten und demographischer Alterung abgenommen. Auch im Saarland, in Bremen und in Nordrhein-Westfalen gab es 2004 weniger Personen im erwerbsfähigen Alter als noch 1991.

Tab. 9.1: Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren

	April 1991	März 2004	Veränderung
	in 1000		in %
Bayern	7 909	8 264	4,5
Baden-Württemberg	6 787	7 042	3,8
Hamburg	1 151	1 187	3,1
Berlin	2 362	2 420	2,5
Brandenburg	1 740	1 781	2,4
Niedersachsen	5 075	5 182	2,1
Rheinland-Pfalz	2 584	2 632	1,9
Schleswig-Holstein	1 818	1 835	0,9
Hessen	4 008	4 043	0,9
Nordrhein-Westfalen	12 046	11 791	-2,1
Meckl.-Vorpommern	1 281	1 206	-5,9
Thüringen	1 740	1 633	-6,1
Bremen	461	432	-6,3
Sachsen	3 118	2 903	-6,9
Saarland	752	686	-8,8
Sachsen-Anhalt	1 912	1 735	-9,3
Deutschland	54 743	54 771	0,1

Ergebnisse des Mikrozensus

Ob und wie sich diese Menschen am Erwerbsleben beteiligen, sind zentrale Fragen der Arbeitsmarktberichterstattung. Mit Hilfe des Erwerbskonzepts lassen sich

Quellen der Arbeitsmarktstatistik

Um die jeweilige Situation am Arbeitsmarkt analysieren zu können und den nationalen und internationalen Anforderungen gerecht zu werden, werden in Deutschland eine Vielzahl von erwerbs- und arbeitsmarktstatistischen Quellen zu Grunde genutzt:

Das Zahlenmaterial über die Bevölkerung und Erwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter, über alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten, die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen sowie die Erwerbslosigkeit nach Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stammt aus den Ergebnissen des **Mikrozensus**. Der Mikrozensus liefert als Repräsentativhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland u.a. Informationen über die Bevölkerungsstruktur sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung (siehe hierzu auch das Kapitel „Lebensstandard der privaten Haushalte“), auch wenn der Rand des Arbeitsmarktes (Niedriglohnssektor und geringfügige Beschäftigung) bisher nur zum Teil erfasst werden kann.

Die regionale Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach wirtschaftsfachlicher Gliederung wird mit **Ergebnissen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR)** veranschaulicht. Diese Regionalberechnungen werden jährlich (Jahresdurchschnittswerte) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführt. Sie sind auf die Eckzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes abgestimmt.

Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst wird mit Ergebnissen der **Personalstandstatistik** beschrieben.

Einen Überblick über die Voll- und Teilzeitarbeit ermöglicht die **Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit**. Für die Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigten, der registrierten Arbeitslosen sowie der offenen Stellen und Kurzarbeiter werden die Ergebnisse der **Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit** genutzt.

diese Fragen beantworten. Danach gliedert sich die Bevölkerung in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen (zu den Begriffsdefinitionen siehe nächste Seite). Seit 1991 hat die Zahl der Erwerbspersonen in acht der 16 Bundesländer zugenommen. Bei diesen acht Ländern handelt es sich ausschließlich um solche des früheren Bundesgebiets.

Tab. 9.2: Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 64 Jahren

	April 1991	März 2004	Veränderung
	in 1000		in %
Baden-Württemberg	4 891	5 226	6,8
Niedersachsen	3 442	3 645	5,9
Bayern	5 863	6 174	5,3
Hamburg	821	861	4,9
Hessen	2 793	2 910	4,2
Nordrhein-Westfalen	7 796	8 121	4,2
Schleswig-Holstein	1 286	1 335	3,8
Rheinland-Pfalz	1 792	1 857	3,6
Saarland	468	464	-0,9
Bremen	308	301	-2,3
Brandenburg	1 394	1 353	-2,9
Berlin	1 818	1 729	-4,9
Meckl.-Vorpommern	975	897	-8,0
Thüringen	1 395	1 225	-12,2
Sachsen	2 496	2 187	-12,4
Sachsen-Anhalt	1 513	1 307	-13,6
Deutschland	39 053	39 592	1,4

Ergebnisse des Mikrozensus

In den neuen Ländern lebten dagegen im März 2004 zum Teil deutlich weniger Erwerbspersonen als noch 13 Jahre zuvor.

Der Umfang der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung hängt von der demographischen Entwicklung sowie vom Erwerbsverhalten der Menschen ab. Die Analyse des Erwerbsverhaltens erfolgt mittels alters- und geschlechtsspezifischer Erwerbsquoten. Diese sind definiert als Anteil der Erwerbspersonen an allen Personen eines bestimmten Alters und Geschlechts und gelten als Maß für die Stärke der Erwerbsorientierung. Die grafische Darstellung der Erwerbsquoten in Abhängigkeit vom Alter (Erwerbsquotenkurven, siehe Abb. 9.1) gibt Hinweise auf typische Verlaufsformen männlicher und weiblicher Erwerbsbiografien.

Erwerbsquoten der 15- bis 24-jährigen gesunken, insbesondere im Osten

Die Erwerbsquoten der 15- bis 24-jährigen Männer und Frauen in den ostdeutschen Bundesländern sind seit der Wiedervereinigung besonders stark gesunken. Dies dürfte mit längeren Verweildauern im Schul- und Hochschulsystem und dem damit verbundenen späteren Berufseinstieg zusammenhängen. Ebenfalls rückläufig – allerdings moderater – entwickelten sich die Erwerbsquoten der jungen Männer und Frauen in den westdeutschen Bundesländern.

Begriffsdefinitionen

Zu den **Arbeitslosen** zählen alle Arbeitssuchenden im Alter von 15 bis 64 Jahren, die keine Beschäftigung haben oder weniger als 15 Wochenstunden arbeiten, eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen zur Verfügung stehen und nicht arbeitsunfähig erkrankt sind. Außerdem ist die Registrierung bei einer Agentur für Arbeit erforderlich.

Bei der Ermittlung der **Arbeitslosenquoten** wird der Kreis der Erwerbstätigen als Bezugsgröße unterschiedlich abgegrenzt. Die Bundesagentur für Arbeit ermittelt seit 1982 eine Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (alle Erwerbstätigen und Arbeitslosen) und seit 1948 bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (alle abhängigen Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Zu den zivilen Erwerbstätigen zählen alle Selbstständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Beamten (ohne Soldaten), Angestellte, Arbeiter und Auszubildenden. Die beiden Quoten unterscheiden sich also durch die Ein- bzw. Nichtinbeziehung der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. In diesem Kapitel wird die Quote herangezogen, die sich auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezieht.

Erwerbslose (ILO-Definition) sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind oder nicht.

Die **Unterschiede zwischen den Erwerbslosen (i. S. der ILO) und den Arbeitslosen (i. S. der Bundesagentur für Arbeit (BA))** sind erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitssuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine geringfügige Tätigkeit ausüben (weniger als 15 Wochenstunden) nach ILO-Definition nicht als Erwerbslose, sondern als Erwerbstätige.

Die **Erwerbspersonen** umfassen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen.

Die **Erwerbsquote** ist definiert als Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung insgesamt. Die altersspezifischen Erwerbsquoten ergeben sich, indem die Erwerbspersonen eines bestimmten Alters zu allen Personen dieses Alters in Beziehung gesetzt werden. Bei den geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten werden die weiblichen Erwerbspersonen in Relation zu allen Frauen betrachtet.

Zu den **Erwerbstätigen** zählen alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschl. Soldaten und Soldatinnen sowie mithelfende Familienangehörige), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben.

Die Grundlage der Statistik der **geringfügig entlohnten Beschäftigten** bildet das Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer. Seit dem 1. April 1999 sind für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Mit dem Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist zum 1. April 2003 die geringfügig entlohnte Beschäftigung neu geregelt worden. Im Wesentlichen wurden folgende Änderungen vorgenommen (so genannte Minijob-Regelung):

- die Geringfügigkeitsgrenze wurde von 325 Euro auf 400 Euro monatlich angehoben,
- der Arbeitgeber zahlt 25 % pauschale Abgaben (12 % Gesetzliche Rentenversicherung, 11 % Gesetzliche Krankenversicherung und 2 % Steuern),
- für Minijobs in privaten Haushalten wurde eine geringere Abgabenquote von 12 % (je 5 % zur Gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung und ebenfalls 2 % Steuern) und ein vereinfachtes Meldeverfahren (Haushaltsscheckverfahren) eingeführt,
- neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung ist die Ausübung einer geringfügig entlohnten Beschäftigung möglich (Nebenjob), ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung sozialversicherungspflichtig wird.

Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen sind Erwerbstätige, die im Abrechnungszeitraum, in den der Stichtag fällt, Anspruch auf Kurzarbeitergeld hatten.

Als **Langzeitarbeitslose** gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren.

Nichterwerbspersonen stellen nach Abzug der Erwerbspersonen den verbleibenden Teil der Bevölkerung dar. Zu den Nichterwerbspersonen zählen Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben bzw. suchen oder eine Erwerbstätigkeit suchen, aber für den Arbeitsmarkt kurzfristig nicht verfügbar sind (z. B. Hausfrauen, Schüler, Studenten und Rentner, die keine Beschäftigung ausüben oder suchen). Kinder unter 15 Jahren gehören grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

Offene Stellen sind zu besetzende Arbeitsplätze, die die Arbeitgeber einer Arbeitsagentur gemeldet haben.

Der **öffentliche Dienst** umfasst das Personal von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden, das der Zweckverbände sowie des Bundeseseisenbahnvermögens (unmittelbarer öffentlicher Dienst) ebenso wie das der Sozialversicherungsträger und der rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform (mittelbarer öffentlicher Dienst). Zum Personal des öffentlichen Dienstes zählen Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen, Soldaten und Soldatinnen, Angestellte sowie Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Beschäftigten des Bundes werden dem Bundesland zugeordnet, in dem sich ihr Dienst- bzw. Arbeitsort befindet.

Zum Personenkreis der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** zählen alle Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Als **Teilzeitarbeit** gilt eine Beschäftigung, die einen Arbeitnehmer vereinbarungsgemäß nicht voll, aber regelmäßig zu einem Teil der normalerweise üblichen bzw. tariflich festgesetzten Arbeitszeit in Anspruch nimmt. Hierzu zählt auch Heimarbeit.

Im März 2004 lag die Erwerbsbeteiligung der unter 20-jährigen Männer zwischen 22,6% (Hamburg) und 44,8% (Bayern), die der Frauen zwischen 17,7% (Nordrhein-Westfalen) und 34% (Bayern). Bei den 20- bis 24-jährigen Männern wurden Erwerbsquoten zwischen 68,8% (Saarland) und 80,5% (Brandenburg) ermittelt, während sich die Erwerbsquoten der Frauen in der gleichen Altersgruppe zwischen 53% (Bremen) und 71,7% (Schleswig-Holstein) bewegten.

Erwerbsquoten der 55- bis 64-jährigen erheblich gestiegen, insbesondere in neuen Ländern

Im Gegensatz zu den Erwerbsquoten der jüngeren Generation sind die Erwerbsquoten der älteren Menschen gestiegen. Gegenüber 1991 zeichnen sich beide Geschlechter in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen durch eine gestiegene Erwerbsorientierung aus. Insbesondere in den neuen Ländern wurden deutliche Zunahmen bei der Erwerbsbeteiligung der 55- bis 59-jährigen festgestellt. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Frühausgliederung der Erwerbstätigen aus dem Erwerbsleben durch die Heraussetzung von Rentenaltersgrenzen und den mit der Frühausgliederung verbundenen Rentenabschlägen stark rückläufig ist.

Die Erwerbsbeteiligung der 55- bis 59-jährigen Männer und Frauen war im Saarland am niedrigsten (Männer 70,3%, Frauen 39,1%); die höchsten Erwerbsquoten dieser Altersgruppe wurden in Baden-Württemberg (Männer 85,2%) und Sachsen (Frauen 81,4%) nachgewiesen. In der Altersgruppe der 60- bis 64-jährigen lagen die höchsten Erwerbsquoten der Männer und Frauen in Hamburg (Männer 45,1%, Frauen 25,3%). Die niedrigste Erwerbsbeteiligung dieser Altersgruppe wurde im Saarland (Männer 28,9%) sowie in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (Frauen je 12,6%) beobachtet.

Weiterhin große Unterschiede bei Erwerbsbeteiligung der Frauen mittleren Alters in Ost und West

In den ostdeutschen Bundesländern zeigen sich 2004 große Übereinstimmungen zwischen den altersspezifischen Er-

Tab. 9.3: Erwerbsquoten der 15- bis 24-jährigen, März 2004

	Männer		Frauen	
	15-20	Alter von ... bis unter ... Jahren 20-25	15-20	20-25
Brandenburg	34,3	80,5	24,3	66,9
Mecklenburg-Vorpommern	37,2	80,1	32,8	66,6
Sachsen-Anhalt	37,1	78,8	27,0	66,3
Schleswig-Holstein	33,2	75,9	27,5	71,7
Sachsen	36,7	75,8	26,6	66,7
Bayern	44,8	74,2	34,0	68,0
Thüringen	37,5	73,8	27,3	64,6
Bremen	/	72,6	/	53,0
Hessen	29,1	72,5	22,6	64,6
Niedersachsen	25,9	72,3	20,6	62,5
Baden-Württemberg	35,0	71,2	28,0	66,9
Nordrhein-Westfalen	23,4	71,2	17,7	62,1
Rheinland-Pfalz	32,5	70,8	24,7	61,7
Hamburg	22,6	70,5	24,5	66,4
Berlin	23,6	69,2	22,1	60,8
Saarland	29,1	68,8	20,0	59,0
Deutschland	33,0	74,0	25,7	65,9

/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus

Tab. 9.4: Erwerbsquoten der 55- bis 64-jährigen, März 2004

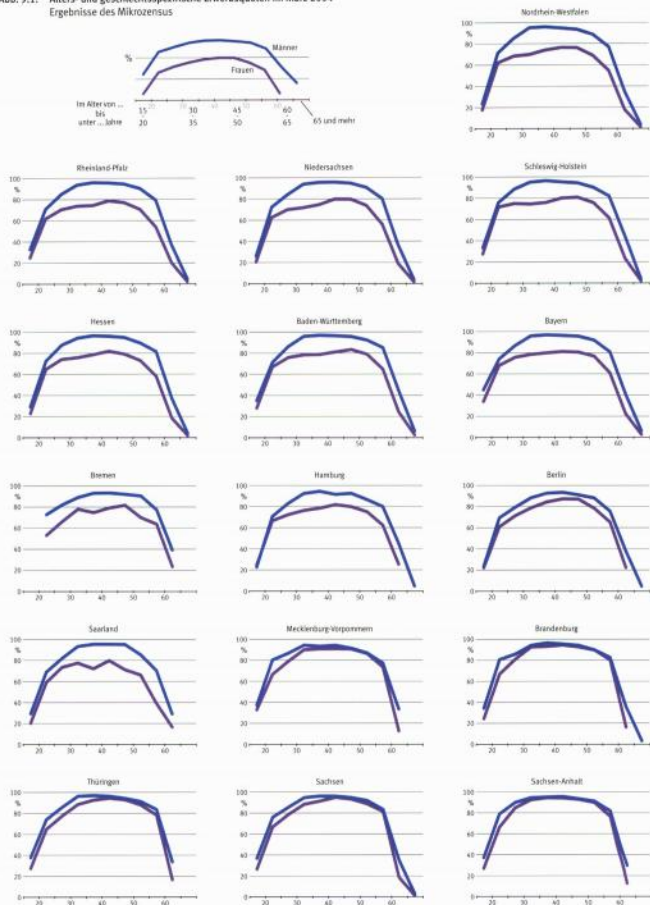
	Männer		Frauen	
	55-60	Alter von ... bis unter ... Jahren 60-65	55-60	60-65
Baden-Württemberg	85,2	44,2	64,7	24,2
Thüringen	83,4	33,5	78,1	16,6
Sachsen	83,3	35,2	81,4	18,7
Brandenburg	82,4	35,7	80,1	16,2
Schleswig-Holstein	81,9	43,9	61,3	23,1
Sachsen-Anhalt	81,7	29,6	76,4	12,6
Hessen	81,6	37,0	58,1	18,4
Bayern	80,9	40,7	61,0	22,3
Niedersachsen	80,2	36,4	56,0	19,0
Hamburg	79,9	45,1	62,7	25,3
Rheinland-Pfalz	79,4	36,9	54,0	20,1
Bremen	77,2	39,1	61,6	23,4
Mecklenburg-Vorpommern	77,1	33,4	73,4	12,6
Nordrhein-Westfalen	76,9	35,0	54,7	17,8
Berlin	75,5	37,9	65,1	22,3
Saarland	70,3	28,9	39,1	16,4
Deutschland	82,2	38,9	63,3	20,4

Ergebnisse des Mikrozensus

werbsquoten der Männer und Frauen im mittleren Alter (30 bis 54 Jahre, siehe Abb. 9.1). Sie unterscheiden sich kaum und liegen mit wenigen Ausnahmen jeweils über 90%. Die Erwerbsneigung der westdeutschen Frauen mittleren Alters ist dagegen nach wie vor deutlich geringer als diejenige der westdeutschen Männer glei-

chen Alters. Im Vergleich zu den entsprechenden Quoten der Frauen in den neuen Ländern lagen die Erwerbsquoten der westdeutschen Frauen 2004 immer noch mehrheitlich zwischen 10 und 20 Prozentpunkten unter den Vergleichsquoten der ostdeutschen Frauen.

Abb. 9.1: Alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten im März 2004
Ergebnisse des Mikrozensus



Erwerbstätigkeit

Konträre Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in Ost und West

Seit der Wiedervereinigung verlief die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern einschließlich Berlin sehr unterschiedlich. Nach Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) mussten die alten Länder (ohne Berlin) von 1991 bis 1996 zunächst einen Beschäftigungsrückgang um 260 000 Arbeitsplätze oder 0,9% hinnehmen. Danach setzte ein deutlicher Aufschwung ein, der bis 2001 rund 2,0 Mill. neue Arbeitsplätze schaffte und mit 31,9 Mill. Erwerbstätigen seinen Höchststand erreichte. Die ab dem Jahr 2001 einsetzende schwächere wirtschaftliche Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Erwerbstätigenzahl.

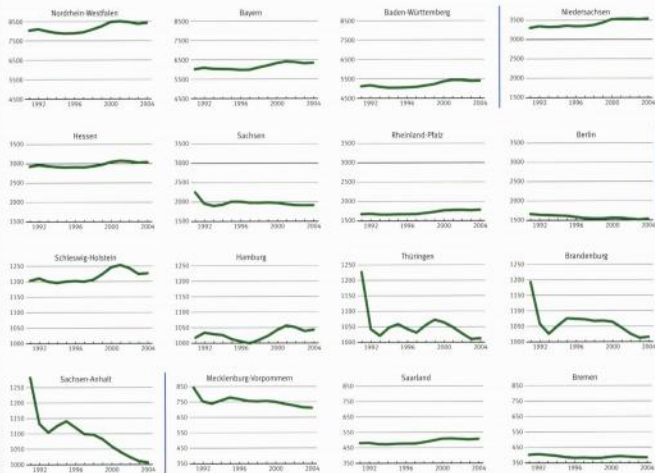
Zwischen 2001 und 2003 gingen knapp 395 000 Arbeitsplätze in den alten Ländern verloren. Erst 2004 war die Entwicklung der Erwerbstätigkeit wieder leicht positiv und stieg um 134 000 bzw. 0,4% auf rund 31,7 Mill. Erwerbstätige. Gegenüber dem Jahr 1991 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 1,5 Mill. bzw. 5%.

In den neuen Ländern einschließlich Berlin verlief die langfristige Entwicklung entgegengesetzt. Hier gingen zwischen 1991 und 2004 knapp 1,3 Mill. Arbeitsplätze oder 15% verloren (siehe auch Abb. 9.3). Wie in den alten Ländern gab es auch hier zuletzt einen leichten Anstieg auf 7,2 Mill. Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 2004 (1991: 8,5 Mill.). Der Anteil der Erwerbstätigen in den neuen Ländern an den Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt schrumpfte durch die beschriebene Entwicklung von 21,9% (1991) auf 18,5% (2004).

Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft stark rückläufig, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den drei Wirtschaftssektoren „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (primärer Sektor), „Produzierendes Gewerbe“ (sekundärer Sektor) und „Dienstleistungen“ (tertiärer Sektor), so werden gravierende Änderungen im Zeitablauf offenkundig. Am auffälligsten ist der Rückgang im Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“. 1991 war in den westlichen Ländern noch jeder 29. Erwerbstätige im primären Sektor tätig, im Jahr 2004 nur noch jeder 46. In den neuen Ländern arbeitete 1991 noch jeder 17. Erwerbstätige in der Landwirtschaft, 2004 galt dies nur noch für jeden 39. (Deutschland insgesamt 2004: 45.). Besonders markant ist die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern: Dort hatte

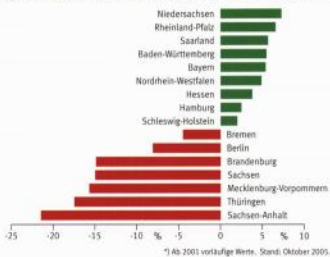
Abb. 9.2: Entwicklung der Erwerbstätigen am Arbeitsort in den Ländern 1991 bis 2004 – in Tausend Jahresdurchschnitte des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder*



*) Ab 2001 vorläufige Werte. Stand: Oktober 2005.

Wechsel in der Skalierung

Abb. 9.3: Veränderung der Erwerbstätigenzahlen zwischen 1991 und 2004
Ergebnisse des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder*)



1991 noch jeder 9. Erwerbstätige seinen Arbeitsplatz in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, 2004 war es nur noch jeder 23. Insgesamt arbeiteten im Jahr 2004 in Deutschland 873 000 Menschen im primären Sektor, und zwar 687 000 in den alten und 186 000 in den neuen Ländern einschließlich Berlin.

Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe für Baden-Württemberg von größter Bedeutung

Auch im Produzierenden Gewerbe (einschließlich Baugewerbe) gingen viele Arbeitsplätze verloren. Während 1991 in Deutschland noch 36,6% der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich arbeiteten, sank der Anteil 2004 auf 26,4%. In den neuen Ländern einschließlich Berlin lag 1991 der Beschäftigtenanteil mit 37,3% über dem Gesamtwert für Deutschland (36,6%); 2004 war dies mit 23% nicht mehr der Fall. Den höchsten Anteil an Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe hatte 1991 Thüringen mit 43,5%, dicht gefolgt von Baden-Württemberg und Sachsen mit jeweils knapp 43%. 2004 führte Baden-Württemberg mit 33,8% den Ländervergleich an, vor Saarland (29,7%) und Bayern (29,6%).

Berlin und Hamburg weisen auch bei Erwerbstätigen höchste Dienstleistungsquote auf

Mit der Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im primären und sekundären Sektor geht eine starke Zunahme im

Dienstleistungssektor einher. In diesem heterogenen Bereich, der u.a. die Bereiche Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungswesen, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie öffentliche und private Dienstleistungen umfasst, arbeiteten 2004 in Deutschland 71% aller Erwerbstätigen; 1991 waren es erst 59,5%. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist allerdings

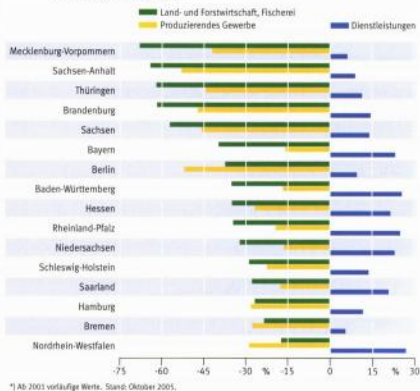
zu bedenken, dass die Arbeitsplatzzunahme vor allem durch eine stark wachsende Zahl von in Teilzeit sowie geringfügig Beschäftigten bewirkt wurde.

Der Anteil in den neuen Ländern einschließlich Berlin lag 1991 mit 56,9% noch unter dem Bundeswert, stieg aber 2004 auf 74,4% und lag damit darüber. Die höchsten Dienstleistungsanteile gab es 2004 in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit 84,8 bzw. 83,7%; in Baden-Württemberg lag der Anteil mit 64,3% am niedrigsten. Dieses Ergebnis geht konform mit der Betrachtung der Dienstleistungsquote anhand der Bruttowertschöpfung, wie im voranstehenden Kapitel geschehen.

Zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen im früheren Bundesgebiet

In den neuen Ländern einschließlich Berlin waren Frauen und Männer gleichermaßen von dem beschriebenen Beschäftigungsabbau betroffen. Mit Ausnahme von Bremen konnten dagegen alle westdeutschen Bundesländer – bedingt durch den starken Zuwachs bei den geringfügig entlohnten Beschäftigten – insbesondere

Abb. 9.4: Veränderung der Erwerbstätigenzahlen nach Sektoren zwischen 1991 und 2004
Ergebnisse des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder*)



bei den Frauen einen Beschäftigungsgewinn erzielen. Dies hat dazu geführt, dass der Frauenanteil unter den Erwerbstätigen in den betreffenden Bundesländern 2004 um bis zu 5,5 Prozentpunkte (Nordrhein-Westfalen) über dem Wert vom April 1991 lag. Die Anteilswerte der Frauen unter den Erwerbstätigen in den westlichen Bundesländern (2004 gut 44 %) nähern sich dadurch den Größenordnungen der Frauenquoten in den ostdeutschen Ländern an. Letztere liegen jedoch mit bis zu 47 % (Brandenburg, Sachsen) auch 2004 zu meist höher.

Tab. 9.5: Anteile der erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren

	April 1991	Mai 2004
Berlin	45,6	47,8
Sachsen	46,4	47,1
Brandenburg	45,9	47,0
Sachsen-Anhalt	46,8	46,2
Bremen	42,0	46,1
Meckl.-Vorpommern	46,0	46,0
Thüringen	46,1	46,0
Hamburg	44,2	45,7
Baden-Württemberg	41,0	44,9
Schleswig-Holstein	40,4	44,8
Hessen	40,1	44,8
Bayern	42,0	44,7
Nordrhein-Westfalen	38,5	44,0
Niedersachsen	39,1	43,9
Rheinland-Pfalz	39,2	43,6
Saarland	38,0	43,2
Deutschland	41,6	44,9

Ergebnisse des Mikrocensus

Vollzeitbeschäftigung nimmt ab, Teilzeitbeschäftigung steigt

Starke Rückgänge der Beschäftigung wurden teilweise durch Zuwächse der Teilzeitbeschäftigung und der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung ausgeglichen. Die Vollzeitbeschäftigung nahm unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1999 und 2004 deutschlandweit um 1,6 Mill. Personen ab. Besonders stark betroffen von dieser Abnahme waren die neuen Bundesländer. Die Teilzeitbeschäftigung unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm dagegen im betrachteten Zeitabschnitt in allen Bundesländern zu. Die stärksten Zunahmen konnten allerdings in den alten Bundesländern und nicht in den neuen realisiert werden. Durch die beschriebene Entwicklung verringerten

Abb 9.5: Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Voll- und Teilzeitbeschäftigung – 30.6.2004 gegenüber 30.6.1999
Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit



sich die Einnahmen bei den Sozialversicherungsträgern entsprechend.

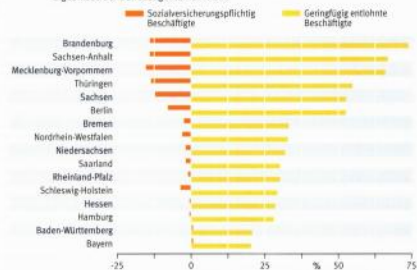
Verdrängen Minijobs reguläre Beschäftigung?

Seit Einführung der Meldepflicht bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zum 1. April 1999 und insbesondere seit den neuen Regelungen im April 2003 war die Entwicklung bei den so genannten Minijobs sehr dynamisch. So wird das Zusammentreffen von zunehmender geringfügiger Beschäftigung und abnehmender voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in fast allen Ländern deutlich.

In den westlichen Ländern hatten nur die Länder Baden-Württemberg (+ 0,6 %) und Bayern (+ 0,7 %) leichte Zuwächse bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. In allen anderen westlichen Ländern erfolgte ein Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen zwischen - 0,5 % (Hessen) und - 3,6 % (Schleswig-Holstein). Demgegenüber standen Zuwächse bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigungen zwischen 20,4 % (Bayern) und 33,2 % (Bremen).

In den östlichen Ländern einschließlich Berlin ist diese Entwicklung noch dramatischer. Während die sozialversicherungs-

Abb 9.6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte – Veränderung 30.6.2004 gegenüber 30.6.1999
Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit



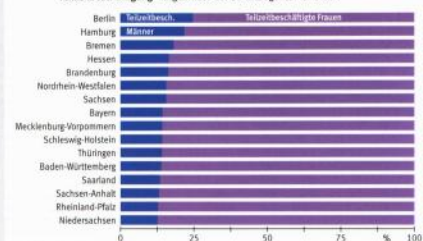
pflichtige Beschäftigung zwischen -7,9% (Berlin) und -15,3% (Mecklenburg-Vorpommern) deutlich rückläufig war, stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten gewaltig. Hier wurden Zunahmen zwischen 52,6% (Berlin) und 74% (Brandenburg) festgestellt.

Die steigende Zahl von Minijobs geht demnach mit einer Reduzierung regulärer Beschäftigungen einher. Ob und inwieweit sozialversicherungspflichtige Beschäftigung tatsächlich durch Minijobs verdrängt wird, müssen weitere Untersuchungen belegen, die u. a. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung durchgeführt werden.

Geringfügig entlohnte Beschäftigten und Teilzeitarbeit sind Frauendomänen

Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen im früheren Bundesgebiet ist vor allem auf eine zunehmende geringfügig entlohnte Beschäftigung und zunehmende Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Geringfügig entlohnte Beschäftigten werden ganz überwiegend von Frauen ausgeübt. Während der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Ländern des früheren Bundesgebiets am 30. Juni 2004 nur zwischen 41,5% (Saarland) und 47,1% (Schleswig-Holstein) lag, betragen die Frauenanteile

Abb. 9.7: Sozialversicherungspflichtige Männer und Frauen am 30.6.2004 in Teilzeitbeschäftigung – Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit



bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten zwischen 62,4% (Hamburg) und 71,1% (Bayern).

Betrachtet man die Entwicklung bei den Teilzeitbeschäftigten, so sind in fast allen Bundesländern große Zuwächse festzustellen. Obwohl der Männeranteil hier in den letzten Jahren zugenommen hat, liegt der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten immer noch zwischen 75,3% (Berlin) und 87,4% (Niedersachsen). Die meisten teilzeitbeschäftigten Frauen sind in öffentlichen und privaten Dienstleis-

tungen sowie im Handel und Gastgewerbe tätig.

Frauenanteil im öffentlichen Dienst steigt

Bei insgesamt rückläufigen Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst stieg der Anteil der Frauen in den letzten Jahren kontinuierlich an.

In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst (2004: 61,3%) traditionell höher als im früheren Bundesgebiet (49,9%). Den höchsten Anteil wies mit 64,8% Sachsen-Anhalt auf. Ursache für die verhältnismäßig niedrigen Frauenquoten in einigen Bundesländern sind die dort ansässigen Bundeswehrstützpunkte.

Tab. 9.6 Sozialversicherungspflichtige – darunter in Teilzeitbeschäftigung – sowie ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am 30.6.2004

	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer		Darunter in Teilzeitbeschäftigung		Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Berlin	1 042 262	51,4	193 484	75,3	135 879	54,5
Mecklenburg-Vorpommern	511 732	51,2	70 457	85,8	71 933	55,2
Sachsen-Anhalt	745 440	49,8	104 236	86,9	95 796	58,9
Sachsen	1 368 537	49,2	206 942	84,4	193 196	58,6
Brandenburg	715 500	48,7	103 405	83,7	101 289	55,4
Thüringen	728 922	48,6	102 957	85,9	96 601	59,2
Schleswig-Holstein	779 453	47,1	145 972	85,8	172 352	66,0
Hamburg	739 157	45,5	125 285	78,2	101 179	62,4
Rheinland-Pfalz	1 163 523	44,9	207 248	87,2	247 883	70,9
Bayern	4 288 495	44,6	697 047	85,7	722 548	71,1
Niedersachsen	2 340 735	44,4	418 543	87,4	504 855	68,7
Hessen	2 112 654	44,0	352 239	83,5	357 036	68,3
Baden-Württemberg	3 737 971	43,9	591 250	86,1	674 394	69,0
Nordrhein-Westfalen	5 631 485	43,1	885 648	84,4	1 207 471	68,8
Bremen	273 434	42,9	50 785	81,9	48 122	64,7
Saarland	344 682	41,5	50 822	86,6	72 332	70,7
Deutschland	26 523 982	45,2	4 311 320	84,7	4 802 866	67,3

Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Tab. 9.7: Anteile der Frauen im öffentlichen Dienst am 30.6.2004

	in %
Sachsen-Anhalt	64,8
Sachsen	62,1
Thüringen	60,7
Brandenburg	60,4
Meckl.-Vorpommern	56,7
Berlin	55,7
Baden-Württemberg	53,9
Hessen	51,4
Nordrhein-Westfalen	49,4
Bayern	49,2
Hamburg	48,7
Bremen	47,9
Niedersachsen	46,8
Rheinland-Pfalz	46,2
Saarland	45,6
Schleswig-Holstein	44,5
Deutschland	51,8

Ergebnisse der Personalstatistik

Erwerbslosigkeit

Erwerbslosenzahl seit der Wiedervereinigung in allen Bundesländern gestiegen

Seit den 70er Jahren ist es in Deutschland nicht mehr gelungen, im Zuge der konjunkturellen Schwankungen einen befriedigend hohen Beschäftigungsstand zu erreichen und damit die Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeit zu verringern. Vielmehr verfestigte sich der Trend, dass mit jedem weiteren Konjunkturreinbruch der Sockel der Arbeitslosigkeit deutlich wächst, ohne jedoch nach Eintreten wirtschaftlicher Besserung auf das vorherige Niveau zurückzugehen. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das Problem der Arbeitslosigkeit in offener Form zutage. Aufgrund des Strukturbruchs kam es zu einem weiteren starken Anstieg der Unterbeschäftigung.

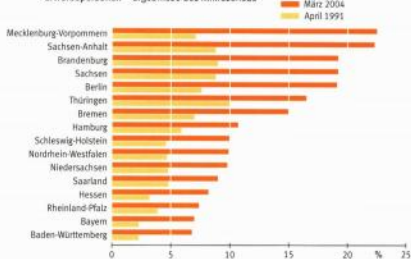
Im Vergleich zu 1991 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt 2004 beträchtlich verschlechtert. Die im Rahmen des Mikrozensus für April 1991 ermittelte Erwerbslosenzahl für zwischenstaatliche Vergleiche (ILO-Konzept) lag bei 1,9 Mill. 57 % dieser Erwerbslosen waren im früheren Bundesgebiet ansässig und 43 % in den neuen Ländern einschließlich Berlin.

Tab. 9.8: Erwerbslose

	April 1991	März 2004	Veränderung
	1 000		%
Baden-Württemberg	112	362	223
Bayern	138	442	220
Meckl.-Vorpommern	70	203	190
Hessen	91	241	165
Berlin	138	333	141
Schleswig-Holstein	60	135	124
Nordrhein-Westfalen	370	810	119
Sachsen-Anhalt	114	292	118
Niedersachsen	168	360	114
Bremen	22	46	111
Brandenburg	126	262	108
Rheinland-Pfalz	70	140	100
Sachsen	221	423	91
Hamburg	49	93	89
Saarland	23	42	83
Thüringen	140	201	46
Deutschland	1 931	4 387	127

Ergebnisse des Mikrozensus

Abb. 9.8: Erwerbslosenquoten 1991 und 2004; Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen – Ergebnisse des Mikrozensus



Bis März 2004 erfolgte eine Zunahme der Erwerbslosenzahl um 2,5 Mill. oder 127 % auf knapp 4,4 Mill. Davon verteilten sich 61 % auf das frühere Bundesgebiet und 39 % auf die neuen Länder einschließlich Berlin.

Stärkste Zuwächse der Erwerbslosigkeit in Baden-Württemberg und Bayern

Die größten Zuwächse im Beobachtungszeitraum wurden in Baden-Württemberg (+ 223 %) festgestellt, gefolgt von Bayern (+ 220 %), Mecklenburg-Vorpommern (+ 190 %), Hessen (+ 165 %) und Berlin (+ 141 %).

Höchste Erwerbslosenquoten in den neuen Ländern

Wenn man die Erwerbslosen zu den Erwerbspersonen in Beziehung setzt, ergeben sich die Erwerbslosenquoten und die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots wird deutlich. Im März 2004 lagen die Erwerbslosenquoten in allen Ländern erheblich über dem Niveau vom April 1991. Während im April 1991 noch Erwerbslosenquoten zwischen 2,3 % (Baden-Württemberg und Bayern) und 10 % (Thüringen) ermittelt wurden, lagen die Erwerbslosenquoten im März 2004 zwischen 6,8 % in Baden-Württemberg und 22,5 % in Mecklenburg-Vorpommern.

Im gleichen Zeitraum veränderten sich auch die Länderanteile an den Erwerbslosen auffällig. Einige Länder konnten ihren

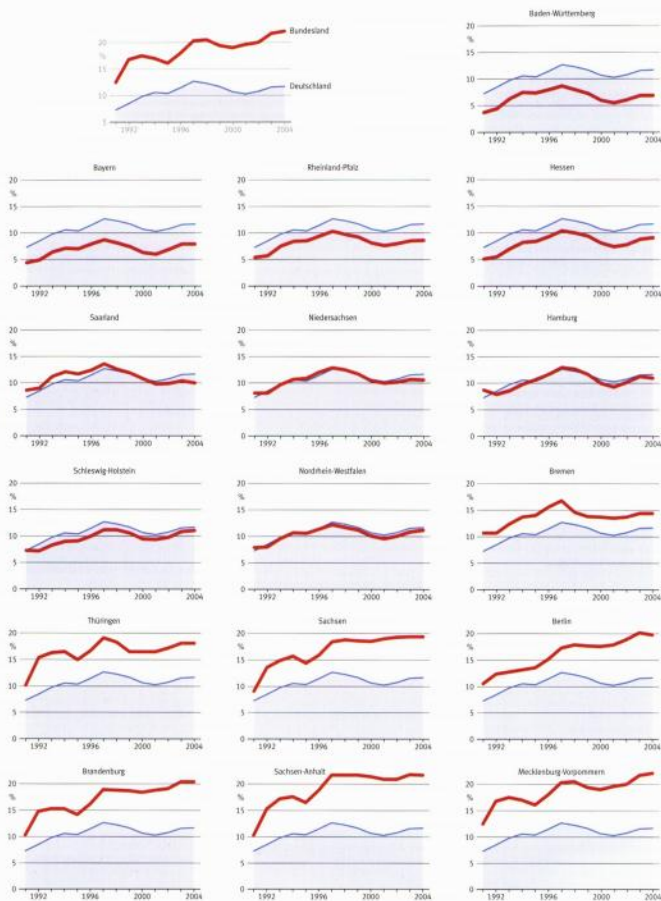
Erwerbslosenanteil verringern (zwischen - 0,1 Prozentpunkten in Bremen und - 2,6 Prozentpunkten in Thüringen), während sich bei den Ländern Baden-Württemberg und Bayern der Erwerbslosenanteil um 2,5 bzw. 2,9 Prozentpunkte erhöhte.

Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenzahl kurz nach der Wiedervereinigung noch unter der „3-Millionen-Marke“

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung lag die Zahl der bei den Arbeitsagenturen registrierten Arbeitslosen unter der „3-Millionen-Marke“ (2,6 Mill.). Gleichzeitig gab es allerdings 1,8 Mill. Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen mit einem Arbeitsausfall von überwiegend 100 %. 1997 erreichten die Arbeitslosen mit 4,384 Mill. im Jahresdurchschnitt einen vorläufigen Höchststand. Die Arbeitslosenquote betrug deutschlandweit 12,7 %. Danach trat bis zum Jahr 2001 eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt ein, die sich allerdings wegen welt- und binnenwirtschaftlicher Schwächen nicht weiter stabilisieren konnte. 2004 stieg die Arbeitslosigkeit Jahresdurchschnittlich wieder auf 4,38 Mill. an; die Arbeitslosenquote lag bei 11,7 %. Gleichzeitig wurden 2004 151 000 Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen gemeldet.

Abb. 9.9: Entwicklung der Arbeitslosenquoten 1991 bis 2004



Arbeitslosenquoten im Osten doppelt so hoch wie im Westen

Die Arbeitslosenquote als wichtiger Arbeitsmarktindikator zeigt große Diskrepanzen zwischen den östlichen und den westlichen und teilweise auch zwischen den nördlichen und südlichen Bundesländern auf. Deutschlandweit erreichte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2004 11,7%. Die Arbeitslosenquoten in den westlichen Ländern lagen dabei zwischen 6,9% in Baden-Württemberg und 14,4% in Bremen. In den östlichen Ländern wurden dagegen zwischen 18,1% in Thüringen und 22,1% in Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Ohne die hohe Pendlerbereitschaft von Ost nach West – am 30. Juni 2004 wurden knapp 300 000 beschäftigte Auspendler aus den neuen Ländern einschließlich Berlin nachgewiesen – wäre die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern noch höher.

In den westlichen Ländern (ohne Berlin-West) hat sich die Arbeitslosigkeit zwischen 1991 und 2004 um 74% erhöht und lag im Jahresdurchschnitt 2004 bei 2,8 Mill. Die größten Zuwächse hatten hier – wie bei der Erwerbslosigkeit – die südlichen Länder, die eher ein niedriges Arbeitslosenniveau aufzeigten. So nahm die Arbeitslosigkeit zwischen 1991 und 2004 in Baden-Württemberg um 114%, in Bayern um 109%, in Hessen um 103% und Rheinland-Pfalz um 88% zu. Die genannten Länder weisen allerdings nach wie vor die niedrigsten Arbeitslosenquoten aus. Die niedrigsten Zuwächse zwischen 1991 und 2004 hatten die Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit je 34% und das Saarland mit 28%, wo sich die Arbeitslosigkeit bereits auf hohem Niveau stabilisiert hatte.

Der wirtschaftliche Aufholprozess der östlichen Länder (einschl. Berlin) ist teilweise zum Stillstand gekommen. Ca. 37% aller Arbeitslosen verteilen sich im Jahresdurchschnitt 2004 auf die neuen Länder einschließlich Berlin. Die Arbeitslosigkeit hat sich hier seit 1991 um 59,1% auf knapp 1,6 Mill. im Jahresdurchschnitt 2004 erhöht. Große Zuwächse wurden hier vor allem in den Ländern Brandenburg (+ 78%), Berlin (+ 66%), Sachsen (+ 64%) und Sachsen-Anhalt (+ 58%) festgestellt.

Abb 9.10: Arbeitslosenquoten der Männer und Frauen – Jahresdurchschnitt 2004
Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit



Die Zahl offener Stellen in Westdeutschland betrug im Durchschnitt des Jahres 2004 239 000; das waren 26% weniger als 1991. Von diesem Rückgang waren alle westlichen Bundesländer betroffen. Demgegenüber wurden den Arbeitsagenturen in den östlichen Ländern einschließlich Berlin 2004 ca. 46 600 offene Stellen gemeldet und damit 22% mehr als 1991.

Männer von Arbeitslosigkeit häufiger betroffen als Frauen

In fast allen Bundesländern lag die Frauenarbeitslosenquote 2004 unter derjenigen der Männer (zwischen – 0,6 Prozentpunkten in Baden-Württemberg und – 5,9 Prozentpunkten in Berlin). Lediglich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen war es umgekehrt.

Der Anteil der arbeitslosen Frauen an allen Arbeitslosen ist seit der Wiedervereinigung deutlich zurückgegangen. Während 1991 der Frauenanteil noch 51% betrug, nahm er bis 2004 auf 44% ab. In den westlichen Ländern lag die Frauenquote 2004 bei 42% und in den östlichen bei 47%. Die niedrigsten Frauenanteile an allen Arbeitslosen wiesen die Stadt-

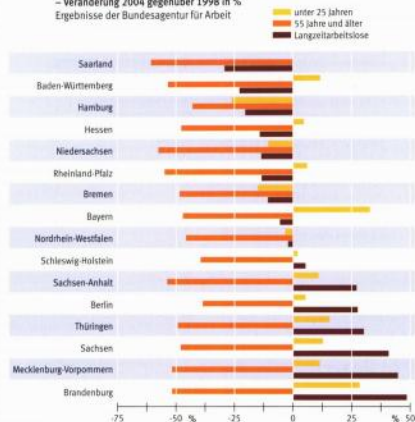
staaten Bremen (37,5%) und Hamburg (39,9%) auf.

Tab. 9.9: Arbeitslose Männer und Frauen
Jahresdurchschnitt 2004

	Insgesamt Anzahl	Männer Anteil in %	Frauen Anteil in %
Thüringen	207 725	50,2	49,8
Sachsen	396 687	50,3	49,7
Sachsen-Anhalt	263 266	50,3	49,7
Brandenburg	251 154	52,7	47,3
Meckl.-Vorpommern	182 915	53,8	46,2
Baden-Württemberg	340 284	54,7	45,3
Bayern	449 709	54,7	45,3
Hessen	250 707	57,2	42,8
Rheinland-Pfalz	155 111	57,2	42,8
Berlin	297 947	58,5	41,5
Niedersachsen	376 641	58,7	41,3
Saarland	45 945	59,3	40,7
Schleswig-Holstein	137 861	59,5	40,5
Nordrhein-Westfalen	898 416	59,6	40,4
Hamburg	84 325	60,1	39,9
Bremen	42 347	62,5	37,5
Deutschland	4 381 040	55,9	44,1

Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Abb. 9.11: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach ausgewählten Personenkreisen
– Veränderung 2004 gegenüber 1998 in %
Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit



Immer mehr Langzeitarbeitslose in den neuen Ländern

Zwischen 1998 und 2004 konnte die Arbeitslosigkeit der Personen im Alter von 55 und mehr Jahren in allen Bundesländern erheblich reduziert werden (zwischen – 38,6% in Berlin und – 60,6% im Saarland). Dies ist insbesondere auf Vorruhestandsregelungen zurückzuführen. Demgegenüber hat sich die Arbeitslosigkeit von jüngeren Personen und von Langzeitarbeitslosen in den Ländern teils unterschiedlich entwickelt.

Die Arbeitslosigkeit von jüngeren Arbeitslosen hat eine besondere Bedeutung für den Verlauf des gesamten späteren Erwerbslebens der Betroffenen. Für diese Personengruppe ist Qualifikation und eine nahtlose Eingliederung in Erwerbsarbeit im Anschluss an die Ausbildung angesichts der demografischen Entwicklung für den Arbeitsmarkt besonders dringlich. Die Arbeitslosigkeit dieser Personengruppe konnte – insbesondere durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – seit 1998 lediglich in den Ländern Bremen (– 15%), Hamburg (– 26,1%), Nie-

dersachsen (– 10,6%), Nordrhein-Westfalen (– 3,4%) und im Saarland (– 0,1%) reduziert werden.

Von Langzeitarbeitslosigkeit sind insbesondere Ältere ab 50 Jahren (ca. 35%) und Personen mit fehlender beruflicher Qualifikation (ca. 44%) betroffen. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen konnte zwischen 1998 und 2004 nur in den Ländern des früheren Bundesgebiets abgebaut werden. Hier erfolgte ein Rückgang zwischen – 5,6% (Bayern) und – 29,1% (Saarland). Dagegen hat die Langzeitarbeitslosigkeit in den östlichen Ländern im gleichen Zeitraum zwischen 27,1% (Sachsen-Anhalt) und 48,5% (Brandenburg) zugenommen.

10 Unternehmen

Unternehmensbestand

Daten zum Unternehmensbestand in den Bundesländern bilden eine wichtige Basis zur Darstellung von Wirtschaftsstrukturen in den einzelnen Regionen Deutschlands. Sie sind auch eine Grundlage zur Beurteilung der Wirtschaftskraft einzelner Branchen. Dies gilt beispielsweise bei der Erstellung von Konzepten zur Existenzgründung. So untersuchen Existenzgründer bei der Planung des Markteintritts die Anzahl der Unternehmen, das Umsatzvolumen sowie die Anzahl der Beschäftigten des angestrebten Wirtschaftsbereichs, um ihre Erfolgsaussichten besser einschätzen zu können.

Was ist das Unternehmensregister?

Das Unternehmensregister ist eine Datenbank mit wirtschaftlich aktiven sowie inaktiv gewordenen Unternehmen und Betrieben aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Es enthält Angaben zum steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Weitgehend unberücksichtigt bleiben Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Quellen zur Pflege sind zum einen Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder der Finanzbehörden, und zum anderen Daten aus einzelnen Bereichsstatistiken, wie aus den statistischen Rückläufen der Erhebungen im Produzierenden Gewerbe, im Handel und Gastgewerbe sowie im Dienstleistungsbereich.

Das Unternehmensregister dient der rationalen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt als Auswertungsinstrument zur Entlastung der Wirtschaft bei. In seiner Eigenschaft als Auswertungsinstrument ermöglicht das Register, aktuelle Strukturen der Wirtschaft mit Hilfe von Angaben zur Anzahl der Unternehmen mit Umsatz bzw. Beschäftigten untergliedert nach Bundesländern und Wirtschaftszweigen darzustellen. Die Inhalte des Unternehmensregisters erlauben demnach eine Untergliederung der Unternehmen in Kleinunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit Hilfe von Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen. So kann z. B. die Bedeutung des Mittelstandes in Deutschland gemessen werden.

Was bietet die Umsatzsteuerstatistik?

In der Umsatzsteuerstatistik werden alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen erfasst, die im Statistikjahr Umsatzsteueranmeldungen abgeben und einen Jahresumsatz über 17 500 Euro erwirtschaftet haben. Mit ihren Angaben über die Entwicklung der Umsätze in nahezu allen Bereichen der Volkswirtschaft ist die Umsatzsteuerstatistik nicht nur ein Instrument der Fiskalpolitik, sondern dient auch der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung. Beschäftigtenangaben sind als nicht steuerliches Merkmal nur dem Unternehmensregister zu entnehmen. Die Umsatzsteuerstatistik bietet den Vorteil tief gegliederter steuerlicher Merkmale sowie regelmäßiger und methodisch vergleichbarer Ergebnisse seit 1950.

Der Unternehmensbegriff in der amtlichen Statistik und im Register

Ein Unternehmen wird in der amtlichen Statistik als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss. Das Unternehmen umfasst alle Betriebe und schließt freiberuflich Tätige mit ein.

Im Unternehmensregister gilt ein Unternehmen als wirtschaftlich aktiv, wenn es im entsprechenden Bezugsjahr (hier 2002) über einen steuerbaren Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügte. Nicht als Unternehmen gezählt werden solche, die überwiegend in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, Öffentliche Verwaltung, Verteidigung oder Sozialversicherung tätig sind (Abschnitte A, B und L der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)). Auch private Haushalte mit Hauspersonal (Abschnitt P) sowie extraterritoriale Organisationen und Körperschaften (Abschnitt Q) sind nicht berücksichtigt.

Informationen zum Unternehmensbestand können durch das statistische Unternehmensregister und die Umsatzsteuerstatistik bereitgestellt werden.

Über 50 % der Unternehmen sind in Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg angesiedelt

In Deutschland gab es laut dem Unternehmensregister im Jahr 2002 insgesamt 3 169 000 aktive Unternehmen. Mit 692 000 war gut ein Fünftel der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen angesiedelt, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg mit 563 000 bzw. 426 000 Unternehmen. Insgesamt hatte damit mehr als die Hälfte der Unternehmen in einem dieser drei westlichen Flächenländer ihren Unternehmenssitz.

In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen waren 2002 insgesamt 235 000 Unternehmen und damit rund 7 % ansässig. Davon beheimatete Berlin 124 000 Unternehmen (ca. 53 %), Hamburg 88 000 (ca. 37 %) und Bremen 24 000 (ca. 10 %).

Tab. 10.1: Anzahl der Unternehmen 2002¹⁾

Nordrhein-Westfalen	692 007
Bayern	563 143
Baden-Württemberg	426 494
Niedersachsen	269 364
Hessen	251 120
Rheinland-Pfalz	148 981
Sachsen	146 103
Berlin	123 636
Schleswig-Holstein	113 327
Hamburg	87 502
Brandenburg	80 143
Thüringen	77 434
Sachsen-Anhalt	74 632
Mecklenburg-Vorpommern	53 341
Saarland	37 049
Bremen	24 359
Deutschland	3 168 715

1) Stand des Unternehmensregisters 31.12.2004.

Unternehmensdichte in Hamburg und Bayern am höchsten

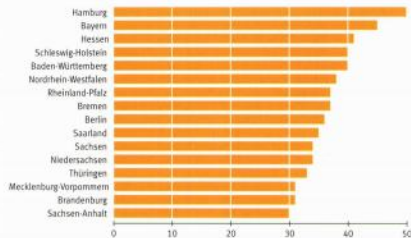
Die Unternehmensdichte ist in Hamburg mit 50 und in Bayern mit 45 Unternehmen je 1 000 Einwohner am höchsten (siehe Abb. 10.1). In Sachsen-Anhalt sind mit 30 Unternehmen je 1 000 Einwohner verhältnismäßig wenige Unternehmen angesiedelt. Ähnlich ist die Struktur in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern: Dort gibt es pro 1 000 Einwohner jeweils 31 Unternehmen.

In Sachsen und Thüringen überdurchschnittlich viele Unternehmen im Produzierenden Gewerbe

Um einen besseren Überblick über die Wirtschaftsstrukturen in den Bundesländern zu erhalten, kann eine Einteilung der Wirtschaft in die Bereiche „Produzierendes Gewerbe“, „Handel und Gastgewerbe“ sowie „Übrige Dienstleistungen“ getroffen werden.

Im Bundesdurchschnitt zeigt sich, dass 2002 19 % der Unternehmen im Produzierenden Gewerbe, 31 % im Handel und Gastgewerbe und 50 % der Unternehmen in übrigen Dienstleistungen tätig waren.

Abb. 10.1: Anzahl der Unternehmen je 1000 Einwohner 2002¹⁾



1) Stand des Unternehmensregisters 31.12.2004.

Die Unternehmen Sachsens und Thüringens waren mit 25 und 25,5 % überdurchschnittlich stark im Produzierenden Gewerbe vertreten. Dagegen waren – wie für

die Stadtstaaten zu erwarten – nur 12 % der Unternehmen Hamburgs und 13 bzw. 15 % der Unternehmen in Berlin und Bremen diesem Sektor zugeordnet.

Einteilung der Wirtschaftsabschnitte in die Bereiche „Produzierendes Gewerbe“, „Handel und Gastgewerbe“ und „Übrige Dienstleistungen“

Das **Produzierende Gewerbe** umfasst folgende Wirtschaftsabschnitte:

- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Abschnitt C der WZ 2003),
- Verarbeitendes Gewerbe (Abschnitt D),
- Energie- und Wasserversorgung (Abschnitt E) und
- Baugewerbe (Abschnitt F).

Dem **Handel und Gastgewerbe** sind zugeordnet:

- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (Abschnitt G) und
- Gastgewerbe (Abschnitt H).

Zu den **übrigen Dienstleistungen** zählen:

- Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Abschnitt I),
- Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitt J),
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt (Abschnitt K),
- Erziehung und Unterricht (Abschnitt M),
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (Abschnitt N) und
- Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (Abschnitt O).

Handel und Gastgewerbe bedeutend für Saarland, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen

Die Unternehmen des Handels und Gastgewerbes waren besonders stark im Saarland (37 %), in Rheinland-Pfalz (36 %) und in Niedersachsen (34 %) vertreten. In Berlin, Hamburg und Sachsen lag der Anteil dieser Unternehmen dagegen mit 25 bis 28 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Stadtstaaten wieder federführend in den übrigen Dienstleistungen

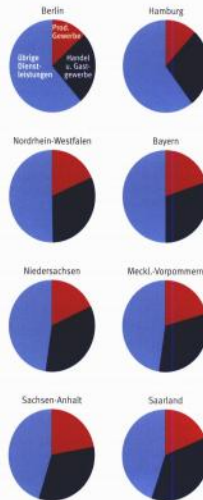
Im Bereich der übrigen Dienstleistungen wiesen u. a. Thüringen (42 %), Rheinland-Pfalz (41 %) und das Saarland (44,5 %) einen geringeren Unternehmensanteil auf als der Durchschnitt Deutschlands. Die Stadtstaaten waren naturgemäß durch einen hohen Anteil von Unternehmen in diesem Bereich geprägt: mit jeweils über 60 % in Berlin und Hamburg und ca. 56 % in Bremen überwogen dort die Dienstleistungsanbieter. Eine ähnlich hohe Bedeutung des Dienstleistungssektors für die Stadtstaaten hat auch die Betrachtung der Dienstleistungsquote anhand der Bruttowertschöpfung (Kapitel 8) und der Erwerbstätigkeit (Kapitel 9) ergeben.

Hohe Bedeutung des Mittelstandes, insbesondere in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein

Unternehmen lassen sich entsprechend der Anzahl ihrer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Größenklassen einteilen. In Anlehnung an eine Empfehlung der Europäischen Kommission zur Definition von KMU sind Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten so genannte Kleinunternehmen, Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten werden als „kleine Unternehmen“ bezeichnet, Unternehmen mit 50 bis 249 als „mittlere“ und solche mit 250 und mehr als „große“.

Mit rund 91 % kann der überragende Teil der Unternehmen deutschlandweit als Kleinunternehmen bezeichnet werden. 7,3 % der Unternehmen zählten 2002

Abb. 10.2: Anteile der Unternehmen 2002¹⁾ Handel und Gastgewerbe und

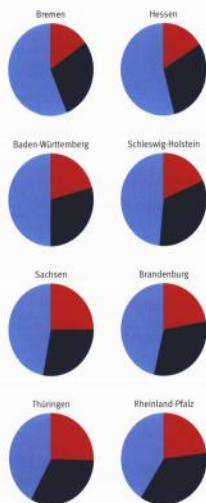


1) Stand des Unternehmensregisters 31.12.2004.

bundesweit zu den kleinen, und nur 1,5 bzw. 0,3 % waren mittlere bzw. große Unternehmen. Für insgesamt 99,68 % der Unternehmen trafen damit die Kriterien für Kleinunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen zu. Dies zeigt, dass – bezogen auf die Anzahl der Unternehmen – die Bedeutung des Mittelstands in Deutschland sehr groß ist. Nach Bundesländern betrachtet gilt dies insbesondere für Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Ein Blick auf die Größenklassenverteilung der Unternehmen im Produzierendes Gewerbe, im Handel und Gastgewerbe sowie in den übrigen Dienstleistungen zeigt einige Besonderheiten: So reichte der Anteil der Kleinunternehmen im Produzierenden Gewerbe 2002 von 78,9 % in Bremen bis 95,4 % in Rheinland-Pfalz

am Produzierenden Gewerbe,
an den übrigen Dienstleistungen



Kriterien zur Einteilung von Unternehmen in Kleinunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Die Empfehlung der Europäischen Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen legt Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte zur Definition der Unternehmensklassen fest:

Art des Unternehmens	Beschäftigte	Jahresumsatz	oder	Bilanzsumme
Kleinunternehmen	bis 9	bis 2 Mill. Euro		bis 2 Mill. Euro
Kleines Unternehmen	10 bis 49	Über 2 bis 10 Mill. Euro		Über 2 bis 10 Mill. Euro
Mittleres Unternehmen	50 bis 249	Über 10 bis 50 Mill. Euro		Über 10 bis 43 Mill. Euro

Die Größenklasse der **Kleinunternehmen** sowie der **kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)** setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mill. Euro erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mill. Euro beläuft.

Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein **kleines Unternehmen** als ein Unternehmen definiert, das weniger als 50 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 10 Mill. Euro nicht übersteigt.

Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein **Kleinunternehmen** als ein Unternehmen definiert, das weniger als 10 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 2 Mill. Euro nicht überschreitet.

Tab. 10.2: Prozentuale Verteilung der Unternehmen auf Beschäftigtengrößenklassen 2002¹⁾

Unternehmen mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	0 - 9	10 - 49	50 - 249	250 und mehr
Rheinland-Pfalz	96,5	3,1	0,4	0,1
Schleswig-Holstein	92,0	6,9	1,0	0,1
Berlin	91,9	6,4	1,4	0,3
Bayern	91,8	6,6	1,3	0,3
Hessen	91,2	6,9	1,5	0,4
Hamburg	91,2	7,0	1,4	0,4
Baden-Württemberg	90,6	7,3	1,7	0,4
Nordrhein-Westfalen	90,5	7,5	1,6	0,4
Saarland	90,0	8,0	1,7	0,4
Brandenburg	89,8	8,3	1,6	0,3
Niedersachsen	89,6	8,4	1,6	0,3
Thüringen	89,2	8,7	1,9	0,3
Sachsen	89,0	9,0	1,7	0,3
Sachsen-Anhalt	88,9	8,9	1,9	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	88,7	9,2	1,9	0,3
Bremen	87,9	9,3	2,3	0,5
Deutschland	90,9	7,3	1,5	0,3

1) Stand des Unternehmensregisters 31.12.2004.

(Deutschland 83 %). Über 13 % der produzierenden Unternehmen zählten bundesweit zu den kleinen Unternehmen. In Rheinland-Pfalz waren diese Unternehmen mit einem Anteil von 4,2 % stark unterrepräsentiert. 3 % waren im Bundesdurchschnitt mittlere Unternehmen (Rheinland-Pfalz 0,3 %).

Im Handel und Gastgewerbe machten die Kleinunternehmen zwischen 90,3 % in Bremen und 96,3 % in Rheinland-Pfalz aus (Deutschland 93 %). Nur etwa 6 % waren in diesem Wirtschaftsbereich deutschlandweit als kleine Unternehmen tätig. In den übrigen Dienstleistungen fiel die Auf-

teilung ähnlich wie im Handel und Gastgewerbe aus.

Ansiedlung der umsatzstärksten Unternehmen vorwiegend in den alten Bundesländern

16 % der Bevölkerung lebten 2003 in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost). Von den 2,9 Mill. umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen hatten 13,7 % ihren Geschäftssitz in den neuen Ländern (400.446). Diese Unternehmen erzielten jedoch mit 254 Mrd. Euro lediglich 6 % des Gesamtumsatzes aller Unternehmen (4.254 Mrd. Euro).

Tab. 10.3: Anzahl und Umsatz der Unternehmen 2003

	Steuerpflichtige ¹⁾		Umsätze ²⁾		Anteil an Steuerpflichtigen		Anteil am Umsatz	
	Anzahl	Mill. Euro	in %	in %	in %	in %		
Nordrhein-Westfalen	620065	1105156	21,3	26,0				
Bayern	514871	709965	17,7	16,7				
Baden-Württemberg	405797	693126	13,9	16,3				
Niedersachsen	248860	378467	8,5	8,9				
Hessen	231692	371698	7,9	8,7				
Rheinland-Pfalz	149398	151554	5,1	3,6				
Sachsen	135082	86034	4,6	2,0				
Berlin gesamt	111301	117030	3,8	2,8				
Schleswig-Holstein	100214	107942	3,4	2,5				
Brandenburg	77705	50486	2,7	1,2				
Hamburg	77408	272460	2,7	6,4				
Thüringen	72375	43652	2,5	1,0				
Sachsen-Anhalt	65240	42521	2,2	1,0				
Meckl.-Vorpommern	50044	31556	1,7	0,7				
Saarland	33780	41372	1,2	1,0				
Bremen	21650	51584	0,7	1,2				
Deutschland	2915482	4254601	100,0	100,0				

1) Steuerpflichtige mit jährlichen Umsätzen über 17 500 Euro.
2) Ohne Umsatzsteuer.

Tab. 10.4: Anzahl und Umsatz der Unternehmen mit Umsätzen über 250 Mill. Euro 2003

	Steuerpflichtige		Umsätze ¹⁾		Anteil an Steuerpflichtigen		Anteil am Umsatz	
	Anzahl	Mill. Euro	in %	in %	in %	in %		
Nordrhein-Westfalen	449	523750	28,1	28,0				
Baden-Württemberg	279	320054	17,5	17,1				
Bayern	247	307729	15,5	16,4				
Hessen	176	178296	11,0	9,5				
Niedersachsen	111	156801	6,9	8,4				
Hamburg	99	185968	6,2	9,9				
Rheinland-Pfalz	61	48093	3,8	2,6				
Berlin gesamt	42	54709	2,6	2,9				
Schleswig-Holstein	42	28215	2,6	1,5				
Bremen	25	22444	1,6	1,7				
Sachsen	18	14474	1,1	0,8				
Saarland	17	13451	1,1	0,7				
Brandenburg	11	9530	0,7	0,5				
Sachsen-Anhalt	11	4100	0,7	0,2				
Meckl.-Vorpommern	6	2666	0,4	0,1				
Thüringen	4	3093	0,3	0,2				
Deutschland	1598	1873372	100,0	100,0				

1) Ohne Umsatzsteuer.

Das Ungleichgewicht bei der Umsatzverteilung zwischen den Bundesländern ist insbesondere auf die Ansiedlung der Geschäftsleitungen von Großunternehmen zurückzuführen. In der Umsatzsteuerstatistik wird der gesamte Umsatz eines Unternehmens (auch von dessen Filialen oder Zweigbetrieben) von dem für die Geschäftsleitung zuständigen Finanzamt zentral erfasst.

Von den Unternehmen mit einem Umsatz über 250 Mill. Euro hatten im Jahr 2003 nur 3,3% ihre Geschäftsleitung in den neuen Ländern. 72% dieser umsatzstarken Unternehmen waren in den vier Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen angesiedelt und erzielten zusammen einen Umsatz von 1 330 Mrd. Euro. Allein in Nordrhein-Westfalen hatten 449 dieser Groß-

unternehmen ihren Hauptsitz und meldeten der Finanzverwaltung Umsätze in Höhe von 524 Mrd. Euro.

Rasante Entwicklung des Umsatzes je Unternehmen in Baden-Württemberg

Abbildung 10.3 zeigt ausgehend vom Jahr 1992 die Entwicklung des durchschnittlichen Umsatzes der Unternehmen ausgewählter Bundesländer. Dabei werden deutliche Unterschiede erkennbar. In Berlin (Ost und West) war der durchschnittliche Umsatz bis zum Jahr 1998 nahezu kontinuierlich rückläufig und lag hier bei 919 000 Euro gegenüber 1,102 Mill. Euro in 1992 (-16,7%). Seit 1998 hat sich in Berlin der durchschnittliche Umsatz je Unternehmen wieder positiv entwickelt (2003: 1,051 Mill. Euro). In Sachsen gab es hingegen bis 1996 einen Anstieg des durchschnittlichen Umsatzes von 561 000 Euro auf 645 000 Euro (+11,0%). Nach Rückgängen in den folgenden Jahren wurde dieser durchschnittliche Umsatz von 1996 im Jahr 2003 wieder annähernd erreicht.

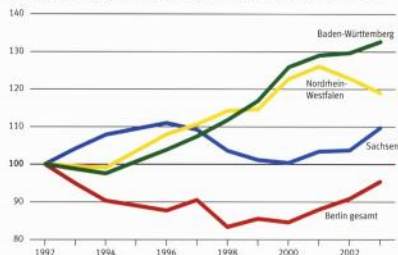
Ein anderes Bild zeigt sich bei den großen Flächenländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg stieg der durchschnittliche Jahresumsatz je Unternehmen von 1991 bis 2003 um 32,7% auf 1,051 Mill. Euro. Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen verlief bis 2001 ähnlich. Danach ist hier jedoch ein Rückgang um 5,6% auf 1,782 Mill. Euro im Jahr 2003 festzustellen.

Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass diese Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik nicht ohne nähere Analyse der Einzelergebnisse für Konjunktur- und Wirtschaftskraftausagen zu verwenden sind. So werden die Ergebnisse durch Unternehmenszusammenschlüsse oder Verlagerungen von Geschäftssitzen beeinflusst, denen jedoch keine realwirtschaftlichen Veränderungen zu Grunde liegen müssen.

Exportquoten der neuen Länder am niedrigsten – am höchsten in Baden-Württemberg und Bayern

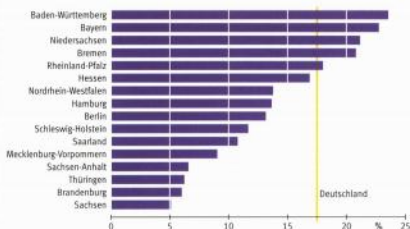
17% des Umsatzes wurden 2003 in Deutschland durchschnittlich durch Exporte (steuerfreier Umsatz mit Vorsteuerabzug) erzielt. In Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Bremen wurde

Abb. 10.3: Entwicklung des durchschnittlichen Umsatzes je Unternehmen (1992=100)¹⁾



1) 1993 und 1995 geschätzt, Umsatz ohne Umsatzsteuer.

Abb. 10.4: Exportquoten¹⁾ 2003



1) Verhältnis des steuerfreien Umsatzes mit Vorzugsstatus zum Gesamtumsatz in Prozent.

mehr als jeder fünfte Euro Umsatz durch Exporte erwirtschaftet. In Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Sachsen waren es hingegen lediglich 5 von 100 Euro.

Ursächlich für diese Unterschiede sind u. a. regionale Schwerpunkte besonders exportintensiver Branchen. Eine der bedeutendsten Exportbranchen ist der Fahrzeugbau, bei dem 54 % des Gesamtumsatzes durch Exporte erzielt werden. Die Geschäftssitze der Unternehmen dieser Branche konzentrieren sich im Wesentlichen auf die vier Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg, deren Unternehmen zusammen fast 90 % des Branchenumsatzes versteuern.

Gründungen

Die deutschen Gewerbeämter nehmen jährlich bis zu 1,8 Mill. Gewerbeanzeigen entgegen. Mit rund 960 000 bezogen sich 2004 mehr als die Hälfte dieser Gewerbeanzeigen auf Gewerbeanmeldungen. Jedoch ist nur in 85 % bzw. in 820 000 Fällen (2004) mit der Abgabe einer Gewerbeanmeldung auch tatsächlich die Gründung eines Betriebes verbunden. Bei den übrigen 15 % der Anmeldungen wird ein Standortwechsel, die Übernahme eines Betriebes, eine Umwandlung, ein Gesellschaftereintritt oder ein Rechtsformwechsel angezeigt. In etlichen Fällen kann die Abgabe einer Gewerbeanzeige auch eine bloße Absichtserklärung sein und die ge-

werbliche Tätigkeit wird erst gar nicht aufgenommen.

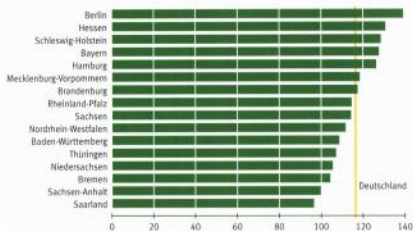
Gründung von Kleinbetrieben dominierend

Bei etwa 75 % der 820 000 Gründungen im Jahr 2004 dürfte es sich um Klein- oder Nebenerwerbsbetriebe handeln. Begünstigt durch staatliche Fördermaßnahmen wurden viele Ich-AGs gegründet. Im Vergleich zu 2003 stieg die Zahl der Gründungen von Kleinbetrieben u. a. dadurch bedingt um über 25 % an. Bei 176 000 der 2004 bundesweit als Gründung deklarierten Anmeldungen deuten die Verhältnisse hingegen darauf hin, dass diese Betriebe größere wirtschaftliche Substanz entfalten könnten und aller Wahrscheinlichkeit nach auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bezogen auf die Einwohnerzahl die meisten Gründungen in Berlin

Es ist nicht unproblematisch, die Innovationsfähigkeit eines Bundeslandes anhand der Gewerbeanmeldungen bzw. dem Anteil der Gründungen an den Gewerbeanmeldungen zu bewerten. Misst man die Gründungen an den bereits ansässigen Unternehmen, führen in Ländern, in denen verhältnismäßig wenig Unternehmen angesiedelt sind, wenige Gründungen zu einer relativ hohen Gründungsquote. Umgekehrt würde ein Bundesland mit großem Unternehmensbestand nur eine niedrige Gründungsquote erreichen. Außerdem erfolgen viele Gründungen einer Ich-AG aus der Arbeitslosigkeit heraus, so dass Länder mit hoher Arbeitslosenquote ebenfalls eine höhere Gründungsquote aufweisen. Um dennoch eine gewisse regionale Abstufung der Gewerbedeaktivitäten vorzunehmen, können die gesamten Anmeldungen zu den Einwohnerzahlen in Beziehung gesetzt werden. Danach wurden im Jahr 2004 in Berlin die meisten gewerblichen Aktivitäten entfaltet, die wenigsten im Saarland (siehe Abb. 10.5). Wirtschaftsstarke Länder wie Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg lagen eher im Mittelfeld.

Abb. 10.5: Gewerbetätigkeiten in den Bundesländern 2004
Anmeldungen je 10 000 Einwohner



Insolvenzen

Das Insolvenzgeschehen spiegelt den wechselvollen Verlauf der deutschen Wirtschaft wider. Allerdings gelten die Insolvenzzahlen – im Gegensatz zu den Gründungszahlen – nicht als wirtschaftlicher Frühindikator, sondern sie folgen der wirtschaftlichen Entwicklung mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung.

Seit Anfang der Neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts war es zu einem nachhaltigen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland gekommen, der

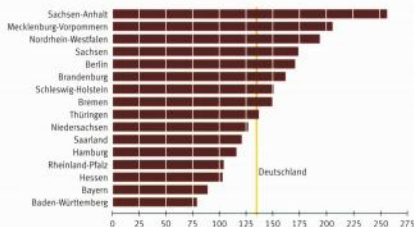
Insolvenzrecht

Seit Januar 1999 gilt in Deutschland eine einheitliche Insolvenzordnung. Sie löste die bis dahin im früheren Bundesgebiet gültige Konkurs- und Vergleichsordnung sowie die Gesamtvollstreckungsordnung in den neuen Ländern und Ost-Berlin ab.

Mit Hilfe der Insolvenzordnung kann im Falle einer Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung von natürlichen und juristischen Personen die Vollstreckung in das Vermögen dieser Personen in einem geordneten Verfahren geregelt werden. Ziel eines gerichtlichen Verfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder in einer abweichenden Regelung, die Erstellung eines Insolvenzplans zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens. Dem privaten Schuldner soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, sich von selten Verbindlichkeiten zu befreien, d. h. eine so genannte Restschuldbefreiung zu erlangen. Die Verbraucherinsolvenzen werden im Kapitel „Lebensstandard privater Haushalte“ behandelt.

sich zeitweise in 2-stelligen Zuwachsraten äußerte. Nur 1999, als die neue Insolvenzordnung und damit in allen Bundesländern das gleiche Insolvenzrecht Gültigkeit erlangte, wurde der Aufwärtstrend kurzzeitig gestoppt. Danach jedoch setzte er sich wieder fort. Erst 2004 zeichnete sich bei den Unternehmensinsolvenzen eine leichte Entspannung ab, die sich in einem Rückgang um 0,3% auf 39 213 Insolvenzfälle äußerte. Bei Personen- und Kapitalgesellschaften fiel der Rückgang um knapp 6% deutlicher aus. Dagegen hielt der Anstieg der Insolvenzen von Einzelunternehmen und Freien Berufen weiter an (+8%).

Abb. 10.6: Insolvenzen 2004
je 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen



Verhältnismäßig viele Unternehmensinsolvenzen in den neuen Ländern

In den neuen Ländern (ohne Berlin) fiel nach 1999 der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen moderater aus als im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin). Im Jahr 2004 gingen die Unternehmensinsolvenzen in den neuen Ländern um 3,7% zurück, im Westen wurde dagegen ein Anstieg um 0,5% verzeichnet. Trotzdem gibt es in den neuen Ländern, gemessen am Unternehmensbestand, immer noch erheblich mehr Unternehmenszusammenbrüche als im früheren Bundesgebiet. Außer einem Ost-West Gefälle lässt sich auch ein Nord-Süd Gefälle feststellen, wobei die wirtschaftliche Lage in Baden-Württemberg am stabilsten scheint. Je 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen ereigneten sich 2004 in Baden-Württemberg 79 Insolvenzen. In den neuen Ländern ist diese Quote in Thüringen mit 137 Fällen am niedrigsten, aber immer noch fast doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg. Zu den relativ meisten Insolvenzen kam es 2004 im früheren Bundesgebiet in Nordrhein-Westfalen (194) und in den neuen Ländern in Sachsen-Anhalt (257).

11 Wirtschaftsbereiche

Landwirtschaft

Statistische Daten zur Landwirtschaft sind nicht nur für die Europäische Kommission und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz von Interesse, sondern auch für viele Bereiche der Wirtschaft und Wissenschaft. Die Ergebnisse der Agrarstatistiken bilden für den Rat und die Kommission der Europäischen Union eine unverzichtbare Grundlage zur Bewertung der Gemeinschaftspolitik. Sie erlauben Rückschlüsse auf die strukturellen Anpassungen in der Landwirtschaft und liefern wichtige Entscheidungshilfen für Maßnahmen der Markt- und Preispolitik und der damit verbundenen Agrarausgaben.

Mit Abstand die meisten landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern

In Deutschland gab es am 1. Mai 2003 rund 421 000 landwirtschaftliche Betriebe. Diese bewirtschafteten gut 17 Mill. Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF).

Tab. 11.1: Landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland 2003

Bayern	135 372
Baden-Württemberg	65 753
Niedersachsen	57 588
Nordrhein-Westfalen	54 531
Rheinland-Pfalz	29 330
Hessen	25 529
Schleswig-Holstein	19 265
Sachsen	8 132
Brandenburg	6 709
Mecklenburg-Vorpommern	5 229
Thüringen	5 071
Sachsen-Anhalt	4 941
Saarland	1 806
Stadtstaaten	1 441
Deutschland	420 697

Über 90 % der Betriebe lagen im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin). Allein in Bayern wirtschafteten mehr als 135 000 Betriebe, gefolgt von Baden-Württemberg und Niedersachsen mit rund 66 000 bzw. 58 000 Betrieben. Diese Länder waren auch diejenigen mit den höchsten Anteilen an der landwirtschaft-

lich genutzten Fläche – neben Nordrhein-Westfalen mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1,5 Mill. Hektar. Mehr als 50 % der bundesweiten Fläche wurden in diesen vier Flächenländern bewirtschaftet. Insbesondere Bayern und Niedersachsen verfügten mit rund 3,3 bzw. 2,6 Mill. Hektar über einen hohen Anteil. Im Saarland bewirtschafteten lediglich rund 1 800 Betriebe 77 000 Hektar.

Tab. 11.2: Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Deutschland 2003 in ha

Bayern	3 269 080
Niedersachsen	2 618 535
Nordrhein-Westfalen	1 525 943
Baden-Württemberg	1 452 682
Mecklenburg-Vorpommern	1 348 593
Brandenburg	1 328 474
Sachsen-Anhalt	1 168 068
Schleswig-Holstein	1 017 987
Sachsen	913 500
Thüringen	793 538
Hessen	763 299
Rheinland-Pfalz	706 537
Saarland	77 288
Stadtstaaten	24 444
Deutschland	17 007 968

Die Landwirtschaft in den neuen Ländern ist im Vergleich zum früheren Bundesgebiet durch eine wesentlich geringere Anzahl von Betrieben geprägt. Die regionalen Unterschiede waren hier mit einer Spanne von 4 900 Betrieben in Sachsen-Anhalt bis zu 8 100 Betrieben in Sachsen geringer. Die größte landwirtschaftlich genutzte Fläche wiesen Mecklenburg-Vor-

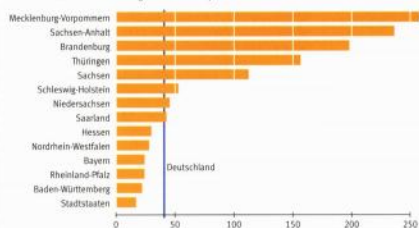
pommern und Brandenburg mit jeweils rund 1,3 Mill. Hektar auf.

Durchschnittliche Betriebsgröße in neuen Ländern deutlich über derjenigen im Westen

Die unterschiedliche historische Entwicklung der Landwirtschaft in den Bundesländern führte zu Gegensätzen in der Betriebsstruktur, die insbesondere an den Betriebsgrößen deutlich wird. In den neuen Bundesländern haben sich seit 1990 nach mehrjährigen Umstrukturierungsprozessen Strukturen herausgebildet, die bis in die Gegenwart Bestand haben und sich von denen im früheren Bundesgebiet deutlich unterscheiden. So betrug die durchschnittliche Betriebsgröße in den neuen Ländern im Jahr 2003 rund 185 Hektar, wobei in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die Flächenausstattung der Betriebe mit durchschnittlich 258 und 236 Hektar je Betrieb am höchsten war.

Eine völlig andere Größenstruktur weisen mit durchschnittlich rund 29 Hektar je Betrieb dagegen die landwirtschaftlichen Betriebe in den alten Bundesländern auf. Aber auch hier zeigen sich zwischen den Bundesländern Unterschiede: Im Süden herrschten 2003 mit durchschnittlich 22 Hektar in Baden-Württemberg sowie 24 Hektar in Rheinland-Pfalz und Bayern mehr kleine und mittlere Betriebe vor. Im Norden gab es mit durchschnittlich 53 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in Schleswig-Holstein und 45 Hektar in

Abb. 11.1: Durchschnittliche Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe 2003
Landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb in ha



Niedersachsen dagegen relativ viele größere landwirtschaftliche Betriebe.

Ackerbau bevorzugt – insbesondere in neuen Ländern

Ihren Schwerpunkt bei der pflanzlichen Produktion legten die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland im Jahr 2003 mit knapp 12 Mill. Hektar auf den Ackerbau. Das waren 70 % der rund 17 Mill. Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. 29 % wurden als Dauergrünland genutzt. Sonderkulturen, wie Beiland, spielten mit einem Anteil von 1 % an der landwirtschaftlich genutzten Fläche eine untergeordnete Rolle.

In den neuen Ländern lagen die Anteile des Ackerlandes deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Dies gilt mit 86 %, 80 % und 79 % insbesondere für Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Eine vergleichsweise geringere Bedeutung hatte das Ackerland im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit 49 %, 55 % bzw. 58 %. Dies lag an den großen Anteilen der Sonderkulturen (Rheinland-Pfalz) sowie des Dauergrünlandes (Baden-Württemberg, Saarland).

Die Nutzung des Ackerlandes erfolgt in Deutschland in erster Linie durch Getreide (z. B. Weizen, Roggen, Gerste), Futterpflanzen (z. B. Klee, Gras, Silomais), Handelsgewächse (z. B. Raps, Flachs, Körner Sonnenblumen) und Hackfrüchte (z. B. Kartoffeln, Zuckerrüben). Der Getreideanbau auf dem Ackerland betrug im Jahr

2003 6,8 Mill. Hektar; das waren 58 % der Ackerfläche.

Fast die Hälfte der Viehbestände in Bayern und Niedersachsen

In den insgesamt rund 306 000 landwirtschaftlichen Betrieben mit Viehhaltung in Deutschland wurden im Jahr 2003 13,6 Mill. Rinder, 26,3 Mill. Schweine, 2,7 Mill. Schafe, 123,4 Mill. Stück Geflügel und 0,5 Mill. Pferde gehalten. Damit waren die Rinder- und Schweinehaltung die bedeutendsten Zweige der landwirtschaftlichen Veredlungswirtschaft.

Tab. 11.3: Tiere in landwirtschaftlichen Betrieben 2003 in Großvieheinheiten

Bayern	3 302 444
Niedersachsen	3 050 837
Nordrhein-Westfalen	1 846 387
Baden-Württemberg	1 161 668
Schleswig-Holstein	1 106 698
Brandenburg	601 462
Mecklenburg-Vorpommern	548 591
Hessen	524 616
Sachsen	519 607
Sachsen-Anhalt	423 840
Thüringen	401 004
Rheinland-Pfalz	383 150
Saarland	52 252
Stadtstaaten	18 897
Deutschland	13 941 452

Die Viehhaltung konzentriert sich im Wesentlichen auf das frühere Bundesgebiet: 75 % der in Großvieheinheiten umgerechneten Nutztiere wurden 2003 in Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,

Großvieheinheit

Die Großvieheinheit ist ein Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztierarten auf der Basis des Lebendgewichts der einzelnen Tierarten. Eine Großvieheinheit entspricht 500 kg Lebendgewicht und ist auf den ganzjährig im Betrieb gehaltenen Durchschnittsbestand bezogen.

Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein gehalten. Dabei entfielen fast 60 % der Tierbestände auf Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In Bayern dominierte mit über 1,3 Mill. Tieren die Milchkühhaltung.

Schweinedichte in Nordrhein-Westfalen am höchsten

Die regionalen Schwerpunkte der Schweinebestände lagen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Gemessen an den Großvieheinheiten pro 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche hatten im Jahr 2003 Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit 121 bzw. 117 Großvieheinheiten die höchsten Nutzungsintensitäten bei einem Durchschnitt von 82 in Deutschland.

Niedersachsen ist Zentrum der Hennenhaltung

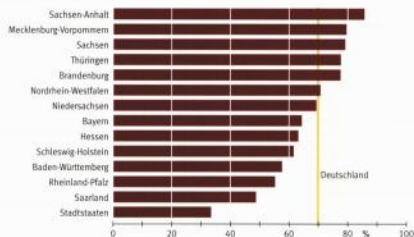
Weniger als 1 300 Betriebe verfügten am 1. Dezember 2004 über 38,6 Mill. Hennenhaltungsplätze, in denen 32 Mill. Hennen gehalten wurden. Niedersachsen ist dabei das Zentrum der Hennenhaltung.

Tab. 11.4: Anzahl der Hennenhaltungsplätze 2004¹⁾

Niedersachsen	12 938 336
Sachsen	4 019 172
Nordrhein-Westfalen	3 746 244
Bayern	3 525 254
Thüringen	2 192 006
Sachsen-Anhalt	2 005 520
Baden-Württemberg	1 869 352
Mecklenburg-Vorpommern	1 864 722
Hessen	1 414 195
Schleswig-Holstein	1 098 737
Rheinland-Pfalz	582 117
Brandenburg	.
Saarland	.
Stadtstaaten	.
Deutschland	38 566 899

1) In Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; Standtag 1. Dezember. - Zahlenwert ist geteilt zu haben.

Abb. 11.2: Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlich genutzten Fläche 2003



Knapp ein Drittel aller Stallplätze sind hier konzentriert. Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern folgen mit einem Anteil von zusammen 29% an allen vorhandenen Plätzen.

Höchster Anteil an Beschäftigten in Bayern und Baden-Württemberg

In der Landwirtschaft waren im Jahr 2003 rund 1,3 Mill. Arbeitskräfte beschäftigt. Zu den Beschäftigten zählen dabei sowohl die Familienarbeitskräfte als auch die familienfremden Lohnarbeitskräfte einschließlich Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen.

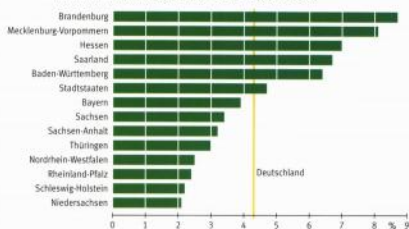
Knapp 44% der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Deutschland waren in Bayern und Baden-Württemberg tätig. Mit großem Abstand folgen die Flächenländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Bedingt durch die unterschiedliche historische Entwicklung und Betriebsstruktur weisen die Betriebe in den neuen Ländern eine vergleichsweise geringe Anzahl an Beschäftigten auf. So arbeiteten 2003 in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt jeweils weniger als 30 000 Arbeitskräfte, während in Bayern über 341 000 Personen in der Landwirtschaft tätig waren.

Tab. 11.5: Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben 2003

Bayern	341 800
Baden-Württemberg	226 900
Niedersachsen	179 300
Nordrhein-Westfalen	139 600
Rheinland-Pfalz	111 200
Hessen	76 300
Schleswig-Holstein	51 500
Sachsen	42 700
Brandenburg	39 200
Mecklenburg-Vorpommern	29 500
Thüringen	28 000
Sachsen-Anhalt	27 400
Stadtstaaten	5 400
Saarland	4 500
Deutschland	1 303 300

Abb. 11.3: Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt 2003



Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hessen mit den höchsten Öko-Anteilen

Im Jahr 2003 wirtschafteten in Deutschland rund 13 900 Betriebe mit ökologischem Landbau. Das waren 3,3% der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt. Sie verfügten über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von rund 731 200 Hektar. Die Gesamtfläche der Öko-Betriebe erreichte damit einen Anteil von 4,3% an der Fläche aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Tab. 11.6: Ökologisch wirtschaftende Betriebe in Deutschland 2003

Bayern	4 701
Baden-Württemberg	3 101
Hessen	1 450
Niedersachsen	1 023
Nordrhein-Westfalen	941
Mecklenburg-Vorpommern	600
Brandenburg	508
Rheinland-Pfalz	469
Schleswig-Holstein	344
Sachsen	233
Sachsen-Anhalt	203
Thüringen	162
Saarland	95
Stadtstaaten	33
Deutschland	13 863

Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hessen wiesen mit 11,5%, 7,5% und 5,7% im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohe Anteile an Öko-Betrie-

Öko-Landbau

Eine ökologische Bewirtschaftung liegt dann vor, wenn der Betrieb dem Kontrollverfahren nach der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 zum ökologischen Landbau unterliegt und nach deren Grundsätzen pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse produziert. Der Betrieb unterliegt dann einem obligatorischen Kontrollverfahren durch eine staatlich zugelassene Kontrollstelle.

ben innerhalb ihrer Landesgrenzen auf. Gleiches gilt mit 8,1%, 8,7% und 7,0% für die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe mit ökologischem Landbau in diesen drei Ländern.

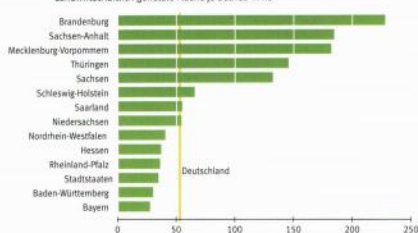
In den für die Landwirtschaft Deutschlands bedeutsamen Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein waren die Öko-Anteile sowohl an den Betrieben als auch an der Fläche mit am geringsten.

Deutlich größere Öko-Betriebe in den östlichen Bundesländern

Absolut gesehen war die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Bayern, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern am größten und mehr als 50% der Öko-Betriebe befanden sich 2003 in Bayern und Baden-Württemberg.

Betrachtet man die durchschnittliche Betriebsgröße der Öko-Betriebe, so zeigt sich auch im ökologischen Landbau die in der historischen Entwicklung begründete unterschiedliche Betriebsstruktur. Im früheren Bundesgebiet reicht die Spanne von 27 Hektar landwirtschaftlich ge-

Abb. 11.4: Durchschnittliche Betriebsgröße der Öko-Betriebe 2003
Landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb in ha



nutzer Fläche je Öko-Betrieb in Bayern bis 66 Hektar in Schleswig-Holstein. Dagegen verfügten die Öko-Betriebe in den neuen Ländern über eine durchschnittliche Flächenausstattung von 132 Hektar in Sachsen bis 228 Hektar in Brandenburg.

82% der Öko-Betriebe halten landwirtschaftliche Nutztiere

Knapp 11 400 Betriebe im ökologischen Landbau hielten im Jahr 2003 rund 528 000 Rinder, 145 000 Schweine, 280 000 Schafe und 1,6 Mill. Stück Geflügel. Das waren 3,3% der in Großvieheinheiten gemessenen Tierbestände in den Betrieben insgesamt. Der Schwerpunkt lag im Öko-Landbau bei der Rinderhaltung mit einem Anteil von 3,9% an den Rinderbeständen aller Betriebe. Wesentlich geringere Bedeutung kam der Schweine- und Geflügelhaltung zu, mit 0,6% bzw. 1,3% der jeweiligen Bestände insgesamt.

Die meisten Tiere im Öko-Landbau in Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern

Die meisten ökologisch wirtschaftenden Betriebe mit Tierhaltung lagen in den Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern. Diese drei Länder wiesen mehr als 50% der in Großvieheinheiten umgerechneten Tierbestände in Öko-Betrieben auf. Ein weiteres Viertel der landwirtschaftlichen Nutztiere im ökologischen Landbau entfiel auf die Länder Brandenburg, Hessen und Niedersachsen. In den anderen Bundesländern hatte die tierische Erzeugung in Öko-Betrieben kaum Gewicht.

Schwerpunkt der Tierhaltung im ökologischen Landbau war in allen Ländern die Rinderhaltung, die 74% bis 90% der gesamten Tierbestände (in Großvieheinheiten) in Öko-Betrieben ausmachte. Ins-

besondere in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen hatte die Milchkuhhaltung eine hohe Bedeutung, dagegen waren die Milchkuhbestände der Öko-Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern deutlich geringer.

In Niedersachsen, Hessen und dem Saarland mehr Schafe als Schweine in Öko-Betrieben

Als Besonderheit im Öko-Landbau ist die Stellung der Schafhaltung in der tierischen Erzeugung zu werten. In der Landwirtschaft insgesamt war die Schafhaltung im Vergleich zur Rinder- und Schweinehaltung weniger bedeutend, während beispielsweise die Öko-Betriebe in Niedersachsen, Hessen und dem Saarland im Jahr 2003 größere Tierbestände bei den Schafen als bei den Schweinen auswiesen.

Tab. 11.7: Tiere in ökologisch wirtschaftenden Betrieben 2003 in Großvieheinheiten

Bayern	108 008
Baden-Württemberg	72 049
Mecklenburg-Vorpommern	68 895
Brandenburg	46 901
Hessen	37 737
Niedersachsen	37 707
Nordrhein-Westfalen	30 991
Schleswig-Holstein	14 019
Thüringen	11 488
Sachsen	11 184
Sachsen-Anhalt	10 432
Rheinland-Pfalz	8 824
Saarland	3 184
Stadtstaaten	539
Deutschland	461 957

Produzierendes Gewerbe

In fast allen ostdeutschen Bundesländern nehmen Zahl der Betriebe, Beschäftigung und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe zu

Im Jahr 2004 gab es in Deutschland im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt 47 973 Betriebe von Unternehmen, in denen im Allgemeinen 20 und mehr Personen beschäftigt waren. Das waren 0,9% weniger als noch im Vorjahr. Die meisten Betriebe waren in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ansässig. Anteilig an allen Betrieben in Deutschland waren das rund 22 bzw. 18%. Der stärkste Rückgang in der Zahl der Betriebe im Vergleich zum Vorjahr war in 2004 im Stadtstaat Berlin (-6,4%) sowie in den Ländern Rheinland-Pfalz (-3,3%) bzw. Niedersachsen (-3,2%) zu verzeichnen. Die stärkste Zunahme von Betrieben konnte Sachsen verzeichnen (+5,4%).

Tab. 11.8: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2004

	Betriebe		Umsatz in Mill. Euro
	Anzahl	Beschäftigte in 1000	
Nordrhein-Westf.	10577	1 298	308 303
Baden-Württemb.	8 598	1 212	251 442
Bayern	7 786	1 164	280 844
Niedersachsen	3 944	527	146 626
Hessen	3 169	427	86 586
Sachsen	2 956	229	40 721
Rheinland-Pfalz	2 184	281	66 090
Thüringen	1 950	146	23 345
Schleswig-Holst.	1 380	128	30 278
Sachsen-Anhalt	1 375	111	25 964
Brandenburg	1 114	85	17 889
Berlin	860	102	30 556
M.-Vorpommern	704	49	8 925
Hamburg	535	95	64 266
Saarland	503	100	20 636
Bremen	348	61	20 898
Deutschland	47 973	6 015	142 336 9

Die meisten Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe gab es 2004 in den bevölkerungsstarken Bundesländern Nordrhein-Westfalen (1 298 344), Baden-Württemberg (1 211 628) und Bayern (1 164 433). Verglichen mit dem Vorjahr verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in Deutschland in diesem Wirtschaftsbe-

Produzierendes Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe umfasst in der Abgrenzung der amtlichen Statistik die Industrie und das produzierende Handwerk. In den Statistiken des Produzierenden Gewerbes werden im Allgemeinen nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erfasst. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes lassen sich die Teilbereiche „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe“, „Energie- und Wasserversorgung“ sowie das „Baugewerbe“ unterscheiden.

Das **Verarbeitende Gewerbe** sowie der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden (nachfolgend verkürzt „Verarbeitendes Gewerbe“) ist innerhalb des Produzierenden Gewerbes der bedeutendste Bereich: Er lässt sich nach der Art der hergestellten Güter weiter untergliedern in die Bereiche „Vorleistungsgüter“ (z. B. Chemische Industrie), „Investitionsgüter“ (z. B. Maschinenbau) sowie „Güter und Verbrauchsgüterproduzenten“ (z. B. Möbelherstellung oder Ernährungsgewerbe).

Beim **Baugewerbe** wird zwischen dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe unterschieden. Zum Bauhauptgewerbe zählen der Hoch- und Tiefbau sowie die vorbereitenden Baustellenarbeiten, während unter das Ausbaugewerbe weiterführende Tätigkeiten bis hin zur Fertigstellung der Bauten zur Gebrauchsfähigkeit fallen.

Betrieb

Ein **Unternehmen** wird in der amtlichen Statistik – wie bereits im Kapitel zu den Unternehmen erklärt – als kleinste rechtlich selbständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolges der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss. Das Unternehmen umfasst alle Betriebe.

Ein **Betrieb** ist eine örtlich getrennte Niederlassung des Unternehmens, einschließlich der zugehörigen oder in der Nähe liegenden Verwaltungs- und Hilfsbetriebe. Die Betriebe eines Unternehmens können in einem oder auch in unterschiedlichen Bundesländern liegen.

reich insgesamt um 1,9%. Dieser Rückgang zog sich durch alle Bundesländer mit Ausnahme der ostdeutschen Länder Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern; hier stieg die Zahl der Beschäftigten in 2004.

Betrachtet man Deutschland insgesamt, dann konnte im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2004 ein deutliches Umsatzplus (+5,6% zum Vorjahr) verbucht werden. Die stärksten Zuwachsraten entfielen hierbei auf das Saarland (+14%) und

auf Sachsen-Anhalt (+10,3%). Lediglich in Hamburg gingen die Umsätze zurück (-7,1%).

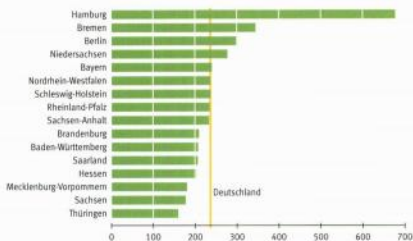
Mit Abstand höchste Produktivität in Hamburg

Setzt man den Umsatz ins Verhältnis zu den Beschäftigten erhält man die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten). Im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes hatte Hamburg die mit Abstand höchste Produktivität (siehe Abb. 11.6).

Abb. 11.5: Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2004



Abb. 11.6: Produktivität (Umsatz in Euro je Beschäftigten) im Verarbeitenden Gewerbe 2004



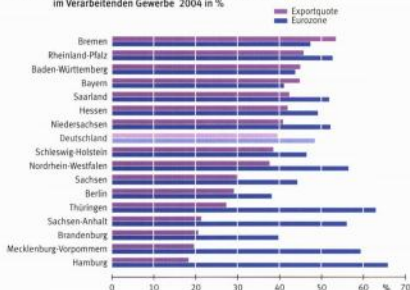
Höchste Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe in Bremen

Untergliedert man den Umsatz nach seiner Herkunft in Inlands- und Auslandsumsatz, so lässt sich hieraus die Exportquote errechnen. Die Exportquote von Deutschland insgesamt lag im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2004 bei 39,6%. Der Stadtstaat Bremen hatte von allen Bundesländern die höchste Exportquote (53,5%), gefolgt von Rheinland-Pfalz (45,8%) und Baden-Württemberg (45%). In Bremen tragen wichtige exportabhängige Wirtschaftszweige (Luft- und Raumfahrt, Schiffbau) zu dieser Entwicklung bei.

Umsatz mit Eurozone wichtig für Hamburg und Thüringen

Spätestens seit Einführung des Euro ist auch interessant, ob der Auslandsumsatz im Handel mit den Ländern der Eurozone oder mit dem sonstigen Ausland erzielt wurde. Deutschlandweit wurden in 2004 48,5% des Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe mit den Ländern der Eurozone getätigt. Innerhalb der Bundesländer lag der Umsatzanteil mit der Eurozone in den Ländern Hamburg und Thüringen mit über 60% besonders hoch. Dagegen hat Berlin fast 62% seines Auslandsumsatzes mit dem sonstigen Ausland getätigt.

Abb. 11.7: Exportquote und Anteil des Auslandsumsatzes mit der Eurozone im Verarbeitenden Gewerbe 2004 in %



Chemische Industrie insbesondere in Nordrhein-Westfalen von Bedeutung

Die meisten Betriebe der Chemischen Industrie gab es 2004 in Nordrhein-Westfalen. Bezogen auf das Bundesgebiet insgesamt betrug der Anteil rund 25%. In diesem Bundesland waren auch die meisten Beschäftigten in dieser Branche tätig (25,4%), die fast ein Drittel (33,2%) des Umsatzes erwirtschafteten. Darüber hinaus waren viele Betriebe der Chemischen Industrie in Baden-Württemberg und Bayern ansässig (rund 14%).

Tab. 11.9: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz in der Chemischen Industrie 2004 Anteil an Deutschland insgesamt in %

Bundesland	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
Nordrhein-Westf.	25,0	25,5	33,2
Bayern	14,0	13,3	9,3
Baden-Württemberg	13,9	13,2	10,1
Hessen	10,1	14,0	12,3
Niedersachsen	9,4	6,2	6,0
Rheinland-Pfalz	5,0	12,8	14,7
Sachsen-Anhalt	5,0	3,0	3,1
Sachsen	4,4	2,1	1,4
Schleswig-Holstein	3,6	3,0	2,9
Thüringen	2,5	1,2	0,7
Berlin	2,3	2,7	2,9
Brandenburg	1,4	1,0	1,0
Hamburg	1,3	1,6	1,8
Bremen	0,7	0,2	0,1
Meckl.-Vorpommern	0,7	0,3	0,4
Saarland	0,6	0,2	0,2
Summe	100	100	100

Baden-Württemberg federführend im Maschinenbau

Auch in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich der Investitionsgüterindustrie wurden über 70% des Umsatzes in den Bundesländern Baden-Württemberg (29,7%), Nordrhein-Westfalen (21,2%) und Bayern (22,5%) erzielt. Allerdings verzeichnet hier Baden-Württemberg und nicht Nordrhein-Westfalen den höchsten Anteil an der Zahl der Betriebe, der Beschäftigten und am Umsatz.

Tab. 11.10: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Maschinenbau 2004
Anteil an Deutschland insgesamt in %

	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
Baden-Württemberg	23,6	28,3	29,7
Nordrhein-Westf.	23,1	22,1	21,2
Bayern	14,0	20,3	22,5
Hessen	6,9	6,1	5,7
Niedersachsen	6,6	5,3	4,9
Sachsen	6,2	3,6	3,0
Rheinland-Pfalz	4,2	3,6	3,3
Thüringen	3,3	1,7	1,0
Schleswig-Holstein	2,6	2,2	2,4
Sachsen-Anhalt	2,3	1,1	0,7
Brandenburg	1,7	0,7	0,5
Berlin	1,5	1,2	1,2
Hamburg	1,2	1,4	1,7
Saarland	1,1	1,3	1,2
Meckl.-Vorpommern	0,9	0,4	0,2
Bremen	0,8	0,9	0,8
Summe	100	100	100

Medizin-, Mess-, Steuertechnik, Optik, Herstellung von Uhren: Umsatzstarkes Hessen

Auch in dieser Branche dominieren die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen, was die Zahl der Betriebe und die der Beschäftigten betrifft.

Tab. 11.11: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz in der Medizin-, Mess-, Steuertechnik, Optik, Herstellung von Uhren 2004
Anteil an Deutschland insgesamt in %

	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
Baden-Württemberg	21,4	28,6	29,0
Nordrhein-Westf.	16,5	11,3	8,8
Bayern	14,7	19,8	25,0
Hessen	8,1	11,7	11,6
Niedersachsen	7,5	5,7	4,3
Sachsen	5,4	2,7	1,6
Thüringen	4,8	3,6	2,9
Schleswig-Holstein	4,4	4,5	6,4
Berlin	3,7	3,0	3,1
Rheinland-Pfalz	3,6	2,4	1,6
Sachsen-Anhalt	2,5	1,1	0,5
Brandenburg	2,4	1,2	0,8
Hamburg	1,9	2,0	2,3
Meckl.-Vorpommern	1,3	0,5	0,2
Bremen	1,0	0,5	0,5
Saarland	0,9	1,4	1,3
Summe	100	100	100

Betrachtet man jedoch den Umsatz, dann liegt Hessen, wo nur 8,1% der Betriebe in dieser Branche ansässig sind, mit einem Anteil von 11,6% hinter Baden-Württemberg (29%) und Bayern (25%) an dritter Stelle der Rangliste.

Im Baugewerbe führt Bayern die Rangliste an – höchste Produktivität wieder in Hamburg

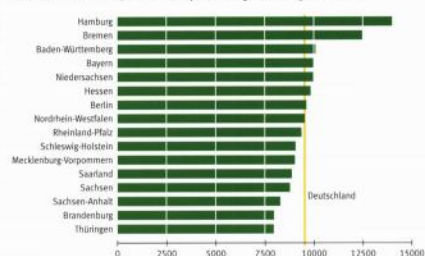
Ende Juni 2004 gab es in Deutschland 76 720 Betriebe, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit im Baugewerbe ausübten. Da-

bei waren die meisten Betriebe in Bayern (19,2%) und Nordrhein-Westfalen (14,4%) angesiedelt. Von den rund 786 000 Beschäftigten im deutschen Baugewerbe waren mehr als die Hälfte in den vier Ländern Bayern (17,9%), Nordrhein-Westfalen (16,3%), Baden-Württemberg (11,5%) und Niedersachsen (10%) tätig. In diesen Ländern wurden auch 57% des gesamten Umsatzes dieser Branche erwirtschaftet. Setzt man auch hier wieder den Umsatz ins Verhältnis zu den Beschäftigten (Produktivität), zeigt sich das Hamburg erneut den höchsten Wert aufweist.

Tab. 11.12: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Baugewerbe Juni 2004

	Betriebe		Beschäftigte		Umsatz
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mill. EUR
Bayern	14 706	140 731	1 410,8		
Nordrhein-Westfalen	11 082	127 937	1 220,1		
Baden-Württemberg	7 341	90 401	912,3		
Niedersachsen	6 386	78 668	784,2		
Sachsen	6 172	64 516	566,6		
Hessen	5 608	50 093	492,8		
Brandenburg	4 436	37 753	300,9		
Berlin	4 158	20 868	200,8		
Rheinland-Pfalz	3 711	38 361	359,4		
Thüringen	3 477	32 673	260		
Sachsen-Anhalt	3 075	35 750	296,3		
Schleswig-Holstein	2 647	22 741	206,3		
Mecklenburg-Vorpommern	1 702	20 585	186		
Hamburg	1 213	10 374	145,3		
Saarland	750	9 958	88,4		
Bremen	256	4 534	56,6		
Deutschland	76 720	785 943	7 487		

Abb. 11.8: Produktivität (Umsatz in Euro je Beschäftigten) im Baugewerbe 2004



Binnenhandel und Gastgewerbe

Handel in Deutschland erwirtschaftet rund 10 % des Bruttoinlandsprodukts

Der Handel nimmt eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Produktion und Verbraucher ein und liefert bundesweit einen Beitrag von rund 10 % zum Bruttoinlandsprodukt. Die monatliche Umsatzentwicklung im Handel stellt somit einen wichtigen Indikator zur Beurteilung der konjunkturellen Wirtschaftsentwicklung dar und wird zudem im Einzelhandel zur Einschätzung der Entwicklung der Binnen- nachfrage herangezogen. Auch lassen sich aus der Umsatzentwicklung im Einzelhandel wichtige Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums entnehmen.

Statistische Ergebnisse über die Umsatzentwicklung im Großhandel werden zwar auch bereitgestellt. Es bestehen aber berechnete Zweifel, ob die Länderergebnisse wie im Einzelhandel auch tatsächlich immer die vor Ort getätigten Umsätze darstellen oder ob sie nicht vielmehr den Sitz der belieferten Kunden ausweisen. In der Grundtendenz hat der Großhandel Distributionswege aufgebaut, die es ihm ermöglichen, den Einzelhandel oder die Produktionsbetriebe unabhängig vom Standort zu beliefern. Die Darstellung der Länderergebnisse im Handel konzentriert sich daher auf den Einzelhandel.

Umsätze im Einzelhandel in Hessen und Hamburg relativ hoch

Die rund 420 000 Unternehmen im Einzelhandel setzten im Jahr 2004 rund 319 Mrd. Euro um. Gut ein Fünftel des gesamten Einzelhandelsumsatzes wurde in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet. In Bayern und Baden-Württemberg wurden weitere 15 bzw. 14 % umgesetzt, so dass auf diese drei Bundesländer gut die Hälfte des gesamten Einzelhandelsumsatzes entfällt. Weitere 10 bzw. 9 % verteilen sich auf Niedersachsen und Hessen.

In der Mehrzahl der Bundesländer entspricht der Umsatzanteil in etwa dem Be-

Handelsstatistik

Die Handelsstatistik umfasst monatliche und jährliche Stichprobenerhebungen. Erfasst werden alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Handel betreiben. Einzelhandel betreibt, wer Handelswaren überwiegend an private Haushalte absetzt. Großhandel betreibt, wer Handelswaren in eigenem Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshändler) überwiegend an andere Abnehmer als private Haushalte (z. B. gewerbliche Betriebe, Einzelhändler) absetzt.

Konjunkturstatistik

Zum Erhebungsprogramm der Monatserhebung im Handel gehören die Erfassung des Monatsumsatzes (ab 250 000 Jahresumsatz je Unternehmen) sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Handel ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Monatserhebung im Handel wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturerhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

völkerungsanteil. In Hessen und Hamburg ist der Umsatzanteil dagegen weit höher.

In den neuen Bundesländern entfallen hingegen auf einen Bevölkerungsanteil in Höhe von 16 % der gesamten Wohnbevölkerung in Deutschland lediglich 13 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Diese Differenz lässt sich u. a. durch die nach wie vor bestehenden unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern erklären, die sich wiederum auf die Kaufkraft in den Bundesländern auswirkt.

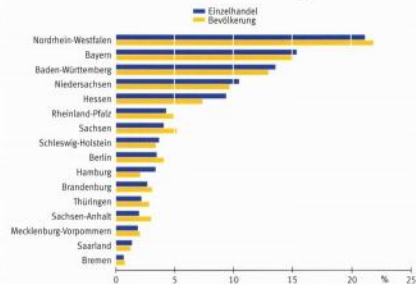
Westdeutsche Unternehmen dominieren Einzelhandel

Während die gerade genannten Angaben beschreiben, welchen Umsatz die Einzelhandelsunternehmen und deren Filialen vor Ort in den einzelnen Bundes-

ländern erzielen, gibt die Darstellung der Einzelhandelsunternehmen nach dem so genannten Sitzlandprinzip darüber Auskunft, in welchem Bundesland die großen Handelsunternehmen angesiedelt sind und wo der Umsatz des jeweiligen Unternehmens steuerlich verbucht wird.

Die umsatzstarken Einzelhandelsunternehmen sind stark konzentriert in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Auf die dort ansässigen Handelsunternehmen entfallen fast drei Viertel des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Hingegen erwirtschaften die in den fünf neuen Bundesländern ansässigen Einzelhandelsunternehmen anteilig zusammen nur 6 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Der Einzelhandel in Deutschland wird also im Wesentlichen von umsatzstarken westdeutschen Unternehmen dominiert.

Abb. 11.9: Anteile am Einzelhandelsumsatz und an der Bevölkerung 2004 in %



Vor allem in Niedersachsen bessere Umsatzentwicklung als in anderen Ländern

In den Jahren 2000 bis 2004 blieb der Umsatz der deutschen Einzelhändler real, also ohne Berücksichtigung der preisbedingten Umsatzveränderungen, nahezu gleich.

Betrachtet man nur die Entwicklung im Jahr 2004, so ergibt sich folgendes Bild: Deutschlandweit stieg der Einzelhandelsumsatz real um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Eine deutlich günstigere Entwicklung konnte mit +4,9 % insbesondere Niedersachsen aufweisen. Auch in Nordrhein-Westfalen (+3,1 %), Sachsen-Anhalt (+2,9 %), Bremen (+2,8 %), Rheinland-Pfalz (+2,5 %), Berlin (+2,2 %), Mecklenburg-Vorpommern (+1,5 %) und Thüringen (+1,6 %) wuchs der Einzelhandelsumsatz jeweils kräftiger als im Bundesdurchschnitt.

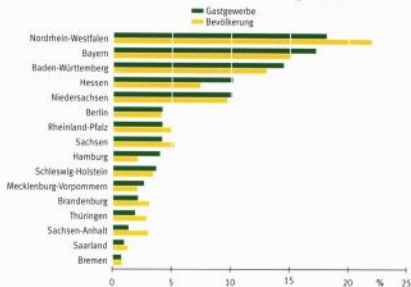
Damit veranschaulicht die Betrachtung der Umsatzentwicklung im Einzelhandel auf Bundeslandebene deutliche Unterschiede bei der konjunkturellen Entwicklung in den einzelnen Bundesländern. Ein regionaler Trend im Sinne eines Süd-Nord- oder West-Ost-Gefälles ist gleichwohl nicht feststellbar.

Gastgewerbe wird vorwiegend von kleineren und mittleren Unternehmen geprägt

Das Gastgewerbe umfasst die Bewirtung und die Beherbergung von Gästen und ist somit ein wesentlicher Anbieter touristischer Leistungen im Inland. Der wichtigste Wirtschaftszweig innerhalb des Gastgewerbes ist das Gaststättengewerbe, auf das rund 53 % des Umsatzes im Gastgewerbe entfallen. Zu diesem Bereich gehören die Getränke- und Speisegastronomie. Weitere 38 % werden vom Beherbergungsgewerbe erzielt, das Übernachtungsmöglichkeiten für Erholungs- und Geschäftsreisen anbietet. Die Kantinen und Caterer als dritte Gruppe der Branche, die u. a. auch die Fluggesellschaften mit vorgefertigten Speisen versorgen, erwirtschaften 9 % des Gesamtumsatzes.

Das Gastgewerbe ist anders als der Handel sehr stark durch kleinere und mittlere Unternehmen geprägt. So wird knapp die

Abb. 11.10: Anteile am Gastgewerbeumsatz und an der Bevölkerung 2004 in %



Hälfte des Umsatzes im Gastgewerbe von Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 500 000 Euro erwirtschaftet. Der Anteil des Gastgewerbes am realen Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2004 bei etwa 1,4 %.

Umsätze im Gastgewerbe in Hessen, Bayern und Hamburg relativ hoch

Im Jahr 2004 setzten die rund 260 000 Unternehmen des Gastgewerbes etwa 41 Mrd. Euro um. Gut 35 % des Gesamtumsatzes entfielen auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern, weitere 35 % auf Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen.

Wie im Einzelhandel entsprechen die Umsatzzanteile in der Mehrzahl der Bundesländer etwa dem Bevölkerungsanteil. Der Gastgewerbeumsatz hängt allerdings deutlich stärker vom Tourismus innerhalb

eines Landes ab als der Einzelhandelsumsatz. So erzielte beispielsweise Hessen mit einem Bevölkerungsanteil von 7 % rund 10 % des Gastgewerbeumsatzes. Aber auch in Bayern, Hamburg, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Berlin liegen die Umsatzzanteile über den Bevölkerungsanteilen.

Gastgewerbe nur in vier Ländern mit Umsatzzuwächsen

Das Gastgewerbe verzeichnete zwar auch im Jahr 2004 einen realen Umsatzrückgang gegenüber 2003, dieser fiel aber mit -2,0 % deutlich geringer aus als noch in den vorangegangenen Jahren (2002: -8,1 % und 2003: -4,7 %). Eine nach Branchen differenzierte Betrachtung zeigt, dass der letztjährige Rückgang von der negativen Umsatzentwicklung im Gaststättengewerbe (-3,3 %) bestimmt war. Die Kantinen und Caterer verbuchten nach Umsatzrückgängen in den Jahren 2001 bis 2003 im Jahr 2004 erstmals wieder einen Umsatzzuwachs von 0,5 %.

Betrachtet man die reale Umsatzentwicklung im Gastgewerbe in den Bundesländern im Vergleich, so zeigt sich, dass nur Bremen (+4,9 %), Sachsen (+1,5 %), Berlin (+0,9 %) und das Saarland (+0,5 %) zulegen konnten. Die größten Umsatzrückgänge gab es in Hessen (-12,2 %), Niedersachsen (-7,7 %), Brandenburg (-7,1 %), Baden-Württem-

berg (-4%), Bayern (-3,4%) und Hamburg (-2,2%).

Fasst man die Bundesländer zu Regionen zusammen, dann zeigt die reale Umsatzentwicklung im Gastgewerbe 2004 ein ausgeprägtes Ost-West- sowie Nord-Süd-Gefälle. So mussten die Bundesländer im Osten (Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) und im Norden Deutschlands (Bremen, Ham-

burg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) mit -1,2 bzw. -1,7% die geringsten Umsatzverluste hinnehmen. Die Umsatzrückgänge im Westen Deutschlands (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland) waren mit -3,9% und im Süden (Baden-Württemberg und Bayern) mit -3,7% dagegen mehr als dreimal so hoch wie im Osten und liegen deutlich über dem bundesweiten Verlust von -2,0%.

Außenhandel

Außenhandelsstatistiken sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung und somit ein wichtiges Instrument für zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträger. Sie ermöglichen beispielsweise subnationalen, nationalen und internationalen Behörden die Vorbereitung bi- und multilateraler Verhandlungen, helfen Unternehmen bei der Durchführung von Marktstudien und der Festlegung ihrer Handelsstrategie. Gleichfalls sind sie eine unverzichtbare Informationsquelle für Zahlungsbilanzstatistiken, die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung oder Konjunkturanalysen. Die Statistiken des Warenverkehrs dienen also verschiedenen Nutzerkreisen mit unterschiedlichen Bedürfnissen.

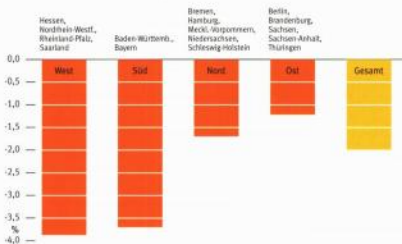
Deutliche Ost-West-Unterschiede im Volumen

Der Außenhandel der Bundesländer wies im Jahr 2004, vierzehn Jahre nach der Wiedervereinigung, immer noch große Ost-West-Unterschiede auf. So gehen nur 5,2% der Gesamtausfuhren aus den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) in das Ausland, aus dem Westen (inklusive Berlin) sind es hingegen 76,2%. (Die Differenz zu 100% enthält Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte Ursprungsbundesländer.) Im Jahr 2000 entfielen nur 4,3% der Gesamtausfuhren auf die neuen Bundesländer.

Bei den Einfuhren betrug der Anteil der ostdeutschen Bundesländer im Jahr 2004 5,1% und der der westdeutschen 91,6% an den Gesamteinfuhren. (Die Differenz zu 100% umfasst für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte Zielbundesländer.) Vier Jahre zuvor betrug der Anteil der neuen Bundesländer 4,3% an den Gesamteinfuhren.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch bei der Analyse des Pro-Kopf-Außenhandels der Bundesländer. So lag 2004 bei den Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit ihren großen Häfen der Pro-Kopf-Außenhandel etwa 65% bis 253% über dem Durchschnitt und die ostdeutschen Bundesländer hatten einen sehr unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Außenhandel, der

Abb. 11.11: Umsatzentwicklung im Gastgewerbe 2004
- Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Tab. 11.13: Außenhandel der Bundesländer im Jahr 2004

	Ausfuhren		Einfuhren	
	in Mill. Euro	in %	in Mill. Euro	in %
Nordrhein-Westfalen	133 886	18,3	138 422	23,9
Bayern	117 493	16,1	94 006	16,2
Baden-Württemberg	113 395	15,5	90 058	15,5
Niedersachsen	56 358	7,7	49 810	8,6
Hessen	37 157	5,1	53 985	9,3
Rheinland-Pfalz	31 725	4,3	19 502	3,4
Hamburg	20 698	2,8	41 594	7,2
Sachsen	16 260	2,2	9 831	1,7
Schleswig-Holstein	14 579	2,0	16 843	2,9
Bremen	11 754	1,6	10 470	1,8
Saarland	10 336	1,4	9 576	1,7
Berlin	10 040	1,4	6 480	1,1
Thüringen	7 357	1,0	5 175	0,9
Sachsen-Anhalt	6 174	0,8	5 421	0,9
Brandenburg	5 390	0,7	6 720	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	2 998	0,4	2 186	0,4
Rest ¹⁾	135 879	18,6	19 782	3,4
Deutschland insgesamt	731 479	100,0	579 861	100,0

1) Rest bei den Ausfuhren: Waren ausländischer Ursprungs und nicht ermittelte Ursprungsbundesländer; bei den Einfuhren: für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte Zielbundesländer.

zwischen etwa 19% und 52% des Durchschnitts betrug.

Im Osten Ausfuhr von Nahrungsmitteln bedeutender als im Westen

Aber nicht nur die Volumina des Außenhandels der ost- und westdeutschen Bundesländer sind unterschiedlich, sondern auch seine Zusammensetzung. Tabelle 11.14 zeigt die Aufteilung des Außenhandels auf die Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft. Demnach haben die Güter der Ernährungswirtschaft mit bundesweit

4,6% bei den Ausfuhren und 7,9% bei den Einfuhren einen relativ geringen Anteil am Außenhandel. Den größten Einzelposten verzeichnen die Enderzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft mit 75,3% bei den Ausfuhren und 62,6% bei den Einfuhren.

Betrachtet man nun einzelne Bundesländer, so ergeben sich teilweise erhebliche Abweichungen vom Bundesdurchschnitt. Die ostdeutschen Bundesländer haben im Vergleich zu den westdeutschen einen überdurchschnittlich großen Anteil an den Ausfuhren von Gütern der Ernäh-

rungswirtschaft und einen unterdurchschnittlichen Anteil an den Ausfuhren von Gütern der gewerblichen Wirtschaft, der aber innerhalb dieser Warengruppe nicht einheitlich ist.

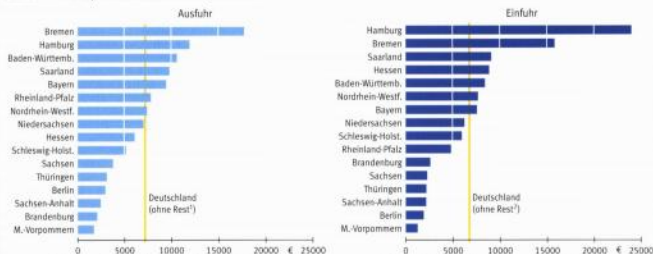
Bei den Einfuhren ergibt sich ein umgekehrtes Bild: Hier haben die ostdeutschen Bundesländer einen unterdurchschnittlichen Anteil an den Einfuhren von Gütern der Ernährungswirtschaft und einen überdurchschnittlichen Anteil bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft.

Diese Unterschiede sind darauf zurückzuführen, dass die ostdeutschen Bundesländer einen – im Vergleich zu Gesamtdeutschland – größeren Anteil ihrer Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei erwirtschaften.

Außenhandel legt insbesondere in neuen Ländern überdurchschnittlich zu

Die Bundesländer Thüringen (+64,4%), Sachsen-Anhalt (+59,0%) und Sachsen (+56,7%) haben bei den Exporten in den letzten Jahren (2000 bis 2004) im Vergleich zu den Gesamtausfuhren Deutschlands (+22,4%; ohne Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte Ursprungsbundesländer: +21,2%) deutlich zugelegt (siehe Abb. 11.13). Das geringste Exportwachstum hatten die Bundesländer Hamburg (+1,5%), Baden-Württemberg (+12,3%) und das Saarland (+17,0%).

Abb. 11.12: Pro-Kopf-Außenhandel in Euro im Jahr 2004



1) Rest: Waren ausländischer Ursprungs und nicht ermittelte Ursprungsbundesländer.

2) Rest: für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte Zielbundesländer.

Tab. 11.14: Außenhandel nach Warengruppen der Ernährungs- und gewerblichen Wirtschaft 2004 in %

	Ausfuhren			Einfuhr		
	Bundesdurchschnitt ¹⁾	West (inkl. Berlin)	Ost (ohne Berlin)	Bundesdurchschnitt ¹⁾	West (inkl. Berlin)	Ost (ohne Berlin)
Lebende Tiere	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1,6	1,7	2,7	2,1	2,1	1,6
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	2,2	2,2	4,3	4,6	4,6	4,8
Genussmittel	0,7	0,7	0,4	1,1	1,1	1
Güter der Ernährungswirtschaft	4,6	4,8	7,5	7,9	8	7,6
Rohstoffe	1,2	0,8	1,3	8,2	7,9	18,7
Halbwaren	4,3	4,7	6,1	6,9	7	7,9
Vorzugszeugnisse	12,7	13,7	16,1	10,7	10,7	12
Enderzeugnisse	75,3	74,6	67,7	62,6	63,6	51,2
Fertigwaren	88	88,3	83,8	73,3	74,3	63,2
Güter der gewerblichen Wirtschaft	93,6	93,8	91,2	88,4	89,1	89,8
nicht aufgliederbare Warenverkehre	1,8 ²⁾	1,4	1,3	3,7 ²⁾	2,9	2,6
Waren insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Inklusive Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte Ursprungsbundesländer bei den Ausfuhren und für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte Zielbundesländer bei den Einfuhren.
2) Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Im Vergleich zu den Gesamteinfuhren Deutschlands (+ 6,8 %; ohne für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte Zielbundesländer: + 10,6 %) nahmen

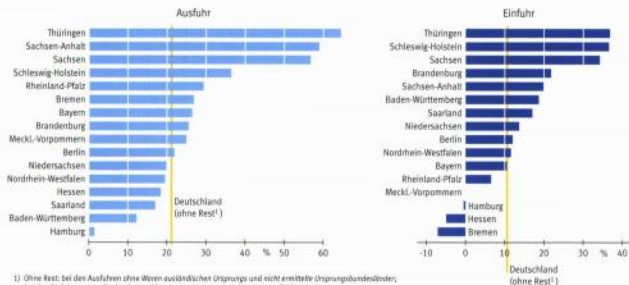
die Importe besonders stark in den Bundesländern Thüringen (+ 36,8 %), Schleswig-Holstein (+ 36,6 %) und Sachsen (+ 34,2 %) zu. Am schwächsten entwickel-

ten sich die Importe in den Bundesländern Bremen (- 7,1 %), Hessen (- 4,9 %) und Hamburg (- 0,5 %).

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss allerdings bedacht werden, dass Veränderungsdaten dargestellt werden. Betrachtet man die absoluten Zuwächse bzw. Verluste der einzelnen Bundesländer, so ergibt sich eine andere Rangfolge: Im Zeitraum 2000 bis 2004 wiesen die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bei den Ausfuhren absolut gesehen die höchsten Zuwächse auf. Bei den Einfuhren waren es dieselben Bundesländer, allerdings in der Reihenfolge Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern.

Dennoch zeigt die Analyse der Veränderungsdaten interessante Aspekte, wie z. B., dass bei den Ausfuhren alle und bei den Einfuhren mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern fast alle ostdeutschen Bundesländer überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnen konnten. Diese hohen Zuwachsraten wurden jedoch von einem relativ niedrigen Niveau ausgehend realisiert.

Abb. 11.13: Veränderungsraten der Aus- bzw. Einfuhren im Zeitraum 2000 bis 2004



Tourismus

Reisen und Tourismus haben in der Rangskala der Bundesbürger eine sehr hohe Bedeutung. Die jährliche Urlaubsreise wird von den meisten Deutschen als eine feste und geradezu selbstverständliche Größe in ihrem Jahresablauf betrachtet. Wegen ihrer Reisefreudigkeit bezeichnen sich die Deutschen auch selbst gern als die Reiseweltmeister.

Doch der Tourismus ist nicht nur für das subjektive Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung, er ist auch ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft des Landes. So kommt eine vom ehemaligen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit in Auftrag gegebene Studie zu dem Ergebnis, dass ein Anteil von 3,2% an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland auf die Nachfrage von Touristen zurückzuführen ist. Rund 1,6 Mill. Beschäftigte sind im Bereich der Tourismuswirtschaft tätig. Allein für Reisen ins Ausland gaben die Bundesbürger im Jahr 2004 58,1 Mrd. Euro aus und lagen damit in Europa an erster Stelle.

Beherbergungsstatistik

Im Rahmen der Beherbergungsstatistik werden monatlich Angaben zur Zahl der Gästeankünfte, der Übernachtungen sowie zu den Übernachtungskapazitäten (Betriebe, Betten, Stellplätze auf Campingplätzen) und deren Auslastung erhoben. Zusätzlich wird einmal im Jahr die Zahl der Gästezimmer bei den Betrieben der Hotellerie erfasst.

Berichtspflichtig sind Beherbergungsbetriebe, die über neun oder mehr Betten verfügen sowie Campingplätze mit mehr als drei Stellplätzen (ohne Dauercamping). Zur Zeit melden ca. 56 500 Betriebe zur Beherbergungsstatistik. Die Daten werden von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben und aufbereitet. Sie leiten die Landesergebnisse weiter an das Statistische Bundesamt, das sie zum Bundesergebnis zusammenfasst und veröffentlicht. Erste Ergebnisse werden ca. 40 Tage nach Ablauf des Berichtsmonats veröffentlicht.

Die Beherbergungsstatistik ist die wichtigste Informationsquelle über die kurzfristige, konjunkturelle Entwicklung des Tourismus in Deutschland. Sie liefert ebenfalls grundlegende Angaben über die Struktur des Beherbergungssektors in Deutschland.

Die meisten Übernachtungen entfallen auf Bayern

Im Jahr 2004 wurden in deutschen Beherbergungsbetrieben 338,8 Mill. Übernachtungen gezählt. Diese Zahl lag geringfügig über derjenigen der beiden Vorjahre 2003 und 2002, die jeweils 338,4 Mill. betragen hatte, aber immer noch unter dem bisherigen Rekordergebnis aus dem Jahr der Weltausstellung EXPO 2000 mit 347,4 Mill. Nach der absoluten Zahl der Übernachtungen ist Bayern das Tourismusland Nummer eins in Deutschland. Die 73,7 Mill. Übernachtungen im Freistaat im Jahr 2004 entsprechen einem Anteil von 21,7% aller Übernachtungen in Deutschland. Erst mit einigem Abstand folgen dann die Bundesländer Baden-Württemberg (11,8%), Nordrhein-Westfalen (11,1%) und Niedersachsen (10,2%).

Mecklenburg-Vorpommern hat die meisten Übernachtungen pro Einwohner

Betrachtet man dagegen die relative Bedeutung des Tourismus für die einzelnen Bundesländer gemessen an der Zahl der Übernachtungen je 1 000 Einwohner, so ergibt sich eine andere Rangfolge (siehe Abb. 11.15): Hier liegt Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2004 mit 14 134 Übernachtungen je 1 000 Einwohner deutlich an der Spitze. Erst mit einigem Abstand folgen dann Schleswig-Holstein mit 7 833 Übernachtungen je 1 000 Einwohner und Bayern (5 927 Übernachtungen je 1 000 Einwohner).

Die drei Stadtstaaten erzielten 2004 die höchsten Zuwachsraten bei den Übernachtungen

Die Entwicklung der Gästeübernachtungen verlief im Jahr 2004 in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Die Spanne der Veränderungsraten reichte von +16,1% für Berlin bis -6,0% für Mecklenburg-Vorpommern.

Tab. 11.15: Entwicklung der Gästeübernachtungen 2004
Veränderung zu 2003 in %

Berlin	16,1
Hamburg	9,2
Bremen	8,3
Sachsen-Anhalt	3,7
Sachsen	3,6
Nordrhein-Westfalen	3,0
Baden-Württemberg	0,3
Bayern	-0,2
Hessen	-0,3
Rheinland-Pfalz	-0,3
Brandenburg	-0,3
Thüringen	-0,6
Saarland	-1,0
Niedersachsen	-2,7
Schleswig-Holstein	-4,9
Mecklenburg-Vorpommern	-6,0
Deutschland	0,1

An der Spitze der Tourismusentwicklung im Jahr 2004 standen die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Sie repräsentieren ein Teilssegment des Tourismusmarktes in Deutschland, den Städtetourismus, der in den zurückliegenden Jahren zumeist überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielen konnte. Dabei werden hier

Abb. 11.14: Verteilung der Übernachtungen auf die Bundesländer 2004

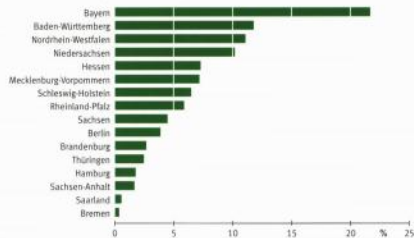
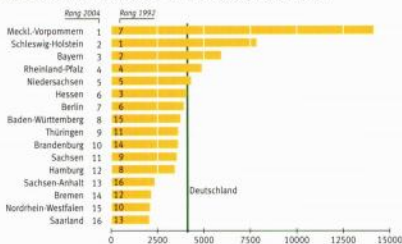


Abb. 11.15: Tourismusintensität 2004 – Übernachtungen je 1000 Einwohner



unter diesem Begriff sowohl die privaten Städtereisen subsumiert als auch die geschäftlich motivierten.

Die privaten Städtereisen sind häufig mit dem Besuch kultureller oder sportlicher Veranstaltungen (Eventtourismus) verbunden. Das Einkaufserlebnis in den besuchten Städten ist ein weiteres wichtiges Motiv, dessen ökonomische Bedeutung neben den Ausgaben, die die Touristen in der Hotellerie und der Gastronomie tätigen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die jeweiligen Städte ist. Die Geschäftsreisen spielen in den großen Städten auch eine wichtige Rolle. Sie können die Kontakte mit Geschäftspartnern zum Ziel haben. Daneben hat Deutschland eine herausragende Stellung als internationaler Standort für Messen und Konferenzen.

Am Ende der Rangskala der Tourismusentwicklung des Jahres 2004 standen mit Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern die drei Bundesländer, die an der Nord- und Ostseeküste liegen. Der Seebädertourismus ist in besonderem Maße vom Wetter abhängig und darüber hinaus sehr stark auf die Sommermonate konzentriert. Hier dürfte sich der verregnete Sommer des Jahres 2004 besonders stark auf das negative Ergebnis der drei Bundesländer ausgewirkt haben.

Seit Anfang der 90er Jahre starke Zuwächse im Tourismus der neuen Länder

In der längerfristigen Betrachtung konnten die neuen Länder ihre Übernachtungszahlen sehr stark ausweiten. Dabei ist sicherlich zu berücksichtigen, dass die Tourismusentwicklung hier nach der fälligen Umstrukturierung des ehemaligen DDR-Erholungswesens auf einem niedrigeren Niveau ihren Anfang nahm. Jahresultimate der Beherbergungsstatistik liegen für die neuen Länder ab dem Jahr 1992 vor. In der Zeit von 1992 bis 2004 konnten die neuen Länder (einschl. Berlin-Ost) die Zahl ihrer Übernachtungen von 32,2 Mill. auf 68,1 Mill. steigern und damit mehr als verdoppeln (+ 111,5%).

Tab. 11.16: Entwicklung der Gästeübernachtungen 1992 - 2004 in %

Mecklenburg-Vorpommern	158,8
Sachsen	111,1
Brandenburg	99,7
Sachsen-Anhalt	80,0
Berlin	68,9
Thüringen	49,4
Hamburg	44,6
Bremen	32,9
Saarland	9,3
Nordrhein-Westfalen	1,2
Rheinland-Pfalz	-2,2
Niedersachsen	-5,6
Baden-Württemberg	-7,3
Bayern	-9,6
Schleswig-Holstein	-13,1
Hessen	-14,4
Deutschland	6,4

Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Übernachtungen im früheren Bundesgebiet von 286,3 Mill. auf 270,7 Mill. (- 5,4%).

Den mit Abstand höchsten Zuwachs erzielte in dem 12-Jahreszeitraum von 1992 bis 2004 Mecklenburg-Vorpommern mit einem Plus von 158,8%. Doch auch Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und – mit einigem Abstand – Thüringen konnten deutliche Steigerungen ihrer Übernachtungszahlen erreichen. Berlin, das stark von der Verlegung des Regierungssitzes im Jahr 1999 profitierte, Hamburg und Bremen zählen ebenfalls zu den Gewinnern der Entwicklung der letzten 12 Jahre. Einbußen erlitten dagegen die Flächenländer im früheren Bundesgebiet, denen mit den ostdeutschen Ländern nunmehr eine neue innerdeutsche Konkurrenz erwachsen ist.

Starke Zunahme der Übernachtungen ausländischer Gäste im Jahr 2004, insbesondere in Berlin

Als Wirtschaftsfaktor von besonderer Bedeutung ist der so genannte Incoming-Tourismus, also die Reisen und der Aufenthalt von Gästen aus dem Ausland. Im Jahr 2004 gaben ausländische Touristen in Deutschland 21 Mrd. Euro aus. Die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste stieg um 8,8% gegenüber dem Vorjahr auf 45,4 Mill. Das war der stärkste Zuwachs seit dem bisherigen Rekordjahr 2000. Die größte Steigerung erreichte Berlin, wo sich die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste um knapp ein Viertel (+ 24,6%) erhöhte. Neben den beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen konnten auch die drei Flächenländer Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zweistellige Zuwachsraten bei den Ausländerübernachtungen erzielen.

Starke Konzentration der ausländischen Gäste auf wenige Bundesländer

Es fällt auf, dass sich die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland sehr stark auf wenige Bundesländer konzentrieren. So entfallen mehr als die Hälfte (51,7%) der Übernachtungen dieser Gästegruppe allein auf die drei Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Und nimmt man die ersten acht, also

die Hälfte aller Bundesländer, so entfallen auf sie schon über 90 % aller Übernachtungen ausländischer Gäste in Deutschland. Während die neuen Länder (einschl. Berlin-Ost) bei den Übernachtungen inländischer Gäste inzwischen einen Anteil von 21,6 % erreicht haben, liegt ihr Anteil bei den Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland nur bei 10,2 %.

Tab 11.17: Übernachtungen ausländischer Gäste 2004

	Über-	Verände-	Anteil
	nach-	run-	ausl.
	in 1000	zu 2003	Gäste ¹⁾
			in %
Bayern	10426	9,8	23,0
Nordrhein-Westf.	6737	9,1	14,8
Baden-Württemberg	6298	8,1	13,9
Hessen	5030	8,5	11,1
Rheinland-Pfalz	4508	0,3	9,9
Berlin	4225	24,6	9,3
Niedersachsen	2187	0,1	4,8
Hamburg	1231	11,6	2,7
Sachsen	1088	12,4	2,4
Schleswig-Holstein	1038	2,2	2,3
Meckl.-Vorpommern	625	0,7	1,4
Brandenburg	552	7,2	1,2
Thüringen	523	14,8	1,2
Sachsen-Anhalt	353	12,4	0,8
Bremen	304	14,6	0,7
Saarland	250	2,8	0,6
Deutschland	45374	8,8	100,0

1) An allen Übernachtungen.

Der Dienstleistungssektor umfasst die Bereiche

- Handel und Gastgewerbe (Abschnitt G und H der Klassifikation der Wirtschaftszweige).
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Abschnitt I).
- Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitt J).
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (Abschnitt K).
- Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung (Abschnitt L).
- Erziehung und Unterricht (Abschnitt M).
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (Abschnitt N).
- Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (Abschnitt O).

Ausgewählte Dienstleistungen

Der Dienstleistungsbereich, auch als „tertiärer Sektor“ bezeichnet, produziert im Gegensatz zu den anderen Bereichen der Volkswirtschaft (Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe) keine materiellen Güter, sondern erbringt Leistungen sowohl für die Bevölkerung als auch für Unternehmen und den öffentlichen Sektor. Das Angebot an Dienstleistungen ist überaus vielfältig und umfasst Leistungen sehr unterschiedlicher Art.

Dienstleistungssektor wächst auf Kosten traditioneller Wirtschaftssektoren

Schon in den Kapiteln zur Gesamtwirtschaft, zum Arbeitsmarkt und zu den Unternehmen ist deutlich geworden, dass der Dienstleistungssektor in Deutschland auf Kosten der traditionellen Wirtschaftssektoren wächst. Waren z. B. im Jahr 1950 knapp ein Drittel der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich tätig, so waren es 2002 bereits 70 %. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe um 15 Prozentpunkte von 43 auf 28 % und in der Landwirtschaft sogar um knapp 23 Prozentpunkte von 25 auf 2,3 %.

Starke Strukturveränderungen innerhalb des Dienstleistungssektors

Auch innerhalb des Dienstleistungssektors haben sich in den letzten Jahren erhebliche Strukturveränderungen vollzogen. Während früher typischerweise konsumnahe Dienstleistungen, wie Leistungen im Handel und Gastgewerbe, vorrangig von privaten Haushalten in Anspruch genommen wurden, liegt der Schwerpunkt heute bei unternehmensnahen Dienstleistungen. Es entstanden völlig neue Dienstleistungszweige, wie zum Beispiel die Dienste der Telekommunikation, die elektronische Informationsbeschaffung und -verarbeitung sowie die Logistik und das Leasing. Sie prägen die Struktur und die Entwicklung der Wirtschaft immer stärker, weil sie im Rahmen der sich vertiefenden Arbeitsteilung Leistungen für alle Wirtschaftsbereiche zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bereitstellen. Das gilt auch für die vielfältigen beratenden Dienstleistungen, wie z. B. die

Wichtige Dienstleistungsbereiche und ihre statistische Abbildung

Der statistische Nachweis der Leistungsfähigkeit des Dienstleistungssektors ist gegenwärtig noch recht uneinheitlich. Während z. B. die Handels- und Gastgewerbestatistiken bereits seit Jahren erhoben werden, gibt es andere Bereiche, in denen Unternehmensstatistiken erst seit kurzer Zeit durchgeführt werden. Zu letzteren gehören die Abschnitte I und K der Wirtschaftszweigklassifikation:

Wirtschaftsabschnitt I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung

- Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen
- Schifffahrt
- Luftfahrt
- Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung
- Nachrichtenübermittlung

Wirtschaftsabschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen

- Grundstücks- und Wohnungswesen
- Vermietung beweglicher Sachen
- Datenverarbeitung und Datenbanken
- Forschung und Entwicklung
- Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen

Die Aufzählung zeigt das breite Spektrum der Tätigkeiten der Unternehmen in den beiden betrachteten Wirtschaftsabschnitten I und K. Dies findet seinen Ausdruck insbesondere in der Vielfältigkeit der Tätigkeiten im Bereich der Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Zur Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen zählen im Einzelnen:

- Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung, Markt- und Meinungsforschung, Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften
- Architektur- und Ingenieurbüros
- technische, physikalische und chemische Untersuchung
- Werbung
- Personal- und Stellenvermittlung
- Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien
- Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln
- Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen

Die Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K werden erst seit dem Jahr 2000 im Rahmen der Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich zu Ihren Unternehmensdaten befragt.

Tab. 11.18: Unternehmen, Umsatz und Beschäftigte in den Wirtschaftsabschnitten I und K 2002

	Unternehmen		Umsatz aus selbstständiger Tätigkeit		Beschäftigte am 30.09.2002	
	Anzahl		Mrd. Euro		Anzahl	
Nordrhein-Westfalen	141 600		179,7		1 628 600	
Bayern	108 700		92,8		842 500	
Baden-Württemberg	106 600		71,2		701 300	
Hessen	53 100		88,1		659 800	
Niedersachsen	50 800		38,1		401 100	
Berlin	27 800		24,4		275 100	
Rheinland-Pfalz	27 500		17,8		210 300	
Sachsen	25 300		12,7		201 200	
Hamburg	21 300		36,6		214 700	
Schleswig-Holstein	19 100		13,9		141 000	
Thüringen	12 400		5,9		98 600	
Brandenburg	11 600		6,8		80 500	
Sachsen-Anhalt	11 000		5,6		105 000	
Mecklenburg-Vorpommern	9 300		5,2		74 000	
Saarland	7 000		4,7		56 800	
Bremen	5 300		9,0		75 100	
Deutschland	638 300		612,4		5 765 500	

Rechts-, Steuer- oder Unternehmensberatung, die für das Funktionieren der Marktwirtschaft unverzichtbar sind.

Im Zeitraum von 1970 bis 2002 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich von knapp 12 Mill. auf über 27 Mill. mehr als verdoppelt. Damit war dieser Wirtschaftssektor der „Job-Motor“ der deutschen Wirtschaft. Am stärksten gestiegen ist die Zahl der Arbeitsplätze bei den so genannten Unternehmensdienstleistern. Das sind Unternehmen, deren Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitt J der Klassifikation der Wirtschaftszweige) sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen, in der Vermietung beweglicher Sachen oder der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Abschnitt K) liegt. In diesem Marktsegment gab es 2002 fast viermal so viele Erwerbstätige wie 1970.

In der Unternehmenslandschaft zeigt sich die wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen einerseits durch zahlreiche Unternehmensneugründungen, andererseits aber auch durch Auslagerung von Unternehmensteilen mit Dienstleistungsfunktionen aus bestehenden Unternehmen – auch Outsourcing genannt. Letzteres findet vorzugsweise im Produzierenden Gewerbe statt, und zwar mit dem Ziel, die

Kosten durch Einbeziehung externer Spezialisten zu reduzieren und eine qualitative Verbesserung bei der Leistungserstellung zu erreichen.

Mit Abstand die meisten Verkehrs- und Unternehmensdienstleister in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg

Im Jahr 2002 gab es in Deutschland rund 638 300 Unternehmen und Einrichtungen in den Wirtschaftsabschnitten „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen Erbringung

von wirtschaftlichen Dienstleistungen“. Diese erwirtschafteten Umsätze bzw. Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit in Höhe von 612 Mrd. Euro und hatten fast 5,8 Mill. Beschäftigte.

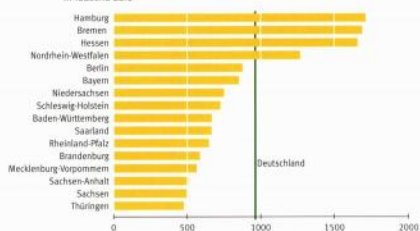
Mehr als die Hälfte dieser Unternehmen (56%) hatten ihren Sitz in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Dagegen entfielen nur 8,5% der Firmensitze auf die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Auch in den fünf neuen Bundesländern war der Anteil der Unternehmen mit 11% relativ gering.

Höchste Umsätze erzielen Unternehmen in Hamburg, Bremen und Hessen

Im Durchschnitt hat in Deutschland in den Abschnitten I und K im Jahr 2002 jedes Unternehmen Umsätze bzw. Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit in Höhe von 959 400 Euro erwirtschaftet. In den vier Bundesländern Hamburg, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen lagen die durchschnittlichen Umsätze deutlich über 1 Mill. Euro. In den restlichen 12 Ländern fielen die Durchschnittsumsätze mit 877 500 Euro in Berlin bis hin zu 477 400 Euro in Thüringen deutlich geringer aus. Damit erreichten die thüringischen Unternehmen durchschnittlich nur 28% des Umsatzniveaus der Unternehmen in Hamburg.

Diese Niveauunterschiede sind im Wesentlichen Folge der unterschiedlichen Struktur und Größe der in den einzelnen Bundesländern angesiedelten Unter-

Abb. 11.16: Umsatz je Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K 2002 in Tausend Euro



nehmen. So sind für die hohen Werte in Hamburg und Bremen vor allem die dort angesiedelten Unternehmen der Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft verantwortlich, zusammen mit den deutschlandweit operierenden Speditionsunternehmen. In Hessen und Nordrhein-Westfalen wird die Umsatzhöhe durch Großunternehmen wie die Post, die Telekom und die Bahn geprägt. Hinzu kommen bedeutende Industriestandorte und Finanzplätze, die einen erheblichen Bedarf an Dienstleistungen nach sich ziehen.

Marktbestimmende Großunternehmen in Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung waren im Jahr 2002 bundesweit rund 95 400 Unternehmen tätig. Sie beschäftigten 1,9 Mill. Personen und erwirtschafteten einen Umsatz in Höhe von 239 Mrd. Euro. Durchschnittlich waren je Unternehmen 20 Personen beschäftigt, der Umsatz je Unternehmen betrug im Mittel 2,6 Mill. Euro.

Diese hohen Durchschnittswerte werden durch einige marktbestimmende Großunternehmen wie die Deutsche Bahn AG, die Deutsche Lufthansa, die Deutsche Post AG oder die Telekom verursacht. In der Binnenschifffahrt und dem Taxigewerbe gibt es aber auch viele kleine Unternehmen, die meist als Familienbetrieb geführt werden.

Höchsten Umsatzanteil weist Nordrhein-Westfalen auf

Ordnet man die Umsätze der Unternehmen demjenigen Land zu, in dem die Unternehmen ihren Sitz haben, so weist Nordrhein-Westfalen 2002 mit 38,6% mit Abstand den höchsten Umsatzanteil in Deutschland auf, gefolgt von Hessen (17,1%) und Bayern (8,8%). Größere Unternehmen haben aber in der Regel Niederlassungen in mehreren Bundesländern und sind so genannte Mehrländerunternehmen. So arbeitet etwa die Telekom, die ihren Unternehmenssitz in Nordrhein-Westfalen hat, in ganz Deutschland und hat Niederlassungen in allen Bundesländern. Um die Leistungskraft der einzelnen Bundesländer real darzustellen, werden daher die Unternehmensergebnisse dahingehend bereinigt, dass nur die Leistungen von im

Bundesland ansässigen Niederlassungen erfasst werden. D. h. für das genannte Beispiel, dass die Unternehmensdaten der Telekom auf alle 16 Bundesländer entsprechend der Leistung der im betroffenen Bundesland angesiedelten Niederlassungen aufgeteilt werden. Im Ergebnis erhält man die Leistungen der in den einzelnen Bundesländern ansässigen Niederlassungen aller Unternehmen des Wirtschaftsbereiches unabhängig vom Sitz der Unternehmen.

Tab. 11.19: Umsatzanteil im Wirtschaftsabschnitt I 2002

	Umsatz nach	
	Unternehmenssitz	Sitz der Niederlassungen
	Anteil in %	
Nordrhein-Westfalen	38,6	23,4
Hessen	17,1	12,8
Bayern	8,8	13,8
Niedersachsen	7,5	10,0
Hamburg	7,2	7,7
Baden-Württemberg	6,0	10,7
Rheinland-Pfalz	3,2	2,9
Schleswig-Holstein	3,0	3,8
Bremen	2,4	2,9
Berlin	1,5	2,9
Sachsen	1,4	2,9
Brandenburg	0,8	1,4
Thüringen	0,8	1,4
Meckl.-Vorpommern	0,8	1,3
Sachsen-Anhalt	0,7	1,3
Saarland	0,5	1,0
Deutschland	100	100

Nach dieser Berechnung ergibt sich bei der Umsatzstärke eine andere Rangfolge der Länder: Nordrhein-Westfalen hat zwar mit einem stark gesunkenen Anteil von nunmehr 23,4% immer noch den ersten Platz inne, dann folgen aber z. B. mit 13,8% Bayern und erst dann mit 12,8% Hessen.

Höchste Produktivität in Hamburg, Bremen und Hessen

Setzt man den Umsatz, der von den Niederlassungen eines Bundeslandes erzielt wurde, in Bezug zu den Beschäftigten dieser Niederlassungen, so ergibt sich die Produktivität der einzelnen Bundesländer im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung. Hamburg nimmt hier mit Abstand den ersten Rang ein, gefolgt von Bremen, was auf die in diesen beiden Ländern angesiedelten Unternehmen des Seeverkehrs zurückzuführen ist. Das Schlusslicht bilden die fünf neuen Bundesländer.

Setzt man die Umsätze der im jeweiligen Bundesland angesiedelten Wirtschaftseinheiten zu den Einwohnern des betreffenden Bundeslandes in Beziehung, so zeigt sich, dass die Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit deutlichem Abstand die höchsten Werte aufweisen (siehe Abb. 11.18). Demgegenüber erreicht Nordrhein-Westfalen, das Land mit der größten Bevölkerungszahl, weniger als ein Drittel des Niveaus der führenden Stadtstaaten. Am Ende des Rankings liegen auch bei die-

Abb. 11.17: Produktivität in den Wirtschaftsabschnitten I und K 2002 in Tausend Euro

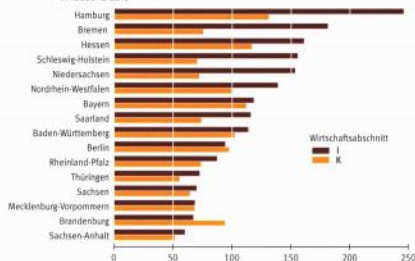
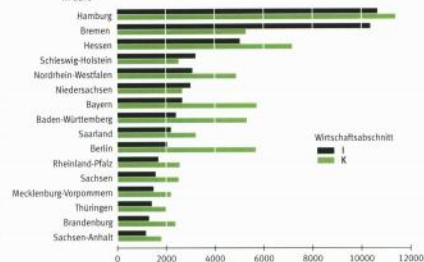


Abb. 11.18: Umsatz je Einwohner in den Wirtschaftsabschnitten I und K 2002 in Euro



ser Betrachtungsweise die neuen Bundesländer.

Viele kleine Unternehmensdienstleister

Im Wirtschaftsabschnitt K „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen“ sind Unternehmen und Einrichtungen mit sehr unterschiedlichem Leistungsprofil zusammengefasst. Schwerpunkte bilden das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, die vor allem Freiberufler wie Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Architekten und Ingenieure leisten.

Insgesamt waren im Jahr 2002 in Deutschland 543 000 Unternehmen im Wirtschaftsabschnitt K tätig. Sie erzielten zusammen einen Umsatz von 374 Mrd. Euro und beschäftigten 3,9 Mill. Personen. Mit durchschnittlich sieben Beschäftigten und einem Durchschnittsumsatz von 722 000 Euro je Unternehmen wird dieser Bereich fast ausschließlich durch kleine Wirtschaftseinheiten repräsentiert. 14% der Beschäftigten waren Eigentümer und mit helfende Familienangehörige. 74% der Unternehmen hatten einen Jahresumsatz von jeweils weniger als 250 000 Euro.

Höchsten Umsatzanteil hat wiederum Nordrhein-Westfalen

Die kleingliedrige Struktur im Wirtschaftsabschnitt K hat zur Folge, dass hier weniger Mehrländerunternehmen tätig sind. Der Anteil der Bundesländer am Gesamtumsatz ändert sich daher auch nur geringfügig, wenn die Unternehmen nach ihrem Unternehmenssitz bzw. dem Sitz ihrer Niederlassungen regional zugeordnet werden.

Tab. 11.20: Umsatzanteil im Wirtschaftsabschnitt K 2002

	Umsatz nach	
	Unternehmenssitz	Sitz der Niederlassungen
	Anteil in %	
Nordrhein-Westfalen	23,4	23,6
Bayern	19,2	18,9
Baden-Württemberg	15,2	15,1
Hessen	12,7	11,7
Berlin	5,6	5,1
Niedersachsen	5,4	5,7
Hamburg	5,2	5,3
Rheinland-Pfalz	2,7	2,8
Sachsen	2,5	2,9
Schleswig-Holstein	1,8	1,9
Brandenburg	1,3	1,6
Thüringen	1,1	1,3
Sachsen-Anhalt	1,1	1,2
Saarland	1,0	0,9
Meckl.-Vorpommern	0,9	1,0
Bremen	0,9	0,9
Deutschland	100	100

Vor allem Hessen ist durch Unternehmen geprägt, die Niederlassungen in anderen Bundesländern betreiben und dort 2002 einen Umsatz von rund 3,8 Mrd. Euro erzielten. Demgegenüber befinden sich vor allem in Sachsen, Brandenburg und Niedersachsen Niederlassungen von Unternehmen, die ihren Sitz in anderen Bundesländern haben.

Höchste Produktivität in Hamburg, Hessen und Bayern

Ein Vergleich der Produktivität der Unternehmensdienstleister im Jahr 2002 zeigt deutlich geringere Niveauunterschiede als bei den Unternehmen im Wirtschaftsabschnitt I (siehe Abb. 11.17). So erreichen die Wirtschaftseinheiten in Sachsen-Anhalt rund 39% des Niveaus des führenden Bundeslandes Hamburg (im Abschnitt I lediglich 24%). Generell sind auch die Niveauunterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern hier geringer als im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung; die Produktivität in Brandenburg überstieg 2002 sogar diejenige, die in fünf alten Bundesländern erreicht wurde.

Umsatz je Einwohner in Hamburg mit Abstand am höchsten

Die Tätigkeiten der Unternehmen im Abschnitt K, wie Rechtsanwälte, Steuerberater und Architekten, werden nicht ausschließlich Unternehmen angeboten, sondern auch der Bevölkerung. Daher sollte der Umsatz eines Bundeslandes in diesem Bereich auch stark mit der Bevölkerungszahl korrelieren. Tatsächlich wies Hamburg im Jahr 2002 mit Abstand den höchsten Umsatz je Einwohner auf, was darauf schließen lässt, dass viele Personen, die im Umland von Hamburg wohnen (Schleswig-Holstein und Niedersachsen) Dienstleistungen von Unternehmen in Anspruch nehmen, die in Hamburg tätig sind (siehe Abb. 11.18).

12 Öffentliche Finanzen

Auf Länder und Kommunen entfallen 38 % der öffentlichen Schulden

Mehr als ein Drittel aller öffentlichen Einnahmen und Ausgaben flossen 2004 durch die Kassen der 16 Bundesländer und der rund 13 700 Kommunen. Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 2004 Einnahmen von insgesamt 324,4 Mrd. Euro (ohne Kredite und Rücklagenmittel). Ausgaben zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben entstanden ihnen gleichzeitig in Höhe von 353,4 Mrd. Euro.

Einnahmen und Ausgaben der Länder

Zu den öffentlichen Haushalten zählen der Bund, die Sondervermögen des Bundes sowie die EU-Anteile, die Länder, die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände und die Sozialversicherung. Die Einnahmen und Ausgaben der Länder schließen die der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände ein – sie sind um Zahlungen zwischen den öffentlichen Haushalten bereinigt. Der Vergleich zwischen den Ländern und der Vergleich im Zeitablauf sind in gewissem Umfang dadurch beeinträchtigt, dass öffentliche Einrichtungen aus Landes- und Kommunalhaushalten ausgliedert werden.

Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben errechnet sich ein Finanzierungsdefizit (einschl. des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) von 29,1 Mrd. Euro, das durch eine Nettokreditaufnahme von 23,7 Mrd. Euro sowie durch Entnahmen aus Rücklagen und durch kurzfristige Kassenkredite gedeckt wurde.

Am Ende des Jahres 2004 betrug der Schuldenstand der Länder 442,9 Mrd. Euro, zu denen sich Schulden der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände in Höhe von 84,3 Mrd. Euro addierten. Zusammen war das mehr als ein Drittel (38 %) aller öffentlichen Schulden (ohne die kurzfristigen Kassenkredite in Höhe von 25,6 Mrd. Euro).

Im Zeitraum von 1992, dem ersten Jahr, in dem auch Daten über die öffentlichen Finanzen der neuen Bundesländer vorliegen, und dem Jahr 2004 hat sich das Einnahmenvolumen der Länder- und Kommunalhaushalte zusammen um rund 3 % erhöht (siehe Abb. 12.1).

Der Anstieg bei den Ausgaben lag um einen Prozentpunkt darüber, so dass das Finanzierungsdefizit von 24,9 Mrd. Euro in 1992 auf 29,1 Mrd. Euro am Ende des Betrachtungszeitraums anstieg.

Tab. 12.1: Öffentliche Einnahmen, Ausgaben und Schulden 2004

	Einnahmen ¹⁾	Ausgaben ¹⁾	Schulden ²⁾
			Mrd. EUR
Nordrhein-Westfalen	68,3	76,7	126,6
Bayern	49,8	51,2	36,1
Baden-Württemberg	42,0	43,9	44,0
Niedersachsen	28,9	31,3	54,6
Hessen	25,3	28,1	36,5
Sachsen	19,1	19,2	17,0
Berlin	17,6	20,5	53,9
Rheinland-Pfalz	14,3	15,9	27,9
Brandenburg	11,2	11,9	18,2
Sachsen-Anhalt	11,0	12,3	21,4
Schleswig-Holstein	10,3	11,4	21,9
Thüringen	9,6	10,7	16,9
Hamburg	9,4	10,5	20,4
Meckl.-Vorpommern	7,8	8,4	12,3
Saarland	3,8	4,4	8,3
Bremen	3,3	4,2	11,3
Deutschland	324,4	353,4	527,2

1) Vierteljährliche Kassenergebnisse, Haushalte der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen. Stufenweise um Zahlungen zwischen den öffentlichen Haushalten bereinigt; die Summe der Einnahmen und Ausgaben ist daher nicht identisch mit der rechnerischen Summe aller Länder.

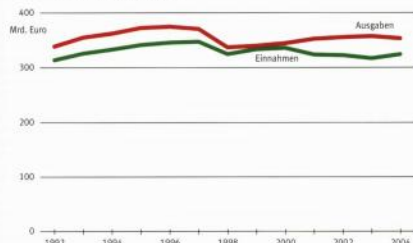
2) Kreditinstitutschulden im weiteren Sinne, ohne Schulden der öffentlichen Haushalte untereinander und ohne Kassenverstärkungskredite.

Stadtstaaten haben die höchsten Einnahmen, Ausgaben und Schulden pro Kopf

Im Bundesdurchschnitt beliefen sich im Jahr 2004 die Einnahmen der öffentlichen Haushalte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände auf 3 932 Euro je Einwohner. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben lagen mit 4 284 Euro darüber. Die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen verfügten über die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen (nach Durchführung des Finanzausgleichs) und tätigten auch die höchsten Ausgaben je Einwohner (siehe Abb. 12.2). Die fünf ostdeutschen Bundesländer sowie Hessen und Bayern folgten mit über dem Länderdurchschnitt liegenden Einnahmen zwischen 4 000 und 4 500 Euro je Einwohner. Bei den Ausgaben je Einwohner lagen Hessen und die ostdeutschen Länder deutlich über dem Durchschnitt, Nordrhein-Westfalen mit 4 242 Euro je Einwohner leicht darunter.

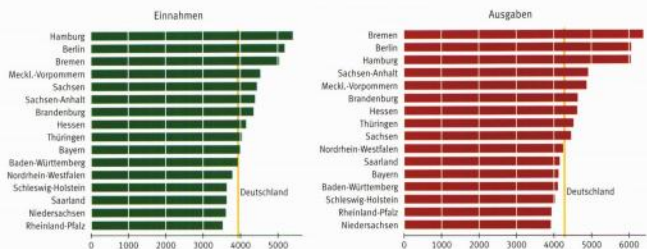
Durchschnittlich 6 667 Euro Schulden entfielen Ende 2004 auf jeden Einwohner (ohne Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen). Die höchsten Pro-Kopf-Schulden hatten wiederum die Stadtstaaten mit durchschnittlich 14 777 Euro (siehe Abb. 12.3). Bremen wies hier mit gut 17 000 Euro mit Abstand den höchsten Wert auf. Die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung errechnete sich für Bayern (2 907 Euro) und Sachsen (3 948 Euro).

Abb. 12.1: Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen der Länder- und Gemeindehaushalte¹⁾



1) Bis 1997 einschl., ab 1998 ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen, 1992 bis 2002 Rechnungsergebnisse einschl., Zweckverbände, 2003 und 2004 zum Jahresergebnis konsolidierte Ergebnisse der vierteljährlichen Kassensatzfögen, ohne kommunale Zweckverbände.

Abb. 12.2: Einnahmen und Ausgaben der Länder- und Gemeindehaushalte in Euro je Einwohner 2004



Öffentliche Einnahmen

Die Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben stammen hauptsächlich aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben. Bedeutsam sind zudem Einnahmen aus öffentlichen Zuweisungen, Gebühren, wirtschaftlicher Tätigkeit sowie aus dem Verkauf von Vermögen oder aber aus Krediten und der Inanspruchnahme von Rücklagen. Letzteres ist der Fall, wenn die eigenen Einnahmen einer Periode zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen.

Steuereinnahmen vor allem für Flächenländer des früheren Bundesgebiets wichtigste Einnahmequelle

Haupteinnahmequelle der Länder und ihrer Gemeinden bzw. Gemeindeverbände sind die Steuereinnahmen. 2004 machten sie einschließlich der steuerähnlichen Abgaben bundesweit einen Anteil von gut zwei Dritteln an den Gesamteinnahmen aus.

Bei den Flächenländern des früheren Bundesgebietes lag dieser Anteil mit etwas mehr als 70 % deutlich über dem der ostdeutschen Länder, die sich zu weniger als der Hälfte aus Steuereinnahmen finanzierten. Im Osten spielten dagegen öffentliche Zuweisungen, wie z. B. die Bundesergänzungszuweisungen und die Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, eine größere Rolle bei der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben.

In den Stadtstaaten hatten die Steuereinnahmen einen Anteil von rund 57 % an den Gesamteinnahmen; insbesondere Berlin und Bremen finanzierten sich zu einem hohen Anteil aus allgemeinen Zuweisungen des Bundes bzw. aus dem Länderfinanzausgleich.

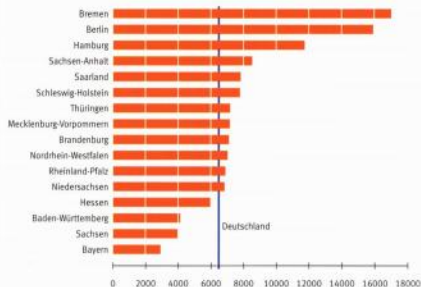
Ertragreichste Landessteuer ist Kraftfahrzeugsteuer

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland insgesamt 479,5 Mrd. Euro Steuern von den Gebietskörperschaften eingenommen.

Den größten Teil der Steuern machten die Gemeinschaftsteuern aus (333,0 Mrd. Euro). Das sind Steuern, die mehreren Gebietskörperschaften zustehen.

Innerhalb der Gemeinschaftsteuern waren die Lohn- und veranlagte Einkommensteuer mit 163,7 Mrd. Euro und die Umsatzsteuer (einschl. Einfuhrumsatzsteuer) mit 137,4 Mrd. Euro am ertragreichsten. Bei den reinen Bundessteuern (84,6 Mrd. Euro) erbrachte die Mineralölsteuer die höchsten Einnahmen (41,8 Mrd. Euro).

Abb. 12.3: Schuldenstand¹⁾ der Länder- und Gemeindehaushalte in Euro je Einwohner am 31.12.2004



¹⁾ Kreditinstitutschulden im weiteren Sinne.

Abb. 12.4: Einnahmen der Länder- und Gemeindehaushalte nach Arten 2004¹⁾



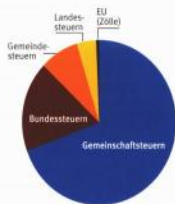
- 1) Vierteljährliche Kassenstatistik, ohne kommunale Zweckverbände.
2) Zuweisungen von anderen öffentlichen Haushalten, Zuschüsse aus dem privaten Bereich (z. B. Erschließungsbeträge) und sonstiges.

Tab. 12.2: Steuereinnahmen nach Steuerarten 2004 – in Mill. Euro

Steuereinnahmen insgesamt	479 495
Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	163 676
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	137 366
Mineralölsteuer	41 782
Gewerbesteuer	28 373
Tabaksteuer	13 630
Körperschaftsteuer	13 123
Solidaritätszuschlag	10 108
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	9 591
Kraftfahrzeugsteuer	7 739
Zinsabschlag	6 773
Stromsteuer	6 597
Grundwerbsteuer	4 669
Erbschaftsteuer	4 283
Zölle	3 059
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	348
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	28 377

Von den Gemeindesteuern (39,1 Mrd. Euro) hatte die Gewerbesteuer mit 28,4 Mrd. Euro und bei den Landessteuern (20 Mrd. Euro) die Kraftfahrzeugsteuer mit 7,7 Mrd. Euro den größten Stellenwert.

Abb. 12.5: Steuereinnahmen nach Ertragskompetenz 2004



Höchstes Umsatzsteuereinkommen pro Kopf in Hamburg

Die Umsatzsteuer wird stets bei dem für die Geschäftsleitung eines Unternehmens zuständigen Finanzamt erfasst – auch für Filialen oder Tochtergesellschaften. Das regionale Umsatzsteuereinkommen wird somit insbesondere durch den Sitz der Geschäftsleitung von Großunternehmen beeinflusst. So erklärt sich auch das deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegende Umsatzsteuereinkommen je Einwohner in Hamburg. Während im Bundesdurchschnitt im Jahr 2004 1 269 Euro Umsatzsteuer je Einwohner eingenommen wurden, waren es in Hamburg 5 249 Euro.

In den neuen Bundesländern war das Niveau des Umsatzsteuereinkommens ins-

besondere nach der Wiedervereinigung vergleichsweise niedrig. So wurden z. B. in Mecklenburg-Vorpommern 1992 nur 80 Euro Umsatzsteuer je Einwohner erzielt. Innerhalb von 5 Jahren hat sich dieses Steuereinkommen jedoch auf 442 Euro nahezu verfünffacht. In Niedersachsen und Bayern war das Steuereinkommen je Einwohner in den letzten Jahren rückläufig – im Bundesdurchschnitt wurde 2004 etwa der Wert des Jahres 1998 erzielt.

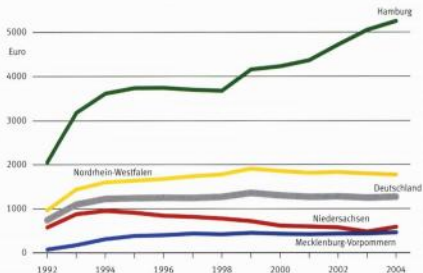
Bayern am stärksten durch Finanzausgleich belastet – Berlin am stärksten begünstigt

Im Jahr 2004 standen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (siehe Infobox auf der nächsten Seite) fünf ausgleichspflichtige Länder dem elf ausgleichsberechtigten gegenüber, darunter die östlichen Bundesländer sowie die Stadtstaaten Berlin und Bremen (siehe Tab. 12.3).

Im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs wurde 2004 ein Volumen von fast 6,8 Mrd. Euro neu verteilt. Die ausgleichsberechtigten Länder erhielten zu dem Bundesergänzungszuweisungen im Volumen von 15,0 Mrd. Euro. Von den 1995 ausgleichspflichtigen Bundesländern wechselte Schleswig-Holstein in den Kreis der Empfängerländer.

Stellt man die Steuereinnahmen von Gemeinden und Bundesländern vor und nach den Verteilungsvorgängen einander gegenüber, so wird die nivellieren-

Abb. 12.6: Umsatzsteuereinkommen je Einwohner



Tab. 12.3: Entwicklung des Finanzausgleichs 1995 und 2004

	Bundesergänzungszuweisungen		Ausgleichsberechtigte Länder		Ausgleichspflichtige Länder	
	1995	2004 ¹⁾	1995	2004 ¹⁾	1995	2004 ¹⁾
Mill. Euro						
Ausgleichsvolumen	12820	15041	5724	6752	5724	6752
Berlin	1907	2564	2159	2692	-	-
Sachsen	2299	3181	907	917	-	-
Sachsen-Anhalt	1470	1994	574	525	-	-
Brandenburg	1336	1832	442	527	-	-
Thüringen	1345	1828	521	511	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	1011	1367	394	399	-	-
Niedersachsen	606	692	231	444	-	-
Bremen	1088	469	287	331	-	-
Rheinland-Pfalz	518	419	117	189	-	-
Saarland	1039	443	92	114	-	-
Schleswig-Holstein	200	249	-	103	72	-
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	1763	213
Hamburg	-	-	-	-	60	571
Hessen	-	-	-	-	1101	1516
Baden-Württemberg	-	-	-	-	1433	2148
Bayern	-	-	-	-	1295	2303

1) Vorläufiges Ergebnis.

Steuerverteilung und Finanzausgleich

Maßgeblich für die horizontale Steuerverteilung unter den Ländern ist grundsätzlich das örtliche Aufkommen. Ein Vergleich des Steueraufkommens der Länder ist nur eingeschränkt aussagekräftig, da aus erhebungstechnischen Gründen einige Steuern nicht in dem Land erhoben werden, dem sie steuersystematisch zugeordnet werden müssten. Von den Finanzbehörden werden daher über Zerlegungen Korrekturen vorgenommen. Die Lohnsteuer als Gemeinschaftsteuer steht z. B. dem Wohnsitzland des Steuerpflichtigen zu, wird jedoch vom Arbeitgeber einbehalten und an dessen zuständiges Betriebsfinanzamt abgeführt. Die notwendige Verteilung des Lohnsteueraufkommens an die Wohnsitzländer wird als Lohnsteuerzerlegung bezeichnet und hat für Länder und Gemeinden ein Verteilungsvolumen von 4,5 Mrd. Euro.

Aber auch bei den Landes- und Gemeinde Steuern werden die Zahlungseingänge zum Teil nicht in den Bundesländern verbucht, denen die Steuer letztlich zusteht. Ein Vergleich der Steuereinnahmen der einzelnen Bundesländer spiegelt somit lediglich die kassenmäßigen Steuerzuflüsse wieder und lässt keine Rückschlüsse auf die Wirtschaftskraft der Bundesländer zu. Die reinen Bundessteuern (Mineralölsteuer, Tabaksteuer etc.) sowie die Einfuhrumsatzsteuer lassen sich nicht nach Bundesländern aufteilen.

Aufgabe des Finanzausgleichs ist es, die auch nach der primären Steuerverteilung unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht einmal dadurch, dass Länder mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen Ausgleichszahlungen leisten (**horizontaler Finanzausgleich = Länderfinanzausgleich**), und zum anderen durch direkte Zahlungen des Bundes an finanzschwache Länder (**vertikaler Finanzausgleich = Bundesergänzungszuweisungen**).

Zentrale Zielgröße des Länderfinanzausgleichs ist die bundesdurchschnittliche Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Überverteilung vermeiden sollen (siehe auch die Infobox „Einwohnerdichte und Länderfinanzausgleich“ im Kapitel Bevölkerung).

de Wirkung der Verteilung deutlich. Das Steueraufkommen der Bundesländer unterscheidet sich insbesondere vor der Steuerverteilung deutlich. In Hamburg werden je Einwohner 12 210 Euro Landes-, Gemeinde- und Gemeinschaftsteuern eingenommen, in Mecklenburg-Vorpommern nur 1 528 Euro (ohne Einfuhrumsatzsteuer, einschließlich Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern).

Nach allen Verteilungsvorgängen (einschließlich Ergänzungszuweisungen und horizontaler Finanzausgleich) sind die Unterschiede der Landes-, Gemeinde- und anteiligen Gemeinschaftsteuern mit 4 082 Euro pro Einwohner in Bremen und 2 537 Euro pro Einwohner in Niedersachsen deutlich geringer. Die Ergebnisse nach der Verteilung enthalten nicht die von den Gemeinschaftsteuern an den Bund und die Europäische Gemeinschaft abgeführten Beträge, da sich diese nach der Verteilung nicht auf die einzelnen Bundesländer aufteilen lassen.

Tab. 12.4: Steuereinnahmen in Euro je Einwohner vor und nach der Verteilung 2004

	Vor der Verteilung ¹⁾	Nach der Verteilung
Hamburg	12 210	3 948
Hessen	5 993	2 809
Nordrhein-Westfalen	5 249	2 700
Baden-Württemberg	5 025	2 761
Bayern	4 889	2 756
Bremen	4 751	4 082
Saarland	4 106	2 879
Berlin	3 814	4 001
Rheinland-Pfalz	3 583	2 599
Schleswig-Holstein	3 527	2 550
Niedersachsen	2 979	2 537
Brandenburg	1 865	3 115
Sachsen	1 845	3 155
Thüringen	1 681	3 125
Sachsen-Anhalt	1 607	3 204
Meckl.-Vorpommern	1 528	3 168

1) Einschl. Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern.

Öffentliche Ausgaben

Anteil der Personalausgaben in den westlichen Flächenländern am höchsten

Im Jahr 2004 gaben Länder und Kommunen insgesamt fast 353,4 Mrd. Euro aus (siehe Tab. 12.1). Größter Ausgabenposten mit 137,8 Mrd. Euro waren die Personalausgaben für die mehr als 3,5 Mill. aktiven Beschäftigten sowie für die 0,7 Mill. Versorgungsempfänger. Das entsprach einem Anteil von 39 % an den Gesamtausgaben.

Der Anteil der Personalausgaben ist in den westlichen Flächenländern mit rund 40 % deutlich höher als in den fünf östlichen Flächenländern (33 %). Der Grund hierfür liegt vor allem in den höheren Ausgaben für die Versorgungsempfänger in den alten Bundesländern.

Für Sozialhilfe, Jugendhilfe und sonstige soziale Leistungen gaben die Länder 43,2 Mrd. Euro aus, für Investitionen 43,4 Mrd. Euro, 13,2 Mrd. Euro flossen als Investitionszuschüsse an Unternehmen und Sonstige. Zwei Drittel der Investitionsausgaben tätigten die öffentlichen Haushalte in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes, etwa ein Viertel (27 %) die neuen Länder. Auf die Stadtstaaten entfielen ca. 8 % der Investitionsausgaben.

Abb. 12.7: Ausgaben der Länder- und Gemeindehaushalte nach Arten 2004¹⁾



- 1) Vierteljährliche Kassenergebnisse, ohne kommunale Zweckverbände.
 2) Zinsausgaben, Zuweisungen an andere öffentliche Haushalte, Zuschüsse an öffentliche Unternehmen und an soziale und ähnliche öffentliche Einrichtungen und sonstiges.

Tab. 12.5: Ausgaben der Länder- und Gemeindehaushalte nach Aufgabebereichen 2003¹⁾

	in Mrd.	in %
Schulen, Hochschulen, übriges Bildungswesen	73,2	22,9
Soziale Sicherung	64,0	20,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	41,5	13,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz	29,4	9,2
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung u. Kommunale Gemeinschaftsdienste	22,2	6,9
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	12,8	4,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12,2	3,8
Wirtschaftsförderung ²⁾	14,1	4,4
Kultur, Kirchliche Angelegenheiten	8,0	2,5
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	2,8	0,9
Sonstiges ³⁾	39,8	12,4
Insgesamt	320,0	100

- 1) Nettoausgaben.
 2) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen.
 3) U. a. Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen.

Fast 23 % der Länderausgaben fließen in die Bildung

Eine Unterteilung der Ausgaben nach Aufgabebereichen zeigt, dass der größte Teil der Nettoausgaben der Länder und Ge-

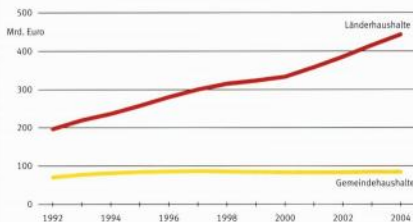
meinden bzw. Gemeindeverbände in das Bildungswesen fließt (22,9 %). 20 % waren im Jahr 2003 für die soziale Sicherung bestimmt, wozu z. B. die Aufwendungen für Familien- und Sozialhilfe, die Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsschutz gehören.

Öffentliche Schulden

Der Schuldenstand der Länder und Kommunalhaushalte hat sich seit 1992 mehr als verdoppelt. Kräftig gewachsen sind vor allem die Schulden der Landeshaushalte (+ 126 %), während die Schulden der kommunalen Haushalte im gleichen Zeitraum lediglich um 20 % zunahm.

Zum Jahresende 2004 erreichte der Stand der Kreditmarktschulden die Summe von 527,2 Mrd. Euro (siehe Tab. 12.1). Auf die Flächenländer des früheren Bundesgebietes entfielen gut zwei Drittel (355,8 Mrd. Euro). Die Stadtstaaten und die neuen Länder waren jeweils zur Hälfte für das restliche Schuldendrittel (171,4 Mrd. Euro) verantwortlich.

Abb. 12.8: Entwicklung der Schulden¹⁾ der Länder- und Gemeindehaushalte



- 1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

Lebensbedingungen und Infrastruktur

1 Bevölkerung

Verteilung der Bevölkerung auf die Bundesländer, Altersstruktur	Fr. Dr. Grobecker	+49 (0) 611 / 75 48 65	fortschreibung@destatis.de
Wanderungen zwischen den Bundesländern und dem Ausland	Fr. Dr. Grobecker	+49 (0) 611 / 75 48 65	wanderungen@destatis.de
Ausländische Bevölkerung, Einbürgerungen	Hr. Dr. Brückner	+49 (0) 611 / 75 48 65	migration@destatis.de
Einbürgerungen			
Eheschließungen und Ehescheidungen	Fr. Sommer	+49 (0) 611 / 75 48 66	natuerliche-bevoelkerungsbewegung@destatis.de

2 Lebensstandard der privaten Haushalte

Haushaltsstruktur	Hr. Dr. Duschek	+49 (0) 1888 / 644 89 55	mikrozensus@destatis.de
Einkommen, Konsumausgaben, Spartätigkeit, Vermögen und Schulden	Fr. Kott	+49 (0) 1888 / 644 88 80	kristina.kott@destatis.de
Verbraucherinsolvenzen	Hr. Angele	+49 (0) 611 / 75 45 92	wilfried.brust@destatis.de
Haus- und Grundbesitz, Wohnfläche, Ausstattung mit Gebrauchsgütern	Fr. Kott	+49 (0) 1888 / 644 88 80	krstina.kott@destatis.de

3 Soziales

Sozialhilfe, Wohngeld	Hr. Haustein	+49 (0) 1888 / 644 89 53	sozialhilfe@destatis.de
Kinder- und Jugendhilfe	Hr. Kolvenbach	+49 (0) 1888 / 644 81 67	jugendhilfe@destatis.de

4 Gesundheit

Krankenhäuser	Hr. Graf	+49 (0) 1888 / 644 89 51	gesundheitsstatistiken@destatis.de
Schwangerschaftsabbrüche	Fr. Laue	+49 (0) 1888 / 644 81 54	schwangerschaftsabbrueche@destatis.de
Todesursachen	Hr. Schelhase	+49 (0) 1888 / 644 89 51	gesundheitsstatistiken@destatis.de

5 Bildung

Allgemein bildende Schulen, Berufsausbildung	Fr. Renz	+49 (0) 611 / 75 41 41	schulstatistik@destatis.de
Hochschulen	Hr. Beck	+49 (0) 611 / 75 41 40	hochschulstatistik@destatis.de
Ausgaben für Bildung und Forschung	Hr. Wilhelm	+49 (0) 611 / 75 41 45	bildungsausgaben@destatis.de
Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	Hr. Kleinegees	+49 (0) 611 / 75 28 57	bildungsstatistik@destatis.de

6 Verkehr

Straßennetz, Kfz-Bestände und Unfälle, Personenverkehr, Güterverkehr	Hr. Reim	+49 (0) 611 / 75 48 52	verkehr@destatis.de
--	----------	------------------------	---------------------

7 Umwelt

Flächennutzung	Hr. Deggau	+49 (0) 611 / 75 45 85	flaechenstatistik@destatis.de
Abfallentsorgung, Umweltschutzinvestitionen	Hr. Dr. Becker	+49 (0) 1888 / 644 89 50	umwelt@destatis.de

Wirtschaft und öffentliche Finanzen

8 Gesamtwirtschaft

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Einkommen der privaten Haushalte	Hr. Dr. Thalheimer	+49 (0) 711 / 641 26 50	frank.thalheimer@stala.bwl.de
---	--------------------	-------------------------	-------------------------------

9 Arbeitsmarkt

Erwerbsbeteiligung	Fr. Dr. Hansch	+49 (0) 1888 / 644 89 55	mikrozensus@destatis.de
Erwerbstätigkeit, Erwerbslosigkeit, Arbeitslosigkeit	Fr. Thiele	+49 (0) 611 / 75 48 68	erwerbstaetigkeit@destatis.de

10 Unternehmen

Unternehmensbestand	Fr. Philipp	+49 (0) 611 / 75 48 71	unternehmensregister@destatis.de
Unternehmensbestand nach Umsatz	Hr. Diltrich	+49 (0) 611 / 75 43 15	steuern@destatis.de
Gründungen, Insolvenzen	Hr. Angele	+49 (0) 611 / 75 45 92	wilfried.brust@destatis.de

11 Wirtschaftsbereiche

Landwirtschaft	Hr. Dr. Blumöhr	+49 (0) 1888 / 644 86 60	agrar@destatis.de
Produzierendes Gewerbe	Hr. Dr. Bajaja	+49 (0) 611 / 75 28 07	monatsbericht-verarbeitendes-gewerbe@destatis.de
Handel und Gastgewerbe	Hr. Wein	+49 (0) 611 / 75 48 50	binnenhandel@destatis.de
Außenhandel	Hr. Loschky	+49 (0) 611 / 75 24 81	aussenhandel@destatis.de
Tourismus	Hr. Wartenberg	+49 (0) 611 / 75 48 51	tourismus@destatis.de
Ausgewählte Dienstleistungen	Hr. Dr. Petruschke	+49 (0) 1888 / 644 85 88	dienstleistungen@destatis.de

12 Öffentliche Finanzen

Öffentliche Einnahmen, öffentliche Ausgaben	Fr. Schulze-Steikow	+49 (0) 611 / 75 41 73	gesamthaushalt@destatis.de
Steuereinnahmen	Hr. Diltrich	+49 (0) 611 / 75 43 15	steuern@destatis.de
Öffentliche Schulden	Hr. Kickner	+49 (0) 611 / 75 42 03	schulden@destatis.de

